

Zeitschrift

für die gesammte

Staatswissenschaft.

Achter Jahrgang.

Viertes Heft.

Inhalt:

I. Abhandlungen.

Kries, Soll der Zollverein wirklich zer-
rissen werden.

Schütz, Ueber die Concurrenz der Pri-
vaten, der Gemeinden und des Staates
bei der Armenversorgung.

Kries, Bemerkungen über die Mängel
der Geschäftsformen in den preussi-

schen Kammern, insbesondere über die
Stellung und Thätigkeit der Kommis-
sionen.

II. Vermischtes.

Fallati, Die Einrichtung der admini-
strativen Statistik in Norwegen.

**III. Staatswissenschaftliche Bü-
cherschau.**

Tübingen.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

1852.

Die Herausgeber an die deutschen Fachgenossen.

Wir fahren fort, beim Beginne dieses achten Jahrgangs unserer Zeitschrift uns mit der Bitte um thätige Theilnahme an die geistes- und sinnesverwandten Männer unseres Vaterlandes zu wenden, welche ihre Feder und ihre Studien dem Anbau irgend eines Feldes auf dem weiten Gebiete der gesammten Staatswissenschaft widmen.

Die Bedingungen der Theilnahme sind:

1. Es wird gewünscht, dass die einzelnen Abhandlungen zwei bis drei Druckbogen nicht übersteigen; längere Ausführungen sind daher wo möglich in passende Abschnitte zu zerlegen.
2. Die Abhandlungen erscheinen unter dem Namen der Verfasser; Ausnahmen wird die Redactions-Gesellschaft nur aus besonders triftigen Gründen zugeben.
3. Sollten einzelne Abhandlungen als besondere Abdrücke herausgegeben werden wollen, so hat sich die Verlagshandlung mit dem Verfasser besonders zu verständigen.
4. Das Verlagsrecht der in der Zeitschrift erscheinenden Abhandlungen besitzt die Verlagshandlung auf die Dauer von sechs Jahren vom Erscheinen derselben an gerechnet.

Tübingen und Heidelberg, zu Anfang 1852.

Die Herausgeber.

Die von der Redactions-Gesellschaft angenommenen Beiträge werden sofern sie nicht über vier Druckbogen eines Heftes füllen, mit drei Louisd'or (33 fl. — Rthlr. 18. 22 Ngr.) pro Druckbogen honorirt; was über den vierten Bogen hinausreicht, wird als auf kein Honorar mehr Anspruch machend betrachtet. Die Auszahlung erfolgt je nach Vollendung des Heftes.

Die für unsere Zeitschrift bestimmten Beiträge wolle man stets mit directer Post, nicht durch Buchhändler-Beischluss, einsenden.

Der Preis eines Jahrgangs von 4 Heften bleibt wie früher Rthlr. 4. 20 Ngr. — fl. 8 rhein.

Tübingen, 1852.

H. Laupp'sche Buchhandlung.

Zeitschrift

für die gesammte

Staatswissenschaft.

In Vierteljahrs - Heften

herausgegeben

von

Volz, Schüz, Fallati, Hoffmann, Göriz, Helferich,

Mitgliedern der staatswirthschaftlichen Facultät in Tübingen,

und

Robert Mohl.

Achter Band.

Jahrgang 1852.

Tübingen.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

(*Laupp & Siebeck*)

Erklärung

der Kommission

Staatswissenschaften

in Vierteljahrs-Heften

herausgegeben

von

Prof. Dr. Robert Mohr, Tübingen

Verlag von J. B. Metzger, Tübingen

und

Robert Mohr

Tübingen

1897

Band 1

010369

Druck von H. Laupp

in Tübingen

Inhalt des achten Bandes.

I. Abhandlungen.

	Seite
Das Staatsschuldenwesen der Kleinstaaten. Zur Begründung einer Systemsänderung im Gegensatze gegen das herrschende Mäkler- und Börsensystem. Von Sarwey	3
Die Zölle vom Colonialzucker und die Rübensteuer im Zollverein. Von Helferich	70
Grossbritannien und Deutschland auf der Industrie-Ausstellung zu London im Jahr 1851. Von Volz.	
II. Britische Arbeit	107
III. Deutschland zu Grossbritannien	434
Die zur Beibringung des staatswissenschaftlichen Stoffes bestimmten Jahresschriften. Von R. Mohl	211
Niccolo Machiavelli als volkswirthschaftlicher Schriftsteller. Von Knies	251
Zur Statistik des Flächenraums und der Volkszahl von Britisch-Indien. Von Fallati	297
Johann Heinrich von Thünen und sein Gesetz über die Theilung des Produkts unter die Arbeiter und Kapitalisten. Von Helferich	393
Das Blokaderecht im dänischen Kriege 1848—50. Von Wurm .	474
Die angemessenste Besteuerung des Tabackgenusses. Mit besonderer Rücksicht auf das südwestliche Deutschland. Von Hoffmann	503
Soll der Zollverein wirklich zerrissen werden? Eine Frage aus Preussen. Beantwortet von Kries	565
Ueber die Concurrenz der Privaten, der Gemeinden und des Staats bei der Armenversorgung Von Schütz	610

IV

	Seite
Bemerkungen über die Mängel der Geschäftsformen in den preussischen Kammern, insbesondere über die Stellung und Thätigkeit der Kommissionen. Von Kries	658

II. Vermischtes.

Die Einrichtung der administrativen Statistik in Norwegen. Von Fallati	691
--	-----

III. Staatswissenschaftliche Bücherschau.

235. 543. 731

Zeitschrift

für die gesammte

Staatswissenschaft.

In Vierteljahrs - Heften

herausgegeben

von

Volz, Schüz, Fallati, Hoffmann, Göriz, Helferich,

Mitgliedern der staatswirthschaftlichen Facultät in Tübingen,

und

Robert Mohl.

Achter Jahrgang.

Viertes Heft.

Tübingen.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

1852.

THE NEW YORK

MANUFACTURING

THE NEW YORK

MANUFACTURING

THE NEW YORK

MANUFACTURING

THE NEW YORK

THE NEW YORK

THE NEW YORK

THE NEW YORK

THE NEW YORK

THE NEW YORK

I. Abhandlungen.

Soll der Zollverein wirklich zerrissen werden?

Eine Frage aus Preussen

beantwortet von

Dr. C. G. Kries.

Eingang.

So entschiedene und heftige Angriffe das preussische Kabinet fast bei allen seinen Schritten und Maassnahmen bald von der einen und bald von der anderen Seite zu bestehen gehabt hat, seine Politik in Beziehung auf die Zollvereinsangelegenheit hat sich in Preussen einer fast allgemeinen Zustimmung und lebhaften Unterstützung zu erfreuen gehabt.

Der Abschluss der Vertrages vom 7. September v. J. mit Hannover hat die beinahe einstimmige Genehmigung der Kammern erhalten, und noch in der vorletzten Sitzung der letzten zweiten Kammer wurde das Ministerium durch eine von allen Seiten des Hauses unterstützte Interpellation aufgefordert, auf dem eingeschlagenen Wege zu beharren, selbst auf die Gefahr hin, dass Preussen sich von einigen seiner früheren Bundesgenossen werde trennen müssen ¹⁾.

In ähnlicher Weise hat die Presse in den Organen der verschiedenen Parteien mit seltener Einstimmigkeit die Maassregeln des Ministeriums in dieser Beziehung gebilligt.

1) Vergleiche die Sitzung vom 17. Mai 1852. Stenographische Berichte S. 1475 ff.

Diese allgemeine Uebereinstimmung über die Behandlung einer so wichtigen Frage ist ohne Zweifel als ein erfreulicher Beweis anzusehen dafür, dass die Vaterlandsliebe in Preussen jedes andere Gefühl zum Schweigen zu bringen und alle Gegensätze der Ansichten auszugleichen vermag. Indess ist die fast einstimmige Billigung der Kabinettpolitik durch die Kammern, wie durch die Presse, noch kein untrügliches Zeichen für ihre Richtigkeit und Heilsamkeit.

Behörden und Versammlungen, ja selbst ganze Völker sind dem Irrthum in ihren Ansichten ebensowohl unterworfen als einzelne Menschen; namentlich wenn es sich um die Wahrnehmung vaterländischer Interessen anderen Staaten gegenüber handelt. Das in der Brust jedes Menschen so tief wurzelnde Selbstgefühl veranlasst in solchen Fällen um so leichter eine Befangenheit des Urtheils, als dieses Selbstbewusstsein in der veredelten Gestalt der Vaterlandsliebe auftritt und die Ueberzeugung von der Berechtigung der erhobenen Ansprüche durch die Zustimmung so vieler und darunter der uns nächsten und theuersten Personen befestigt wird. Bei einem sich erhebenden Streit zwischen verschiedenen Staaten über ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten, sowie über die einem Jeden einzuräumende Stellung ist es daher für die Kabinete und Volksvertretungen vielleicht noch schwerer, sich auf den Standpunkt einer wahrhaften Uneigennützigkeit und hochherzigen Gerechtigkeit zu erheben, als für den Einzelnen.

Doch ist es die Pflicht der Staaten nicht minder wie einzelner Personen, im Verkehre mit ihres Gleichen nicht nur dem Recht und der Wahrheit die Ehre zu geben, sondern auch die Wohlfahrt des Nachbarn im Auge zu behalten und die Interessen der gesammten Menschheit über den eigenen Vortheil zu stellen. Nur wer diesen höhern Standpunkt anerkennt und einzunehmen trachtet, wird vor der Gefahr bewahrt bleiben, dass ihn sein Selbstgefühl über die Grenzen seines Rechts verblende, sein Herz gegen die Anerkennung der Wahrheit verschliesse und sonach sein Urtheil auch in der Verfolgung des eigenen wahren Vorthails irre leite.

Bestehen vielleicht Zweifel und Meinungsverschiedenheiten über die Anwendbarkeit solcher Grundsätze auf die Verhältnisse

von Staaten, die durch keine näheren Bande verknüpft werden, so wird doch schwerlich Jemand bestreiten, dass die deutschen Bundesstaaten im Verkehre mit einander eine Gemeinschaft ihrer höchsten Interessen anzuerkennen haben und zur gegenseitigen Beförderung ihrer Wohlfahrt verbunden sind.

Die deutschen Volksstämme werden durch die Liebe zu einem gemeinsamen Vaterland zusammengehalten und die daraus entspringenden Pflichten haben wenigstens theilweise in besonderen Verträgen bereits ihre Anerkennung und ihren positiven Ausdruck gefunden.

Der Staat, welcher an der Spitze Deutschlands stehen und die Leitung seiner gemeinsamen Angelegenheiten überkommen will, muss daher vor den übrigen durch den Geist wahrer Uneigennützigkeit und durch die Liebe zum gemeinsamen Vaterlande sich auszeichnen.

Preussen hat es für seinen Beruf anerkannt, die Einheit Deutschlands zu begründen und dadurch ein neues Zeitalter für dessen Macht und Wohlfahrt herbeizuführen. Es hat wiederholt und feierlich verheissen, dieses Berufes stets eingedenk und demselben treu zu bleiben.

Hieraus ergibt sich für Preussen unzweifelhaft die Pflicht und Aufgabe, bei allen seinen Schritten und Maassnahmen das Wohl der übrigen deutschen Staaten gleich sehr wie das eigene im Auge zu behalten und zur Richtschnur zu nehmen. Eine Politik, welche den Ruin der Nachbarländer — wenn auch unabsichtlich — zur Folge hat und sich selbst der Mittel beraubt, für die Erhaltung und Beförderung ihrer Wohlfahrt Sorge zu tragen, kann nicht die richtige sein — weder für Deutschland noch für Preussen selbst.

Der Erfüllung seines Berufes vermag sich ein Staat so wenig als ein Mensch zu entziehen, ohne den Anspruch auf die Behauptung der Stellung zu verlieren, vermöge deren jener Beruf ihm zu Theil ward. Ob Untreue oder Mangel an Fähigkeit das Zurückbleiben im Wettlaufe veranlasst haben, begründet für diese Folge keinen Unterschied.

Die theuersten Güter des preussischen Vaterlandes, seine Macht, seine Wohlfahrt und selbst seine Existenz als europäische

Grossmacht ist in den Wurzeln angegriffen, sofern dasselbe der anerkannten und übernommenen Aufgabe — es sei aus welchen Gründen immer — nicht zu genügen vermag.

Ist nun die preussische Politik bei Behandlung der Zollvereinsfrage diesen Grundsätzen getreu und dieser Wahrheiten eingedenk gewesen? Das muss der erste Gegenstand unserer Untersuchung sein.

Preussen und die Zollvereinsstaaten.

Seit länger als einem Jahrzehnt war es der lebhafteste Wunsch aller Vaterlandsfreunde, dass es gelingen möge, den Zollverein bis an die Nordsee auszudehnen. Die Erreichung dieses Zieles war der ausgesprochene und wie Niemand bezweifeln wird, auch der beabsichtigte Zweck des unter dem 7ten September mit Hannover abgeschlossenen Vertrages. Gelang es dem preussischen Kabinet, dieses Unternehmen glücklich zu Ende zu führen, so hatte es Grosses erreicht und den Dank des Vaterlandes verdient. In diesem Sinne und erfüllt von froher Hoffnung genehmigten die Kammern und billigte die Presse den Vertrag fast einstimmig, ohne sich durch die vielfachen Bedenken, zu denen er Veranlassung gab, irre machen zu lassen.

Doch ist das Bestreben ein hohes Ziel, nach welchem wir lange vergeblich gerungen, durch **eine** plötzliche und gewalt-same Kraftanstrengung zu erreichen, meistens mit der Gefahr verbunden, dasselbe nicht nur zu verfehlen, sondern auch bereits besessener Güter über der allzu hastigen Verfolgung neu zu erwerbender verlustig zu gehen.

Statt die Ausdehnung des bestehenden Zollvereins bis an die Nordsee sicher zu stellen, droht der Vertrag vom 7. September ernstlich, denselben zu zerreißen. Prüfen wir unbefangen die Ursachen und die Grösse dieser leider nur zu augenscheinlich gewordenen Gefahr.

Zunächst ist anzuerkennen, dass die süddeutschen und mitteldeutschen Staaten wegen mehrerer Bestimmungen des Vertrags vom 7. September Bedenken tragen konnten, demselben einfach und ohne Weiteres ihre Zustimmung zu geben.

Einer der wichtigsten Vortheile, welchen der Zollverein den verbündeten Staaten gewährte und der bei seiner Gründung das stärkste Motiv abgab sich demselben anzuschliessen, war die erhebliche Vermehrung der Staatseinnahmen. Nun sind die finanziellen Ergebnisse des Zollvereins in den letzten Jahren an und für sich minder befriedigend gewesen als früher. Der Anschluss Hannovers sollte unter Bedingungen erfolgen, welche eine fernere Verminderung des Antheils an den Zolleinnahmen mehr als wahrscheinlich machten.

Die Aufnahme eines nicht unbedeutenden Gebietsumfanges in den Zollverein hat bisher stets Störungen in Einnahmeresultaten zur Folge gehabt. Dieselben würden hier um so weniger ausbleiben, als nach dem Vertrage von den zur Zeit der Zolleinigung in dem Steuerverein vorhandenen Vorräthen steuerpflichtiger Waaren — obschon sie zu niedrigen Zollsätzen eingegangen sein möchten — eine Nachsteuer zu Gunsten der gemeinsamen Zollkasse nicht erhoben werden soll.

In den für die Einnahmen wichtigsten Verkehrsgegenständen, wie Zucker, Kaffee, Thee haben Hannover und Preussen sich vertragsmässig verpflichtet bei den gemeinsamen Zollconferenzen erhebliche Ermässigungen der Zollsätze zu beantragen und daran festzuhalten.

Dass diese schon in den ersten Jahren durch eine entsprechende Steigerung der Consumption ersetzt und ausgeglichen werden würde, ist um so weniger zu erwarten, als der Betrag der Zollermässigung gegen den Marktpreis der betreffenden Waaren und dessen natürliche Schwankungen nicht sehr erheblich in das Gewicht fällt, dagegen die noch immer zu beklagende Unsicherheit der öffentlichen Verhältnisse dem Aufschwunge des Verkehrs und daher der Zunahme des Verbrauchs Hindernisse in den Weg legt.

Endlich ist nicht zu leugnen, dass die Zusicherung eines an Hannover zu zahlenden *Präcipuums* für die übrigen Staaten die Gefahr einer Schmälerung ihrer Einnahmen enthält, da die Bewilligung desselben nicht auf den Fall und das Maass der gesteigerten Einnahmen beschränkt ist.

Diese voraussichtliche Beeinträchtigung der finanziellen Vor-

theile des Zollvereins in den ersten Jahren der Vereinigung desselben mit Hannover würde zwar Preussen in gleichem Maasse und selbst in noch höherem Grade treffen wie die übrigen Zollvereinsstaaten. Indess ist dadurch der Schluss noch nicht gerechtfertigt, dass bei den übrigen Zollvereinsstaaten die gleiche Bereitwilligkeit wie bei Preussen stattfinden werde oder müsse, dem zu erreichenden Ziele dieses Opfer zu bringen. Nicht jeder Staat ist in der Lage eine Einbusse bei seinen Einnahmen ertragen zu können; auch sind die Vortheile einer Ausdehnung des Vereinsgebiets nicht für alle Theile gleich wichtig, so dass über die Angemessenheit des dafür zu zahlenden Preises eine Meinungsverschiedenheit sehr wohl begründet sein kann.

Verschieden ist der Standpunkt der preussischen und der süddeutschen Regierungen in Beziehung auf die staatswirthschaftliche Seite des Vertrages. Die süddeutschen Regierungen haben im Einverständnisse mit der sächsischen seit einer Reihe von Jahren die Erhöhung der Zölle für eingehende Fabrikate und Halbfabrikate im — vermeintlichen — Interesse der Industrie erstrebt. Die Ansicht von der Zweckmässigkeit ja Unentbehrlichkeit eines sogenannten nationalen Schutzsystems zur Entwicklung einer einheimischen Industrie, selbst zur Sicherstellung des Nationalwohlstandes und der politischen Unabhängigkeit ist in Süddeutschland und Sachsen sehr verbreitet und tief gewurzelt. Erst durch die Stärke der öffentlichen Meinung daselbst sind auch die Regierungen der süddeutschen Staaten sowie Sachsens für die von Friedrich List vorgetragenen Lehren gewonnen, während mindestens die badische und sächsische sich sonst sehr entschieden zu entgegengesetzten Grundsätzen bekannten.

Dass die preussische Regierung diesem Strome der Ansichten mehrere Jahre hindurch einen ausdauernden Widerstand entgensetzte, wurde sehr allgemein einer tadelnswerthen Hartnäckigkeit und Verblendung der preussischen Staatsmänner, wo nicht der Missgunst und selbst noch weniger lauterer Motiven beigemessen.

Manche Schritte der preussischen Regierung haben selbst

dazu beigetragen solchen irrigen und zum Theil verkehrten Vorstellungen neue Nahrung zu geben. Die unter dem Vorsitz des Handelspräsidenten abgehaltene Versammlung preussischer Fabrikanten und die von derselben gefassten Beschlüsse befestigten in Süddeutschland die Ueberzeugung, dass das eigene Interesse Preussens nicht minder wie das ihrige die begehrten Zollerhöhungen dringend erheische, und dies von den leitenden Staatsmännern auf eine für Preussen wie für Deutschland höchst beklagenswerthe Weise verkannt werde.

Die im Jahre 1850 von Preussen selbst zu Kassel gemachten Vorschläge erweckten die Hoffnung, dass die richtigen Ansichten — wie man meinte — nun endlich auch in dem preussischen Kabinet den Sieg davon getragen hätten und man knüpfte für das Aufblühen der deutschen Industrie die grössten Erwartungen daran.

Alle diese, auf die baldige Einführung und fortschreitende Entwicklung eines Schutzsystems im Zollverein gerichteten Hoffnungen und Erwartungen sind durch den mit Hannover abgeschlossenen Vertrag auf das empfindlichste getäuscht und mit einem Schlage vernichtet worden. Denn nach dem Geiste, in welchem der Vertrag abgeschlossen ist, und nach den Grundsätzen, die in Hannover von jeher vorherrschend gewesen sind, lässt sich mit ziemlicher Gewissheit voraussehen, dass in dem bis an die Nordsee erweiterten Zollverein ein Schutzsystem nach den Vorschlägen und Lehren Lists nicht zur Anwendung kommen wird.

Das Verhalten Braunschweigs auf den Conferenzen zu Kassel, den von Preussen selbst befürworteten Anträgen auf Erhöhung der Garnzölle gegenüber giebt für diese Vermuthung bereits einen thatsächlichen Beweis.

Mag man nun die auf Erhöhung der Zölle und Beförderung der Industrie durch ein Schutzsystem gerichteten Wünsche und Anträge immerhin für durchaus irrig und dem Nationalwohlstand verderblich halten. Die Thatsache, dass diese Ansichten in Süd- und Mitteldeutschland nicht nur bei den Gewerbetreibenden vorherrschend sind, sondern auch bei den Regierungen Eingang gefunden haben, ist unbestritten. Kann man es nun auffallend

finden, dass die Regierungen selbstständiger Staaten Anstand nehmen sich ohne Weiteres einem Ereigniss zu unterwerfen, welches ihnen eine ihren Ansichten und Wünschen entgegengesetzte Handelspolitik aufnöthigt?

Diese Erwägung führt auf den Punkt, welcher ohne Zweifel die erheblichsten Schwierigkeiten für die Erreichung einer Verständigung gebildet hat.

Die Bedenken, welche die süd- und mitteldeutschen Staaten aus der finanziellen und staatswirthschaftlichen Bedeutung des Vertrages vom 7. September für ihren Beitritt entnehmen mochten, erhielten ihr volles Gewicht erst durch die politischen Verwickelungen, welche den Abschluss des Vertrages begleiteten und welche fortschreitend unlösbarer geworden sind.

Die süd- und mitteldeutschen Staaten fühlen sich — um es kurz zu sagen — durch das Verfahren Preussens in ihrer Selbstständigkeit verletzt, und seit dem Abschluss des Vertrages hat jeder Schritt Preussens nur dazu beigetragen diese Verletzung fühlbarer und empfindlicher zu machen.

Der Abschluss des Vertrages selbst erfolgte, wie bekannt nicht in der Form, in welcher Erweiterungen des Zollvereins bis dahin stattgefunden hatten.

Nicht Hannover ist dem bestehenden Zollverein unter gewissen Bedingungen hinzugetreten, deren Genehmigung den übrigen Zollvereinsstaaten vorbehalten wurde; vielmehr hat Preussen den Vertrag mit Hannover endgültig abgeschlossen ohne einen Vorbehalt mit Rücksicht auf die noch einzuholende Zustimmung seiner älteren Verbündeten zu machen.

Als eine blosse Form konnte diese Kündigung von den süd- und mitteldeutschen Staaten bei den bedeutenden Folgen des Vertrages in finanzieller und staatswirthschaftlicher Beziehung um so weniger angesehen werden, als Preussen selbst bei dem Abschlusse des Vertrages sich auf den Fall vorbereiten zu müssen glaubte, dass aus Veranlassung desselben ein erheblicher Theil der bisherigen Verbündeten aus dem Zollvereine ausscheiden sollten. Preussen behielt sich — wie nun allgemein bekannt — in diesem Falle durch einen geheimen Artikel vor, über die Höhe

des an Hannover zu zahlenden Präcipuums neue Verhandlungen zu eröffnen ¹⁾).

Sie erblickten vielmehr in dem Verfahren Preussens den Versuch die Freiheit ihrer Erwägung und die Selbstständigkeit ihres Entschlusses durch Hinstellung vollendeter Thatsachen zu beeinträchtigen, und fühlten sich um so mehr verletzt, als Preussen eine Entscheidung, die ihre Interessen so wesentlich mit berührte, ganz für sich allein und auf die Gefahr hin getroffen hatte, den Zollverein darüber zerrissen zu sehen.

Die Besorgniss, dass Preussen auch in Zukunft, insbesondere bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung der Zollvereinsverträge, in ähnlicher Weise verfahren und den übrigen Staaten nur die Wahl lassen werde zwischen der Genehmigung der von Preussen für sich allein und ohne Mitwirkung seiner Zollverbündeten getroffenen Entscheidung oder der Trennung von demselben, veranlasste die süd- und miteldeutschen Staaten in ihrer Vereinigung und in der Anlehnung an Oestreich einen Stützpunkt gegen das ihre Selbstständigkeit und die Freiheit ihres Entschlusses bedrohende Uebergewicht Preussens zu suchen.

Mit Rücksicht darauf, dass — wie oben bemerkt — die Bestimmungen des Vertrages vom 7. September an sich schon eine Richtung der Handelspolitik anbahnen, welche die süddeutschen Regierungen den Interessen ihrer Länder nicht für entsprechend erachten, dass ferner der Vertrag in Hannover ziemlich allgemein und auch in Preussen von einer einflussreichen Partei sogar noch wegen seiner — behaupteten Hinneigung zum Schutzsystem angegriffen und eine durchgreifende

1) Wir wissen die beiden von dem preussischen Kabinette wiederholt ausgesprochenen Behauptungen, einmal dass die Kündigung der Zollvereinsverträge eine Nothwendigkeit gewesen sei, weil der Septembervortrag ausser wichtigen Modificationen des allgemeinen Tarifs noch andere Abweichungen von den Bestimmungen der Zollvereinsverträge festsetze und die zweite, dass diese Kündigung gleichwohl nur als eine formelle anzusehen sei, nicht mit einander zu vereinigen. Leider scheinen die Ereignisse diesen Widerspruch nur zu hell an das Licht zu stellen.

Verbesserung desselben nach den Grundsätzen des freien Handels gefordert wird, kann man es nicht auffallend finden, dass die süd- und mitteldeutschen Staaten sich ebenmässig wie Preussen gegen einen ihren Interessen oder Ansichten ungünstigen Ausgang der Verhandlungen über die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine durch besondere Verträge über gemeinschaftliches Handeln glaubten schützen zu sollen.

Das fernere Verhalten Preussens nach dem Abschluss des Septembervtrages hat nur dazu gedient, die übrigen Zollvereinsstaaten fortschreitend in eben dem Punkte mehr und tiefer zu verletzen, welcher für sie der empfindlichste ist. Preussen glaubte über Fragen, welche — im Fall der Zollverein erhalten wurde — für alle Verbündeten von der grössten Bedeutung waren, für sich allein und nach eigenem Ermessen entscheiden zu müssen, ohne Rücksicht auf die Ansichten, Wünsche und Interessen der andern Zollvereinsstaaten. So weigerte es sich an den Verhandlungen in Wien Theil zu nehmen, obwohl doch selbst Hannover kein Bedenken fand in dieser Hinsicht auf die Wünsche der andern Bundesstaaten einzugehen. So setzte es die Theilnahme Hannovers an den Berathungen in Berlin fest, lehnte jedoch die Oestreichs ab, so dringend letztere von Baiern und dessen Verbündeten beantragt wurde. So erklärte es die Annahme des Septembervtrages und die Wiedererneuerung der Zollvereinsverträge auf 12 Jahre für vorausgehende Bedingungen einer Verhandlung mit Oestreich über Abschluss eines Handelsvertrages und einer späteren Zolleinigung, wogegen die süd- und mitteldeutschen Staaten über diese ihre Interessen ebenso tief berührenden, Angelegenheiten ganz andere Ansichten hegten, und durch die Erneuerung der Zollvereinsverträge ohne gleichzeitige Feststellung des Verhältnisses zu Oestreich die Möglichkeit zu verlieren besorgten, ihren abweichenden Ansichten noch irgend welche Berücksichtigung zu sichern ¹⁾.

1) Wie die Regierungen der südlichen Zollvereinsstaaten über das Verfahren Preussens urtheilen, kann man unter anderem aus einer Erklärung des sächsischen Ministers Beust in den Kammern entnehmen, welcher es für ganz unmöglich hielt, dass Preussen eine Stellung einnehmen werde, welche es wirklich behauptet hat;

Der preussische Standpunkt.

Den Beschwerden der süd- und mitteldeutschen Regierungen gegenüber führen die preussischen Staatsmänner zur Rechtfertigung ihres Benehmens zunächst an, dass bei der mannigfachen Verwicklung der Interessen und Ansichten auf einem anderen Wege als dem eingeschlagenen nicht zum Ziele zu gelangen sei. Es sei unmöglich gewesen die Verhandlungen über den Septembervertrag den Zollvereinsregierungen vor Abschluss desselben mitzuthemen.

Eine Vereinigung der sich so vielfach kreuzenden Interessen der verschiedenen Staaten sei nur dadurch zu erreichen, dass Preussen nach sorgfältiger Erwägung seinen Weg einschlage, und den übrigen Staaten anheimstelle, ob sie Preussen auf demselben begleiten wollten oder nicht. Nur auf diese Weise könne Preussen seine Selbstständigkeit bewahren, ohne doch die seiner Bundesgenossen anzutasten, da es gegen dieselben keinerlei Zwang ausüben seiner Entscheidung beizutreten. Nur auf diesem Wege könne ein ausdauernder Friede gesichert werden, indem die unbefangene Erwägung der eignen Interessen und die freie Wahl einen jeden Staat bestimmen werde, entweder auch ferner dem preussischen Zollsystem sich anzuschliessen, oder sich von demselben zu trennen.

Von diesem Standpunkte aus ist der Septembervertrag in Preussen von fast allen Parteien besonders freudig begrüsst worden, weil Preussen durch denselben die nöthige Grundlage zu einer durchaus unabhängigen Stellung und Handelspolitik gewonnen habe und nun im Stande sei, die vielen seit Jahren

„Unmöglich kann es in den Absichten der königlich preussischen Regierung liegen, den übrigen Zollvereinsregierungen eine solche Stellung anzubieten, dass — während von ihnen verlangt wird einem ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung abgeschlossenen Verträge beizutreten, man ihnen die Verhandlung über Vertragsentwürfe vorenthält, bei deren Feststellung sie die Theilnahme Preussens nicht umgangen, sondern vergeblich gesucht haben. Unmöglich kann die preussische Regierung erwarten, dass die übrigen Zollvereinsregierungen ohne Unterschied sich einem in solcher Weise einseitig festgestellten Programme der Verhandlungen unterwerfen etc.“

Vgl. Augsburger Allg. Z. vom 25. Mai 1852. Beilage.

von Süddeutschland aus über Preussen ergossenen Schmähungen sowie die Vorstellung, dass Preussen den Zollverein zu politischen Zwecken ausbeuten wolle, mit einem Schlage zu widerlegen.

Die Ansicht, das Preussen die Interessen seiner Gewerthätigkeit wie seiner Finanzen selbstständig wahrnehmen und über dieselben nur im eignen Rathe und allein entscheiden müsse, selbst auf die Gefahr hin den Zollverein darüber zerrissen zu sehen, ist wie bereits erwähnt, sowohl von den Kammern und Provinzialständen als auch von der Presse fast ohne Ausnahme getheilt worden.

Es hängt hiemit zusammen, dass man die vorliegende Streitfrage im Wesentlichen auf die zurückführen zu können und selbst zu müssen glaubte, ob höhere oder niedrigere Zölle dem Interesse Preussens entsprechender seien, also auf einen Streit über die zweckmässigste Handelspolitik — eine innere Angelegenheit, die Preussen für sich allein zu erledigen habe, in Erwartung, welche seiner früheren Bundesgenossen sich in Uebereinstimmung mit seinen Interessen und Ansichten finden würden.

Dessen ungeachtet hegten die preussischen Staatsmänner wie den Wunsch so die Hoffnung, dass durch die befolgte Politik der Bestand des Zollvereins nicht gefährdet werden würde. Die Kündigung der Verträge wurde nur als formell bezeichnet, und der lebhafte Wunsch ausgedrückt, dass ihre Erneuerung gelingen möge. Man war bemüht zu zeigen, dass die Schritte Preussens den Interessen auch der übrigen Zollvereinsstaaten durchaus entsprechend seien und Preussen nicht unterlassen habe auf diese und die Erhaltung des Zollvereins jede nur mögliche Rücksicht zu nehmen.

Die Erklärung der übrigen Zollvereinsstaaten, unter gewissen Bedingungen den Vertrag vom 7. September annehmen zu wollen, wurde als ein Beweis angesehen, dass die Maassnahmen Preussens an sich die Interessen der übrigen Zollvereinsstaaten nicht verletzten; und noch in dem letzten veröffentlichten halbofficiellen Schriftstück wird das Bedauern ausgesprochen, dass

die Verhandlungen über Erneuerung der Verträge lediglich an einer „Formfrage“ gescheitert seien ¹⁾).

Auch die Presse sprach sich anfänglich entschieden dahin aus, dass die Schritte, welche sie mit Beifall begrüßte und zu denen sie die Regierung zum Theil mit Heftigkeit drängte, nicht zur Auflösung des Zollvereins führen, vielmehr am sichersten dazu dienen würden, denselben zu erhalten. Nach dem Grundsatz *si vis pacem para bellum* sei es die sicherste und am schnellsten zum Ziele führende Politik, die Eventualität, dass der Zollverein zerreißen könne, fest ins Auge zu fassen und sich darauf vorzubereiten. Dann werde es nicht dazu kommen. Denn die süd- und noch mehr die mitteldeutschen Staaten könnten sich nicht von Preussen trennen ohne darüber zu Grunde zu gehen.

In dem Maasse als indess die Aussicht sich trübte, dass auf dem eingeschlagenen Wege die Wiedererneuerung der Zollvereinsverträge gelingen werde, wurde mit steigender Wärme und Entschiedenheit die Ansicht verfochten, dass eine Trennung mit dem Süden Deutschlands für Preussen nur vortheilhaft sein würde. Die Verbindung mit demselben habe für seine Finanzen Verluste erzeugt und Preussen in der Erkenntniss und Wahrnehmung seiner wirklichen Interessen vielfach gehemmt und irregeleitet. Ein norddeutscher Zollverein würde für seine Finanzen sehr viel vortheilhafter sein, die Annahme gesunder Handelsgrundsätze und somit einen glänzenden Aufschwung des Verkehrs zur gewissen Folge haben.

Ist man doch so weit gegangen die süd- und mitteldeutschen Staaten vor der „trügerischen Hoffnung“, als könne der Zollverein dennoch erhalten worden, zu warnen. Die Aufstellung eines besondern Zoll- und Handelssystems sei für Preussen nunmehr eine Nothwendigkeit geworden. Kaum dass noch Worte des Bedauerns über diesen Ausgang des Versuches den Steuerverein mit dem Zollverein zu verbinden ausgesprochen und der Versuch gemacht wird, die Schuld dieses Resultates von Preussen abzulehnen.

1) Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage. Berlin 1852. Vorwort. S. 21.

Die Gefahr.

Ist die Auflösung des Zollvereins wirklich ein Ereigniss, welches Preussen abwarten, dem es mit einiger Ruhe entgegen sehen kann?

Stellen wir uns dabei zunächst selbst auf den besonderen Standpunkt Preussens; nehmen wir für wahr an, was von preussischen Blättern so allgemein behauptet wird, dass Preussen in einem norddeutschen Zollverein seine materiellen Interessen besser gewahrt finden werde, als in dem bestehenden. Ist denn die Erhaltung seines eigenen Wohlstandes die einzige Rücksicht, welche Preussen bei Erwägung der Frage, welche Ergebnisse die Auflösung des Zollvereins nach sich ziehen werde, zu nehmen hat?

Was wird in diesem Falle aus dem übrigen Deutschland?

Der Segen, welchen der Zollverein für unser gemeinsames Vaterland in jeder Beziehung zur Folge gehabt hat, ist zu oft Gegenstand der gründlichsten und ausführlichsten Erörterungen gewesen, als dass sich irgend Jemand, der diesem Gegenstande nur die mindeste Aufmerksamkeit zugewendet hat, über den Umfang der Verluste und Nachtheile, welche die Auflösung des Zollvereins mit sich bringen müsste, täuschen könnte. Gerade von preussischen Blättern ist am entschiedensten und nachdrücklichsten hervorgehoben, wie die Finanzen Baierns und Württembergs, die Industrie von Sachsen und Baden in ihren Grundfesten erschüttert und mit unmittelbarer Vernichtung bedroht werden würden, wenn diese Staaten wirklich von Preussen sich trennen wollten. Gerade von preussischen Blättern ist am ausführlichsten erörtert, wie der Wohlstand der Pfalz, beider Hessen und Nassau's den Bestand des Zollvereins nicht wenige Monden überleben würde.

Wir halten diese Ansichten für durchaus begründet. Hat nun Preussen hierauf keine Rücksicht zu nehmen? Das war mindestens die Ueberzeugung der preussischen Staatsmänner nicht, als der Zollverein ins Leben gerufen wurde; das ist nicht der Standpunkt, von dem aus die Verdienste Preussens um die Gründung und Erweiterung des Zollvereins so oft und mit so

vieler Genugthuung hervorgehoben sind und geltend gemacht werden konnten.

Häufig genug und feierlich hat Preussen es für seine Aufgabe erklärt die Wohlfahrt und die Einheit Deutschlands zu begründen; es hat verheissen in der Erfüllung dieses Berufes seine Macht und seine Ehre zu suchen. Und in der That, es hat in dieser Beziehung seine Aufgabe nicht verkannt, noch über den Weg zur eignen Grösse sich getäuscht.

Es ist sein Beruf für Deutschlands Wohl nicht minder wie für das eigne zu sorgen, es ist die Wahrheit, dass es die eigene Macht und Ehre in der Deutschlands zu suchen hat.

Ist Preussen nicht fähig seinem Berufe zu genügen und seine Aufgabe zu lösen; zerreisst das Band, welches die getrennten Glieder Deutschlands zu einer wirklichen Einheit zu verknüpfen begann; geht der Wohlstand Deutschlands zu den Füßen Preussens in Trümmern, so hat Preussen zugleich die Bedingungen seines eignen Lebens verloren.

Die Geschichte hat uns in dieser Beziehung bereits eine unzweideutige Lehre gegeben.

Der Versuch Preussens Wohlfahrt durch ein norddeutsches Handelsbündniss zu begründen und den Süden Deutschlands seinem eignen Schicksale zu überlassen, könnte nur mit dem Baseler Frieden verglichen werden, und würde — auch wenn die Resultate für den materiellen Wohlstand seiner Mitbürger zunächst gleich günstig sein sollten — zuletzt ohne Zweifel dieselben traurigen Folgen haben.

Die deutschen Fürsten können sich unmöglich darüber verblenden, welchen Vorwürfen und Gefahren sie sich aussetzen, wenn sie die in ihre Hände übergegangene Aufgabe die Einheit Deutschlands zu begründen in solcher Weise lösen.

Die Eifersucht, gegenseitige Abneigung und Geringschätzung, welche die Herzen der deutschen Stämme gegenwärtig leider erfüllt, würde durch fühlbare Noth und selbstverschuldetes Elend zu grimmen Hasse angefacht und das durch neue Zolllinien zerrissene Deutschland dem äussern Feinde ähnlich wie im Anfang dieses Jahrhunderts die willkommene Gelegenheit bieten auf den

allgemeinen Umsturz der bestehenden Ordnungen seine Gewalt-herrschaft zu gründen.

Die Genugthuung, dass die kleineren Staaten einige Jahre früher vom Verderben ereilt würden, wäre für ein ächt preussisches Herz wahrlich keine befriedigende. Eben so wenig könnte das Bewusstsein an dem allgemeinen Unglück keine „Schuld“ zu haben uns mit Recht trösten. Denn durch unsere in den Jahren 1849 und 50 befolgte Politik haben wir die Fürsten selbst in Stand gesetzt und veranlasst die Erhaltung ihrer unbeschränkten Souveränität zu dem ersten Gesichtspunkte ihres Strebens zu machen, und haben uns des Rechtes wie der Macht begeben, die Interessen der Völker gegen irre geleitete Ansichten ihrer Fürsten zu vertreten. Danach haben wir die Fürsten in eben dem Punkte angetastet, den als den empfindlichsten zu betrachten wir sie selbst gelehret. —

Die Auflösung des Zollvereins würde indess nicht blos mit Rücksicht auf ihre Folgen für das gemeinsame Vaterland zuletzt auch für Preussen verderblich sein.

Wie falsch und den klarsten Thatsachen entgegen die Ansichten derjenigen sind, welche Preussen durch die Verbindung mit Süddeutschland benachtheiligt glauben und sich von einem norddeutschen Handelsbunde einen neuen Aufschwung des Verkehrs versprechen, wird am anschaulichsten, wenn man ihre bis zur äussersten Consequenz entwickelte Gestaltung ins Auge fasst. Es ist bekannt genug wie oft und mit welcher Zuversicht unlängst die Behauptung ausgesprochen ist, die Rheinprovinz oder gar alle Theile der preussischen Monarchie, in welchen die Industrie eine wichtige Rolle spielt und daher ähnliche volkswirtschaftliche Ansichten herrschen wie in Süddeutschland, seien nur hemmende Bleigewichte für alle freien und kräftigen Bewegungen unseres preussischen Vaterlandes. Die Macht und Wohlfahrt desselben beruhe auch heute noch im wesentlichen auf dem Gedeihen der älteren, ackerbautreibenden, Provinzen welche den Kern und Keim seiner jetzigen Grösse umschlossen hätten.

Das Leben eines Kindes ist allerdings frischer, und sein Körper gelenkiger als der eines erwachsenen Mannes; doch wird man diesem seine frühere Behendigkeit und Biegsam-

keit durch Abtrennung einiger Glieder sicherlich nicht wiedergeben.

Das Blut, welches unserem Staatskörper Kraft und Leben giebt, kreist nicht mehr allein in den Grenzen des preussischen Gebietes. Wir wissen es selbst schwerlich im ganzen Umfange zu ermessen wie viele der edelsten Organe unseres Volkslebens verletzt und zerschnitten werden würden, wenn der Zollverein wirklich zerrissen werden sollte. Um sich gegen die auch nur theilweise Anerkennung dieser Wahrheit ganz verschliessen zu können, müsste man alles verleugnen und vernichten, was von den ausgezeichnetsten preussischen Staatsmännern und Schriftstellern seit der Gründung des Zollvereins und bis zum Beginn der jetzigen Krisis über die Folgen desselben für Preussen in finanzieller wie in staatswirthschaftlicher Beziehung gesagt und geschrieben worden ist.

Endlich sind wir auf das festeste davon überzeugt, dass die Hoffnung, Preussen werde in einem norddeutschen Handelsbunde einen reichlichen Ersatz für die Auflösung des Zollvereins finden eine durchaus trügerische ist. Wir werden an der Ausführung des Septembervertrages, insofern Preussen sich wirklich von Süd- und Mitteleuropa trennt, zweifeln, bis der neue Zollverein als vollendete Thatsache vor unsern Augen steht.

Die finanziellen Vortheile, auf welche Hannover beim Abschluss des Vertrages ein so entscheidendes Gewicht gelegt hat, würden bei einer Lostrennung von Süd- und Mitteleuropa erheblich geschmälert werden, wo nicht ganz verschwinden. Die Kosten der Grenzbewachung würden sich ungemein steigern; die völlige Revolution des Verkehrs und die damit verbundene Erschütterung des Vertrauens auf die Erhaltung des Friedens, würde Stockungen des Gewerbetriebes, Schmälerung des Verbrauchs und sonach der Einnahmen wenigstens in den ersten Jahren wohl ziemlich unvermeidlich zur Folge haben. Endlich hat Hannover in solchem Falle die Herabsetzung des ihm bewilligten Präcipuums zu erwarten. Die Aussicht auf einen späteren Ersatz für anfängliche Verluste dürfte bei der Unsicherheit der öffentlichen Verhältnisse für Hannover wenig lockend sein.

In staatswirthschaftlicher Beziehung hat sich Hannover von einer Verbindung mit Preussen allein keine erheblichen Vortheile zu versprechen, da ein Absatz für hannöverische Erzeugnisse nach Preussen in irgend bedeutendem Umfange nicht vorauszusehen ist, und die Hannoveraner ihre Bedürfnisse an Fabrikaten und Kolonialwaaren nach der Zolleinigung mit Preussen nicht billiger sondern theurer zu kaufen haben werden.

Die politischen Rücksichten, welche für Hannover mit bestimmend gewesen sein mögen, sich einer Vereinigung mit dem gesammten Zollverein nicht hartnäckig zu entziehen, verkehren sich — sobald es sich um eine Vereinigung mit Preussen allein handelt — in ihr gerades Gegenheil.

Es ist bekannt genug, welche grosse Abneigung Hannover von je gehabt hat seine isolirte Stellung — welche ihm die Leitung der Angelegenheiten im Steuerverein sicherte — aufzugeben, um neben Preussen eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Bei einer Verbindung mit Preussen allein erachtet es — wie die Sprache der hannöverischen Blätter unzweifelhaft zeigt — seinen Einfluss auf eine kaum erträgliche Weise beeinträchtigt und selbst seine Selbstständigkeit gefährdet. Die hannöverische Presse hat es offen ausgesprochen, dass Hannover Preussen gegenüber in politischer Beziehung durchaus die Interessen und die Stellung der übrigen deutschen Mittelstaaten theile. Nachdem die Verhandlungen über die Erneuerung der Zollvertragsverträge entschieden einen politischen Charakter angenommen haben und es sich im Wesentlichen darum handelt, ob die Mittelstaaten die Entscheidung Preussens allein über gemeinsame Interessen sich gefallen lassen wollen und sollen oder nicht, kann man schwerlich erwarten, dass Hannover sehr geneigt sein wird, durch seine Verbindung mit Preussen es diesem zu erleichtern, die Mittelstaaten zur Annahme der von ihm gestellten Bedingungen zu nöthigen. Dazu hat Hannover bei Gelegenheit des Abbruchs der Verhandlungen mit den Darmstädter Verbündeten die Erfahrung gemacht, wie sehr Preussen auch ihm gegenüber geneigt ist, Angelegenheiten, welche die beiderseitigen Interessen tief berühren, nach seinem eignen Ermessen und für sich allein

zu entscheiden. Um so gewisser darf man voraussetzen, dass es nicht das Ziel der hannöverischen Politik sein wird, Preussen in einer Stellung gegen die übrigen Mittelstaaten zu unterstützen, durch welche es sich selbst verletzt fühlt.

Ob Hannover noch die Mittel in Händen hat, sich der Ausführung des Septembervertrages im Falle der Auflösung des Zollvereins zu entziehen, ohne sich eines offenen Rechtsbruches schuldig zu machen, lassen wir unerörtert. Es würde einem Preussen nicht ziemen selbst Zweifel an der Gültigkeit eines von seiner Regierung abgeschlossenen Vertrages anzuregen. Die im Jahre 1850 gemachte Erfahrung lässt uns indess auf die Haltbarkeit und Zuverlässigkeit von Verträgen, welche unter gewissen Voraussetzungen geschlossen werden und für andere Eventualitäten fernere Verhandlungen vorbehalten und unvermeidlich machen, kein Vertrauen setzen. Dass es an Beweisführungen, welche auch in diesem Falle die Nichtverbindlichkeit des Vertrages darzuthun bemüht waren, nicht gefehlt hat, ist bekannt genug.

Die schwankende Stellung Hannovers bei den seitherigen Verhandlungen zwischen Preussen und den süddeutschen Staaten hat ohne Zweifel darin ihren Grund, dass so lange noch die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein in Aussicht stand, sein Interesse und seine Ansichten in Beziehung auf die staatswirthschaftlichen Fragen mit denen Preussens zusammenfielen; dagegen hinsichtlich der sich erhebenden politischen Differenzen es in der Stellung Baierns und Sachsens zugleich seine eigene erblickte.

Wenn nach Auflösung des Zollvereins das Gewicht der staatswirthschaftlichen und politischen Interessen nicht mehr in entgegengesetzter Richtung sich geltend macht, wird — wie wir besorgen — die Entscheidung auch nicht länger zweifelhaft sein. Nach den Lehren der Erfahrung kann man sich selbst darüber nicht tänschen, dass — wenn es selbst gelingen sollte die staatswirthschaftlichen und finanziellen Wünsche und Bedürfnisse Hannovers bei einem Bunde mit Preussen allein vollständig zu befriedigen — die politischen, oder wie man sie zu nennen beliebt hat, „die lediglich formellen“ Rücksichten sich dennoch

hier wie an anderen Orten als die überwiegenden erweisen dürften.

Wir sind daher auf das Tiefste davon überzeugt, dass die Hoffnungen derer, welche in dem Septembervertrage die feste Grundlage für eine völlig unabhängige und freie Handelspolitik Preussens gewonnen zu haben glauben, bald auf das bitterste und empfindlichste sich getäuscht finden werden. Ja wir meinen, dass schon jetzt deutlich genug zu erkennen ist, wie der eingeschlagene Weg statt Preussen seine volle Selbstständigkeit und einen neuen Aufschwung seines Wohlstandes zu sichern, vielmehr beides auf das empfindlichste bedroht.

Für die Ausführung seiner Pläne ist Preussen an die Mitwirkung eines widerwilligen Bundesgenossen gewiesen, welcher seine isolirte Stellung liebt und zu behaupten vermag. Derselbe hält sich nun in kühler Entfernung und verwandelt alles was Preussen über die dringende Nothwendigkeit, der peinlichen Ungewissheit über die Gestaltung der Zukunft ein baldiges Ende zu machen gesagt hat, in leere Worte, und alle Schritte, die es zur Herbeiführung einer endlichen Entscheidung gethan hat, in kraftlose Drohungen.

Während Preussen seine Selbstständigkeit Bundesgenossen gegenüber, welche durch die stärksten Bande der Interessen und in voller Geltung stehende Verträge an seine Politik gefesselt waren, durch Schritte wahren zu müssen glaubte, welche wir nicht für motivirt erachten können, ist es in Wahrheit in Abhängigkeit von einer Mittelmacht gerathen, die ihre Abneigung mit Preussen in eine nähere Verbindung zu treten stets unverholen an den Tag gelegt hat.

Wenn bei irgend einer Frage, so wird es bei der vorliegenden klar, dass nur derjenige zu einer richtigen Erkenntniss und unbefangenen Beurtheilung seiner eignen Interessen gelangen wird, welcher nicht diese allein oder doch vorzüglich im Auge hat, sondern zugleich und mit eben der Sorgfalt die Wohlfahrt seines Nächsten zu befördern bestrebt ist.

Fehler des preussischen Standpunkts.

Die Ursachen weshalb die von Preussen eingeschlagene Politik bis jetzt das Gegentheil von dem zur Folge gehabt hat, was man zu erreichen wünschte, sind wahrlich unschwer zu erkennen.

Die Kundgebung, dass Preussen die Interessen seines Handels und seiner Finanzen selbstständig wahrnehmen müsse, veranlasste die süd- und mitteldeutschen Staaten sehr erklärlich, dieses Recht auch ihrerseits geltend zu machen. Die durch That-sachen bekräftigte Eröffnung, dass Preussen eine neue und gesonderte Stellung einnehmen werde, falls die bisherigen Verbündeten seinen Ansichten und Entschliessungen nicht beitreten könnten oder wollten, enthielt für die süd- und mitteldeutschen Staaten die Aufforderung auf diese Eventualität sich auch ihrerseits vorzubereiten. Die in rücksichtsloser und verletzender Weise ausgesprochene Behauptung preussischer Blätter, dass die Mittelstaaten nicht im Stande seien sich von Preussen zu trennen und eine selbstständige Handelspolitik einzuschlagen ohne darüber zu Grunde zu gehen, reizte dieselben den Gegenbeweis anzutreten. Die in diesen Behauptungen enthaltene Wahrheit veranlasste bei dem einmal rege gewordenen Misstrauen und der eingetretenen Erbitterung vielmehr ein Anlehnen an Oestreich als eine Nachgiebigkeit gegen Preussen.

Die Wahrheit ist: durch den 20jährigen Bestand des Zollvereins sind für die verbündeten Staaten gemeinsame Interessen und Güter erwachsen und zu einer entscheidenden Bedeutung für die Wohlfahrt und das Gedeihen aller beteiligten Länder erstarkt. Diese Interessen und Güter bestehen nicht bloß in der Entwicklung neuer Industriezweige, in den bessern Preisen einheimischer Weine, und anderer Erzeugnisse des Bodens; in der Richtung welche Handel und Verkehr auf dem ihnen eröffneten freien Markt nach ihren eigenen Gesetzen eingeschlagen haben u. s. w. Nicht bloß in den Vortheilen, welche für die Finanzverwaltung aller beteiligten Staaten daraus hervorgegangen sind. Vielmehr hat der Zollverein noch köstlichere Früchte gezeitigt, und diese sind es vorzugsweise gewesen, welche ihm die Aufmerksamkeit

und die lebhaftesten Sympathieen aller Vaterlandsfreunde zugewendet haben.

Die Gründung des Zollvereines war ein wichtiger Schritt zur Lösung der Aufgabe, welche die historischen Verhältnisse nicht minder als die geographischen den deutschen Fürsten gestellt haben, die getrennten Glieder unseres deutschen Vaterlandes wieder zu einem Leibe zu vereinen und zu gemeinsamem Leben zu erwecken.

Die frischen Keime dieses wiedererwachten Lebens werden hoffnungslos getödtet, wenn der Zollverein zerrissen wird.

Die Bedeutung des Zollvereins ist nicht blos eine kommerzielle und finanzielle, sondern auch eine politische. Politische Beweggründe waren für Preussen wesentlich mit bestimmend, den ersten Vertrag mit Hessen-Darmstadt abzuschliessen und mit allem Eifer die Ausdehnung des Zollvereins zu betreiben. Preussen hat an und in seinem eignen Staatsleben die politische Bedeutung des Zollvereins auf das unzweifelhafteste empfunden. Das Verlangen nach einer freien Verfassung wurde in Preussen durch die nähere Verbindung mit den kleinern deutschen Staaten, welche eine solche bereits besaßen, wo nicht zuerst geweckt so doch gewaltig gefördert und bis zu einer Macht gesteigert. Nur durch die Verdienste Preussens um die Begründung und Entwicklung des Zollvereins, nur durch seine Stellung in demselben, wurden die Augen aller Vaterlandsfreunde auf Preussen gelenkt, als auf die Macht, deren Beruf die Wiederherstellung deutscher Einheit im Wege friedlicher Entwicklung sei.

Ist dies nun wahr, wie es denn schwerlich bestritten werden kann, so ist es ein vergebliches Bemühen die vorliegende Frage als eine lediglich handelspolitische und finanzielle betrachten, behandeln und lösen zu wollen. Es ist eine verderbliche Täuschung die Schwierigkeiten anderer Art, welche sich einer Vereinigung entgegenstellen, als nur „formelle Fragen“ von untergeordneter Wichtigkeit anzusehen und zu bezeichnen, während es offen zu Tage liegt, dass diese Formfragen nur Masken sind hinter welchen sich die politischen Differenzen verbergen. Diese in ihrer wahren Gestalt aufzudecken trägt man Scheu, wegen der

Hoffnungslosigkeit, dieselben von dem eingenommenen Standpunkte aus zu lösen, wegen des inneren Widerspruchs, in dem man befangen zu sein denn doch das dunkle Bewusstsein hat.

Es ist unrichtig, dass bei der Frage über die Wiedererneuerung der Zollvereinsverträge es sich nur um die besonderen Interessen — volkwirthschaftliche und finanzielle — jedes einzelnen Staates handle, und ein jeder daher berechtigt sei, diese für sich zu erwägen und hernach zuzusehen mit welchen und wie vielen der Nachbarstaaten er zusammen gehen könne.

Es sind gemeinsame Interessen von überwiegender Bedeutung da, welche an die Erhaltung des Zollvereins geknüpft sind und einer einheitlichen Leitung bedürfen.

Indem Preussen die Erhaltung des Zollvereins davon abhängig macht, dass die übrigen Verbündeten der Entscheidung beitreten, welche es in Beziehung auf Angelegenheiten des Vereins für sich allein getroffen hat, erhebt es thatsächlich den Anspruch über diese wichtigen Fragen in letzter Stelle selbstständig und allein beschliessen zu dürfen. Es taugt nicht hier irgend eine Schminke darum zu machen; denn dieser Anspruch Preussens ist in Wahrheit doch die Quelle aller der Schwierigkeiten, in welcher es seit einer Reihe von Jahren den übrigen deutschen Fürsten gegenüber verwickelt ist.

Jemehr Preussen dem Grundsatz nach die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der übrigen deutschen Fürsten anerkennt und ihnen selbst behülflich gewesen ist dieselbe anderen Ansprüchen und Gefahren gegenüber zu wahren; desto tiefer wird es empfunden, wenn diese Selbstständigkeit von Preussen selbst thatsächlich angetastet wird. Um so tiefer, denn Preussen hat nach den von ihm selbst anerkannten Grundsätzen hierfür keine andere Rechtfertigung anzuführen als die „selbständige Wahrnehmung seiner eignen Interessen“ oder im günstigsten Falle die behauptete Unmöglichkeit auf einem anderen Wege einen gemeinsamen Beschluss zu erzielen.

Die Beschwerden der übrigen deutschen Staaten über eine eigenmächtige Behandlung gemeinsamer Fragen von Seiten

Preussens datiren nicht erst vom Tage des Abschlusses des Septembervertrages.

Es ist bekannt genug wie der Abschluss der Handelsverträge von Seiten Preussens im Namen des Zollvereins Gelegenheit zu vielfacher Verstimmung gegeben hat; es ist im frischen Andenken wie tief Sachsen und Baden es empfanden, dass Preussen sich berechtigt hielt den Betrag seiner Kriegskosten selbstständig festzustellen und die Entschädigung dafür von Sachsen und Baden auf dem ihm gut scheinenden Wege einzuziehen; es ist erinnerlich, wie Sachsen und Hannover sich von der Union lossagten, als Preussen gegen ihren Willen die Versammlung zu Erfurt berief; wie bittere Beschwerden die übrigen Unionsstaaten darüber führten, dass Preussen die wichtigsten Entschliessungen in Bezug auf ihre gemeinsamen Angelegenheiten gefasst habe, ohne mit ihnen darüber in eine vorgängige Berathung zu treten, ja oft selbst ohne ihnen Mittheilung davon zu machen. Es ist erinnerlich wie tief vor allen sämtliche deutsche Fürsten es empfanden, dass Preussen sich für berechtigt hielt, Hessen mit seinen Truppen zu besetzen, obwohl es nach dem von ihm selbst eingenommenem Standpunkte dafür keine anderen Gründe mehr geltend zu machen hatte, als die Sicherung seiner eignen Grenzen.

Dort liegt die tiefe Wunde; dort muss die Heilung versucht werden; nur an dieser Stelle kann sie in Wahrheit gelingen.

Die Lösung.

Die Auflösung des Zollvereins wäre der Vorbote des Unterganges unseres gemeinsamen wie unseres besonderen Vaterlandes. Denn sie wäre der Beweis, dass die Kräfte, welche Zwietracht säen um Zerstörung und Elend aufgehen zu lassen, mächtiger in Deutschland sind, als die, welche Frieden und Eintracht herzustellen sich bemühen, damit Heil und Segen daraus erblühen.

Die Bedeutung der Thatsache, dass die einzige bedeutende Massregel, welche zur Herstellung besserer öffentlicher Verhältnisse in Deutschland seit dem Frieden gelungen ist, hat

wiederaufgehoben werden können, um alle daraus entsprungenen wohlthätigen Folgen in ihr Gegentheil zu verkehren, Freude in Trauer, Wohlstand in Elend, Zuversicht und Vertrauen in Rathlosigkeit und Entmuthigung zu verwandeln, würde durch keine noch so gewandte Darstellung verschleiert, durch keine Verweisung auf die Zukunft gemildert, und ihre Folgeschwere für jeden einzelnen Staat durch keine Beweise oder vielmehr Versicherungen der Nichtschuld abgewendet werden können.

Die Verhütung dieses unglücklichen Ereignisses, die Lösung der vorliegenden Frage, ist an die Anerkennung der Wahrheit geknüpft, dass der Zollverein so wenig als ein Staat und als ein Leib zerrissen werden dürfe, in der Hoffnung, die zerstückten Glieder zu gelegener Zeit zu neuem Leben wieder zusammenfügen zu können.

Die Erhaltung des Zollvereins ist das überall zuerst sicher zu Stellende; die Frage, welche Handelspolitik ihm fromme, welche neue Glieder demselben anzufügen seien, darf erst in zweiter Reihe zur Erwägung und Entscheidung kommen.

Hiergegen hat Preussen ohne Zweifel zuerst gefehlt.

Es hat verkannt, dass in der Frage über die Zukunft des Zollvereins und Preussens Stellung in demselben die deutsche Frage mitbeschlossen liegt; dass Preussen die Stellung, auf welche es in Europa Anspruch macht, ja selbst seinen Wohlstand und seine Unabhängigkeit nicht in der Trennung von dem übrigen Deutschland zu behaupten vermöge, daher auch nicht suchen dürfe. Der Wahlspruch „wer den Frieden will, muss zum Kriege rüsten“ hat für Rom, einem Carthago gegenüber, gewisse Wahrheit gehabt; seine Frucht war gleichwohl auch für Rom unaufhörlicher Krieg. Für die Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten untereinander gilt der Ausspruch „wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen.“

Gleichwohl ist der Standpunkt, den Preussen in der letzten Krisis einzunehmen versucht hat, nicht ganz ohne Berechtigung.

Seit länger als einem Jahrzehnt war in der inneren Entwicklung wie in dem äusseren Wachsthum des Zollvereins ein Stillstand eingetreten, der nach den allgemeinen Gesetzen aller Organismen auf eine Abnahme seiner Lebenskraft hindeutete.

Die natürliche Entwicklung des Zollvereins drängte auf eine wachsende Gemeinschaft aller Interessen der Finanzen, des Handels und Verkehrs. Was dagegen zur Herstellung einer Uebereinstimmung und zur Durchführung von Reformen in dieser Beziehung, z. B. hinsichtlich der inneren Verbrauchssteuern, des Münzwesens, des Papiergeldes, des Maasses und Gewichtssystems u. s. w. geschehen ist, kann fast nur als eine Andeutung dessen angesehen werden, was im allseitigen Interesse hätte geschehen sollen. Ebenso wenig gelang im vorigen Jahrzehnt die Ausdehnung des Zollvereins bis an die Nordsee.

Zu diesen Beweisen einer eingetretenen Stagnation gesellten sich in wachsendem Maasse Anzeichen einer zu besorgenden Auflösung.

Es wurde immer schwieriger, die verschiedenen Theile, welche bei der Fassung eines Beschlusses mitzuwirken hatten, zu einem Willen zu vereinigen. Die durch den Drang der Umstände nach langem Zögern zuletzt erzwungene Entscheidung war fortschreitend weniger das Ergebniss einer aufrichtigen Uebereinstimmung der Ansichten. Insbesondere wurde das grössere Gewicht, welches der Stimme Preussens im Vergleich mit den kleineren Staaten nach der Natur der Verhältnisse zufallen musste, von einer wachsenden Verstimmung und einem beklagenswerthen Misstrauen begleitet. Endlich trat schon wiederholt der lange, aber mit steigender Anstrengung, vermiedene Fall ein, dass bei wichtigen Fragen die mühsam erreichte Vereinigung aller übrigen Zollvereinsstaaten an dem Widerspruche einer einzigen Regierung und selbst einer Kammer scheiterte.

Genug, die Schwierigkeit, die Stimmen nicht nur jeder einzelnen Regierung, sondern auch aller Kammern in den einzelnen Staaten für die Veränderung einer jeden Tarifposition und für jede Zusatzbestimmung zu dem ursprünglichen Vertrage im Wege der freien Vereinbarung zu gewinnen, erwies sich mehr und mehr als unüberwindlich. Je ausgedehnter der Umfang und je grösser die Bedeutung der gemeinsam zu behandelnden Angelegenheiten wurde, desto schwieriger ward die Erzeugung eines gemeinsamen Willens; je unentbehrlicher die

Gewissheit einer Fortdauer der Gemeinschaft, desto unsicherer die Bürgschaft dafür.

Die Thatsache ist an sich begreiflich genug, da ein theilweiser Gegensatz der Ansichten und Interessen unter so vielen Betheiligten um so leichter entstehen und um so entschiedener hervortreten muss, je häufiger und wichtiger die Angelegenheiten werden, über welche ein gemeinsamer Beschluss zu fassen ist. Mit einem wirklichen Regiment, wie es zur Erhaltung, Leitung und Beförderung wichtiger gemeinsamer Interessen unerlässlich ist, erweist sich das *liberum veto* heute in Deutschland so unverträglich als ehemals in Polen.

So erklärt es sich, dass Preussen das Bedürfniss empfand, eine Entscheidung der Berathungen zu sichern, und es lag eben nicht fern, das Auskunftsmittel in der Hervorhebung des eigenen Willens und der Hinstellung vollendeter Thatsachen zu suchen.

Dennoch ist diess unzweifelhaft der falsche Weg. Eine unbefangene Erwägung, sowie die vorliegende Erfahrung lassen darüber keinen Zweifel. Der Faden Ariadne's, um aus diesem Labyrinth zu entfliehen, kann nur in der Herstellung eines Organes zur Erzeugung eines gemeinsamen Willens oder in dem Uebergange des Zollvereins in einen politischen Körper gefunden werden.

Es ist wahr, was so oft bemerkt ist, die Probleme, welche uns in Frankfurt und Erfurt gestellt waren, kehren bei der Zollvereinsfrage wieder. Es ist vergeblich, sich dieses verbergen zu wollen; es ist Täuschung, eine Lösung der Aufgabe bei einer minder umfassenden Behandlung derselben zu hoffen.

Auf dem engeren Gebiete bestimmt vorliegender Interessen, deren Gemeinschaft und Bedeutung durch eine zwanzigjährige Erfahrung klar nachgewiesen ist, muss der Versuch, für die verschiedenen deutschen Staaten ein gemeinsames Organ mit Beschlusskraft zu bilden, erneuert und zum Ziele geführt werden.

Die Aufgabe, deren Lösung den deutschen Fürsten und Völkern obliegt, kann nicht in einer einfacheren, weniger beunruhigenden und dabei dringenderen Art und Weise vor sie gelegt werden. Hier ist ein auf Zeit zu verabredender und vertragsmässig festzusetzender Versuch möglich; hier kann

ein Anfang gemacht, eine Beschränkung des Gesamtwillens auf einzelne Gebiete beschlossen werden, mit der Hoffnung und Aussicht einer fortschreitenden Entwicklung, ohne einen Misstrauen erweckenden Zwang.

Hier ist Raum für die Benutzung der Erfahrung und die allmähliche Läuterung der Ansichten sowohl über das wahre eigene Interesse als über die unzweifelhaften Forderungen des Gesamtwohls.

Gelingt es auf diesem Wege nicht, das Ziel zu erreichen, so verschwindet wahrlich die Hoffnung die öffentlichen Verhältnisse Deutschlands auf der Bahn einer friedlichen und gesetzmässigen Entwicklung befriedigend regeln zu können.

Die Lehren der Erfahrung.

Soll die Bildung eines starken und lebenskräftigen Organes für die Leitung und weitere Entwicklung der gemeinsamen Angelegenheiten des Zollvereins gelingen, so kommt es nach den Erfahrungen, welche seit seiner Gründung und insbesondere in den letzten Jahren wiederholt gemacht sind, vorzüglich auf die Anerkennung und Beachtung zweier Wahrheiten an.

Die eine ist, dass bei der Fassung gemeinsamer Beschlüsse die Mitwirkung einer allgemeinen Volksvertretung in Anspruch genommen werden muss; die andere, dass die Fürsten der mittleren und kleinen deutschen Staaten sich zur Bildung eines Centralorgans nicht herbeilassen werden, wenn ihnen nicht eine entsprechende Stellung in demselben eingeräumt wird.

Es ist nicht schwer einzusehen, dass die bisherige Stellung der Kammern in den einzelnen Staaten zu der Behandlung gemeinsamer, den Zollverein betreffenden Angelegenheiten eine durchaus unhaltbare ist. Nach der Verfassung der Staaten, welche den Zollverein geschlossen haben, steht der oder den beiden Kammern in jedem einzelnen Staat das Recht zu, die von den Regierungen auf den Zollconferenzen vereinbarten Beschlüsse über die Ergänzung der Verträge und Aenderung der Tarifpositionen u. s. w. entweder zu genehmigen oder abzulehnen. Es ist klar, dass die Einholung dieser Genehmigung nach dem

Schlusse der Berathungen auf den Conferenzen das Recht der Kammern entweder zu einem illusorischen macht und sie nöthigt, die Beschlüsse als geschehene Thatsachen einfach anzuerkennen; oder dass die Ausübung dieses Rechts von irgend einer Kammer das Resultat der Berathungen lediglich vereitelt, und die oft nur mühsam erreichte Vereinbarung wieder zerstört. Für eine wohlthätige, die Erreichung einer Verständigung erleichternde Wirksamkeit ist den Kammern gegenwärtig kein Raum geboten. Dagegen gibt die Geschichte des Zollvereins für die nachtheiligen Folgen des bisherigen Zustandes nach beiden Richtungen hin bereits genügende Beispiele.

Gleich bei der Gründung des Zollvereins wurde es in den Kammern der einzelnen Staaten zur Sprache gebracht, dass das Leben und die Bedeutung derselben verkümmern müsse, wenn ihr Einfluss in Beziehung auf die wesentlichsten Interessen des Landes darauf beschränkt werde, die Beschlüsse der von den Regierungen allein beschickten Zollvereinsconferenzen nachträglich zu genehmigen. Gleichwohl ist denselben bis auf eine Ausnahme nichts anderes übrig geblieben. Dieser Ausnahmefall, die Weigerung der badischen Kammern, der verabredeten Erhöhung der Rübenzuckersteuer ihre Zustimmung zu ertheilen, ist seinerseits ein wenig erfreulicher gewesen; er zeigte, dass die Kammer eines minder bedeutenden Staates die Ausführung eines heilsamen und selbst dringenden Beschlusses verhindern und dadurch für die Finanzen aller Staaten beträchtliche Verluste herbeiführen könne.

In diesen letzten Tagen noch dürften die Verhandlungen der hannöverischen und oldenburgischen Stände klar vor Augen gelegt haben, wie ganz unmöglich jede Vereinigung werden würde, wenn jede der vielen Kammern ihre Genehmigung der von den Regierungen getroffenen Vereinbarungen und geschlossenen Verträge an Bedingungen knüpfen oder gar von der Abänderung einzelner Bestimmungen abhängig machen wollte; wie wesentlich auf der anderen Seite ihr Einfluss und ihre Macht beschränkt wird, wenn ihnen nichts übrig bleibt als einfach zu genehmigen, was ohne ihre Mitwirkung beschlossen wurde.

Dagegen ist es offenbar, dass die Kammern der einzelnen Staaten an Bedeutung nicht verlieren, sondern gewinnen würden, wenn sie durch das Mittel ihrer Abgeordneten einen wirksamen Einfluss auf die Berathung und Behandlung der ganzen Zollvereinsangelegenheiten erlangten. Sie würden von dem gemeinsamen Körper, dem sie einverleibt sind, zehnfältig wieder erlangen, was sie demselben von ihrer isolirten Selbstständigkeit opfern.

Noch mehr leuchtet ein, dass nur von dem Leben und dem Geist, den ein solcher gemeinsamer Körper unfehlbar erzeugen würde, die Heilung der innern Krankheit verhofft werden kann, welche nun die Auflösung des Zollvereins herbeizuführen droht; die Ueberwindung des Gegensatzes der Interessen und Ansichten, welcher bei einer Verbindung so vieler Staaten von der verschiedensten Grösse unvermeidlich bisweilen hervortreten muss. Wer mag leugnen, dass Maassregeln, welche dem Wohle von ganz Deutschland unendlich förderlich sein würden, dennoch dem besondern Interesse Hamburgs oder Braunschweigs entgegen sein, dass Forderungen, die für eine Stadt oder einen Bezirk ein grosses Gewicht haben mögen, für den ganzen Zollverein sehr unerheblich erscheinen können!

Dazu veranlasst die Isolirung eine einseitige und beschränkte Auffassung der besonderen Interessen, welche nur um so hartnäckiger festgehalten wird, je unrichtiger sie ist. Vor allen Dingen ist es leider nur zu offenbar, dass die jüngsten Ereignisse den Samen der Zwietracht und selbst der gegenseitigen Abneigung in die Herzen der Völker ausgestreut haben, welcher verderbliche Frucht zu bringen droht. Solange die Engherzigkeit nicht schwindet, welche in jedem augenblicklichen Opfer einen dauernden Verlust erblickt, und das Misstrauen nicht ausgetilgt ist, welches von jedem Gewinn des Nachbarn eine Beeinträchtigung des eigenen Vorthells¹ fürchtet, kann man ein günstiges Resultat der Zollvereinsconferenzen nimmermehr erwarten.

Nur das Bewusstsein eines gemeinsamen Vaterlandes kann die unerlässliche Sinnesänderung bewirken. Dieses Bewusstsein wird durch einen gemeinsamen Körper wieder

erweckt werden und erstarken. Die Wahrheit, dass auf der Erhaltung des Zollvereins die Hoffnung einer besseren Zukunft unseres Vaterlandes wesentlich beruht, wird wieder anerkannt und beherzigt werden. In dem Feuer der Vaterlandsliebe zerrinnen die nur scheinbaren Gegensätze besonderer Interessen schnell, und die wirklich vorhandenen werden leicht verschmolzen.

Endlich sei darauf hingewiesen, dass auf der Zuziehung von Abgeordneten der Kammern die Möglichkeit beruht, in dem Centralorgan den bedeutenderen Staaten das entsprechende grössere Gewicht bei der Entscheidung der gemeinsamen Angelegenheiten einzuräumen, ohne das Interesse der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten aufzuopfern.

Diess führt uns zu der Betrachtung der zweiten Bedingung, an deren Erfüllung die Möglichkeit der Herstellung eines lebenskräftigen Centralorganes für den Zollverein geknüpft ist.

Die Ereignisse der letzten Jahre, insbesondere das Scheitern der Union, beweisen für ein unbefangenes Auge unwiderleglich, dass die Fürsten der Mittelstaaten sich den Beschlüssen keines Körpers freiwillig unterwerfen werden, in welchem sie nicht selbst eine einflussreiche und ehrenvolle Stellung einnehmen. In den Königreichen steht der conservative Theil der Bevölkerung den Fürsten in dieser Beziehung zur Seite.

Die Erfahrung hat aber nicht bewiesen, dass die Fürsten und Völker Deutschlands der Schaffung eines Gesamtwillens überhaupt kein Opfer zu bringen geneigt wären. Ueber das Maass dieses Opfers ist Streit; der kleinere Staat will sich keiner Pflicht unterziehen, welche der grössere nicht für sich als bindend anerkennt. So ist denn das Beispiel der grössten entscheidend. Für den, welcher die gedeihliche Entwicklung der Verfassung unseres Gesamtvaterlandes allein im friedlichen und gesetzlichen Wege erwartet, ist daher kein anderer Ausweg als dieser: Preussen muss die Opfer seiner besonderen Selbstständigkeit selbst bringen, welche es von den übrigen deutschen Staaten im Interesse des Gesamtvaterlandes fordert. Es darf im Rath der Fürsten keine andere Stellung für sich in Anspruch nehmen, als diese ihm freiwillig einzuräumen geneigt sind.

Rechtlich hat Preussens Krone auch gegenwärtig im Zollverein keine bevorzugte Stimme, und das factische Uebergewicht, welches sie seither geltend gemacht oder geltend zu machen versucht hat, ist wie oben erörtert die vorzüglichste Ursache der jetzigen Krisis.

In einem norddeutschen Zollverein — wenn er wirklich zustande kommen sollte — würde es Preussen noch weniger gelingen als in dem jetzt bestehenden, seiner Stimme durch den darauf gelegten Nachdruck oder gar durch die in Aussicht gestellte Trennung von den Verbündeten ein grösseres Gewicht beizulegen, als der Vertrag ihm zusichert — d. h. das gleiche Stimmrecht mit Hannover, Oldenburg und Braunschweig. Ein völliges Zurückziehen auf sich selbst, ein Zurückgehen auf das Jahr 1818, könnten wir nur mit dem Unternehmen eines Stromes vergleichen, zu seinen Quellen wieder aufzusteigen. Preussen befindet sich daher nach unserer Ueberzeugung in derselben Lage wie die Regierungen der übrigen deutschen Staaten und die einzelnen Kammern, dem zu gründenden Centralorgane und damit dem Vaterlande vielmehr scheinbare als wirkliche Opfer bringen zu sollen, nämlich das Opfer einer Stellung, oder richtiger gesagt eines Anspruchs, welchen es nicht behaupten kann, weder im Zollverein noch ausserhalb desselben.

Der deutsche Bund.

Die Wahrheit, dass der Zollverein, um in seiner weiteren Entwicklung nicht gehemmt und in seinem Bestande nicht gefährdet zu werden, aus der Form eines nur völkerrechtlichen Vertrages in die eines staatsrechtlichen Körpers hinübergeführt werden müsse, ist schon häufig ausgesprochen und kaum bestritten worden, wenn sie in allgemeinen Ausdrücken hervorgehoben wurde. Nur die Folgerungen daraus hat man entweder zu ziehen ganz unterlassen oder dieselben den eigenen Wünschen angepasst.

So ist von verschiedenen Seiten aus diesem Vordersatz der Schluss hergeleitet worden, die Zoll- und Handelsangelegenheiten seien vor das Forum des deutschen Bundes zu ziehen.

Wir wissen indess nicht, wie man nach den Lehren der Erfahrung irgend hoffen kann, dass dieser Weg zu einem erfreulichen Ziele führen werde.

Der deutsche Bund hat über dreissig Jahre Zeit gehabt, diese Angelegenheiten zu ordnen, ohne gleichwohl das mindeste zu leisten; er hat in unseren Tagen nicht vermocht, die deutsche Flotte zu erhalten; und selbst mit der vorliegenden Frage hat er sich dem Wesen nach bereits in Dresden und Frankfurt beschäftigt.

Auch in anderer Beziehung lehrt ein unbefangener Blick auf die Thatsachen unmittelbar, dass die Hinweisung auf den Bund zur Lösung der vorliegenden Frage nicht genügt. Der Zollverein umfasst gegenwärtig noch nicht das Gebiet des ganzen Bundes und kann durch ein Machtgebot und Zwang nicht über dasselbe ausgedehnt werden. So lange auch nur Mecklenburg, Holstein und Hamburg sich fern von demselben halten, finden die Bestimmungen der Bundesacte auf denselben keine Anwendung, und wird es nach unseren obigen Erörterungen unerlässlich für die Behandlung der Zollvereinsangelegenheiten mindestens interimistische Organe zu schaffen, welche seine Erhaltung sichern und seine weitere Ausdehnung ermöglichen.

Das entscheidende Moment liegt indess darin, dass der Bund selbst einer wesentlichen Umgestaltung bedarf und an eben den Uebeln krankt, welche die weitere Entwicklung des Zollvereins gehindert haben und nun seine Auflösung herbeizuführen drohen.

Gerade in den wichtigsten Angelegenheiten kann der Widerspruch einer Stimme das Zustandekommen eines Beschlusses vereiteln. Auch dem Bundestage fehlt die Mitwirkung einer Volksvertretung, welche — neben einer Versammlung der Fürsten — nach unserer Ueberzeugung allein im Stande ist, den wahren Gemeingeist zu erzeugen, also dem Körper Leben einzuhauchen und Gedeihen zu gewähren.

Wir erblicken vielmehr in der zweckmässigen Gestaltung des Zollvereins zu einem politischen Körper den einzig möglichen Weg, die Bundesverfassung selbst von ihren Mängeln zu befreien. Wir halten es für möglich, auf einem

ebensowohl geographisch als in Hinsicht auf seine Rechtssphäre beschränkten Gebiet die Form zu finden, welche die Interessen der Selbstständigkeit und das Bedürfniss eines Gesamtwillens gleichmässig befriedigt. Wir halten es aber für unmöglich, eine durchaus mangelhafte Verfassung, welche alle Fragen in sich aufgenommen hat, ohne eine genügend zu beantworten, und eine Menge von Widersprüchen unveröhnt in sich birgt, durch sich selbst zu verbessern.

Preussen und Oestreich.

Die gegenwärtig herrschenden Zwistigkeiten über die Art und Weise der Erneuerung der Zollvereinsverträge sind bereits mehrfach offen als die Fortsetzung des hundertjährigen Wettstreits zwischen Oestreich und Preussen um den entscheidenden Einfluss in Deutschland bezeichnet worden.

Die preussischen Blätter haben fast ohne Ausnahme das Verhalten der süd- und mitteldeutschen Staaten in der Zollvereinsangelegenheit auf den Einfluss und die Leitung Oestreichs zurückgeführt. Diesem wird bald die Absicht beigemessen, den Zollverein zu sprengen, um dadurch dem Einflusse auf Deutschland die Wurzel abzugraben, bald der noch kühnere Plan untergelegt, den ganzen Zollverein und mit demselben Preussen an das Rad seiner Politik zu fesseln.

Umgekehrt sehen die süddeutschen und österreichischen Blätter in dem Verhalten Preussens die offenbare Absicht, Oestreich von dem übrigen Deutschland möglichst fern zu halten, damit dieses seinem Einflusse sicher anheimfalle.

Gewiss ist, dass in der Zollvereinsfrage — wie sie nunmehr vorliegt — über die Stellung der beiden Grossmächte in Deutschland mitentschieden werden muss und werden wird.

Oestreich hat gar kein Hehl daraus gemacht, dass es die Frage also ansehe; es hat vielmehr ausdrücklich ihre Lösung in diesem Sinne in Angriff genommen.

Die Depesche vom 30. Mai 1850 sprach es offen aus, dass ein deutscher politischer Verein auch zum Zollverein werden müsse, und umgekehrt; dieselbe bezeichnete ganz richtig den

Mangel einer angemessenen Organisation als das Hauptübel, an welchem der bestehende Zollverein kranke.

Oestreich machte dem entsprechend damals Vorschläge zur Verbesserung der Bundesverfassung, und verlangt — nachdem diese Vorschläge zurückgewiesen sind — nunmehr die Behandlung dieser Angelegenheit als einer vor den bestehenden Bund gehörigen.

Demnächst hat Oestreich seine Vorschläge in Beziehung auf die zu befolgende Handelspolitik nicht durch sein besonderes Interesse motivirt, vielmehr in seinen offiziellen Actenstücken sich stets dahin ausgesprochen, dass es bereit sei, seine Handelspolitik den Bedürfnissen Deutschlands anzupassen und selbst Opfer zur Erreichung der nothwendigen Einheit zu bringen. Es ist von der Ueberzeugung ausgegangen, dass eine Vereinbarung ohne Verletzung der beiderseitigen wesentlichen Interessen erreichbar sei, und hat in diesem Sinne eine gemeinsame Berathung und Behandlung derselben nicht gescheut sondern gewünscht.

Dagegen hat Preussen die Zollvereinsfrage nicht als eine zugleich politische, von vorneherein die gemeinsamen Interessen ganz Deutschlands berührende, ansehen zu müssen geglaubt, und dem entsprechend sich berechtigt gehalten, in Beziehung auf die einzuhaltende Handelspolitik vor allem sein besonderes Interesse in Erwägung zu ziehen, soweit, dass es Abweichungen von der bestehenden Gemeinschaft der Interessen für sich allein beschloss und durchzuführen unternahm.

Oestreich hat sich — in den amtlichen Erläuterungen über das Ziel und die Mittel seiner Politik — auf den Boden des gemeinsamen Wohles von Deutschland gestellt, in der Ueberzeugung, darin sein eigenes Beste wiederzufinden und in der Gewissheit, dass seine Selbstständigkeit und Macht durch die Verbindung mit Deutschland nicht verloren gehen könne. Preussen glaubt, die Sicherung seiner eigenen Selbstständigkeit und seiner Wohlfahrt voranstellen und darüber allein befinden zu müssen, in der Erwartung, dass Deutschland seiner Entscheidung als der zugleich dem Gemeinwohle am meisten entsprechenden hinterher einfach beitreten werde.

Welche Erfolge diese beiden verschiedenen Standpunkte bisher gesichert haben, liegt klar vor Augen. Oestreich ist in der Lage, die Entwicklung der Dinge ruhig abwarten zu können, und sieht seine Ansichten von der Mehrzahl der deutschen Fürsten nicht nur unterstützt, sondern von diesen selbstständig und als eigene Forderungen geltend gemacht. Preussen dagegen befindet sich in Beziehung auf die Ereignisse der nächsten Zukunft in einer peinlichen Ungewissheit, welche in Wahrheit an dem Marke seines Wohlstandes zehrt, und erfährt bei den meisten seiner Schritte die durch Thatsachen angedeutete und schon auch durch Worte ausgedrückte Missbilligung der wenigen und schwankenden Bundesgenossen, die ihm geblieben. Oestreich hat für eine fast schon verlorene Sache eine neue Instanz gewonnen; Preussen hat auf seinem eigensten Gebiete fast jeden Boden verloren.

Man kann der Ansicht sein, dass die Vorschläge Oestreichs nicht so, wie es von demselben dargestellt wird, dem allgemeinen Interesse entsprechen; ja man kann überzeugt sein, dass dieselben in Wahrheit nicht ausführbar sind.

Unzweifelhaft aber kann diess von dem Standpunkte aus, den Preussen gegenwärtig eingenommen hat, nicht nachgewiesen werden. Dadurch, dass Preussen sich der gemeinsamen näheren Erörterung der österreichischen Vorschläge entzog und die Erfüllung zweier vorausgehenden Forderungen zur Vorbedingung einer wirklichen Verhandlung darüber machte, dadurch, dass es formelle Streitfragen entstehen liess, hat es selbst veranlasst, dass die Erreichung einer Verständigung an formellen Schwierigkeiten scheitern konnte.

Wir sind ebenfalls überzeugt davon, dass eine Zolleinigung mit Oestreich zur Zeit wegen der volkswirthschaftlichen Zustände Oestreichs und der von ihm bisher befolgten Handelspolitik nicht wohl möglich ist, und dass Oestreich selbst die Zeit nicht mit Bestimmtheit angeben kann, wann diese Zolleinigung wirklich in seinem Interesse liegen wird. Wir sind auf das festeste davon überzeugt, dass, wenn schon Preussen es auf die Dauer nicht erträglich gefunden hat, seine Entschliessungen über die zu befolgende Handelspolitik nicht nur durch den Widerspruch eines Ländchens wie Braunschweig gekreuzt zu sehen, sondern

ausserdem noch von der Zustimmung einiger vierzig Kammern abhängig zu wissen, Oestreich wahrlich in keiner Weise geneigt sein kann, sich auf eben diess Lager zu betten.

Allein der Weg, die Richtigkeit dieser Ansicht klar an den Tag zu legen, ist nicht der, jede Verhandlung über die Zolleinigung jetzt völlig von der Hand zu weisen. Vielmehr musste Preussen sich beschränken, die näheren, durch die gemeinschaftlichen Interessen der anderen deutschen Staaten gebotenen Bedingungen nachzuweisen, unter welchen allein eine Zolleinigung mit Oestreich heilsam und ausführbar sei. Bei diesem Nachweis hätte Preussen nicht allein gestanden, weil seine Interessen in Wahrheit im Wesentlichen die des übrigen Zollvereins sind, oder doch — genauer ausgedrückt — die Vermittelung der nordwestlichen und südlichen Staaten bilden.

Preussen hätte Oestreich selbst überlassen können und sollen, zu erklären, dass es die von den übrigen deutschen Staaten in Gemeinschaft aufgestellten Bedingungen zur Zeit nicht erfüllen könne und wann es im Stand sein werde, denselben zu entsprechen.

Vor allen Dingen kann die preussische Regierung die vorliegende Frage nicht im Widerspruch mit der allgemein ausgesprochenen Ueberzeugung und den klar vorliegenden That-sachen, dazu noch im Gegensatz mit dem von Oestreich eingenommenen Standpunkt, als eine lediglich handelspolitische betrachten. Der schon erhobenen Forderung Oestreichs, die Angelegenheit vor das Forum des Bundes zu ziehen, kann Preussen auf die Dauer und ohne Gefahr, sich gänzlich isolirt zu sehen, nicht widersprechen, ohne zugleich den Weg anzugeben, wie das darin enthaltene politische Problem besser und zwar im allgemeinen Interesse Deutschlands zu lösen sei.

Man täusche sich nicht darüber: Oestreich mit seinen Verbündeten hat die Mittel in Händen die Sache ganz ähnlich wie jüngst die hessische vor das Forum des Bundes zu ziehen, und zwar in einer Weise, dass es Preussen auf das Empfindlichste demüthigen kann, ohne irgend aus seiner abwartenden Stellung hervorzutreten und ohne die Freiheit seiner Bewegung zu beschränken. Oestreich kann und wird Preussen auf Grund des

bestehenden Bundesrechts hindern den norddeutschen Handelsbund wirklich zur Ausführung zu bringen, ohne sich selbst mit Süddeutschland in eine unbequeme Verbindung einzulassen. Nach unserer oben ausgesprochenen Ansicht wird wahrscheinlich schon die Weigerung Hannovers den Septembervvertrag auszuführen die willkommene Gelegenheit bieten dem Bunde die Entscheidung über die Streitfrage zu vindiciren. Sollte dies aber auch nicht der Fall sein, so giebt der Umstand, dass Braunschweig und Thüringen die Zollvereinsverträge nicht rechtzeitig gekündigt haben den hinreichenden Anlass um der Ausführung der preussischen Pläne auf Grund bestehender Verträge und im Namen des Bundes entgegen zu treten.

Preussen befindet sich dann genau wieder in der Lage wie im Sommer 1850, nur mit dem Unterschiede dass es inzwischen den November dieses Jahres erlebt hat.

Aus dieser bedenklichen Situation kann Preussen nur erfolgreich hervorgehen, wenn es die Stellung mit Entschiedenheit und in Wahrheit einnimmt, welche Oestreich als die seinige bezeichnet; wenn es Oestreich in aufrichtiger Hingebung an das gemeinsame Vaterland überbietet.

Die Unentbehrlichkeit einer politischen Organisation des Zollvereins, um demselben Dauer und Gedeihen zu gewährleisten, kann Oestreich nicht leugnen ohne sich mit seinen eignen amtlich ausgesprochenen Ansichten in Widerspruch zu setzen. Dass ein Centralorgan mit beschliessender Kraft nur unter Zuziehung einer Volksvertretung zu bilden sei, ist dagegen von den süddeutschen Staaten anerkannt.

Auch ist es klar, dass die Besorgniss der süd- und mitteldeutschen Staaten durch Preussens Uebergewicht ihrer Selbstständigkeit beraubt zu werden schwinden muss, wenn eine angemessene Organisation des Zollvereins ihnen die rechtlichen Mittel bietet dieselbe zu wahren.

Durch Vorschläge in dieser Richtung würde Preussen die Mittelstaaten auf seine Seite ziehen, und Oestreich veranlassen aus eigener Bewegung eine gesonderte Stellung dem übrigen Deutschland gegenüber einzunehmen.

Es kann nicht in dem Wunsche und Interesse der übrigen

deutschen Bundesstaaten liegen bei der Bildung eines Centralorgans dieses in einer Weise zu gestalten, dass Oestreich vermittelst desselben im Stande wäre die Angelegenheiten Deutschlands zu leiten, während es sich die Regelung seiner eigenen Angelegenheiten selbstständig vorbehielte.

Dagegen wird Oestreich zur Zeit wahrscheinlich weder geneigt noch im Stande sein, sich den Beschlüssen eines Körpers hinsichtlich der Regelung seiner Handelspolitik und seiner Finanzen zu unterwerfen, wenn es das Ergebniss der Beschlüsse desselben nicht ganz in seiner Hand hat. Oestreich wird eine Volksvertretung — die es soeben erst aufgehoben — nicht wieder herstellen wollen noch auch für jetzt können.

Oestreich ist daher nach unsrer Ueberzeugung sowohl durch seine Zustände wie durch seine Politik von der Theilnahme an einer solchen Gemeinschaft der commerziellen und finanziellen Interessen, wie sie zwischen Preussen und den Zollvereinsstaaten theils schon besteht theils zum Segen aller Theile hergestellt werden sollte, für jetzt fern gehalten. Indess würde es, wie bereits bemerkt, Oestreich selbst überlassen bleiben müssen dieses zu erklären, nachdem die übrigen Staaten Deutschlands sich über die politische Organisation des Zollvereins verständigt.

An und für sich ist die Zolleinigung mit Oestreich gewiss keine Unmöglichkeit; noch auch kann der Gedanke eines Reiches von 70 Millionen ohne weiteres in das Reich der Träume verwiesen werden.

Allein die Geschichte des bestehenden Zollvereins lehrt auf das unzweideutigste, dass eine Gemeinschaft wichtiger Interessen auf die Dauer nur haltbar ist, wenn Organe für die Erzeugung eines gemeinsamen Willens und für die einheitliche Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten vorhanden sind.

Ohne Zweifel kann eine engere und entferntere Gemeinschaft der Interessen bestehen, und dem entsprechend auch eine verschiedene Betheiligung an der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten. Oestreich selbst hat darauf hingewiesen, wie innerhalb seiner Monarchie lange Zeit verschiedene Zollgruppen bestanden haben, während dieselben gegen das Ausland eine

Einheit bildeten. Es ist das nur eine andere Form des Gedankens, welcher als das Hauptergebniss der Berathungen des frankfurter Parlaments angesehen werden muss, dass die befriedigende Beantwortung der deutschen Frage nur in der Herstellung eines engeren und weiteren Bundes zu finden sei. Die Entwicklung des Zollvereins führt nach unserer Ueberzeugung bei aufrichtiger Vaterlandsliebe und unbefangener Erwägung der Verhältnisse von selbst auf den richtigen Weg zur Lösung dieses schwierigen Problems.

Wir zweifeln nicht, dass es möglich ist beiden Grossmächten eine angemessene Stellung im Bunde und einen wohlthätigen Einfluss auf die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten anzuweisen, wenn beide in Wahrheit nicht ihren Eigenvortheil, sondern das gemeinsame Wohl Deutschlands zum Ziele ihrer Politik machen. Wir glauben dass diese Stellung eine verschiedene sein wird und dass die Preussens zuerst festzustellen ist, weil dieses sowohl durch seine geographische Lage als durch den bestehenden Zollverein bereits in einer viel näheren Verbindung mit dem übrigen Deutschland steht, als Oestreich.

Beansprucht Preussen nur eine Stellung welche die Besorgniss beseitigt, es könne dieselbe dahin ausbeuten wollen, die weitere Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse Deutschlands zu hemmen oder derselben eine einseitige Richtung zu geben und Oestreich hinaus zu drängen, so werden die übrigen deutschen Staaten sich schwerlich der Einsicht verschliessen, dass das zunächst liegende zuerst geordnet werden muss.

Erweist sich dagegen die gegen beide Grossmächte erhobene Anklage als wahr, dass jede derselben im Grunde nur bestrebt sei in dem Sinne den herrschenden Einfluss in Deutschland zu üben, in welchem der Ehrgeiz eines Ludwig XIV. und Napoleon Europa an das Rad seines Staatswagens zu fesseln trachtete, und beharren beide Staaten unerachtet aller Warnungen der Geschichte auf dieser verderblichen Bahn, so ist das Bemühen diese Bestrebungen in Einklang zu bringen freilich ein vergebliches, und das Unternehmen die deutsche Frage unter dieser Bedingung zu lösen nur ein Versuch die Quadratur des Zirkels zu finden.

Wir fügen daher nur hinzu, dass auf dieser Bahn Preussen nothwendig hinter Oestreich zurückbleiben muss, weil Oestreich die historischen Erinnerungen und das Uebergewicht der materiellen Macht für sich besitzt, ausserdem aber von den Hemmnissen sich befreit hat, welche für den politischen Ehrgeiz ohne Zweifel in einer freien Verfassung, der Redefreiheit und dem Steuerbewilligungsrecht eines Parlamentes liegen.

Allein auch Oestreich würde in solcher Politik bald genug in Frankreich seinen Meister finden, denn bei einem Wettlauf auf unebener Bahn, wird ohne Zweifel der den Sieg behalten, welcher sich am leichtesten über Rücksichten des bestehenden Rechts und bisher anerkannter Grundsätze hinwegsetzt.

Der Nefte des Kaisers, so vertraut mit den Geheimnissen der Herrschaft seines Oheims und so geschickt in der Nachahmung seiner Politik, wird schwerlich vergessen haben, dass der Kaiserkrönung die Gründung des Protectorats über die Fürsten des Rheinbundes folgte.

Beide Grossmächte, Preussen sowohl wie Oestreich haben in ihrem officiellen Schriftwechsel die Nothwendigkeit sowie die Dringlichkeit einer Verständigung anerkannt, ohne gleichwohl diesem Ziele näher zu kommen ¹⁾. Wissen die beiderseitigen Regierungen nicht, dass wir nach unseren eignen Worten werden gerichtet werden! Oder ist die Kraft eines reinen Willens bereits so gänzlich unter uns erstorben, dass wir mit geöffneten Augen dem Abgrunde zueilen müssen, der zu unseren Füßen gähnt?

Wer soll nachgeben?

Wir haben es nicht verhehlt, die streitenden Parteien sind beiderseitig so sehr von ihrem Recht überzeugt, dass jede den Standpunkt der anderen geradezu unbegreiflich, ja fast unmöglich findet. Eine Wendung der Dinge kann daher nur eintreten, eine

1) Vrgl. das Schreiben des Grafen von Buol-Schauenstein an den österreichischen Gesandten in Berlin Herrn v. Prokesch-Osten vom 23. Mai d. J. (Unter anderen abgedruckt in der Reichszeitung vom 18. Juni 1852.)

Hülfe steht nur zu hoffen, wenn zuvor in den Herzen und in den Ansichten der Fürsten wie der Völker Deutschlands eine Umwandlung und Läuterung stattgefunden hat.

Ob diese zu erwarten, wo dieselbe ihren Anfang nehmen wird, das steht in höherer Hand.

Wir können selbstredend unser Augenmerk nur auf Preussen richten, dem wir angehören. Wir wenden uns dabei vorzüglich an die Staatsgewalt, welche nunmehr das gesetzmässige Organ ist, durch welches die einfachen Bürger an dem Gemeinwesen sich betheiligen sollen: an die Kammern.

Die Zukunft Preussens beruht darauf, dass die Verfassung Kraft und Leben gewinne, dass die Kammern in wohlthätiger und entscheidender Weise auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken beginnen. Es gibt kein fruchtbareres ihrem natürlichen Berufe näher liegendes Feld, als das des Handels und Verkehrs; kein Wunsch, der ihnen mehr geziemte, als zur Erhaltung des Zollvereins beitragen zu können.

Wir wissen sehr wohl, dass auch in den Kammern ganz die entgegengesetzten Ansichten, als die von uns entwickelten herrschend gewesen sind; dass dieselben noch kurz vor ihrem Schlusse die von den Ministern befolgte Politik gebilligt und dieselben aufgefordert haben entschieden bei derselben zu beharren, auch auf die Gefahr hin sich von alten Bundesgenossen trennen zu müssen.

Allein wir sind eben der Ueberzeugung dass eine Sinnesänderung noth sei; dass es auf einen Anfang ankomme, der Nachahmung und Wetteifer erwecke.

Den nur zu häufig wiederholten Ermahnungen zur Busse gegenüber, welche gleichwohl stets nur von Anderen gefordert und nicht selbst übernommen wird, handelt es sich um eine That; um das Beispiel, dass ein Staatsmann oder eine Versammlung mit edler Offenheit die einfachen Worte ausspreche, deren ein Peel und Wellington sich nicht geschämt haben: wir haben uns geirrt; durch die Erfahrung belehrt und Angesichts der drohenden Gefahr unseres Vaterlandes haben wir unsre Ansicht geändert.

Es ist vielleicht für Niemand leichter eine neue Erwägung

der vorliegenden Frage anzuregen und neue Grundlagen für ihre Behandlung an die Hand zu geben, als eben für die Kammer.

Die Kundgebung ihrer Ansicht geschah gelegentlich, ohne Vorbereitung, ohne Discussion, wir dürfen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit sagen in übereilter Weise. Die Kammer ist seitdem neu gewählt und besteht in Wahrheit zum grossen Theil aus neuen Mitgliedern.

Endlich kommt es überhaupt nicht sowohl darauf an bei den Fehlern und Irrthümern der Vergangenheit lange zu verweilen, als vielmehr das Rechte schnell und mit Entschiedenheit zu thun; mit Offenheit und Wärme die Hand zur Verständigung zu bieten; zu neuen Verhandlungen auf neuer Grundlage die Anregung zu geben.

Wir meinen, dass die Kammern, ohne der Zwistigkeiten unter den Zollvereinsstaaten und ihrer Ursachen weiter zu gedenken, in einer Adresse an die Krone ihr lebhaftes Bedauern über die drohende Gefahr einer Auflösung des Zollvereins zu erkennen geben und die Krone ersuchen sollten mit den Verbündeten neue Verhandlungen über die Reconstruction des Zollvereins zu eröffnen, mit Vorschlägen zu dessen politischer Organisation.

Dass eine solche zustande komme, und die Kammern nach unserer obigen Erörterung einen angemessenen Einfluss auf die Berathung und Beschlussnahme in den Zollvereinsangelegenheiten gewinnen, ist für keinen Staatskörper von solcher Bedeutung wie für die Kammern selbst.

Die Zukunft und das Ansehen der Kammern beruht wesentlich darauf, dass sie bei so wichtigen Angelegenheiten nicht auf die Ertheilung ihrer nachträglichen Zustimmung beschränkt bleiben; — es sei in einem norddeutschen Handelsbunde oder in dem bestehenden.

Gelingt es den Kammern durch ihr Auftreten der weiteren Entwicklung einer so wichtigen Sache eine günstige Wendung zu geben, erwerben sie ein so entscheidendes Verdienst wie das zur Erhaltung des Zollvereins beigetragen zu haben, so wird dadurch ihr eignes Leben und Gedeihen mehr gesichert werden

als durch irgend welche Bestimmungen der Verfassung und durch noch so zahlreiche Rechtsverwahrungen gegen deren Verletzung.

Die Ereignisse des Jahres 1848 und die daraus folgenden sind oft und gewiss mit Recht ein Gericht genannt worden. Es ist das bezeichnende derselben dass sie zum Prüfstein der Reinheit sowie der Festigkeit des Wollens werden und die verborgenen Gedanken an das Licht ziehen.

So ist es denn kein Zufall, dass in der Zollvereinsangelegenheit die wichtigsten Probleme der Zeit von neuem jedoch in anderer Form und unter anderen Verhältnissen vorgelegt werden. Jede Partei soll gewogen werden und Niemand eine Entschuldigung haben.

Preussen wird geprüft in Beziehung auf den Beruf, den es mit Stolz für sich in Anspruch nimmt: dem deutschen Vaterlande voranzuleuchten auf dem Wege einer einsichtigen, das Gemeinwohl allein zum Ziele habenden, Staatsverwaltung; dasselbe zur Einheit, Macht und Wohlfahrt zu führen.

Ein hoher Beruf setzt entsprechende Eigenschaften voraus, als unerlässliche Bedingung um ihm genügen zu können.

Preussen kann die ihm überkommene Mission nicht erfüllen, ohne die Vorzüge einer freien Verfassung sich selbst gesichert zu haben und alle übrigen deutschen Staaten in uneigennütziger Liebe zum gemeinsamen Vaterlande zu übertreffen.

Nur zu leicht wähnt man durch den Beruf die Würdigkeit mit empfangen zu haben, während derselbe uns vielmehr die Pflicht auferlegt uns zu seiner Erfüllung durch die entsprechende Ausbildung aller unserer Geistes- und Willenskräfte tüchtig zu machen. So erzeugt der Beruf oft übermässiges Selbstgefühl statt Demuth; stolze Sicherheit im Vertrauen auf die Unfehlbarkeit des eignen Sterns, statt jener Mischung von Bangigkeit und Eifer, welche bei dem Hinblick auf die Grösse der Aufgabe gewissenhafte Gemüther erfüllt, und dieselben nicht sowohl zaghaft macht als vielmehr nur zur Erhebung über alle kleinlichen Empfindungen und zur Anspannung aller ihrer Kräfte spornt.

Wie ein unzweifelhaft an uns ergangener Beruf uns zum Verderben gereichen kann statt zum Heil, falls wir verabsäumt haben uns durch die Läuterung unseres Willens für denselben vorzubereiten; wie ein hartnäckiger Glaube daran bei beharrlicher Verblendung über unsere Fehler selbst unser Unglück herbeiführt, zeigt uns die Geschichte des jüdischen Volks in einem warnenden Beispiel.

Möchte unser Zeitalter, welches dem Studium der Geschichte so eifrig ergeben ist, die Lehren derselben nicht unbeachtet lassen.

Berlin, den 15. November 1852.

Ueber die Concurrenz der Privaten, der Gemeinden und des Staats bei der Armenversorgung.

Von Schüz.

Es ist sowohl in der Theorie als in der Praxis eine noch keineswegs zum Abschluss gebrachte Frage, welche Stellung insbesondere der Staat bei der Armenpflege einnehmen soll?

Soll er die Armenversorgung als eine moralische und religiöse Verpflichtung lediglich der Privat-Wohlthätigkeit und der kirchlichen Fürsorge überlassen? Oder soll sie vielmehr ganz als eine Zwangsverpflichtung der bürgerlichen Gesellschaft erklärt, durch Staatsgesetze geregelt, und durch die bürgerlichen Behörden vollzogen werden? Oder sollen für gewisse Kategorien von Hilfsbedürftigen z. B. für arme und verlassene Kinder, für Kranke, sowie für Zeiten allgemeiner und ausserordentlicher Bedrängniss gesetzlich Vorkehrungen getroffen werden, während regelmässig die Armenunterstützung der freien Privatmildthätigkeit überlassen bleibt?

Oder soll in allen Fällen der Noth die bürgerliche Gesellschaft wenigstens subsidiär ins Mittel treten? Wenn die bürgerliche Gesellschaft die bedingte oder subsidiäre Verpflichtung der Armenunterstützung anerkennt, soll der politischen Gemeinde die Versorgung ihrer Angehörigen gesetzlich auferlegt, oder soll sie ganz oder theilweise grösseren Bezirken zugewiesen werden?

Soll bei Ueberweisung der Armenlasten auf die Gemeinden oder die Bezirke die Verwaltung des Armen-

wesens mehr oder weniger centralisirt und von der Staatsgewalt geregelt und geleitet werden? Oder soll die Armenversorgung den kleineren Kreisen des Staats ganz abgenommen und auf den Staat übertragen, und der Aufwand auf die Armenpflege durch allgemeine Besteuerung aufgebracht werden? Oder endlich sollen mit der Privatwohlthätigkeit Gemeinden, Bezirke und Staat gemeinschaftlich concurriren, und in welcher Weise soll dieses Verhältniss geregelt werden?

Indem wir in dem Folgenden diese Fragen einer Erörterung unterwerfen werden, sind wir uns wohl bewusst, sie nicht zu einem endgültigen Abschluss zu bringen; aber wir hoffen wenigstens, das Nachdenken über den besonders in unserer Zeit so wichtigen Gegenstand aufs Neue anzuregen, und einen Beitrag zur Lösung der schwierigen Aufgabe zu liefern.

- I. Soll die Armenpflege ganz der freien Mildthätigkeit der Privaten und der kirchlichen Fürsorge überlassen, oder soll sie durch Zwangsgesetze geregelt und durch die bürgerlichen Behörden vollzogen werden?

In den drei ersten Jahrhunderten des Christenthums, ehe die christliche Religion zur Staatsreligion erhoben wurde, war bekanntlich die Armenpflege lediglich ein Ausfluss der freien Mildthätigkeit der Christen untereinander, und die Sammlung und Vertheilung der nicht-unmittelbar gereichten Gaben geschah durch die Vermittelung der Bischöffe, der Diaconen und Diaconissen. Im Tempel und auf dem Altare sammelten sich in Geld und Naturalien die Opfer der Gläubigen, und in gemeinsamen Mahlen, in häuslicher Pflege der Armen und Kranken, in Unterstützung der Fremden, der Verlassenen und Gefangenen wurden Gaben und Dienste den Bedürftigen zu Theil.

Die reichliche und hingebende Fürsorge der ersten Christen für ihre armen und bedrängten Brüder war ein leuchtender Zug der christlichen Gemeinden, ein mächtiges Werkzeug zur Verbreitung der christlichen Lehre, ein Wahrzeichen, vor dem selbst die feindlichen heidnischen Kaiser errötheten.

Mit der Erhebung des Christenthums zur Staatsreligion und

der Ausbildung der Kirchengewalt verschwand allerdings in mehrfachen Beziehungen der ursprüngliche einfache Charakter der Armenpflege.

Die Kirche empfing eine reiche Ausstattung in weltlichen Gütern vom Staate und in dem ihr zum Unterhalt des Clerus, der Kirchengebäude und der Armuth eingeräumten Zehentrecht bezog sie zugleich eine beträchtliche Armensteuer ¹⁾).

Ueberdiess entzündete die Lehre, „dass Almosen die Sünde vertilge, wie Wasser das Feuer“, bei Hohen und Niederen, bei Fürsten und Adel, bei Privaten und Körperschaften einen heiligen Eifer und führte in Stiftungen und periodischen Gaben der Kirche grosse Reichthümer zu.

Sie erlangte hiemit selbst eine Fülle von Mitteln, um der Noth und Armuth zu steuern, errichtete grossartige Kranken- und Armenanstalten, vertheilte durch ihre Bischöffe und Klöster reiche Spenden. Sie sprach aber auch in ihren Concilienschlüssen die Verpflichtung der Gemeinden ²⁾ aus, ihre Armen zu unterhalten, und Anstalten für Arme und Kranke zu gründen; nahm die Leitung und Beaufsichtigung derselben mit Staatsgenehmigung in ihre Hände.

Die Aufforderung der Kirche an die Gemeinden zur Versorgung ihrer verarmten Glieder wurde in früherer ³⁾ und späterer ⁴⁾ Zeit wenigstens durch allgemeine Aussprüche der Staatsgewalt unterstützt, „weil es den christlichen Sitten widerspreche, dass Jemand aus Hunger zu Grunde gehe oder zum Kindsmord oder einer sonstigen unwürdigen Handlung aus Mangel an dem Nothwendigsten hingerissen werde.“ Auch den weltlichen Vasallen der Krone wurde die Verpflichtung auferlegt, für ihre Gutsunterthanen im Nothfall zu sorgen.

1) Nach den Concilienschlüssen sollte bald $\frac{1}{4}$, bald ein $\frac{1}{5}$ der Erträge des Kirchenzehenten der Armuth zugewendet werden, in der Regel $\frac{1}{4}$. Richter, Kirchenrecht. 2. Aufl. 1844. §. 293.

2) Schon das zweite Concil von Tours 567 spricht die Verpflichtung jeder Gemeinde aus, die unter ihr wohnenden Armen nach dem Maasse ihrer Mittel zu unterstützen.

3) Cod. Theodos. XI. 27. 1. 2.

4) Capitul. Karls d. Gr. von 806. *Suos pauperes quaeque civitas alio.*

Aber trotz der auf dem Besitz geistlicher und weltlicher Kronlehen und auf dem Zehentrecht ruhenden Verpflichtung, für Linderung der Armuth zu sorgen, und trotz der kirchlichen von den Geboten der weltlichen Gewalt begleiteten Einschärfung der Pflicht der Armenpflege behielt dieselbe doch durch das ganze Mittelalter hindurch in der Hauptsache den Charakter der freien Wohlthätigkeit; es gab, abgesehen von dem Zehenten, keine von der Staatsgewalt eingetriebene Armensteuer, kein gesetzliches Recht der Armen auf öffentliche Unterstützung; mochten auch die Kirchenväter in einem an die heutigen Lehren des Socialismus und Communismus streifenden Geiste die Rechte der Armen und die Pflicht des Almosengebens predigen.

Im Hinblick auf diese geschichtlichen Vorgänge und auf die Armenlasten, welche unter dem heutigen Systeme der weltlichen Zwangsarmenpflege die Kräfte der Gemeinden und Staaten zu übersteigen drohen, wenn sie in der bisherigen Progression fortschreiten würden ¹⁾, entsteht mit Recht die Frage,

1) Englische Armenlasten :

- | | |
|--|--------------------|
| 1. jährliche Beiträge aus Localstiftungen | 1,200,000 Pfd. St. |
| Das Einkommen fließt aus 442,915 Acres | |
| Land und 5—6 Mill. Pfd. öffentl. Fonds. | |
| 2. jährliche Revenüen der Hospitäler und ähnlicher Institute cc. | 2,000,000 Pfd. St. |
| 3. Unterstützungen nach dem Armengesetze | |
| 18 ⁴⁸ / ₅₀ durchschnittlich im Jahr | 5,789,883 Pfd. St. |

Zusammen, abgesehen von der Privatwohlthätigkeit, cc. 9 Mill. Pfd. St. oder 108 Mill. Gulden. Von 1748—1848 hat sich die Bevölkerung ungefähr verdreifacht, die gesetzliche Unterstützung mehr als verachtfaacht; auf den Kopf der Bevölkerung traf eine Steuer von cc. 2 Sh., jetzt cc. 6 Sh., in vielen ausgedehnten Districten 10 Sh.

Von 17 Mill. Menschen werden nach dem Gesetz im Ganzen beständig unterstützt 1 Mill. M. Die Gesamtzahl der unterstützten Individuen ist cc. 3 Mill. Davon ungefähr

300,000 in Werkhäusern,
2,700,000 ausser dem Werkh.

Unter der Million fortwährend unterstützter

Armen sind 600—650,000 Erwachsene
und 350—400,000 Kinder,

und von den Erwachsenen sind es cc. 300,000 Gesunde, welche jährlich kürzere oder längere Zeit unterstützt werden. In London allein berechnet

ob wir nicht zurückkehren sollten zu dem alten Systeme der freien Mildthätigkeit mit Aufhebung alles gesetzlichen Rechts der Armen auf öffentliche Unterstützung.

Für die Bejahung dieser Frage sprechen gewichtige Gründe.

Wenn das Gesetz jedem Bürger ein Recht auf öffentliche Unterstützung im Falle der Noth einräumt, so wird dieses Gesetz selbst eine unversiegleiche Quelle der Verarmung; es schwächt bei der grossen Masse den Fleiss, die Vorsicht, die Sparsamkeit; wird die Ursache der Trägheit, der Unvorsichtigkeit, der Verschwendung, der Vernachlässigung elterlicher und kindlicher Pflichten; die Bemühung, Arbeit und Verdienst zu erhalten, erlahmt, die Arbeit wird muthwillig verlassen; frühes und unvorsichtiges Heirathen begünstigt, das Einlegen in Sparkassen gehemmt, Kinder werden sorglos in die Welt gesetzt, und Weib und Kind, Vater und Mutter dem Elend und der öffentlichen Fürsorge preisgegeben. Das Recht auf öffentliche Unterstützung vernichtet alle Scham, auf Kosten anderer zu leben, verwandelt das Bitten um Almosen in ein freches Fordern, den Dank in Undank und Hohn, löst die sittlichen Beziehungen zwischen Gebern und Empfängern auf. Kurz das Recht auf Unterstützung führt durch sittliche Verschlechterung der unteren

man die Zahl der gesetzlich und in Hospitälern und andern Wohlthätigkeits-Anstalten jährlich längere oder kürzere Zeit Unterstützten auf wenigstens 800,000. Darunter gesetzlich unterstützt 307,000 (in door cc. 69,000).

Von 50,000 Menschen sterben 9000 oder $\frac{1}{6}$, in den Werkhäusern, Spitälern und Armenhäusern; $\frac{1}{5}$ — $\frac{1}{4}$ aller Gestorbenen sind Unterstützte.

Robert Pashley, Pauperism and poor laws. Lond. 1852. S. 2—44.

Für Frankreich berechnet de Watteville, l'administration charitable. Paris 1847. S. 41. den officiellen Armenaufwand auf 115,432,212 Fr., Bevölkerung 1846: 35,401,761.

In Württemberg betrugen 184 ² / ₉ die ordentlichen Unterstützungen	
aus öffentlichen Kassen	660,670 fl.
vorübergehende „	214,152 fl.
	874,822 fl.
Davon aus Stiftungsmitteln	525,607 fl.
„ Gemeindegassen	301,620 fl.
„ freiwilligen Gaben	47,595 fl.

Siehe Leube, der allgemeine Wohlthätigkeitsverein im K. R. Württemberg. Stuttg. 1850. S. 11.

Klassen, durch Begünstigung der rücksichtslosen Vermehrung armer Menschen und durch Erniedrigung der Arbeitslöhne eine fortschreitende Verarmung und Steigerung der Armenlasten herbei ¹⁾).

Dieses gesetzliche Recht schwächt aber nicht nur die Selbstthätigkeit und Vorsicht der Armen, die wichtigsten Vorbeugungsmittel gegen Verarmung, es hemmt auch die tausendfachen Zuflüsse und Hülfen, die ohne jenes Recht der Armuth auf dem Wege der freien Mildthätigkeit zu Theil werden würden.

Die wichtige Hülfe der nächsten Verwandten und Bekannten, der Armen untereinander selbst, mindert sich und hört auf; denn an ihre Stelle tritt das Recht auf die öffentlichen Kassen. Die freiwilligen Gaben der Mittelklassen fallen weg mit Berufung auf die erzwungenen Gaben, die sie in der Form der Armensteuern zu reichen haben, und auch die Theilnahme der reicheren und höheren Klassen erlahmt.

Hebt man den Rechtsanspruch auf Almosen auf, so fällt die durchs Gesetz geschaffene Zuversicht auf öffentliche Unterstützung hinweg, Fleiss, Vorsicht und Sparsamkeit wird gefördert, der rücksichtslosen Eingehung von Ehen und Kinderzeugung wird entgegengewirkt, der Verbreitung des communistischen Sinnes, der in der Theilung des Eigenthums mit den wohlhabenderen Mitbürgern ein positives Recht erblickt, wird eine Schranke gesetzt, dem Almosengeben und -Empfangen sein wahrer sittlicher und religiöser Charakter aufgedrückt, in dem Geber das Bewusstsein der freien Erfüllung einer höheren Pflicht, in dem Empfänger das Gefühl der Dankbarkeit erweckt, und ein natürlicheres und sittlicheres Verhältniss zwischen Armen und Reichen hergestellt.

Nimmt so das Almosen seinen wahren höheren Charakter an, so wächst auch der Trieb zu freien Gaben, zu Stiftungen für wohlthätige Zwecke, zu freien Dienstleistungen in Pflege der

1) Ein englisches Bettlerlied aus der Zeit der Königin Elisabeth bezeichnet den Geist, mit welchem die damalige Armengesetzgebung aufgefasst wurde. Es heisst:

Nun fahret zum Henker, ihr Grillen und Sorgen,
Das Land ist uns schuldig, wir sind nun geborgen.

Armen und Kranken und Verlassenen, zu gegenseitigem Helfen der minder Bemittelten untereinander selbst.

Die Armenpflege überhaupt wird veredelt und verbessert. Die offizielle Armenpflege löst sich allzuleicht in einen formellen, mechanischen Geschäftsbetrieb auf; der formelle Beweis vorhandener Bedürftigkeit und die äusserliche Unterstützung wird die Hauptsache, die Untersuchung der individuellen Verhältnisse, der Beitragsfähigkeit von Verwandten und Bekannten, der speziellen Ursachen der Armuth, die Belehrung, Tröstung und moralische Einwirkung auf die Armen unterbleibt; nur der Bittende und Fordernde wird unterstützt, der verschämte Darbende wird übersehen und bleibt unberücksichtigt.

Die freie Mildthätigkeit kann mehr eindringen in die Geheimnisse der Armuth, mehr die verschuldete und unverschuldete Armuth scheiden, mehr durch Ermahnung und Belehrung wirken. Nimmt sich zugleich die Kirche aufs Neue wieder der Armenpflege mit all ihrer Kraft an, unterstützt sie die freie Thätigkeit der Privaten mit Wort und That, tritt sie regelnd und vermittelnd auf, so wird sie nicht nur selbst an Macht und Einfluss auf die Gemüther gewinnen, sondern auch den Staat und die bürgerliche Gesellschaft von einer Last und Gefahr befreien, der die weltliche Gewalt nicht gewachsen zu sein scheint ¹⁾.

Fasst man die verderblichen Wirkungen der gesetzlichen Armenpflege scharf in das Auge, wird man sich klar darüber, dass sie gerade die tiefsten, nämlich die sittlichen Ursachen der Armuth verstärkt, so gelangt man allerdings zu dem Re-

1) Ein höchst lehrreiches Beispiel der wohlthätigen Wirkungen einer gut organisirten Privat-Thätigkeit liefert die von Dr. Chalmers in dem St. Johannis-Kirchspiel zu Glasgow angeregte Armenpflege, welche 18 Jahre hindurch, vom 26. Sept. 1819 bis zum 30. Sept. 1837, in einer Gemeinde von 10—12,000 Seelen durch 25 Privat-Armenpfleger besorgt wurde mit verhältnissmässig sehr geringen, hauptsächlich aus Sammlungen an den Kirchthüren geflossenen Geldsummen und mit einem sehr geringen Zeitaufwand der Armenpfleger, trotz der Fortdauer der Theilnahme des Kirchspiels an den Armenlasten der übrigen Kirchspiele der Stadt. S. die kirchliche Armenpflege des Dr. Chalmers von Otto von Gerlach. Berlin 1847. S. 92. Chalmers, on the sufficiency of the parochial-system without a poor-rate for the right management of the poor. Glasgow 1841.

sultate, dass unsere Gesetzgebung bei dem Bestreben, die moralische und religiöse Pflicht der Armenunterstützung auf den Rechtsboden überzutragen, sie rechtlich zu formuliren, der Zwangspflicht ein Zwangsrecht gegenüberzustellen, auf einen verderblichen Abweg gerathen ist, und dass der Grundsatz eines Rechts der Armen auf öffentliche Unterstützung aus unseren Gesetzbüchern gestrichen werden sollte.

Dieses Recht der Armen auf öffentliche Unterstützung, sei es auch nur in der Form der Unterstützung durch Arbeitsgewährung, hat in England zu dem verderblichen Allowance-systeme oder zu der Praxis geführt, bei niederen, im Missverhältniss zu den Lebensmittelpreisen oder der Kinderzahl stehenden Arbeitslöhnen nach einer festgesetzten Scala Zusätze zu den Löhnen aus der Armenkasse zu verwilligen, und dadurch zu Herabdrückung der Löhne auf Kosten der öffentlichen Kassen, zu Verschlechterung der arbeitsfähigen Arbeiter, zu Vermehrung der Kinderzahl, im Ganzen zu Steigerung der Armenlasten in hohem Grade beigetragen. Dieses Recht ist die Grundlage des mit so grossen Opfern und ohne den entsprechenden Erfolg ausgeführten Werkhaussystemes geworden.

Das Princip der französischen Gesetzgebung von 1789 „Jeder Mensch hat ein Recht auf seinen Unterhalt, und die Gesellschaft ist verpflichtet, diesen Unterhalt zu sichern“, ist die Mutter des socialistischen Grundsatzes des Rechts auf Arbeit; ihm sind die französischen Nationalwerkstätten des Jahrs 1848 entsprungen.

Auch unsere deutschen Gesetzgebungen haben es nicht vermieden, das Recht der Armen auf öffentliche Unterstützung förmlich auszusprechen ¹⁾).

1) „Das Heimathrecht gewährt im Falle der Dürftigkeit Anspruch auf Unterstützung aus den örtlichen (Gemeinde- oder Stiftungs-) Kassen.“ Württ. Gemeinde-Bürgerrechts-Gesetz vom 4. Decbr. 1833. Art. 2. Aehnlich das bairische Gesetz vom 25. Jul. 1850. Art. 1. Ferner das preussische Landrecht, Thl. II. Tit. 19. §. 1. sowie das Armengesetz vom 31. Decbr. 1842, jedoch mit der wesentlichen Modification, dass ein Anspruch auf Unterstützung niemals auf dem Rechtswege geltend gemacht werden dürfe. §. 23.

- II. Wenn die Gesetzgebung ein förmliches Recht der Armen auf öffentliche Unterstützung nicht anerkennt, vielmehr im Allgemeinen dem Principe der freien Mildthätigkeit huldigt, so entsteht doch die Frage, ob nicht wenigstens für gewisse Kategorien von Hilfsbedürftigen und für ausserordentliche Nothfälle gesetzlich Vorkehrung getroffen werden soll?

Die Aufhebung des Rechts auf öffentliche Unterstützung muss nach den bisherigen Ausführungen hauptsächlich deshalb gefordert werden, um zu verhüten, dass die Menschen, gestützt auf den Gedanken „die Gemeinde, der Staat muss mich und die Meinen im Nothfall erhalten“, in Leichtsinne und Trägheit und eine verschwenderische Lebensweise verfallen; sie muss gefordert werden, um eine Quelle der Demoralisation, eine sittliche Ursache der Verarmung abzugraben. Wenn nun unbestreitbar eine wichtige Ursache der Verarmung in der durchs Gesetz geschaffenen Zuversicht auf öffentliche Unterstützung liegt, so giebt es doch unläugbar auch andere Ursachen der Armuth, die unabhängig sind von dem persönlichen Verhalten; die Tausende in Noth und Elend versenken, ohne dass ihre Lage in irgend einem Zusammenhang steht mit fehlerhaften öffentlichen Institutionen. Das gesetzliche Recht auf öffentliche Unterstützung erzeugt keine körperlich oder geistig Kranken, macht niemand blödsinnig oder zum Narren, oder lahm oder blind oder taubstumm, macht keine Wittwen und Waisen, erzeugt nicht Misserndten und Hagelschlag und Epidemien, nicht Kriege und Gewerbs- und Handelsstockungen.

Mag die zuversichtliche Hoffnung auf Unterstützung auch nur für ausserordentliche Fälle, die Vorsicht und Sparsamkeit einigermassen schwächen, die Einlagen in Kranken-, in Spar- und Wittwen- und Waisen-, in Feuer- und Hagelversicherungskassen u. s. w. mindern, die Hauptursache der Verarmung liegt hier in unvorhergesehenen und unabwendbaren Ereignissen; die öffentliche Hülfe wird nicht die Quelle einer sittlichen Verschlechterung, und die Unterstützung, welche der Staat oder die Gemeinde in Aussicht stellt, verdient den scharfen Vorwurf nicht, welcher mit Recht dem Gesetze gemacht wird,

das Jedem Hülfe zusagt, auch in abwendbarer, selbstverschuldeter Noth.

Zwar lehrt die Erfahrung, dass die Privatwohlthätigkeit sich in besonders hohem Grade hingezogen fühlt zu den Kranken und Gebrechlichen, zu unglücklichen Wittwen und verlassenen Kindern, und dass der Sinn zum Wohlthun bei den wohlhabenderen Klassen stets aufs Neue kräftig erwacht in Zeiten allgemeinen Unglücks. „Gott durfte nur“, bemerkt Leube a. a. O. S. 30 sehr wahr und gut von dem allgemeinen Wohlthätigkeitsverein in Württemberg, „die Hitze der Trübsal oder die Blitze seines Gerichts ins Land herniederfahren lassen, so entfaltete der Verein immer wieder neue Kraft, und der Baum schmückte sich mit neuen lebendigen Zweigen.“ Dennoch ist die Versorgung und Erziehung armer Kinder, die Fürsorge für Kranke und Gebrechliche, die Hülfe in allgemeiner Noth stets und vorzüglich das Feld, auf dem die öffentliche Gewalt neben dem Wirken der Privaten nur allzureichen Raum findet, um ihre Thätigkeit zu entfalten und einen Theil der Lasten zu tragen, die das Unglück dem Volke auflegt.

In diesem Sinne haben auch die eifrigsten Vertheidiger der Privatwohlthätigkeit (Chalmers, Duchâtel, Naville) das System der beschränkten gesetzlichen Armenpflege in Schutz genommen und in der neuesten Zeit hat dasselbe in dem Schweizerkanton Bern in folgender Form gesetzliche Sanction erhalten ¹⁾:

Die Rechtspflicht der Gemeinden zur Unterstützung ihrer Armen ist aufgehoben, überhaupt untersagt worden, aus öffentlichen Mitteln (des Staats, der Gemeinden, der Stiftungen) arbeitsfähigen Armen eine Unterstützung zu reichen. Sie sind völlig an die freie Privatwohlthätigkeit verwiesen. Nur in folgender Weise betheiligt sich der Staat (Kanton) an Unterstützung der Armen nach Maassgabe des Bedürfnisses:

- 1) durch Errichtung und Erhaltung
 - a) von Armenerziehungshäusern,
 - b) von Krankenanstalten,

¹⁾ Staatsverfassung von Bern von 1846. §. 85. Armengesetz vom 23. April 1847. Dr. Furrer, über das Armenwesen im Kanton Bern. 1850. Zyro, Antipauperismus S. 39.

- c) von Zwangsarbeitsanstalten,
- d) von Verpflegungsanstalten für solche arme Personen, welche wegen körperlicher und geistiger Gebrechen anderswo nicht untergebracht werden können ;
- 2) durch Unterstützung armer begabter Jünglinge in Erlernung von Gewerben ;
- 3) durch Ertheilung von Pfründen und Spenden an Unheilbare ;
- 4) durch Unterstützung der Gemeinden, Vereine und Privaten bei freiwilliger Errichtung von Armen- und anderen gemeinnützigen Anstalten.

Der Uebergang von der bisherigen gezwungenen zur freiwilligen Armenpflege in den Gemeinden soll, wie folgt, vermittelt werden.

Sofern der Ertrag der Armengüter, sowie anderer zum Zweck der Armenunterstützung vorhandener Mittel nicht hinreicht, soll das Fehlende bis zu gänzlicher Durchführung des Grundsatzes der Freiwilligkeit durch Gemeinde-Tellen (Armensteuern) und Staats-Zuschüsse ergänzt werden. Der Staatszuschuss soll nach den Mitteln der Gemeinde mindestens die Hälfte, höchstens drei Viertel der fehlenden Summe betragen. Würden trotz des Staatsbeitrags die Gemeindetellen 1 pr. mille übersteigen, so kann der Staat noch durch einen ausserordentlichen Beitrag zu Hülfe kommen. Jedoch sollen die Staatsbeiträge im Ganzen die Summe von 400,000 fr. nicht übersteigen.

Eigenthümlich und weitgehend ist in dieser Gesetzgebung zunächst die Bestimmung, dass alle arbeitsfähigen Armen unbedingt von jeder Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ausgeschlossen sein sollen, und es entsteht die Frage, ob dieses Verbot, die Verweisung aller arbeitsfähigen Armen an die Privatmildthätigkeit, durchführbar ist? ob nicht jedenfalls in ausserordentlichen Drangsalen, bei Misswachs, Gewerbestockung, Krieg u. s. w. die öffentliche Hülfe zur Nothwendigkeit wird? ob nicht überhaupt subsidiär eine Mitwirkung der öffentlichen Gewalt bei der Armenpflege unumgänglich ist? Jede Aussicht auf öffentliche Unterstützung übt allerdings, namentlich wenn sie sich auch auf Arbeitsfähige erstreckt, möglicher

Weise einigen nachtheiligen moralischen Einfluss aus und gerade die Unterstützung in schwierigen Zeiten ist geeignet, den Uebergang zur fortdauernden gesetzlichen Armenpflege zu bilden. Aber ganz ohne nachtheilige Wirkungen, und wenn auch nur durch Schwächung der Privatthätigkeit und der Fürsorge der nächsten Verwandten, ist selbst die Erziehung armer Kinder und die öffentliche Krankenpflege nicht, und consequent wäre daher nur die Aufhebung aller Verpflichtung der Gemeinden und des Staats zur Armenunterstützung überhaupt. Im Grunde müsste noch weiter gegangen werden. Selbst die Aussicht auf die freie Privatwohlthätigkeit, noch mehr auf Hülfe aus wohlthätigen Stiftungen hat ihre nachtheiligen Wirkungen, weil auch sie, wie schon R. Malthus bemerkt hat, die Vorsicht schwächt, und dadurch die Armuth vermehrt. Da aber die Verweigerung aller Unterstützung nicht nur dem menschlichen Mitleidsgefühl und den Geboten der Religion widerstreitet, sondern auch unmittelbar für die bürgerliche Gesellschaft üble Früchte trägt, zu Störung der Rechtsordnung führt, so bleibt der Gesetzgebung nur übrig, zwischen zwei Uebeln zu wählen, unchristlich und unmenschlich alle Unterstützung zu verweigern oder christlich und menschlich wenigstens subsidiär zur Hülfe bereit zu sein.

Der Staat mag daher zunächst den Kindern der Armen, den Kranken und Gebrechlichen seine Fürsorge zuwenden, im Uebrigen aber der freien Privatthätigkeit die Unterstützung der Armen hauptsächlich überlassen; bei grösseren Unglücksfällen aber, wo die Leistungen der Privaten nicht ausreichen, muss er trotz möglicher Nachtheile seines Einschreitens, zu Verhütung grösserer Uebel ins Mittel treten; überhaupt im äussersten Nothfall kann er der Armuth seine Hülfe nicht versagen. So finden wir, wie schon oben bemerkt, schon in den älteren christlichen Zeiten bei vorherrschender Privat- und kirchlicher Armenpflege die gesetzliche Bestimmung, dass Alle, die aus Mangel Hungers sterben, oder zu einer verbrecherischen Handlung hingerissen würden, mit dem Nöthigsten unterstützt werden, und dass, wenn Eltern ihre Kinder nicht zu ernähren im Stande wären, zu Verhütung des den christlichen Sitten widerstreitenden Kindsmords Privaten und Staat ins Mittel treten sollen.

Es genügt aber nicht, dass der Staat nur dann ins Mittel tritt, wenn Mangel und Noth unmittelbar Verbrechen zu veranlassen droht, wenn die Uebertretung der Strafgesetze in der Noth eine Entschuldigung finden würde ¹⁾; der Staat kann schon das müssige Herumziehen und Betteln, das zur Demoralisation und zum Verbrechen führt, nicht dulden und ist genöthigt, mit polizeilichen Verboten und mit Strafen dagegen einzuschreiten. Wenn aber das Gesetz den Armen das Betteln verbietet, so muss es versichert sein, dass kein wahrhaft Würdiger und Bedürftiger ohne Hülfe bleibt. Es entspringt daher auch aus den Bettelverböten die Verpflichtung des Staats, wenigstens im äussersten Nothfall mit seiner Hülfe bereit zu sein. Dieser Consequenz können die Gegner aller gesetzlichen Armenpflege nur dadurch entgehen, dass sie auch die Gesetze gegen den Bettel überhaupt verwerfen. Wenn aber anerkannt werden muss, dass die Bettelei eine reiche Quelle von Sittenlosigkeit, Verbrechen und erblicher Armuth wird, dass selbst eine gute Privatarmenpflege nicht ohne Bettelverbote bestehen kann, so kann man sich der Consequenz nicht entziehen, dass wenigstens im äussersten Falle die gesetzliche Hülfe auch bei Arbeitsfähigen nicht fehlen darf.

Zu den Gründen für die wenigstens subsidiäre öffentliche Armenpflege, welche aus der Verpflichtung des Staats zur Handhabung der Justiz und Polizei entspringen, gesellten sich andere historische Verhältnisse, welche zu dieser Verpflichtung geführt haben.

So lange die Kirche die Armenpflege in ihrer Hand hatte, flossen ihr die Mittel nicht nur aus freiwilligen Beiträgen der Privaten zu, sondern auch die Fürsten statteten sie zu diesem Ende mit Reichthümern aus, übten selbst Wohlthätigkeit in reichem Maasse ²⁾, wiesen ihr die Zehnt-Einkünfte zu, über-

1) Schon die Carolina art. 166 lässt den Diebstahl unbestraft, wenn die Entwendung fremden Eigenthums die einzige Bedingung zur Erhaltung des Lebens des Entwenders und seines Weibes und seiner Kinder gewesen ist.

2) Wie die Bischöffe und Aebte der Klöster hatten früher die Könige ihre Almoseniere. So die Könige von Frankreich ihren Grand-aumonier, die Könige von England ihren Lord Almoner; in England besteht das Amt heute

gaben die wohlthätigen Stiftungen ihrer Verwaltung, sanctionirten wenigstens im Allgemeinen die Verpflichtung der Gemeinden, für ihre Armen zu sorgen, knüpften die Errichtung neuer Pfarreien an die Bedingung der Gründung von Ortsarmenfonds.

So konnte der Staat selbst die Armenpflege mit grösserer Beruhigung von sich abweisen, und der Privat- und kirchlichen Thätigkeit überlassen.

Nachdem aber in Folge der Kirchen-Reformation im 16ten Jahrhundert, und später in Folge der französischen Revolution die weltliche Gewalt vielfach die Kirchen- und Klostergüter an sich zog ¹⁾ und die Stiftungen ihrer Aufsicht und Verwaltung unterwarf, mit der Schwächung der kirchlichen Macht über die Gemüther die freiwilligen Gaben und Schenkungen für wohlthätige Zwecke sich minderten, neuen Erwerbungen der todten Hand aus volkswirthschaftlichen, finanziellen und politischen Gründen selbst Schranken gesetzt wurden, auf der anderen Seite aber mit dem Aufheben der Klöster, der allmäligen Auflösung des Feudalwesens, der Zunahme der städtischen Bevölkerung, in Folge von Revolutionen, Kriegen und Hungerjahren die Zahl heimathloser und hilfsbedürftiger Menschen sich mehrte, so trat für den Staat ebensowohl die Verpflichtung als die gebieterische Nothwendigkeit ein, sich gesetzlich der Armenpflege anzunehmen, wie dasselbe in den früheren Jahrhunderten nie der Fall gewesen war. Selbst in katholischen Ländern, in welchen die Güter der Kirche und die wohlthätigen Stiftungen nicht in die Verwaltung des Staats gezogen, noch weniger für Staatszwecke aufgezehrt worden waren, reichten die kirchlichen Mittel und die freiwilligen Gaben nicht aus, die Bedürfnisse der Armuth zu decken.

Wir finden daher namentlich vom 16. Jahrhundert an nicht nur in protestantischen, sondern auch in katholischen Ländern

noch. Die Almosenvertheilung durch den Lord Almoner in der Passionswoche 1851 zu London mit den hergebrachten Ceremonien ist beschrieben bei Pashley, l. c. 157.

1) In England betrugen die eingezogenen Kirchengüter ungefähr $\frac{1}{5}$ des ganzen Königreichs, die Revenüen der aufgehobenen Häuser cc. 1,131,000 Pf. Sterl. Viele Güter wurden an Höflinge verschleudert. Pashley, S. 177.

Europa's ¹⁾ ein immer weiter gehendes Einschreiten des Staats durch weltliche Gesetze, eine Ausbildung der bürgerlichen Armenpflege.

Es werden Bettlergesetze erlassen, die Pfarrer, Kirchenvorsteher und Angehörigen jeder Pfarrei dafür verantwortlich gemacht, dass keine Gemeindeangehörigen aus Armuth umkommen, die Almosen zur Armenkasse gesammelt, andere Almosen zum Theil bei Strafe verboten, die Geistlichen von der weltlichen Gewalt aufgefordert, die Glieder ihrer Gemeinden in ihren Vorträgen zu reichlichem Almosengeben zu ermahnen; die Beamten der Gemeinden, Städte, Grafschaften werden unter Strafandrohung verpflichtet, die Bettler zur Arbeit anzuhalten; die Armenfonds werden aus dem Grunde oder unter dem Vorwande von Missbräuchen und Hegung der Faulheit theils ausschliesslich der weltlichen, theils der gemeinschaftlichen Verwaltung der weltlichen und geistlichen Behörden übergeben; die Regeln der Verwaltung und der Armenunterstützung werden durch Gesetze vorgeschrieben, bis endlich die Verpflichtung der bürgerlichen Gemeinden zur Unterstützung ihrer Armen überhaupt ausgesprochen wird.

So stellt es sich theils als eine innere aus dem Staatszwecke selbst entspringende, theils als eine äussere, im Laufe der Zeit historisch erwachsene Nothwendigkeit dar, dass die Armenpflege wenigstens subsidiär von der öffentlichen Gewalt geleitet und überwacht, nöthigenfalls ergänzt werden muss.

III. Soll für den Fall der subsidiären offiziellen Armenpflege die gesetzliche Pflicht der Armenunterstützung der Gemeinde oder grösseren Bezirken oder dem Staate auferlegt werden?

1) Nach den früheren Ausführungen sind schon durch ältere Vorschriften der geistlichen und weltlichen Gewalt, durch Conci-

1) In Spanien königliche Verordnung vom 24. Aug. 1540. In Frankreich Verordnung vom 9. Jul. 1547 unter Heinrich II. Ordonnanz von Moulins 1561.

lienschlüsse, die Capitularien der fränkischen Könige und spätere Gesetze die Gemeinden oder Pfarreien in ihrer ungetrennten Eigenschaft als bürgerliche und kirchliche Verbände zur Unterstützung ihrer Armen für verpflichtet erklärt worden. Indessen tritt die Verpflichtung der bürgerlichen Gemeinde erst seit dem 16. Jahrhundert namentlich in den reformirten Ländern bestimmter hervor; so in England, den deutschen protestantischen Ländern, in der Schweiz.

Für Deutschland spricht die Pragmatik Karls V. vom 7. Oct. 1571 die subsidiäre Verpflichtung der Gemeinden aus, besonders ihre Kranken und gebrechlichen Armen zu unterhalten, die armen Kinder unterzubringen, die durch Krieg und andere Drangsal Verunglückten zu unterstützen. Schon früher war in Württemberg¹⁾ das Armenwesen durch Gesetze geregelt, die Bildung eines Armenkastens, die Sammlung von Almosen an den Sonntagen in den Kirchen und durch besondere Sammler angeordnet worden und wenn diese Gemeindefonds, die wie die Stiftungen der gemeinschaftlichen Verwaltung der weltlichen und geistlichen Vorsteher unterstellt wurden, nicht hinreichen würden, so soll die bürgerliche Gemeinde mit ihren Mitteln eintreten, namentlich soll dies im Nothfall zur Unterstützung armer Kranker geschehen²⁾.

So liegt noch heute fast der ganzen europäischen Armengesetzgebung im Wesentlichen der Gedanke zu Grunde, dass die Ernährung der Armen zunächst zwar den Kirchengemeinden und Armenstiftungen obliegen, subsidiär aber, wenn ihre Fonds nicht hinreichen, die bürgerliche Gemeinde ins Mittel treten solle. Dieser Grundsatz ist auch bei Einrichtung des jüdischen Armenwesens in unserem Lande (1828) bei den ständischen Verhandlungen hervorgehoben und in Anwendung gebracht worden. Zunächst soll die Ernährung der israelitischen Armen nach Analogie der christlichen Armenversorgung der Kirchengemeinde obliegen,

1) Ordnung von 1531. Erste Armenkastenordnung von 1536. Zweite von 1552., rev. 1567. u. 1615.

2) S. bes. Verordnung vom 17. Febr. 1562. Mandat vom 16. Jul. 1590. in Reyscher's Sammlung württ: Reg. Gesetze 1841. S. 319. 458.

subsidiär, wenn ihre Fonds nicht hinreichen, soll die bürgerliche Gemeinde eintreten, bei schwachen Mitteln der letzteren aber soll die israelitische Centralcasse $\frac{1}{3}$, die bürgerliche Gemeinde $\frac{2}{3}$ übernehmen.

Die für allgemeine Kirchen - Schul - und Armenzwecke bestimmte israelitische Centralkasse empfängt ihre Zuflüsse theils aus freiwilligen Gaben und Stiftungen, theils aus gesetzlich angeordneten Personalsteuern, (6 fl. jährlich von jedem selbstständig lebenden Israeliten) nöthigenfalls aus kirchlichen Steuerumlagen ¹⁾).

Ist nun diese wenn auch nur subsidiäre Verpflichtung der Gemeinden zur Versorgung ihrer Armen gerecht und zweckmässig?

Für die Bejahung dieser Frage sprechen folgende Betrachtungen:

Die Heimathgemeinde eines Armen ist in der Regel der Ort, wo er vermöge näherer oder entfernterer Verwandtschafts- und Freundschaftsbande auf Sympathie und Unterstützung am meisten zu rechnen moralisch berechtigt ist; wo er den wirthschaftlichen Erwerb seiner Mitbürger durch seine Mithülfe im Landbau, in Gewerben u. s. w. vielleicht eine lange Zeitreihe hindurch unterstützte, wo er durch seine Abgaben und Dienste zu den öffentlichen Lasten, zu Unterstützung Anderer beigetragen hat.

Die Gemeinde ist es, welcher am meisten die Mittel zu Gebot stehen, der Verarmung ihrer Angehörigen vorzubeugen, durch Sorge für die Interessen der Schule und Kirche, durch Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung, durch Förderung gemeinnütziger Bestrebungen, Errichtung gemeinnütziger Anstalten, Verhütung von Verschwendung, Verschaffung von Gelegenheit zu Arbeit und Sparsamkeit, Sorge für Aufrechterhaltung des Credits; durch gutes Vormundschafswesen, geordneten Gemeindehaushalt u. s. f.

Sie ist es, die am Besten die Bedürfnisse ihrer Armen, ihre Fehler und Leiden kennt und die Mittel und Wege weiss, ihnen

1) Judengesetz vom 25. April 1828. Art. 21. 58.

zuwerb und rechtzeitige, wirksame Hülfe zu verschaffen; die mit dem möglichst geringen Aufwand ihren Bedürfnissen abzu-
helfen vermag und im unmittelbaren eigenen Interesse hiezu
aufgefordert ist; die am genauesten die Quellen der Armuth
kennt, selbstverschuldete und unverschuldete Armuth zu unter-
scheiden weiss und jene bis auf einen gewissen Grad unberück-
sichtigt lassen kann; deren wohlgeordnete Wirksamkeit ebendes-
halb bei den Armen selbst am wenigsten den Trieb zur Selbsthülfe
durch Fleiss und Sparsamkeit und Vorsicht hemmt, bei den Mit-
bürgern aber bei weiser Verwaltung der öffentlichen Armenpflege
am wenigsten die Privatwohlthätigkeit schwächt.

Ogleich es daher immer als ein fehlerhafter Grundsatz
bezeichnet werden muss, den Armen ein Zwangsrecht auf
öffentliche Unterstützung einzuräumen, so sprechen doch wichtige
Gründe für die Aufrechterhaltung der althergebrachten Regel, dass,
soweit die Privatwohlthätigkeit und die kirchlichen Fonds nicht
ausreichen, die bürgerliche Gemeinde subsidiär ver-
pflichtet sein soll, für ihre armen Angehörigen zu sorgen,
sie im äussersten Fall wenigstens vor dem Untergang in der
Noth zu bewahren.

Führt aber nicht die Anerkennung der gesetzlichen
Verpflichtung der Gemeinden zur Versorgung ihrer Armen geraden
Wegs zu der Anerkennung eines entsprechenden gesetzlichen
Rechts auf Unterstützung und zu allen hiemit verknüpften
Uebeln?

Wir verneinen diese Frage. Es ist, wenn man die psycho-
logischen Wirkungen der Gesetzgebung ins Auge fasst, ein
mächtiger Unterschied, ob sie bei erweislicher Bedürftigkeit
geradezu ein positives Recht auf Unterstützung ausspricht, das
klagend, sei es auf dem Wege der Administrativjustiz oder selbst
auf dem Civilrechtswege, wie früher in England, verfolgt werden
kann, oder ob sie einfach eine Verpflichtung der Gemeinde aus-
spricht, Niemand im Elend umkommen zu lassen und dieser
Verpflichtung gegenüber nur ein Petitionsrecht der Armen
anerkennt, der Gemeinde aber es überlässt, nach Würdigkeit
und Bedürftigkeit zu gewähren oder zu verweigern. In diesem
Falle hat die Gemeinde es in ihrer Hand, die Armenunterstützung

in der Hauptsache auf den Weg der Privat- und kirchlichen Thätigkeit zurückzuleiten und die Nachtheile und Gefahren der Armentaxen ganz zu vermeiden, indem sie höchstens in den allgemeinen Etat nach Maassgabe ihrer Kräfte und der Armenbedürfnisse eine bestimmte Summe für wohlthätige Zwecke aufnimmt, davon die Mittel der Privat- und kirchlichen Wohlthätigkeit verstärkt, sich aber unmittelbar auf solche Gaben beschränkt, welche die geringste nachtheilige Rückwirkung auf die Vermehrung der Unterstützungsansprüche ausüben können; wie Unterstützung von Gebrechlichen und Kranken, Wittwen und Waisen u. dergl.

Allerdings hat auch in England die Gesetzgebung unter Elisabeth kein directes Recht der Armen auf Gemeindeunterstützung ausgesprochen; aber sie hat in der Folge Schritte nicht vermieden die zu diesem Rechte führten.

Sie hat die Verpflichtung den Gemeinden auferlegt, jeden arbeitsfähigen Armen durch Arbeit zu unterstützen, ein Recht auf Unterstützung durch Arbeit den Armen gegeben, und zu diesem Ende den Friedensrichtern, den Kirchenvorstehern und der Kirchspielsversammlung (Vestry, Sacristeiversammlung) das Recht eingeräumt, die Kirchspielsangehörigen zu besteuern.

Sie hat später in der sog. Gilbertacte von 1782, um die Kostbarkeit der Armenbeschäftigung in Werkhäusern oder in den Wohnungen zu vermeiden, den Grundsatz ausgesprochen: die Armenaufseher sollen verpflichtet sein, die Armen in der Nähe ihres Wohnorts bei Pächtern, Fabrikanten u. s. w. in Arbeit zu geben, und soweit die Löhne nicht zu ihrem und ihrer Familie Unterhalt zureichen, Lohnzuschüsse aus der Armenkasse zu reichen. Sie hat dadurch die Löhne herabgedrückt, die Trägheit und Liederlichkeit befördert, und die Masse der Armen in hohem Grade vermehrt.

Die Gesetzgebung ist 1815 (in der sog. Eastacte) noch weiter gegangen, und hat die Friedensrichter ermächtigt, den Armen ohne Rücksicht auf Beschäftigung auf beliebige Zeit unter drei Monaten bis zu 3 Sh. wöchentlich aus der Ortsarmenkasse anzuweisen.

Das sog. Bastardgesetz bewilligte jeder Weibsperson für jedes unehelich geborene Kind eine Geldunterstützung und bestimmte ihr sogar eine Aussteuer.

So kam man in England mit dem Grundsatz, dass jede Gemeinde ihre Armen zu unterstützen habe, auf das gefährliche Recht der Armen auf Sicherung einträglicher Arbeit, dann auf Unterstützung arbeitsfähiger Armer auch ohne Arbeit, auf eine höchst verderbliche Unterstützung der Mütter unehelicher Kinder, durch all dieses aber, sowie durch eine schlechte eigennützige Verwaltung der Ortsarmenpflege von Seiten der unentgeltlich ihren Dienst versiehenden Armenaufseher, und durch die Wälzung der Armensteuern hauptsächlich auf das Grundeigenthum, aus dessen Belastung die Pächter, Handwerker, Detailhändler, Wirthe u. s. w. mittelbar Vorthail zogen, indem sie ihnen theils wohlfeilere Arbeiter theils zahlungsfähige Abnehmer verschaffte, zu einer fast unerträglichen Steigerung der Armenlasten.

Die neueste englische Gesetzgebung von 1834 hat die Auswüchse und Missbräuche der älteren Gesetzgebung zwar abgeschafft, aber den Grundsatz des Rechts Arbeitsfähiger auf Unterstützung durch Arbeit nicht aufgehoben, auf ihn vielmehr das System der Unionswerkhäuser gebaut. Darin lebt der bedenkliche Gedanke eines Rechts auf Unterstützung, wenn auch in minder gefährlicher Gestalt, immer fort, und seine Bedenklichkeit ist in dem irischen Armengesetz vom 31. Okt. 1838 auch dadurch anerkannt, dass die Aufnahme Arbeitsfähiger in die Werkhäuser davon abhängig gemacht worden ist, dass sie ganz ausser Stand sind, sich selbst ihren Unterhalt zu erwerben, und dass es nicht an Gelegenheit zur Unterbringung in den Werkhäusern gebricht.

Wenn daher die Gesetzgebung aus moralischen und politischen Gründen subsidiär die öffentlich-rechtliche Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung ihrer Armen anerkennt, so muss sie alle Bestimmungen vermeiden, welche ein positives Recht der Einzelnen auf Unterstützung, sei es auch nur in der Form von Arbeit, aussprechen.

2) Immerhin aber hat unläugbar die Ueberweisung der Armenpflege an die Gemeinden auch ihre Schattenseiten.

Die Behandlung desselben wird überaus verschieden. Bei reichen Mitteln, z. B. reichen Stiftungen, wird die Unterstützung leicht zu freigebig, bei geringeren Mitteln wird mit Kargheit und Härte verfahren; es fehlt an der gleichmässigen Festhaltung richtiger Grundsätze bei Behandlung der Armen. Bei Zersplitterung der Armenpflege in den einzelnen Gemeinden fehlt es oft an den Mitteln zu Führung einer strengen Aufsicht und durch Errichtung von tausend kleinen Armen- und Krankenhäusern wird oft mit grossem Aufwand wenig geleistet.

Diess hat in England bekanntlich zu dem Gedanken geführt, unter Beibehaltung der Verpflichtung der Gemeinden oder Pfarreien zur Tragung des Armenaufwands für ihre Angehörigen wenigstens die Verwaltung des Armenwesens mehr zu centralisiren, die Unionswerkhäuser für Bezirke von 20—30,000 Seelen zum Mittelpunkt der Armenpflege dieser Bezirke zu machen, für diese Bezirke bezahlte Armencommissäre aufzustellen, die Leitung einem aus Hochbesteuerten des Bezirks gewählten Bezirksarmenrathe zu übertragen, für gleichmässige Behandlung der Armen in und ausser den Werkhäusern durch eine allgemeine Gesetzgebung und durch eine vom Staat bestellte Aufsichtsbehörde — die Armencommission — zu sorgen.

Diese Centralisation der Verwaltung hat unzweifelhaft in England mannigfache gute Folgen gehabt. Sie trug dazu bei, die bei der Localarmenpflege eingewurzelten Missbräuche zu vertilgen, indem die Gesetzgebung die Gewährung von Armenunterstützung und die Auflage von Steuern den oft eigennützigem, unwissenden und eingeschüchterten Ortsarmenpflegern und der meist unzweckmässig zusammengesetzten Vestry entzog und der aus den wohlhabendsten Gutsbesitzern, Fabrikanten und Kaufleuten zusammengesetzten Bezirksarmencommission, unter Beihülfe des mit persönlicher Untersuchung der Armenverhältnisse beauftragten Districtscommissärs, übertrug.

Die Aufhebung der Ortsarmen-, Arbeits- und Findelhäuser und die Vereinigung derselben zu Unionshäusern hat eine bessere Scheidung der verschiedenen Kategorieen von Armen möglich gemacht, zu Einführung einer strengeren Verwaltung und zu Ersparnissen an mannigfachen Ausgaben beigetragen.

Das Unionssystem endlich hat allein eine genaue Staatsaufsicht über das Armenwesen des Landes möglich gemacht.

Indessen hebt es doch manche sonstige Misstände bei der fortdauernden Wälzung der Armenlasten auf die Gemeinden nicht auf.

Als Folge der Verpflichtung der Gemeinden, die Kosten der Armenversorgung zu tragen, ergibt sich die Nothwendigkeit und Schwierigkeit gesetzlicher Bestimmungen über das Heimathrecht.

Wenn der Staat die Anordnung trifft, dass jede Gemeinde ihre Armen zu unterhalten hat, so entsteht die Frage, welche Gemeinde als die Heimath eines unterstützungsbedürftigen Menschen zu betrachten sei? Ist es der Geburtsort oder der Aufenthaltsort? wie ist es bei hereingezogenen und verwittweten Frauen zu halten? wie bei Findelkindern und Vagabunden? Jede Weise der gesetzlichen Bestimmung hat ihre Nachtheile. Die Geburt in einer Gemeinde z. B. ist namentlich bei Bettlern und Vagabunden oft ganz zufällig und die Zuweisung an den Geburtsort wälzt oft, besonders auf kleine Gemeinden oder vereinzelte Höfe, die als Schlupfwinkel der Vagabunden dienen, unverschuldet grosse Lasten; die Familien werden im Falle der Unterstützungsbedürftigkeit leicht zerrissen, die Uebersiedelungs- und Aufenthaltsfreiheit wird bei Eheleuten und Frauenspersonen wegen der künftigen Kinder wesentlich gefährdet. Die Bestimmung der Heimath nach dem letzten kürzeren oder längeren Aufenthalt führt in gleicher Weise zu einer Beschränkung der Freiheit des Aufenthalts u. s. w.

Die Frage über die Heimathangehörigkeit führt zu kostbaren Nachforschungen und Processen, zu einem Kampf der Gemeinden untereinander und zu gegenseitigen Zuschiebungen Verarmter oder mit Verarmung Bedrohter¹⁾. In England namentlich haben die Heimathgesetze zu einem förmlichen Krieg gegen die Hütten der Armen geführt. Die grossen Grundbesitzer haben jede Gelegenheit

1) In England haben die Heimathprocesse der Gemeinden von 1815 bis 1834 jährlich oft 2—300,000 Pfd. gekostet, seit 1834 durchschnittlich 100,000 Pfd. Pashley, Pauperism. S. 241.

ergriffen, ihre Pachtungen zu vergrössern, die Hütten der Armen auf ihren Besitzungen an sich zu bringen, sie niederzureissen, um dadurch die Nester der Bettlerbrut zu vertilgen. Sie haben damit ihre Pfarreibezirke entvölkert, die Arbeiter genöthigt, in den oft mehrere Meilen entfernten offenen Ortschaften sich niederzulassen, von hier aus der Arbeit auf den entfernten Gütern nachzugehen (das sog. Gangsystem) und hier ein Heimathsrecht und Anspruch auf Armenunterstützung zu erwerben. Sie haben hierin ein Mittel gefunden, ihre Armenlasten zu mindern und ihre Grundrenten zu erhöhen, die Lasten aber auf die offenen Gemeinden zu wälzen ¹⁾. Die grossen Städte ergreifen in Zeiten von Handelskrisen das Mittel der Ausweisung grosser Massen von arbeitslosen Arbeitern in ihre Heimath, oft in entfernte Landbezirke, wo sie, gewöhnt an die Arbeit in den Fabriken und unkundig der ländlichen Arbeiten, ebenfalls der öffentlichen Unterstützung anheimfallen, wenn sie nicht umgehend, oft vor ihren Conducteuren, heimlich in die Städte zurückkehren, von wo sie amtlich ausgewiesen worden sind.

An die Gesetze, welche die Heimathgemeinde verpflichten, ihre Angehörigen im Nothfalle zu unterstützen, knüpft sich daher der weitere Nachtheil der grossen Ungleichheit der Lasten in den verschiedenen Gemeinden oder Heimathbezirken. Gerade die ärmsten Bezirke sind es häufig, welche die höchsten Armenlasten zu tragen haben. In Württemberg kommt in einzelnen Gemeinden 1 Armer auf 50—60 Einwohner; in anderen je auf 3, 5, 10, und die letzteren sind oft völlig ausser Stand, die Armenlasten zu tragen. In England, wo die Pflicht der Armenunterhaltung den Pfarreibezirken, nicht den Gesamtgemeinden obliegt, tritt die Ungleichheit auf dem Lande aus dem schon erwähnten Grunde namentlich zwischen den offenen Orten und geschlossenen Pfarreien, den Besitzungen einzelner oder weniger grosser Grundbesitzer ein, welche die Armen aus ihren Bezirken vertrieben und sich zur Verhinderung der Errichtung neuer

1) So haben sich bei uns namentlich in früherer Zeit häufig in der Nähe geschlossener gutsherrlicher Besitzungen arme Arbeiteransiedelungen gebildet, die heute noch völlige Bettlerorte bilden.

Arbeiterwohnungen auf ihren Gütern entschlossen und vereinigt haben. In den grossen Städten haben die grössten Armenlasten diejenigen Pfarreibezirke, welche die Wohnungen der Arbeiterbevölkerung umfassen, die geringsten diejenigen, welche nur mit Palästen besetzt sind, und die Wohnsitze der Vornehmen und Reichen bilden. In der City von London legt eine Pfarrei, aus der durch die Bank- und Waarenhäuser und die Wohnungen der Reichen alle Armen verdrängt sind, gar keine Armensteuern um, die Lasten der ärmeren Pfarreien Londons steigen auf 2 Sh. pr. Pfd. steuerbaren Einkommens und darüber ¹⁾.

So bestehen trotz der Hebung mancher Nachtheile durch das Unionssystem mehrere Hauptmissstände: die Ungleichheit der Lasten in den verschiedenen Gemeinden, die Kämpfe derselben gegen die Anerkennung des Heimathrechts hilfbedürftiger Personen, die Erschwerung der freien Circulation der Arbeitskräfte in der Hauptsache fort, die Werkhäuser selbst aber sind in der Wirklichkeit mehr Zufluchtsorte für Gebrechliche, für Greise, für körperlich und geistig Kranke und für die Unterbringung armer und verlassener Kinder, als Arbeitshäuser für verdienstlose Arme geworden und die Unterstützung ausser dem Werkhause (die Hausarmenpflege) bildet gegen die Tendenz des Gesetzes noch den grössten Betrag der Armenlasten.

Die bestehende Ungleichheit der Armenlasten und die Missstände, die sich an das Heimathrecht knüpfen, haben zu dem Gedanken geführt, das Heimathrecht und die Pflicht der Tragung der Kosten der Armenpflege auf grössere Bezirke auszu dehnen. Anfänge dieses Gedankens finden sich schon im Anfang des 17. Jahrhunderts in England und in andern Ländern. Die Gesetzgebung von Elisabeth hat den Grundsatz ausgesprochen, dass im Fall der Unvermögenheit einer Gemeinde zur Versorgung ihrer Armen andere Gemeinden desselben Bezirks oder derselben Grafschaft in Mitleidenschaft gezogen werden sollen ²⁾.

In ähnlicher Weise hat die Württembergische Gesetzgebung

1) Pashley, l. c. S. 39. 1847: Kensington $8\frac{1}{4}$ d.; St. Georg, Hanover Square $6\frac{1}{2}$ d.; St. James, Westminster $11\frac{1}{2}$ d.; Chelsea 2 Sh. 7 d.

2) 43. Eliz. c. 2. s. 3. „If the said justices of the peace do perceive, that the inhabitants of any parish are not able to levy among themselves sufficient

die subsidiäre Verpflichtung der wohlhabenden Gemeinden eines Amtsbezirks zur Unterstützung ärmerer, von Armenlasten gedrückter Gemeinden ausgesprochen. (Armenkasten-Ordnung von 1526 u. 1615. cap. 2.)

„Ob ein Dorf oder Fleck, der unermöglich wäre, der armen Personen soviel hätte, dass sie in ihrem Flecken nit unterhalten werden möchten, aber andere Flecken selbigen Amts des Vermögens und der Armen so wenig oder gar keine vorhanden, so sollen alsdann demselben unermöglichen Flecken die anderen vermöglichen zur Steuer und Hülfe kommen, was auch von der Stadt desselben Amts verstanden werden soll, damit in allweg so viel immer möglich Gleichheit und Förderung der Armen gehalten werden möge“ ¹⁾).

Eine ähnliche Bestimmung enthält die „Bettlerordnung des Cantons Bern von 1690.“ — dass wenn in einer Kilchhöri eine oder mehrere Gemeinden nicht bei Mitteln wären, die anderen, welche mehr Mittel und weniger Arme haben, nach Bedürfniss zu Hülfe kommen sollen; im Nothfall soll sich die Kirchengemeinde an die Almosenkammer in Bern (den Staat) wenden; und noch eine Verordnung vom 22. Dez. 1807 spricht aus: „die Gemeinden und Bürgerschaften in den Städten und auf dem Land sind und bleiben wie bisher zu wechselseitigem Schutz und gegenseitiger Unterstützung verpflichtet“ ²⁾). Indessen sind diese Bestimmungen in England wie in Württemberg und der Schweiz niemals recht ins Leben getreten, und die neueste Würtem-

sums of money for the purposes aforesaid, that then the said two justices shall and may tax, rate and assess as aforesaid, an other of other parishes or out of any parish within the hundred, where the said parish is, to pay such sum and sums of money to the churchwardens and overseers of the said poor parish, for the said purposes as the said justices shall think fit; and in case of inability of the hundred the justices shall rate and assess as aforesaid any other of other parishes or out of any parish within the said county for the purposes aforesaid, as in their discretion shall seem fit.“

1) Nach Analogie der Verpflichtung der Gemeinden eines Amtsbezirks zu gegenseitiger Hülfeleistung betrachtete man später auch die Stiftungen des Bezirks zu gegenseitiger Aushülfe verpflichtet, was in mehreren Bezirken zu einer vollständigen Vereinigung derselben in eine gemeinschaftliche Verwaltung führte.

2) Zyro, Antipauperism. Bern 1851. S. 86.

bergische Gesetzgebung hält die gegenseitige Verpflichtung der Gemeinden eines Amtsbezirks hauptsächlich nur insofern noch fest, als die einer Gemeinde zugewiesenen heimathlosen Armen ganz aus der Körperschaftskasse unterhalten werden müssen, wenn die Zuweisung auf den Titel der Geburt, bei Frauen auf den Titel der Heimath des Mannes, bei Kindern des zugewiesenen Vaters, beziehungsweise der Mutter, endlich auf den Titel der polizeilichen Betretung stattgefunden hat. Bei Zuweisungen auf den Heimathrechtstitel des früheren aufgegebenen Bürgerrechts oder des fünfjährigen selbstständigen Aufenthalts oder der obrigkeitlich bewilligten Ehe hat die Amtscorporation $\frac{2}{3}$, die Gemeinde $\frac{1}{3}$ der Kosten zu übernehmen ¹⁾.

In der Regel aber, wenn die unterstützungsbedürftigen Personen ein ererbtes oder erworbenes Heimathrecht besitzen, fallen sie der Heimathgemeinde allein zur Last, namentlich gilt diess auch von den Kosten der nach der Zuweisung geborenen Kinder der Zugewiesenen.

Die englische Gesetzgebung erklärt nur die Kosten des Unterhalts der Irren und derjenigen Armen, welche nach einem fünfjährigen Aufenthalt in einer Gemeinde Unterstützungsansprüche daselbst erlangen, daher nicht in ihre Heimathgemeinde zurückgewiesen werden dürfen (Peels Bestimmung, 9 u. 10. Vict. c. 66. um in Folge der Aufhebung der Korngesetze einen Theil der Armenlasten auf die Städte zu wälzen) nach der Bodkinsacte von 1847 für eine Unionslast, um die aus der vorgenannten Peelsacte entsprungene ausserordentliche Belastung vieler Städte zu mildern ²⁾.

Das irländische Armengesetz von 1838 aber erklärt die Pflicht der Armenunterhaltung im Allgemeinen für eine Districts-last, d. h. als eine Pflicht der Wahlbezirke, welche die Armencommission innerhalb der Union zum Zweck der Wahl der Armenpflegschaftsräthe nach Gutdünken zu machen berechtigt ist, wobei jedoch städtische Bezirke nicht getrennt werden dürfen ³⁾.

1) Württ. Gesetz vom 4. Decbr. 1833. Art. 35—40.

2) Pashley, S. 277.

3) Ges. vom 31. Jul. 1838. Art. 62.

Der Wahldistrict hat alle Werkhausarmen, (auf Unterstützung ausser dem Werkhaus besteht in Irland kein Anspruch, wie überhaupt auch kein Recht zur Aufnahme ins Werkhaus) die in den letzten zwölf Monaten ihren Wohnsitz in demselben gehabt haben, gemeinschaftlich zu unterhalten.

Diese gesetzliche Bestimmung für Irland ist aus der Ueberzeugung hervorgegangen, dass die Verpflichtung der einzelnen Gemeinden oder Pfarreien zur Tragung ihrer Armenlasten wegen des übermässigen Drucks auf einzelne Gemeinden unausführbar wäre. Uebrigens ist die oft willkürliche Bildung der Districte, die nicht auf historische Gemeinschaft sich gründet, ein Hauptgrund der Aufregung gegen die Einführung der neuen Armen-gesetzgebung in Irland gewesen.

Nach diesem irländischen Vorgange nun und auf den Grund der in der Gesetzgebung von Elisabeth schon liegenden Keime einer gemeinschaftlichen Tragung der Armenlasten durch grössere Armenverbände hat in England in der neuesten Zeit der Vorschlag vielfach Anklang gefunden, das Heimathrecht und die Armensteuer je auf den ganzen Unionsbezirk auszu-dehnen.

Der Gedanke hat namentlich in den grossen Städten Wurzel gefasst, wo häufig die ärmsten, mit Armuth und Krankheiten am meisten heimgesuchten Pfarreien die höchsten, die reichsten und von wenigen Armen bewohnten Pfarreien aber die geringsten Armenlasten zu tragen haben; wo daher die Austheilung der Lasten auf die Unionsbezirke zu einer Erleichterung der Steuerpflichtigen in den ärmeren und zu einer grösseren Beziehung derselben in den reicheren Quartieren führen müsste, während zugleich die Heimathprocesse vermindert werden würden.

Indessen führt doch eine nähere Betrachtung zu der Einsicht von der Unrathlichkeit der Ausführung dieses Gedankens.

Allerdings würde die Maassregel dazu beitragen, Ungleichheiten in verschiedenen Pfarreien desselben Bezirks aufzuheben, und die Heimathstreitigkeiten, die jetzt von Gemeinde zu Gemeinde im ganzen Königreich vorkommen, auf Heimathstreitigkeiten zwischen den Unionsbezirken beschränken.

Allein sie würde die grossen Ungleichheiten, die auch

zwischen den Gesamtlasten der verschiedenen Unionsbezirke, d. h. zwischen verschiedenen Städten und zwischen den aus städtischen und ländlichen Pfarreien zusammengesetzten Unionsbezirken bestehen, nicht vertilgen, vielfach durch gänzlich veränderte Besteuerung des Grundeigenthums eine völlige Revolution in den Eigenthumsverhältnissen erzeugen, namentlich in die bisher geschlossenen und von Armen gesäuberten Besitzungen tief eingreifen, und die Heimathprocesse und Ausweisungen zwar mindern, aber um so weniger im Verhältniss zu der verminderten Zahl der Bezirke, als erfahrungsmässig die Heimathprocesse hauptsächlich zwischen Pfarreien sich entspinnen, die entfernten Theilen des Reiches angehören.

Hauptsächlich aber würde die Wälzung der Armenlasten auf die Union zur Vermehrung dieser Lasten beitragen, weil eine Unterstützung Gemeindeangehöriger um so eher befürwortet werden würde, je mehr sie nicht unmittelbar von der Gemeinde selbst, sondern von einer Gemeinschaft von 20 bis 30 Gemeinden zu tragen wäre ¹⁾.

Dieser letztere Grund hauptsächlich spricht auch bei uns gegen die allgemeine Anwendung des Grundsatzes, dass die (Oberamts-) Bezirke zu gemeinschaftlicher Tragung sämtlicher Armenlasten gesetzlich angehalten werden sollen.

3) In der Absicht, einestheils die Leitung des Armenwesens in den Händen des Staats zu centralisiren, andernteils den Zankapfel der Heimathberechtigung aus dem Wege zu schaffen, und die Zurückweisung der Armen in ihre Heimath im Falle von Gewerbsstockungen zu verhindern, zugleich aber, um die bisherigen Armenlasten der Gemeinden durch theilweise Uebnahme derselben auf den Unionsbezirk für die Zukunft nicht unverhältnissmässig steigern zu lassen, ist von dem englischen Armencommissär Pigott der Vorschlag gemacht worden, die gesammten Armenlasten aus der Staatskasse zu bezahlen, die Kosten des Armenwesens aber von den Unionsbezirken nach dem durchschnittlichen Betrag derselben je in der verflossenen dreijährigen Periode zu erheben, das Beitrags-Ver-

1) s. auch Pashley, Pauperism and poor law. S. 329 ff.

hältniss der Pfarreien zu den Unionslasten nach dem Verhältniss der bisher erhobenen Local-Armentaxen für die Zukunft zu fixiren, und den Grundsatz aufzustellen, dass jede arme Person im Falle ihrer Hülfbedürftigkeit da als heimathberechtigt angesehen werden soll, wo sie sich zur Zeit der Verarmung befindet.

Es erheben sich jedoch auch gegen diesen Vorschlag gerechte Bedenken. Was das Recht des Unterstützungsanspruchs am Ort des Aufenthalts betrifft, so hat dieser im Armengesetz von Irland (1838) ausgesprochene Grundsatz im Jahr 1843 dahin erweitert werden müssen, dass der Unterstützungsanspruch da geltend zu machen sei, wo der Bedürftige in den letzten zwölf Monaten eine Pachtung oder irgend ein Anwesen innegehabt oder wenigstens regelmässig geschlafen habe, da doch nicht jeder auch noch so kurze Aufenthalt diesen Anspruch begründen kann. Würde das Letztere der Fall sein, so würde der Arme leicht von Bezirk zu Bezirk auf die Weide getrieben werden; im Falle aber der letzte längere Aufenthalt entscheidend wäre, so würde immerhin für die Gemeinden der Union, namentlich für grössere städtische Gemeinden, die selbst einen oder mehrere Unionsbezirke bilden, ein grosses Interesse bestehen, armen Personen aus anderen Unionen den Aufenthalt bei sich auf längere Zeit nicht zu gestatten, obgleich dieses Interesse durch die Abwälzung der Armenlasten auf die Union im Ganzen und durch die Beitragspflicht der einzelnen Gemeinden nur im Verhältniss zu ihren bisherigen Lasten allerdings beträchtlich verringert würde.

Ausser dem schon oben erwähnten Einwurf der Gefahr der Erhöhung der Armenlasten durch Wälzung derselben auf die Union trifft den Vorschlag aber hauptsächlich der Vorwurf, dass er das zur Zeit bestehende Lastenverhältniss für alle Zukunft fixiren will.

Denn die Armuths- und Reichthums-Verhältnisse der Gemeinden können im Laufe eines halben Jahrhunderts namentlich in einem gewerbreichen Lande, wo einzelne Gewerbszweige aufblühen, andere absterben und die Bevölkerungsverhältnisse oft ausserordentlich wechseln, sich völlig umgestalten und die

Festhaltung eines völlig veralteten Maasstabs der Lastenvertheilung könnte daher mit der Zeit zur grössten Ungerechtigkeit und Härte werden ¹⁾).

4) Bei den mancherlei Nachtheilen, welchen sowohl die Local- als die Bezirks-Armenpflege unterliegt, ist der schon während der französischen Revolution versuchte Gedanke einer völligen Centralisirung des Armenwesens durch den Staat aufs Neue in Frage gekommen. Es ist in England vorgeschlagen worden, die gesammte Armenlast des Landes nach den bisherigen Armenbesteuerungs-Grundsätzen d. h. mit fortwährender Wälzung der Armenlasten ausschliesslich auf den Realbesitz, gleichmässig umzulegen, ohne bei der Besteuerung auf die Verschiedenheit der Armenlasten in den einzelnen Gemeinden oder Unionsbezirken Rücksicht zu nehmen.

Der Graf Malmesbury hat vorgeschlagen, die Armensteuer in der Form einer besonderen Einkommenstaxe nach dem Vorbilde der Peel'schen Einkommenssteuer von dem gesammten Reineinkommen des Landes zu erheben, den Maximal-Betrag derselben aber je auf 10 oder 20 Jahre zum Voraus zu fixiren, so dass je nach den Verhältnissen des Landes zwar weniger, nicht aber mehr erhoben werden dürfte ²⁾).

Als Vorthelle dieser Umwandlung der Localarmenlasten in eine Nationallast hat man die Aufhebung der Ungleichheit der Belastung der einzelnen Pfarreien und Bezirke, und die Möglichkeit der Aufhebung aller Heimathrechtsbestimmungen mit ihren nachtheiligen Folgen betrachtet. Der freien Circulation der Arbeitskräfte würde keine Schranke mehr im Wege stehen, Ueberfluss und Mangel an Arbeitern in den verschiedenen Gemeinden des Landes würden sich mehr ausgleichen, die Arbeit der ansässigen und fremden Arbeiter mehr nach ihrem wahren Werthe geschätzt und bezahlt, und nicht aus Furcht vor Armenlasten dem Gemeindeangehörigen unbedingt vor dem Fremden, dem sorglosen Bettler vor dem vorsichtigen Hausvater, dem Verheiratheten vor dem Ledigen, dem Kinderreichen vor dem

1) Pashley, l. c. S. 342.

2) Pashley, l. c. S. 346.

Kinderarmen der Vorzug gegeben. Die Grundbesitzer würden keine Ursache mehr haben, ihre Besitzungen zu entvölkern, die Errichtung von Arbeiterwohnungen auf denselben zu verhindern, und ihre Arbeiter von entfernten Ortschaften herbeizuziehen, vielmehr würden sie veranlasst werden, tüchtige Arbeiter auf ihren Gütern anzusiedeln, um die Zeit, die sie durch oft meilenweite Morgen- und Abendmärsche verlieren, für sich zu gewinnen.

Trotz diesen Vortheilen der Uebernahme der Armenlasten auf den Staat würden bei der Durchführung dieses Planes doch überwiegende Nachtheile sich herausstellen.

Viele Gemeinden sind im Laufe der Jahrhunderte durch die Freigebigkeit ihrer Mitbürger und durch guten Gemeindehaushalt in den Besitz von mancherlei Stiftungen und anderen Armen-gütern gekommen, Andere entbehren — mehr oder weniger durch eigene Verschuldung — solcher Hülfsmittel. Eine Ueberwälzung der Armenlasten auf den Staat würde einer Einziehung dieser Güter gleichkommen; denn bei der Umlage einer allgemeinen Armensteuer durch den Staat würde der einzelnen Gemeinde ihr Armengut nicht zum Nutzen gereichen; sie würde zur allgemeinen Steuer beigezogen werden, auch wenn sie zuvor allein aus ihrem Armengut ihre Armenbedürfnisse hätte befriedigen können, und sie würde keine höhere Steuer zu tragen haben, auch wenn sie ihren Armenfonds früher vollständig aufgezehrt hätte. Mit der Uebernahme der Armenlasten auf den Staat hängt daher auch die Einziehung aller Armenstiftungen aufs Engste zusammen und das französische Gesetz vom 19. März 1793 schrieb demgemäss vor, dass die Güter der Hospitäler und der milden Stiftungen verkauft und ihr ganzes Vermögen mit dem Staatsvermögen vereinigt werden soll. Mit anderen Worten: die Staatsarmenpflege führt zu einem grossartigen Systeme der Beraubung der milden Stiftungen.

Hieran knüpft sich die natürliche Folge, dass die reiche Quelle der Privatstiftungen für Armenzwecke für die Zukunft versiegt. Wie bedeutend auch in der Gegenwart die Summen sind, welche auf diese Weise die freie Mildthätigkeit der Armuth zuwendet, mag daraus entnommen werden, dass in den 15 Jahren von 1833—48 im preussischen Staate über 8 Mill. Thaler und

jährlich nicht unter 400,000 Thlr. Schenkungen und Vermächtnisse für wohlthätige Zwecke berechnet worden sind ¹⁾).

Die Staatsarmenpflege würde ferner die Bemühungen der Gemeinden, der Verarmung ihrer Mitglieder vorzubeugen, wesentlich schwächen. Es ist eine bekannte Erfahrung, dass schlechte Zucht und Ordnung und schlechter Haushalt in einer Gemeinde mit schnellen Schritten die Verarmung in derselben mehrt, gute weltliche und geistliche Ortsvorsteher aber einen mächtigen Einfluss auf den Wohlstand ihrer Gemeindeangehörigen auszuüben vermögen. Wenn aber der guten Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten kein Lohn, der schlechten Verwaltung keine Strafe folgen würde, wenn den in Zuchtlosigkeit und Armuth versinkenden Gemeinden immer grössere Beiträge aus der öffentlichen Kasse zufließen, gleichsam Prämien vom Staate ausgesetzt würden, so müsste ein mächtiger Antrieb zu Verhütung der Armuth in den Gemeinden wegfallen.

Auf der anderen Seite würden die Ansprüche auf öffentliche Unterstützung an den Ortsbehörden selbst die eifrigsten Fürsprecher finden. Obgleich jede Unterstützung dazu beitragen müsste, die Beitragsquote jeder einzelnen Gemeinde zur allgemeinen Armensteuer zu mehren, so würde diese Erhöhung der allgemeinen Last doch kein Abhaltungsgrund für die einzelnen Gemeinden sein, die Unterstützung ihrer Armen zu befürworten; denn jede würde sich bemühen, für ihre Armen einen Löwenantheil zu bekommen. Wie viele Arme, die von den unterstützungspflichtigen Gemeinden an ihre Verwandten und an die Privatwohlthätigkeit ihrer Freunde und Bekannten verwiesen werden, wie viele halb und temporär Arbeitsunfähige, die mit kleinen und temporären Gaben abgespeist oder ihrer eigenen schwachen Kraft überlassen werden, würden bei einer Unterstützung durch den Staat amtliche Armuthszeugnisse erhalten, und in die öffentlichen Armenlisten eingetragen werden? Die erleichterte Unterstützung aber würde die Ansprüche der Armen selbst in hohem Grade mehren, und die Gesetzgebung würde

1) Dieterici, Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin. 1850. S. 161 flg.

ein begehrlches, unzufriedenes, faules Proletariat heranziehen, das endlich für Staat und Gemeinde und den steuerpflichtigen Bürger eine unerträgliche Last werden müsste. Um so mehr, als mit der Uebernahme der Armenlasten auf die Schultern des Staats die freie Mildthätigkeit der Privaten, die oft mit geringen Mitteln so Vieles zu leisten vermag, vollkommen ihr Ende finden würde.

In dem Bewusstsein, dass die Staatsarmenpflege eine grenzenlose Vermehrung der Unterstützungsansprüche herbeiführen würde, ist, wie oben erwähnt wurde, der Vorschlag gemacht worden, die Summe auf ein bestimmtes Maass zu fixiren. Auch die Gesetzgebung des Kantons Bern, welche in der That die Verpflichtung der Gemeinden zur Armenunterstützung aufgehoben und unter Zuweisung der arbeitsfähigen Armen an die Privatwohlthätigkeit, die Armenpflege dem Staate zugewiesen, hat es für nöthig erachtet, den während der Uebergangsperiode zu leistenden ausserordentlichen Staatsbeitrag auf 400,000 fr. zu fixiren.

Allein selbst eine solche Fixirung könnte dem anschwellenden Strome der Armenansprüche für die Dauer keine Grenze setzen. Die Begrenzung der Summe würde zu mehr oder weniger willkürlichen Abzügen, zu Begünstigungen auf der einen, zu Benachtheiligungen auf der anderen Seite führen. Welche Quelle von Beschwerden gegen die öffentlichen Organe würde die Vertheilung der Unterstützungen werden? Welches mächtige Werkzeug ehrgeiziger Demagogen, um die Massen gegen die Staatsgewalt aufzustacheln? Welches Mittel für die Regierungsgewalt endlich, Gnaden zu ertheilen und zu versagen? welcher breite Weg, um die Selbstständigkeit der Gemeindeverwaltung vollständig zu vernichten? Denn wer die Pflicht hat, die Armen der Gemeinden zu versorgen, muss auch das Recht und kräftige Mittel in die Hand bekommen, um der Verarmung in den Gemeinden vorzubeugen.

5) Die bisherigen Betrachtungen führen zu der Ueberzeugung, dass von einer ausschliesslichen Staatsarmenpflege nicht die Rede sein kann, und es entsteht daher die Frage, ob nicht eine Combination der Staats- und Gemeindearmen-

pfllege möglich sei, wobei das Interesse der Gemeinden, der Verarmung ihrer Angehörigen vorzubeugen, und die Armenlasten möglichst zu mindern, lebendig erhalten, zugleich aber der allzu ungleiche Druck der Armenlasten für die Gemeinden aufgehoben und die Freiheit der Uebersiedelung und des Aufenthalts in grösstem Maasse gewährt werden könnte?

In diesem Sinne ist kürzlich von Pashley (l. c. S. 356 flg.) folgender Vorschlag gemacht worden:

Die Heimathgesetze sollen gänzlich aufgehoben werden; ein Gesetz soll die Erhebung und Verwaltung der zum Unterhalt der Armen erforderlichen Summen regeln; die für diesen Zweck erforderliche gesammte Jahressumme soll nach dem Maasstab des Armensteuerekatasters aufgebracht werden; jedoch in der Weise, dass $\frac{1}{3}$ des wirklichen Armenaufwands auf jede Pfarrei, die weiteren $\frac{2}{3}$ der Summe mittelst einer im ganzen Lande gleichen Steuer auf alle Armensteuerpflichtigen des Landes umgelegt, die Landes- und Localarmensteuer aber je in einer Gesamtsumme erhoben würden.

Würde beispielsweise die Rente des Realeigenthums in England 120 Mill. Pf. St., die Armensteuer 6 Millionen betragen, so müsste 1 Sh. vom Pf. Sterl. erhoben werden; 8 d. p. Pf. hätte jede Pfarrei gleichmässig zu tragen, oder 4 Millionen Pf. würden durch eine allgemeine gleichmässige Steuer aufgebracht werden, die übrigen 2 Mill. aber würden in jeder Pfarrei genau im Verhältniss von $\frac{1}{3}$ ihres Armenbedarfs umgelegt werden.

Die Armenbehörde hätte jedes Jahr vor dem 1. März die allgemeine Pfundrate für das folgende Jahr zu bestimmen, jede Pfarrei für sich den Localbedarf; hienach würde in einer Summe für jeden Steuerpflichtigen der Jahresbetrag der Steuer, zahlbar in vierteljährlichen Raten, bestimmt.

Die Pfarreien jeder Union würden von der erhobenen Armen-taxen den Ueberschuss über ihren eigenen Bedarf an den Unions-schatzmeister bezahlen oder den Abmangel von demselben erhalten, und die Ausgleichung zwischen den verschiedenen Unionen würde auf dem Bureau der Armencommission stattfinden.

Die Folge dieses Plans für England würde sein, dass jede Pfarrei, welche gegenwärtig mehr als den Durchschnittsbetrag

der Armentaxen des Landes bezahlt, auch ferner mehr als diesen Betrag zu zahlen hätte, obgleich ihre Last erleichtert würde; dass dagegen jede Pfarrei, welche jetzt weniger als den Durchschnittsbetrag entrichtet, auch künftig weniger als diesen Durchschnittsbetrag zu bezahlen hätte, dass jedoch eine kleine neue Last ihr zuwachsen würde. Das Interesse der Gemeinden, ihre Armenlasten möglichst zu mindern, würde fortbestehen, da jede Steigerung zu $\frac{1}{3}$ ihr jedenfalls zur Last fallen würde, aber die drückenden Ungleichheiten für die offenen Ortschaften auf dem Lande, und für die grösseren Städte, namentlich im Fall von Gewerbs- und Handelskrisen, würden wegfallen, die Heimathstreitigkeiten und Ausweisungen aufhören und die freie Circulation der Arbeit begünstigt.

Einer Belästigung der einzelnen Gemeinden durch Unterstützungsansprüche fremder müssiger Vagabunden aber, die unter dem Vorwand des Aufsuchens von Arbeit sich ausser ihrem Heimathort aufhalten würden, könnte durch strenge Handhabung der Gesetze gegen Vagabunden und durch angemessene Verschärfung der Disciplin in den Werkhäusern gegen solche Individuen, die unter dem Vorwand des Arbeitsuchens sich in fremden Gemeinden herumtreiben, entgegengewirkt werden.

Historisch aber würde der Plan sich an den schon im 17ten Jahrhundert in England, wie anderwärts, ausgesprochenen Grundsatz anschliessen, dass die reicheren Gemeinden verpflichtet sein sollen, den ärmeren in Unterstützung ihrer Armen zu Hülfe zu kommen.

Man muss diesem Plane die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass er scharf gedacht ist, alle bestehenden Verhältnisse möglichst berücksichtigt, und dass er einen Weg andeutet, auf welchem bei der enormen Höhe und Ungleichheit der englischen Armenlasten mit den geringsten Nachtheilen einige Ausgleichung jener Lasten herbeigeführt werden mag.

Allein als allgemeiner Grundsatz für die Armenpflege überhaupt, dass der Staat, abgesehen von seiner natürlichen und historischen Verpflichtung, der Armuth und Noth des Landes im Grossen Abhülfe zu leisten, einen mathematisch bestimmten An-

theil an den speciellen Lasten jeder Gemeinde übernehmen soll, lässt sich der Vorschlag nicht adoptiren.

Eine fehlerhafte Armengesetzgebung, grosse Missbräuche in ihrer Ausführung, und eine eigenthümliche und riesenhafte Entwicklung des Landbaus, der Gewerbe und des Handels, des ländlichen und städtischen Lebens, haben in England Misstände geschaffen, die bei uns in Deutschland, wenn auch im Keime und im Kleinen vorhanden, doch entfernt nicht in ähnlicher Weise vorliegen.

Unsere Aufgabe ist es, die falschen Wege, welche die englische Armengesetzgebung eingeschlagen hat, zu meiden, durch alle dem Staat und den Gemeinden zu Gebot stehenden vorbeugenden Mittel der Steigerung der Armenlasten entgegen zu wirken, der Privat- und kirchlichen Armenpflege wieder die möglichst grosse Wirksamkeit einzuräumen, die öffentliche Armenunterstützung soweit immer möglich auf solche Fälle zu reduciren, wo sie nicht selbst wieder zur Quelle gesteigerter Armenansprüche wird; nicht aber durch gesetzliche Repartition der Lasten auf die Schultern des Staats und der Gemeinden die officiële Armenpflege immer mehr zu erweitern, die Wirksamkeit der Privat- und kirchlichen Thätigkeit zu untergraben, und einen Weg, der in England unter anderen unendlich vorgeschrittenen Verhältnissen angedeutet ist, zu unserem Verderben in blinder Nachahmung zu verfolgen. Ueberdiess weisen die neuesten Maassregeln der englischen Gesetzgebung und die Vorschläge der Regierung noch keineswegs darauf hin, dass sie geneigt ist, von dem bisherigen System der dortigen Armenpflege ab- und zu dem Systeme der Staatsarmenpflege, wenn auch nur in modificirter Weise, überzugehen.

IV. Wie soll die Concurrenz der Privat- und Vereinsarmenpflege, der Gemeinde-, Bezirks- und Staatsbeihilfe, geregelt werden?

Wir haben früher die Gründe auseinandergesetzt, welche es räthlich machen, dass die Gesetzgebung jeden Ausspruch eines förmlichen Rechtes auf öffentliche Unterstützung vermeidet. Die Unsicherheit fremder Hülfe wenigstens in selbstverschuldeter

Noth soll 1) Jeden zur Vorsicht, Sparsamkeit, und zur Anspannung aller Kräfte auffordern, um sich und die Seinigen durch Selbsthülfe so weit als immer möglich vor Verarmung zu schützen. Um diese Selbsthülfe zu erleichtern, um Gelegenheit zur Anlage und Ansammlung von Ersparnissen zu geben, um diese Ersparnisse möglichst fruchtbar zu machen, gegen ungünstige Wechselfälle zu sichern, kann die Gemeinde, der Bezirk oder der Staat eine Reihe von Anstalten gründen, die in hohem Grade segensreich wirken, und die öffentliche Unterstützung, die in der Form der Verwaltung von Leih- und Sparkassen, u. s. w. gewährt wird, bringt tausendfältige Früchte. Hiebei drängt sich die Frage auf, ob nicht in der subsidiären Pflicht der Gemeinden und des Staats zur Armenunterstützung die Berechtigung, ja die Verpflichtung liege, wenigstens für die niederen dienenden und arbeitenden Klassen je nach den individuellen Verhältnissen einen gewissen moralischen Zwang zur vorsorglichen Ansammlung von Ersparnissen eintreten zu lassen?

Wir glauben diese Frage bejahen zu müssen. Jetzt schon nöthigt der Staat seine Diener zu Einlagen in Pensionskassen, schon werden Bergleute, Waldarbeiter, Arbeiter auf grossen Gütern und in Fabriken häufig zu Einlagen in Sparkassen vertragsmässig verpflichtet, nicht selten zwingen die Gemeinden zu Einlagen in Krankenkassen für Dienstboten; sollte es unzulässig und undurchführbar sein, sämmtlichen Dienstherrschaften, Handwerksmeistern, grossen Gutsbesitzern oder Pächtern, Fabrikherrn u. s. w. die Verpflichtung aufzulegen, von ihren Untergebenen regelmässige Einlagen in Sparkassen zu vermitteln? einen jährlichen Nachweis der Erfüllung dieser Verpflichtung oder die Begründung der Unterlassung vor den Armenbehörden zu fordern?

Die Aufhebung eines Rechts der Armen auf öffentliche Unterstützung soll aber 2) auch die Wirkung haben, Verwandte, Freunde und Bekannte zur Hülfeleistung aufzufordern, überhaupt die Privatwohlthätigkeit rege zu erhalten.

Was zunächst die Hülfe der nächsten Verwandten betrifft, so ist auch durch das positive Privatrecht die natürliche Verpflichtung der Eltern und Kinder zu gegenseitiger Unter-

stützung ausgesprochen. Auch die Rechtspflicht des Vaters zur Ernährung seiner unehelichen Kinder ist selbst da gesetzlich anerkannt, wo, wie in Frankreich, die Klage auf Anerkennung der Vaterschaft unzulässig ist ¹⁾. Ob die Geschwister gegenseitig eine rechtliche Unterstützungspflicht haben, ist gemeinrechtlich bestritten. In Württemberg hat sich (1844) die höchste Gerichtsstelle dagegen ausgesprochen ²⁾.

Eine weitergehende Verpflichtung aber hat sich in der Schweiz ausgebildet. In den Urkantonen besteht eine Familienunterstützungspflicht noch heute bis ins 6. und 7. Glied. Zu diesem Ende haben sich Heirathssteuern und sog. „Familienlisten“ gebildet. In Luzern, Solothurn und anderen Kantonen sind die Familiensteuern erst vor Kurzem abgeschafft worden ³⁾.

Es ist anzuerkennen, dass eine unbeschränkte rechtliche Verpflichtung der Geschwister und noch mehr der entfernteren Verwandten zu gegenseitiger Unterstützung vielfach zu einer grossen Härte führen würde. Allein die Aufhebung aller rechtlichen Verpflichtung geht ebenfalls offenbar zu weit. Wem in der Welt liegt die Pflicht, der Verarmung vorzubeugen und in der Noth nach Kräften zu helfen, näher, als den nächsten Verwandten? Soll die arme Schwester im Spital der Gemeinde unterhalten werden müssen, während der unnatürliche Bruder im Reichthum schwelgt? Würde nicht die Verpflichtung zu einem, wenn auch nur verhältnissmässig kleinen Beitrag für bestimmte Verwandtschaftsgrade den Familiengeist beleben, die Familienverbindungen lebendiger erhalten, die gegenseitige Aufsicht der Verwandten schärfen, nützliche Stiftungen für Familienzwecke ins Leben rufen und den Gemeinden und dem Staat die Armenlasten um ein Beträchtliches erleichtern? Nach dem Verhältniss, in welchem das Recht

1) Die väterlichen Grosseltern sind nach Württemb. Recht nur dann zur Alimentation des unehelichen Enkels verpflichtet, wenn sie als Erben in das Vermögen des Sohnes eingetreten sind. Gesetz über die privatrechtlichen Folgen von Verbrechen und Strafen vom 5. Septbr. 1839. Art. 28. Reg. Bl. S. 563.

2) Sarwey's Monatschrift 1845. Band 10. S. 410 folg.

3) Zyro, Antipauperismus. Bern 1851. S. 62.

der Beerbung der Verwandten näher oder entfernter steht, müsste auch die Pflicht zur Unterstützung sich abstufen.

An den Kreis der nächsten Verwandten reihen sich die Taufpächten, die Mitglieder der Zunft oder sonstigen Berufsgenossenschaft, die Glieder der kirchlichen Gemeinde im Ganzen, die unter Vermittlung der Geistlichen und der Armenpfleger zu freien Gaben und Hülfeleistungen um so leichter zu bewegen sind, je mehr sie überzeugt sein dürfen, dass die bürgerliche Gewalt die Anforderungen an die öffentliche Kasse zurück- und die Armen an die freie Mildthätigkeit verweist.

Ist in dieser und ähnlicher Weise die Armenpflege zu einem guten Theile auf das Gebiet der Privat- und kirchlichen Thätigkeit zurückgewiesen, so kann die bürgerliche Gemeinde selbst dann, wenn die freien Gaben und die kirchlichen Mittel nicht ausreichen, sich noch von dem unmittelbaren Eingreifen in die Armenpflege zurückziehen, indem sie den Privatvereinen und den kirchlichen Organen Zuschüsse aus ihren Kassen unter der Bedingung des Nachweises zweckmässiger Verwendung reicht.

Je höher unvermeidlich die Zuschüsse aus den öffentlichen Fonds, welche der Aufsicht der bürgerlichen Gemeinde unterworfen sind, oder aus den Gemeindecinkünften überhaupt werden, desto mehr tritt allerdings die Nothwendigkeit einer direkten Mitwirkung der bürgerlichen Gemeindebehörden bei der Armenpflege selbst ein. Aber es bleibt immerhin wünschenswerth, der freien Privat- und kirchlichen Thätigkeit stets einen möglichst grossen Spielraum einzuräumen, um diese Thätigkeit nicht zu lähmen, vielmehr sie ununterbrochen wach und rege zu erhalten.

Diese Tendenz hat in Württemberg zu der eigenthümlichen Bildung der Localwohlthätigkeitsvereine geführt, welche in der Regel ihren ständigen Mittelpunkt in den geistlichen und weltlichen Vorstehern finden, sich aber mit freiwillig mitwirkenden Gliedern aus der Gemeinde (Männern und Frauen) umgeben und so die freie Privatthätigkeit durch die Erfahrung und das amtliche Ansehen der Beamten verstärken. Den leitenden Mitgliedern dieser Vereine ist bei Vertheilung von Stiftungsmitteln, der Gaben freier Wohlthätigkeit u. s. w. gesetzlich eine bera-

thende, beziehungsweise selbst mitentscheidende Stimme eingeräumt ¹⁾).

Daran reiht sich das Wirken der rein amtlichen Behörden, soweit es sich zugleich um die Interessen der Gemeinden und Stiftungen oder um eine polizeiliche Thätigkeit handelt.

So ist es zunächst die Gemeinde, die theils durch die Privat- und kirchliche Thätigkeit, theils durch die amtliche Wirksamkeit ihrer Behörden die Anstalten zu Verhütung der Armuth trifft, die Versorgung der ihr angehörigen Armen übernimmt, die Aufsicht über dieselben leitet, und die Zucht und Ordnung handhabt.

An die Thätigkeit der Gemeinden reiht sich die der Bezirke.

Um der Privatarmenpflege auch für den Umkreis der Bezirke einen festen Mittelpunkt zu geben, ist es zweckmässig, auch hier in den geistlichen und weltlichen Vorstehern der Bezirke von Amtswegen berathende und mitwirkende Glieder der Bezirksvereine zu schaffen ²⁾, und in der Aufgabe dieser Bezirksvereine liegt es namentlich, bei Vertheilung der Mittel, über die sie zu verfügen haben, auf Ausgleichung der Lasten hinzuwirken, welche in verschiedenem Maasse auf den Gemeinden des Bezirks

1) Ein neues Organ für freie kirchliche Armenpflege ist für Württemberg in den 1851 eingeführten Pfarrgemeinderäthen geschaffen worden, welchen besonders auch die Besorgung der christlichen Armen- und Krankenpflege obliegt. Ausser den freiwilligen Beiträgen, die ihnen aus Privat- oder Stiftungsmitteln zufließen, haben sie bis jetzt über keine öffentlichen Geldmittel zu verfügen. Die Verwaltung der örtlichen Stiftungen, der rein kirchlichen und der gemischten, bleibt vorerst in den Händen der aus den Ortsgeistlichen und den weltlichen Gemeindevorstehern und Räthen bestehenden Stiftungsräthe, beziehungsweise Kirchenconvente.

2) In Württemberg, wo bis 1847 die weltlichen und geistlichen Bezirksbeamten den ständigen Mittelpunkt der Bezirksvereine von Amtswegen bildeten, ist die amtliche Mitwirkung in eine Betheiligung aus freiem Antrieb umgewandelt worden, um der freien Privathätigkeit einen grösseren Spielraum zu gewähren. So bilden die Bezirksvereine jetzt lediglich Privatvereine, welchen jedoch gewisse Vorrechte vor sonstigen Privatvereinen z. B. Recht auf Mittheilung der amtlichen Armenberichte, auf Einsichtnahme von den Wohlthätigkeitsanstalten des Bezirks' u. s. w. zustehen und gewisse allgemeine Verpflichtungen, Anschluss an den allgemeinen Landesverein, Begutachtung von Unterstützungsgesuchen der Gemeinden u. s. w. auferlegt sind. S. Leube, der allgemeine Wohlthätigkeitsverein im Königr. Württemberg. Stuttgart, 1850. S. 7.

liegen. Eine subsidiäre gesetzliche Uebernahme aller Ortsarmenlasten auf die Bezirke und eine gleichmässige Austheilung derselben durch Bezirkssteuern lässt sich nach den früheren Ausführungen nicht billigen.

Dagegen ist es allerdings zu rechtfertigen, wenn den in einem engeren wirthschaftlichen und politischen Verbande stehenden Gemeinden, den Amtskörperschaften, gesetzlich das Ansinnen gestellt wird, einzelnen besonders bedrängten Gemeinden, namentlich in ausserordentlichen Zeiten, mit ihrer Hülfe beizustehen durch Gaben, Anlehen, Bürgschaftsleistungen und dergl. ¹⁾).

Ueberdiess liegt es ganz in der Aufgabe dieser Vereinigungen, aus gemeinschaftlichen Mitteln gemeinnützige Anstalten zu gründen, die theils unausführbar wären in den einzelnen Gemeinden, theils mit verhältnissmässig geringeren Kosten und zweckmässiger in grösserem Maassstabe von den Bezirken hergestellt werden können.

Es gehören hieher namentlich Bezirksleih- und Sparkassen, Kinderrettungsanstalten, Beschäftigungsanstalten, Krankenhäuser, Bestellung von Armenärzten und dergl. ²⁾).

An die Bezirksthätigkeit endlich reiht sich in grösseren Staaten die der Provinzen, in kleineren unmittelbar die Thätigkeit der Centralorgane der Privat- und öffentlichen Wohlthätigkeit.

Wie es zweckmässig ist, für die Privatwohlthätigkeit in den Gemeinden und Bezirken unter amtlicher Mitwirkung

1) Die bairische Verordnung vom 17. Nov. 1816. §. 5. u. 6. will nicht nur, dass die Vereinigung mehrerer oder aller Gemeinden eines Gerichtssprengels zu einem allgemeinen Armenpflegeverband auf jede Weise erleichtert, sondern auch, dass auf jeden Fall jedes Landgericht eine gemeinsame Bezirkspflege in so weit und zu dem Ende bilden soll, dass einzelne dürftige und mit Armen überladene Gemeinden von den übrigen unterstützt, und solche Bedürfnisse, welche nicht blos örtlich sind, durch gemeinsame Kräfte bestritten werden. Aehnlich preussisches Gesetz vom 31. Dec. 1842. §. 14. (Bildung von Landarmenverbänden.)

2) In Württemberg hatten früher die Amtskörperschaften auch die Verpflichtung, Fruchtvorräthe (100—120 Scheffel) für Theuerungsjahre zu halten. Vergl. überh. die tüchtige Arbeit von Mayer, die Württ. Gemeindegewirtschaft, Stuttg. 1851. §. 280. u. s. w.

ständige Organe ins Leben zu rufen, so gilt diess insbesondere auch für die Privatthätigkeit, welche sich über ein ganzes Land erstreckt.

Ein solches Centralorgan ¹⁾ der Privatwohlthätigkeit hat die Aufgabe, die Sammlung und zweckmässige Austheilung freier Gaben in allgemeineren Nothfällen, bei weitverbreitetem Hagelschaden, in Theurungsjahren, bei Epidemien u. s. w. unter Mitwirkung der Bezirks- und Localvereine durch ihre Aufrufe zu vermitteln, einzelnen verarmten Bezirken mit besonderer Hülfe beizustehen, und so zur Ausgleichung der Armenlasten ihrer Seits beizutragen. Sie kann nach Maassgabe ihrer Mittel nützliche Anstalten unterstützen oder selbst ins Leben rufen, und auch der Staat kann sich dieses Organs bedienen, um Gaben aus öffentlichen Mitteln in freier Weise zu zweckmässiger Verwendung gelangen zu lassen.

An die über das ganze Land verbreitete, in dem Centralwohlthätigkeitsverein sich zu einer höheren Einheit zusammenfassende Gesellschaftsarmenflüge ²⁾ schliesst sich endlich, die amtliche Wirksamkeit der Gemeinden und Bezirke ergänzend, die Thätigkeit des Staats selbst. Von ihm gehen die gesetzlichen An-

1) In Württemberg die Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins. Ihre Mitglieder werden vom König ernannt und leisten unentgeltlich Dienste. Sie bildet die Spitze der Privatwohlthätigkeitsvereine — den Grossalmosenier des Königs und des Landes, ist aber zugleich unter dem Namen der Armencommission die unter dem Ministerium des Innern stehende allgemeine Staatsarmenbehörde.

2) Die Organisation des allgemeinen Wohlthätigkeitsvereins in Württemberg, der neuerlich auch die Aufmerksamkeit anderer Länder erregt und Nachahmung in denselben gefunden hat (s. Beck, die Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins in Württemberg. Darmstadt, 1847) verdanken wir der verewigten Königin Katharina, der ersten Präsidentin dieses Vereins, und seine Bildung ist so sachgemäss, dass er in seiner Gliederung und Verbindung der Vereins- und amtlichen Thätigkeit mit Recht als allgemein nachahmungswerthes Vorbild aufgestellt zu werden verdient.

Auch der neuerdings in Frankreich projectirte höhere Armenrath mit Departemental-Comités als Fortsetzung der localen Wohlthätigkeits-Bureaux (Annales de la charité. 1852. S. 142) hat zu sehr einen blos officiellen Charakter. Ueber ähnliche Organisationsversuche in Sardinien und Neapel, Moreau-Christophe, de la misère. Paris 1851. III. 59. 94.

ordnungen über Verwaltung der Stiftungen, über die Pflichten der Gemeinden und Bezirke aus, er greift anregend, unterstützend und regelnd ein, wenn die amtliche Local- und Bezirks- sowie die Vereinsthätigkeit nicht ausreicht, wenn einzelne Gemeinden oder Bezirke unter ausserordentlichen Lasten erliegen würden ¹⁾.

Er übernimmt solche Anstalten, zu deren Gründung und Leitung grosse Geldmittel und ein höherer Grad von Einsicht nothwendig ist, und die dem ganzen Lande zum Nutzen und den Privaten, den Gemeinden und Bezirken als Vorbild und Muster zur Nachahmung dienen können, wie grosse Kranken- und Gebäranstalten, Irrenhäuser, Taubstumm- und Blindeninstitute, Pflegehäuser für Geistesschwache und Blödsinnige, allgemeine Waisen- und Rettungshäuser für verwahrloste Kinder. Er errichtet Zwangsbeschäftigungs- und Correctionshäuser für Asoten, Bettler und Vagabunden; er sorgt im Gebiete seiner eigenen Verwaltung für Verhütung der Armuth; gründet Pensions- und Sparkassen für seine Beamten, ihre Wittwen und Waisen, für die Arbeiter auf seinen Domainen, in seinen Bergwerken, für die ständigen Arbeiter in seinen Waldungen, für die Arbeiter bei seinen Eisenbahnen und technischen Gewerben; er gründet Invalidenhäuser und unterstützt auf andere Weise die im Dienste erwerbsunfähig gewordenen Soldaten; er stiftet in öffentlichen Bädern Freistellen für arme Kranke, in seinen Schulen für arme fähige Jünglinge; er giebt Holz zu ermässigten Preisen oder unentgeltlich an die Armen ab; gewährt bei der Justizpflege, dem Abgabewesen der Armuth Erleichterungen oder Belreung von öffentlichen Lasten.

So bleibt dem Staate, auch wenn er die Pflicht von sich weist, die gesammten Armenlasten auf seine Schultern zu nehmen, oder einen bestimmten Theil an sämtlichen Locallasten zu tragen, ein grosses Feld des Wirkens übrig. Dieses Arbeitsfeld wächst mit zunehmender Bevölkerung, mit der Anhäufung der Menschen in den Städten und mit den Schwan-

1) In Württemberg z. B. bezahlt der Staat gesetzlich bei Epidemien $\frac{2}{3}$ der Kosten der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, der ärztlich verordneten Nahrungsmittel und Getränke für Unbemittelte; die Reisekosten der Aerzte u. s. w. trägt er ganz.

kungen, welche in den allgemeinen Wohlstandsverhältnissen bei einer hoch gesteigerten und weit verzweigten Gewerbe- und Handelsindustrie immer häufiger und in verstärktem Maasse eintreten, und giebt ihm nicht nur überreiche Gelegenheit, der historischen Verpflichtung gegen die Armuth zu genügen, die ihm aus dem Besitz der Kloster- und anderer Kirchengüter erwachsen ist, sondern nimmt noch überdiess seine Mittel und seine Thätigkeit in der Regel weit über jenes Maass hinaus in Anspruch.

Wir fassen das Ergebniss unserer Betrachtungen in Folgendem zusammen:

1) Es besteht, abgesehen von dem Verhältniss zwischen Eltern und Kindern und von Verpflichtungen, die aus Verträgen und Verschuldungen entspringen, an sich kein Recht mittelloser Menschen, auf Kosten ihrer wohlhabenden Mitbürger unterhalten zu werden; wohl aber entspringt aus religiösen, moralischen und Klugheitsgründen die Pflicht der letzteren zur Unterstützung hilfsbedürftiger und würdiger Armen. Diese Pflicht ist zunächst eine sociale, nicht eine staatliche, d. h. die Armenpflege ist wesentlich Aufgabe der Privat- und Vereinsthätigkeit, unter Beihülfe wohlthätiger Stiftungen und unter Mitwirkung der kirchlichen Organe.

2) Die Privat- und Vereinsthätigkeit bedarf, um ihre Kräfte und Mittel nicht in planloser Zersplitterung zu vergeuden, sondern durch geordnete Verbindung zu verstärken, einer Organisation in den einzelnen Gemeinden, und einer organischen Gliederung, welche sich auf grössere Bezirke und auf das Land im Ganzen erstreckt.

In der thätigen, von Staatswegen veranlassten Theilnahme der weltlichen und geistlichen Local- und Bezirksbeamten an diesen Vereinen und in der persönlichen Mitwirkung des Staatsoberhauptes oder eines Gliedes seines Hauses bei dem allgemeinen Landesverein oder seiner Centralleitung findet die Vereinsthätigkeit Ermunterung, Beirath, Stütze und eine Bürgschaft der Dauer.

3) Obgleich die Armenpflege zunächst eine sociale, nicht

eine staatliche Verpflichtung ist, die unbeschränkte Anerkennung derselben von der Staatsgesellschaft vielmehr die einfachste, am Tiefsten dringende und wirksamste Nächstenhülfe lähmt, den öffentlichen Behörden eine durch sie allein unlösbare Aufgabe stellt, und unerschwingliche Lasten auf die öffentlichen Kassen wälzt, so kann doch eine gesetzliche Einwirkung der Staatsgewalt auf die Regelung des Armenwesens und die Anerkennung einer subsidiären Verpflichtung zur Armenpflege nicht umgangen werden,

weil es den christlichen Sitten widerstreitet, dass Jemand aus Mangel an dem Nothwendigsten umkomme;

weil ein weitverbreiteter Mangel an dem Nothwendigsten zur Störung der Rechtsordnung führt;

weil der demoralisirende Bettel unbedingt untersagt werden muss, und

weil theilweise auf dem heutigen Güterbesitze der Staaten die Pflicht der Armenunterstützung ruht.

4) Der gesetzlichen Anerkennung einer subsidiären Unterstützungspflicht von Seiten der Staatsgesellschaft entspricht auf Seiten der Armen ein subsidiäres Recht der Bitte auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, nicht aber ein Forderungs- und Klagerecht auf Almosen. Der gesetzliche Ausspruch eines förmlichen Rechtes auf Unterstützung im Fall der Beweisführung der Dürftigkeit demoralisirt, mehrt die Zahl der Armen und der Armenansprüche, macht die Armen zu berechtigten Rentnern und Pensionären, Staat und Gemeinde zu ihren Schuldnern, kehrt die natürliche Ordnung der Dinge um.

5) Am meisten schädlich wirkt das Recht auf öffentliche Unterstützung, wenn es selbst auf gesunde arbeitsfähige Arme, sei es auch nur auf Gewährung von Unterstützung in der Form von lohnender Arbeit, sich erstreckt.

Der Staat hat die allgemeine Pflicht, den rechtlichen Erwerb seiner Bürger zu schützen und zu fördern, nicht aber jedem Einzelnen unmittelbar lohnende Arbeit zu verschaffen.

Die gesetzliche Uebernahme dieser Verpflichtung überhebt der Bemühung des Aufsuchens von Erwerbsquellen, wälzt die Verantwortlichkeit für die Beschaffenheit der geleisteten Arbeit

auf Andere, und führt in seinen Consequenzen zum System der Werkhäuser und Nationalwerkstätten. Die Beschäftigung Arbeitsloser bei öffentlichen Arbeiten ist nach Umständen sehr zweckmässig und rathsam, aber sie ist kein Recht der Armen selbst.

6) Die subsidiäre Unterstützungspflicht der Armen allgemein auf die Staatsgesellschaft im Ganzen und auf die Staatskasse zu wälzen, ist verwerflich, weil diese Form der Unterstützung die Localbehörden verleitet, je für ihre Armen den möglichst grossen Antheil an den öffentlichen Spenden zu erlangen; weil sie den Antrieb, der Verarmung vorzubeugen, bei ihnen schwächt, die Privatwohlthätigkeit hemmt, daher die Unterstützungsansprüche ins Grenzenlose steigert.

Der relativ beste Repartitionsmodus der Armenlasten ist die regelmässige althergebrachte Verpflichtung jeder Gemeinde, für ihre Angehörigen subsidiär ins Mittel zu treten, weil er das Interesse der Gemeinde selbst, der Armuth ihrer Angehörigen vorzubeugen, steigert und die Privatwohlthätigkeit, namentlich bei Vermeidung förmlicher Armensteuern, am wenigsten schwächt.

7) Diese Repartition der Armenlasten ist aber allerdings nicht ohne alle Nachtheile. Sie ruft eine schwierige Heimathgesetzgebung und Streite der Gemeinden über Heimathangehörigkeit ins Leben, erschwert die freie Circulation der Arbeitskräfte und führt oft zu einer drückenden Ungleichheit der Lasten in einzelnen Gemeinden.

Diese Nachtheile treten besonders stark bei grosser Bevölkerung, Anhäufung der Menschen in den Städten und bei schwankenden Erwerbsverhältnissen hervor.

Indessen rechtfertigen sie doch in der Regel nicht, die Pflicht der Armenunterstützung den Gemeinden ganz abzunehmen, und sie ausschliesslich auf grössere Bezirke oder auf den Staat zu wälzen.

Auch nur die gesetzliche Feststellung eines bestimmten mathematischen Verhältnisses für die Theilnahme grösserer Bezirke oder des Staats an sämmtlichen Armenlasten der Gemeinden würde durch Steigerung der Unterstützungsansprüche überwiegende Nachtheile im Gefolge haben.

8) Die Ungleichheit der Armenlasten in verschiedenen Gemeinden und Bezirken möglichst zu mildern, liegt nichtsdestoweniger in der Pflicht des gesellschaftlichen Verbands. Denn das Wohlsein und die Kraft des ganzen Staatskörpers ist durch die Gesundheit aller seiner Glieder bedingt.

Zunächst ist es die Aufgabe der freien Bezirksvereine und des Centralwohlthätigkeitsvereins, die Ueberlastung einzelner Gemeinden und Bezirke durch die ihnen zu Gebot stehenden Mittel möglichst zu heben.

So weit die Bedürfnisse diese Mittel übersteigen, ist es die Pflicht der staatlichen Bezirks- und Provinzialverbände, und in letzter Instanz des Staates selbst, nach weisem Ermessen der Verhältnisse zu Minderung der Ungleichheit der Lasten den überbürdeten Gemeinden unter die Arme zu greifen.

9) Die officielle Armenfürsorge muss sich im Allgemeinen hauptsächlich auf solche Fälle beschränken, wo die Gewährung einer Unterstützung nicht neue Ansprüche für die Zukunft weckt, vielmehr dem Wachsthum der Armuth möglichst vorbeugt, auf Erziehung armer und verlassener Kinder, auf leiblich und geistig Kranke und Gebrechliche, auf Unterstützung in ausserordentlicher, unvorhergesehener und unabwendbarer Noth.

Aber die öffentliche Gewalt trete auch hier nur dann und in soweit ins Mittel, als die Hülfe der Privaten und der freien Vereine nicht ausreicht; wo die Errichtung grösserer über ganze Bezirke und den Staat sich erstreckender Anstalten die Wirksamkeit zersplitterter Mittel übertrifft, oder durch Vereinigung grösserer Mittel und Kräfte bedingt ist, oder wo die öffentliche Anstalt als Muster und Vorbild zur Nachahmung dient. Uebrigens meide man, wo nicht ein entschiedenes Bedürfniss vorliegt, möglichst die Centralisirung, jedenfalls die Errichtung von Armenpalästen.

10) Bei der subsidiären Verpflichtung der staatlichen Verbände, der Gemeinden, der Bezirke, des Staats im Ganzen zur Armenunterstützung ist es Recht und Pflicht der gesetzgebenden Gewalt, den Gang der Armenpflege im Ganzen zu überwachen, die Verwaltung der Stiftungen zu ordnen und zu controliren, und durch eine Armenordnung, welche die leitenden

Grundsätze der Armenpflege feststellt, sie im Ganzen zu regeln und im organischen Zusammenhang zu erhalten. Zu diesem Ende bedarf es zugleich einer genauen Armen-Statistik und einer persönlichen Einsichtnahme der obersten Armenbehörden von den Armenzuständen und den Verhältnissen der Armenpflege; eines steten lebendigen Wechselverkehrs von Haupt und Gliedern im Heere, das zum Kampfe gegen den Pauperismus ins Feld gestellt ist.

B e m e r k u n g e n
über die
Mängel der Geschäftsformen in den preussischen Kammern,
insbesondere
über die Stellung und Thätigkeit der Kommissionen.

Von
Professor Dr. C. G. Kries in Berlin.

So richtig auch der Ausspruch jenes römischen Staatsmannes ist, dass gute Sitten für die Erhaltung des öffentlichen Wohles wichtiger seien als Gesetze, so hat doch wohl noch Niemand behauptet, dass die Beschaffenheit der Gesetze auf die Geschicke eines Landes keinen Einfluss übe. Vielmehr wird mit Recht überall vorausgesetzt, dass die Gesundheit des Volks- und Staatslebens sich zuletzt auch in der Erzeugung guter Gesetze äussern werde und äussern müsse.

In gleicher Weise wird zwar Niemand bezweifeln, dass auf die richtige Einsicht und den guten Willen der leitenden Staatsmänner für die fruchtbare Thätigkeit gesetzgebender Körper sehr viel mehr ankomme als auf die Formen für die Behandlung ihrer Geschäfte. Indess folgt hieraus sicherlich nicht, dass Mängel in der Geschäftsordnung von keinem grossen Einfluss auf die Resultate der Thätigkeit der Kammern sein werden. Vielmehr ist die Bemerkung eines an Kenntnissen und Erfahrungen reichen Abgeordneten, dass eine gute Geschäftsordnung für die Kammer so wichtig sei, wie die Beschaffenheit des Räderwerks für den Betrieb einer Mühle, gewiss ebenso wahr und ein-

leuchtend als beherzigenswerth. Dennoch hat dieser Gegenstand, obwohl mehrfach angeregt, bisher die Beachtung der Kammern in Preussen in genügendem Maasse nicht auf sich zu ziehen vermocht.

Je wichtiger es für die Wohlfahrt des preussischen Staates wie für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Verfassungsverhältnisse ist, dass die Kammern in Preussen zu einer wohlthätigen Wirksamkeit und zu einer befestigten Stellung gelangen, je weniger man sich auf der andern Seite darüber täuschen kann, dass dieses wünschenswerthe Ziel noch nicht erreicht ist: um so dringender wird es nothwendig, auf alle Hindernisse aufmerksam zu machen, welche sich der glücklichen Verfolgung desselben in den Weg stellen. Es wird sonach einer weitem Rechtfertigung nicht bedürfen, wenn wir im Folgenden durch einige Bemerkungen darzuthun versuchen, welchen grossen Antheil eine nicht glücklich gewählte Form für die Behandlung der Geschäfte auf die unbefriedigenden Resultate unserer bisherigen Kammerthätigkeit gehabt hat. Wir beschränken uns dabei auf die Hervorhebung solcher Punkte, die unsers Wissens bisher noch nicht Gegenstand einer näheren Erwägung geworden sind und wollen insbesondere über die Art und Weise sprechen, wie die Gesetzentwürfe in den Kommissionen der Kammern bearbeitet und für die Plenarberathungen vorbereitet werden.

I. Stellung und Aufgabe der Kommissionen.

Alle Anträge und Gesetzentwürfe, welche an die Kammern gelangen, werden einer besondern Kommission zur Vorberathung überwiesen, ehe das Haus in irgend welche Verhandlungen über dieselben eintritt. Die Kommission hat dabei eine dreifache Aufgabe. Sie hat zunächst die Zustände zu untersuchen und die Thatsachen festzustellen, welche das Bedürfniss gesetzlicher Massregeln begründen; sie erörtert ferner die Grundsätze des Gesetzentwurfs; endlich prüft und verbessert sie die Form desselben. Die Kommission hat daher im engern Kreise alle Erwägungen anzustellen, die der Kammer im Ganzen obliegen.

In mancher Beziehung ist die Aufgabe der Kommission sogar die wichtigere und schwierigere. Denn viele Materialien werden ihr mitgetheilt — theils Aktenstücke zur Einsicht vorgelegt, theils Eröffnungen von Seiten der Regierung gemacht, — welche nicht jedem Mitgliede des Hauses zugänglich sind. Die Ergebnisse der Berathungen und die Beschlüsse der Kommission werden in einem Berichte zusammengefasst, welcher den ausgesprochenen Zweck hat, den Verhandlungen der Kammer zum Grunde zu liegen und leitend für sie zu sein.

Die Kommission hat also ausdrücklich und beabsichtigtermassen die Stellung eines Vertrauensausschusses oder eines Führers, welcher durch seine Kenntnisse und seinen Rath der Kammer die angemessene Behandlung des Gegenstandes erleichtern soll.

Die unmittelbare Folge dieser Aufgabe und Stellung der Kommission ist ein allzugrosses Interesse der einander entgegengesetzten Parteien an der Zusammensetzung derselben. Die Beschlüsse der Kommission sind von grossem Einfluss auf die Entscheidung der Kammer — oder sollten mindestens einen solchen üben —, da es Aufgabe der Kommissionsmitglieder ist, sich mit dem Gegenstande vorzüglich zu beschäftigen, und ihnen besondere Mittel geboten werden, sich über denselben zu unterrichten. In den meisten Fällen stehen indess die Ansichten der beiden entgegengesetzten Seiten des Hauses über eine vorliegende Frage bereits fest, und trennen sich nach den verschiedenen Parteistandpunkten. Die Aenderung einer gewonnenen und mit dem Parteistandpunkt verflochtenen Ueberzeugung im Laufe weniger Wochen gehört gewiss immer zu den Ausnahmen. Noch weniger kann man erwarten, dass die Parteien in der Absicht und in dem Sinne Mitglieder in die Kommission wählen werden, damit sie durch die anzustellenden Untersuchungen eine neue Ansicht von der Sache gewinnen sollen. Vielmehr wünscht jede Partei das Gewicht des Kommissionsgutachtens für ihre Meinung zu gewinnen, und ist daher bestrebt, die Majorität der Kommission in ihrem Sinne zusammenzusetzen.

Welche grossen Nachtheile daraus hervorgehen, dass die Mitglieder der Kommissionen nach Parteirücksichten gewählt

werden, ist zu einleuchtend, um einer ausführlichen Auseinandersetzung zu bedürfen. Auch sind darüber an einem anderen Orte bereits einige Bemerkungen beigebracht. Nur im Vorübergehen sei bemerkt, dass durch diese Praxis die Kommissionen nothwendig die Stellung mehr und mehr verlieren, welche sie haben sollen: Vertrauensausschüsse des ganzen Hauses zu sein. Die Partei, welche bei der Bildung einer Kommission in der Minorität geblieben ist, betrachtet das Resultat ihrer Berathungen vielmehr mit Misstrauen. Weniger offenkundig ist, wie die Stellung und Zusammensetzung der Kommission es ihr fast unmöglich macht, dem ersten Theile ihrer Aufgabe vollständig zu genügen, über den Zustand der Dinge, welche durch ein Gesetz neuerdings geregelt werden sollen, eine Untersuchung anzustellen, und die darauf bezüglichen Thatsachen auf eine überzeugende und jeden Zweifel möglichst ausschliessende Weise darzulegen. Das grösste Hinderniss, was einer grossen Ausdehnung dieser Untersuchungen in dem Wege steht, ist der Mangel an Zeit. Die Thätigkeit des Plenums ist an die Beendigung der Kommissionsberathungen geknüpft. Es fehlt daher schon an der Ruhe, welche zu einer gründlichen und erschöpfenden Untersuchung gehört. Diese darf durch keine ängstliche Rücksichten in Beziehung auf den Zeitpunkt ihrer Beendigung gestört werden. Ebenso sehr wird die volle Unbefangenheit der Prüfung durch den Einfluss beeinträchtigt, welchen die Entscheidung der Kommission auf die Beschlüsse der Kammer zu üben berufen ist.

Die Mitglieder der Kommissionen werden, wie bemerkt, in der Regel mit Rücksicht auf ihre bereits mitgebrachten Ansichten von ihren Parteigenossen gewählt. Die natürliche Richtung ihres Strebens geht vielmehr dahin, ihren Ansichten einen möglichst schnellen Sieg zu verschaffen, als Untersuchungen zu ihrer Belehrung und vielleicht gar zur Berichtigung ihrer Ansichten zu veranlassen.

In der Kommission kommen daher meistens nur die Thatsachen und Erfahrungen zur Sprache, welche ein jedes Mitglied für sich gesammelt hat, und die in den von der Regierung mitgetheilten Aktenstücken und etwa gegebenen mündlichen Er-

läuterungen enthalten sind. Der Umfang dieser Thatsachen und Erfahrungen ist indess für die endgiltige Entscheidung der betreffenden Angelegenheit keinesweges immer hinreichend. Die Lebenserfahrungen und Thatsachen, welche ein Mitglied der Kommission im Laufe der Debatte vorbringt, können zwar lehrreich sein, haben indess für Andere selten volle Beweiskraft, weil auf die Nebenumstände der Erlebnisse und auf die Umsicht und Unbefangenheit der Beobachtung so unendlich viel ankommt. Tritt Verschiedenheit des Parteienstandpunktes hinzu, so wird fast in der Regel die Zuverlässigkeit der von einem Einzelnen und auf Privatwegen gesammelten Nachrichten in Zweifel gezogen. Den Berichten und Mittheilungen der Regierung stehen nicht selten ähnliche Argumente entgegen. Die Nachrichten und Thatsachen sind von den Unterbehörden nach den Anweisungen ihrer Vorgesetzten und den von ihnen angegebenen Gesichtspunkten eingezogen. Der Standpunkt, welchen die Regierung selbst einnimmt, kann nicht ohne Einfluss auf die Gesichtspunkte bleiben, nach welchen sie Thatsachen sammeln lässt und Berichte einfordert. Von einem andern Standpunkte aus können diese Thatsachen sehr unerheblich, dagegen die Einziehung anderer Nachrichten durchaus wesentlich erscheinen.

Die Vernehmung von Sachkundigen seitens der Kommission, also das Zurückgehen auf die ersten Quellen der Belehrung ist bis jetzt nur selten vorgekommen.

Die Anstellung besonderer Untersuchungen und Einziehung von Nachrichten ist zwar bisweilen von eifrigen Berichterstattern aus eigenem Antriebe vorgenommen ¹⁾, doch hing es dann von der persönlichen Stellung derselben zu der Regierung und zu der Kommission ab, in wie weit sie sich dabei einer amtlichen Unterstützung zu erfreuen hatten. Es kann nicht auffallen, dass die Kommission bisweilen die von dem Berichterstatter nach eigenem Ermessen gesammelten Thatsachen und die darauf gegründeten Schlussfolgerungen — als für die Be-

1) So haben z. B. die Berichterstatter über die Gesetzentwürfe wegen Einführung einer Zeitungssteuer und wegen Erhöhung der Rübenzuckersteuer viel Zeit und Mühe darauf verwandt, um von Sachverständigen und Be-theiligten Auskunft über die bezüglichen Verhältnisse zu erhalten.

urtheilung der bestimmt vorliegenden Frage nicht wesentlich — zur Aufnahme in den Bericht nicht für geeignet befunden hat ¹⁾). Begreiflicher Weise dienen indess solche Erfahrungen nicht dazu, den Berichterstatter zu einem grossen Aufwand von Mühe und Anstrengung zu ermuthigen. Jedenfalls ist der Berichterstatter durch Rücksichten der Zeit gebunden und hat nach der Aufgabe der Kommission und seiner eigenen Stellung leichter Tadel als Lob zu erwarten, wenn er seine Aufgabe zu sehr über seinen unmittelbaren Auftrag ausdehnt.

Sehr viel mehr Zeit als der Ermittlung von That-sachen wird in den Kommissionen der Erörterung der Grundsätze gewidmet.

Diese ist ohne Zweifel für alle diejenigen, welche sich mit dem Gegenstande bisher weniger beschäftigt haben, höchst lehrreich, da es der Kammer nicht an Beamten fehlt, welche bereits eine nähere Kenntniss desselben besitzen. Dagegen sind die Berathungen in der Kommission meistens nicht sehr geeignet, diejenigen, welche durch ihre Stellung als Beamte oder durch tiefer gehende Studien mit dem Gegenstande bereits vertraut geworden sind, weiter zu bringen und in ihren Ansichten zu berichtigen. Einmal wird in den Debatten viel Zeit verloren durch die Anwesenheit von Mitgliedern, die noch geringe Kenntniss von der Sache haben und doch ihre Ansichten geltend machen wollen. Einen noch grösseren Zeitaufwand verursacht der durch die Verschiedenheit des Parteistandpunktes veranlasste Gegensatz der Meinungen. Dieser ruft beinahe bei jedem Paragraphen des Gesetzentwurfs einen erneuerten Kampf hervor, ohne die Hoffnung, dass ein Theil den andern überzeugen könne. Für diejenigen, welche sich mit der Sache bereits näher beschäftigt haben, sind die Debatten in den Kommissionen namentlich aus dem Grunde weniger fruchtbar, weil in denselben, wie oben erörtert, nur in sehr beschränkter Ausdehnung, neue

1) So ist z. B. der von dem Berichterstatter über die beabsichtigte Erhöhung der Rübenzuckersteuer abgefasste Bericht von der Kommission in der ursprünglichen Form zum grossen Theil gestrichen und einer Umarbeitung unterworfen.

Thatsachen zur Kenntniss der Mitglieder gebracht werden. Gegen Ansichten und Gründe gibt ein Mann seine auf längere Erfahrung und Beschäftigung mit einem Gegenstande gewonnene Ueberzeugung selten auf. In der Regel können ihm dieselben nicht neu sein. Gegen neue Thatsachen verschliesst sich dagegen auch der Erfahrenste bei redlichem Willen nicht, indem diese ihm über das relative Gewicht der ihm an sich wohl-bekannten Gründe und Gegengründe neue Aufschlüsse gewähren.

Die dritte Aufgabe, welche die Kommissionen zu erledigen haben, ist die Prüfung der Form des Gesetzentwurfes oder die Verbesserung seiner Redaction. Diese veranlasst in der Regel den grössten Zeit- und Kraftaufwand. Doch ist sie die unfruchtbarste, für die Eigenthümlichkeit der Kommissionen am wenigsten passende Arbeit. Kein Gesetzentwurf ist in die Kammern eingebracht, der nicht in seiner Form wesentliche Veränderungen durch die Kommissionen erfahren hätte, auch wenn dieselbe mit den Grundsätzen desselben durchaus einverstanden war. Oft sind fast bei jedem Paragraphen Aenderungen vorgenommen; nicht selten ist der Regierungsentwurf ganz beseitigt und ein anderer an seine Stelle gesetzt.

Wenn durch die Kommissionen in der Redaction eines Gesetzentwurfes sehr oft wesentliche Verbesserungen vorgenommen sind — wie das die Regierung in den meisten Fällen theils thatsächlich durch Annahme der Veränderungen, theils auch durch ausdrückliche Erklärungen anerkannt hat, und wir gewiss nicht leugnen wollen —, so ist diess unseres Erachtens weniger ein Lob für die Kommission, als ein Tadel für die Regierung; diese hätte einen so mangelhaft redigirten Gesetzentwurf nicht einbringen sollen. Die Richtung, welche der Thätigkeit der Kommissionen und somit den Kammern gegenwärtig dahin gegeben wird, vorzüglich auf Verbesserung der Gesetze in ihren Detailbestimmungen Bedacht zu nehmen, ist sicherlich eine durchaus verfehlte, ihrer Eigenthümlichkeit in keiner Weise entsprechende.

Die Neigung, Verbesserungen in der Fassung vorzunehmen, ist sehr erklärlich, aber auch sehr verführerisch und in ihren schliesslichen Folgen sehr nachtheilig.

Es ist ein angenehmes Gefühl, zur Verbesserung eines Gesetzes etwas beigetragen zu haben. Auch wenn man im Grundsatz durchaus einverstanden ist, kann man Lücken bemerken und andere Fassungen zweckmässiger finden. Dagegen ist es wohl einleuchtend, dass eine Kommission aus Männern, deren grösserer Theil dem praktischen und gewerblichen Leben angehören soll, die also in der Abfassung von Gesetzen keine besondere Uebung und Erfahrung haben, dazu in der Regel nicht sehr geeignet sein wird. Sie ist zu diesem Zwecke ferner zu zahlreich und vor allen Dingen durch einen Gegensatz in den Grundsätzen getheilt. Bei einer Erörterung über die Fassung erwacht der Streit über die Prinzipien fast immer von neuem, auch wenn hierüber bereits entschieden sein sollte. Andererseits wird auch umgekehrt durch eine lange Beschäftigung mit dem Gesetz im Detail die Wichtigkeit der Grundsätze oft verdunkelt, und manches Mitglied bewogen, seine Zustimmung zu Gesetzen, denen es selbst viel Mühe und Zeit gewidmet hat, zu geben, obwohl es nach seinem Standpunkt dieselben gänzlich hätte verwerfen sollen. Noch häufiger geschieht es, dass Mitglieder, welche eine mittlere Stellung zwischen den beiden entgegengesetzten Parteien einnehmen, und nicht so strenge von einem Grundsatz aus alles beurtheilen, bei der Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs bald auf die eine Seite sich neigen, bald auf die andere, und dadurch die innere Einheit des Gesetzentwurfes aufheben.

Diess sind die Ursachen, wesshalb die Zahl der Verbesserungsanträge in den Kommissionen wie in den Kammern so sehr gross ist, und das Endergebniss, die Form, in der die Gesetze schliesslich angenommen werden, in der Regel doch keine der beiden Parteien befriedigt.

Vernimmt man doch häufig die Klage, dass die Fassung der Gesetze noch nie so mangelhaft gewesen sei, als in den letzten Jahren, unerachtet des grossen Aufwandes an Kraft und Zeit, welche der formellen Verbesserung der Gesetze gewidmet wird. Endlich ist zu bemerken, dass die auf die Form des Gesetzes verwandte Mühe fast ganz verloren ist, wenn die Vorschläge der Kommission verworfen werden, oder aus

Mangel an Zeit nicht mehr erledigt werden können. Das erstere kommt doch nicht selten vor, da die Majorität der Kommission nicht immer denselben Standpunkt einnimmt, den die Majorität des Hauses innehat. Im zweiten Falle findet die Kommission, welcher in der nächsten Sitzungsperiode die Erörterung des Gegenstandes überwiesen wird, schon weil sie aus andern Mitgliedern besteht, an der Redaktion eines noch nicht erlassenen Gesetzes sicherlich immer viel zu ändern. Meistens wird der Entwurf schon in einer umgearbeiteten Form wieder eingebracht.

So veranlasst die Stellung und Zusammensetzung der Kommissionen, dass ihrer Thätigkeit eine Richtung gegeben wird, welche ihrer Eigenthümlichkeit am wenigsten entspricht. Der Ermittlung von Thatsachen wird die geringste, der Erörterung von Grundsätzen keine sehr folgenreiche, der formellen Verbesserung oder Umarbeitung des Gesetzes die meiste Zeit gewidmet, während es im Interesse der Sache vielmehr umgekehrt sein sollte.

Der Nutzen, welchen die Vorberathungen in den Kommissionen haben, steht hiernach mit dem dadurch verursachten Aufwand von Zeit und Mühe in keinem entsprechenden Verhältnisse. Derselbe wird noch ferner durch die Art und Weise sehr beeinträchtigt, wie die Resultate der Kommissionsberathungen den übrigen Mitgliedern des Hauses und der Oeffentlichkeit mitgetheilt werden.

II. Mängel der Kommissionsberichte.

Diess geschieht durch einen Bericht, mit welchem ein Mitglied der Kommission beauftragt wird. In demselben wird nach Anleitung der geführten Protokolle der Gang der Debatte wiedergegeben und werden die zur Kenntniss der Kommission gelangten Thatsachen, soweit es zur Begründung ihrer Beschlüsse nothwendig erscheint, mitgetheilt.

Wir sind nun gewiss nicht gemeint, zu bestreiten, dass wir manche sehr lehrreiche Berichte besitzen. Sie sind diess insbesondere dann, wenn der Kommission von der Regierung wichtige Thatsachen mitgetheilt wurden, welche bis dahin der

Oeffentlichkeit entzogen waren; oder auch, wenn ein begabter und mit der Sache vertrauter Mann zum Berichtersteller erwählt und dadurch veranlasst wurde, den Gegenstand gründlich zu bearbeiten.

In beiderlei Hinsicht haben die Kommissionen — oder richtiger die Kammern selbst — viel Gutes zur Folge gehabt, indem einmal Nachrichten und Thatsachen jetzt ans Licht der Oeffentlichkeit gezogen sind, welche bisher in den Registraturen der Behörden verborgen blieben; und zweitens Männer, welche sonst nur für und im Auftrage ihrer vorgesetzten Behörde zu arbeiten gewohnt waren, Musse und Veranlassung erhielten, ihre Kenntnisse zur Belehrung der Kammer, und somit des Publikums zu benutzen. Abgesehen hiervon ist die übliche Form der Berichte nicht geeignet, weder die in der Kommission zur Sprache gebrachten Thatsachen vollständig zur Kenntniss der übrigen Mitglieder des Hauses zu bringen, noch auch die in den Debatten vorgetragenen Ansichten in der fasslichsten Form wiederzugeben. Selbstredend kommt ungemein viel auf die Wahl des Berichterstatters an. Da diese, wie schon die Wahl der Kommissionsmitglieder selbst, aus den vorhin angedeuteten Gründen meistens nach Parteirücksichten erfolgt, fällt die Aufgabe nicht immer den Geeignetsten zu. Dazu sind die ausgezeichneteren Männer in der Regel Mitglieder mehrerer Kommissionen; ihre Zeit wird daher durch die vielen Sitzungen so sehr in Anspruch genommen, dass auch sie auf die Abfassung der ihnen übertragenen Berichte nicht viel Zeit verwenden können. Sodann ist es oft Grundsatz, oder Absicht, dem Plenum nicht alle Thatsachen mitzutheilen, welche zur Kenntniss der Kommission gelangen. Die Regierung macht derselben bisweilen Mittheilungen, deren weitere Verbreitung sie nicht wünscht. Was die Berichte und Aktenstücke besagen, wird nicht immer zur Aufnahme in den Bericht geeignet erfunden. Ja selbst die Aussagen von Sachverständigen vor der Kommission glaubt man nicht immer einer weiteren Oeffentlichkeit anheimgeben zu dürfen.

Man betrachtet die Kommission als einen mit dem Vertrauen des Hauses ausgestatteten Ausschuss, auf dessen Prüfung und Urtheil — wie dieselben in den Beschlüssen der Kommission

niedergelegt seien — das Haus sich stützen solle und dürfe ¹⁾). Diese Voraussetzung steht jetzt mit den Thatsachen nicht mehr im Einklange, da mindestens die Mitglieder der geschlossenen Parteien ein sehr viel grösseres Gewicht auf die Beschlüsse ihrer Parteiversammlungen und die Ansichten ihrer Führer als auf die Vorschläge der Kommissionen legen.

Die Berichte geben ferner selten ein klares und getreues Bild der in den Berathungen vorgetragenen Ansichten. Für den Berichterstatter, der einen eignen Standpunkt einnimmt, ist es immer eine schwierige Aufgabe, die entgegenstehenden Ansichten ganz unbefangen darzustellen. Dazu ist die übliche für den Berichterstatter freilich bequemste und wenn man der Willkür desselben nicht ein zu grosses Feld einräumen will, vielleicht gebotene Art der Darstellung für den Leser höchst unerquicklich. Der Bericht gibt nämlich das Hin- und Herwogen der Debatte, die Gründe für und dagegen, nach Anleitung der Protokolle und der zufälligen Reihe der Redner wieder,

1) In diesem Sinne sprach sich z. B. der Berichterstatter der Kommission für Berathung des Zeitungssteuergesetzes aus. Die Kommission habe die Verhältnisse der grossen Blätter genau untersucht, und ihre Steuerfähigkeit nach den Aussagen von Sachverständigen und Sachbetheiligten erwogen. Die Resultate dieser Untersuchungen liessen sich aus Discretion gegen die Redaktionen der betreffenden Blätter dem Plenum nicht mittheilen; er ersuche die Kammer daher „der Kommission auf das Wort zu glauben“, dass diese Blätter die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze wirklich zu tragen im Stande seien (s. Sitz. der zweiten Kammer vom 23. April 1852. Sten. Berichte 1132). Hierauf ist zu erwiedern, dass aus denselben Thatsachen von verschiedenen Personen oft abweichende Schlüsse hergeleitet werden und die Redaktionen der Blätter es unseres Erachtens nicht gegen ihr Interesse gefunden haben würden, die von ihnen gemachten Mittheilungen vollständig zur Kenntnissnahme der Kammern gelangen zu lassen. Mindestens ist so viel gewiss, dass die beabsichtigte Steuer die Reineinnahme eines jeden Blattes bei weitem überstieg, also die Frage, ob die Blätter im Stande sein würden, die Steuer zu tragen, lediglich davon abhing, ob und wie weit die Abonnenten geneigt sein würden, sich eine Erhöhung des Preises gefallen zu lassen. Die Frage konnte durch Berechnungen und Untersuchungen im Voraus schwerlich mit Sicherheit beantwortet werden, und mehrere Redaktionen sind über das Resultat keineswegs ohne grosse Sorge gewesen.

und enthält keine Anordnung des gesammten Materials nach seinem inneren Zusammenhange; dazu ist er in indirecter Redeform abgefasst, wodurch der Darstellung oft sehr drückende Fesseln angelegt werden. Endlich verlieren die in der Kommission vorgetragenen Ansichten und Gründe in dem Berichte — auch abgesehen von der Unvollkommenheit der Darstellung — den grössten Theil ihres Gewichtes dadurch, dass die Namen der Redner in dem Bericht nicht angeführt werden. Für unterrichtete Männer sind Ansichten und Gründe, wenn sie nicht durch ihnen neue Thatfachen unterstützt werden, jedenfalls nur dann von Gewicht, wenn sie aus dem Munde eines Mannes kommen, dessen Namen ihnen dafür bürgt, dass ihm eine tiefe Kenntniss von der Sache einwohnt. Die kurze Bemerkung, dass diese oder jene — ihnen längst bekannte Ansicht — auch in der Kommission vorgebracht sei, hat für sie gar keinen Werth.

So sind denn die Mitglieder der Kommission mit dem Bericht nicht selten unzufrieden und wiederum wird der Berichtserstatter durch Ausstellungen und die Forderungen von Abänderungen leicht ermüdet und entmuthigt ¹⁾).

Erinnert man sich, wie sehr der Geschäftsgang des Hauses die möglichste Beschleunigung der Berichterstattung nach Beendigung der Berathungen wünschenswerth macht, wie leicht sich ein Berichtserstatter Erinnerungen zuzieht, wenn er der Bearbeitung eines Gegenstandes viel Zeit und Mühe widmen will, so wird man begreifen, wesshalb in der Mehrzahl der Fälle die Berichte nur sehr unvollkommen das wiedergeben, was in den Kommissionen zur Förderung der Sache geleistet ist. So finden denn die, denen der Gegenstand bereits vertraut ist, in den Berichten sehr häufig nur eine geringe Ausbeute und ihre Bedeutung beschränkt sich in der Mehrzahl der Fälle darauf, diejenigen in die Sache einzuführen, denen dieselbe neu ist.

1) Solchen Ursachen ist es wahrscheinlich beizumessen, dass z. B. der Berichtserstatter über den Gesetzentwurf wegen Veranlagung und Erhebung einer Grundsteuer gegenwärtig (d. h. im September) noch nicht zum Druck befördert ist, obwohl die Sitzungen der Kammer bereits im Mai geschlossen wurden.

Auch dieser Zweck wird oft nur unvollständig erreicht, da die Zeit von der Vertheilung des Berichtes bis zum Beginne der Plenarverhandlungen bisweilen sehr kurz ist.

Die Berathungen der Kommissionen in der gegenwärtig üblichen Weise beeinträchtigen ferner die Verhandlungen des Hauses selbst nach Zeit und Inhalt.

III. Beeinträchtigung der Plenarverhandlungen durch die Kommissionsberathungen.

In den ersten Wochen der Sitzungsperioden fehlt es in der Regel an einem Gegenstand für die Plenarberathungen weil die Berichte der Kommissionen abgewartet werden müssen. Für die Mehrzahl der Abgeordneten ist diese Windstille sehr unergötzlich, da sie in den Kommissionen keine Beschäftigung finden und so ihre frische Kraft, so wie ihr neuer Eifer längere Zeit ungenutzt bleiben. Auch auf das Land macht diese anscheinende Unthätigkeit der Kammern in den ersten Wochen ihres Beisammenseins keinen günstigen Eindruck. Andererseits liegt hierin ein Reiz durch Addressdebatten und Anträge auf Resolutionen die Lücke auszufüllen und dabei die Kräfte der Parteien zu messen, was viel wohlthätiger bei Gelegenheit bestimmter Gesetzentwürfe geschieht. Da jedes Gesetz in einer Kommission vorberathen wird, ist die Zahl dieser Kommissionen ziemlich bedeutend. Um Zeit für deren Berathungen zu finden, können die Plenarverhandlungen erst spät beginnen und müssen früher als sonst nöthig wäre geschlossen werden.

Die Sitzungen der Kommissionen und des Plenums treten sich um so mehr störend in den Weg, als viele und grade die einflussreicheren Abgeordneten Mitglieder mehrerer Kommissionen sind. Denn auch die Sitzungen verschiedener Kommissionen können aus diesem Grunde oft nicht auf dieselbe Stunde anberaumt werden. Endlich leuchtet ein, dass Mitglieder, deren Kräfte an dem Tage bereits durch mehrere Kommissionssitzungen in Anspruch genommen sind, daneben nicht mehr lange Plenarsitzungen ertragen können. In der Regel dauern dieselben nicht über 3 bis 4 Stunden. Dagegen sind viele Mitglieder und

unter diesen natürlich die an Talent und Einfluss hervorragendsten oft von des Morgens um 8 Uhr bis Abends um 9 Uhr mit geringen Unterbrechungen durch Sitzungen in Anspruch genommen. Nimmt man hinzu, dass ausserdem wenn auch nicht täglich, so doch jedenfalls mehrmals in der Woche des Abends Versammlungen der „politischen Freunde“ stattzufinden pflegen, so wird man hieraus entnehmen können, wie aufreibend die Thätigkeit in den Kammern gerade für die Führer der Parteien sein muss. Dieselben befinden sich in solchem Strudel der Geschäfte, dass ihnen nothwendig oft die klare Uebersicht über das vorliegende Schlachtfeld entschwindet und sie daher nicht selten an einem minderwichtigen Punkte grosse Kräfte nutzlos vergeuden, indess der Sieg an entscheidender Stelle ohne grosse Anstrengung zu gewinnen war.

Auch der Inhalt der Plenarverhandlungen wird durch die jetzt übliche Vorberathung in den Kommissionen meistens sehr beeinträchtigt. In der Regel sind die Abgeordneten nicht geneigt, das in dem Plenum zu wiederholen, was sie in der Kommission vorgetragen haben, da der gedruckte Bericht ihre Ansichten — wenn auch unvollständig und in wenig anziehender Form — bereits enthält. Nicht selten nehmen die Redner ausdrücklich auf den Bericht Bezug, um ihre Darstellung abzukürzen oder sich auch ganz einer mündlichen Auseinandersetzung zu überheben. Bei den Mängeln, welche die Darstellung der Kommissionsverhandlungen in dem Berichte fast unvermeidlich haben muss, ist dies für die Mitglieder des Hauses, welche den Berathungen der Kommission nicht selbst beiwohnen konnten, ein entschiedener Nachtheil.

Noch mehr leuchtet ein, wie ungeniessbar die Kammerverhandlungen für alle Nichtmitglieder der Kammer bleiben müssen, da die Kommissionsberichte und Gesetzentwürfe denselben entweder gar nicht oder doch nicht so zeitig zugehen, dass sie dieselben vor der Lectüre der Kammerverhandlungen hätten durchgehen können.

Es kommt hinzu dass auch die Regierung ihre Ansichten und Gesetzentwürfe sehr viel häufiger durch gedruckte Denkschriften als in ausführlichen mündlichen Auseinandersetzungen

zu begründen pflegt. Es ist daher ein förmliches Vorstudium erforderlich, um den Debatten folgen und sie verstehen zu können. Diesem Umstande ist es gewiss zum grossen Theile beizumessen, dass die stenographischen Berichte der Kammerverhandlungen so wenig benutzt werden.

Die Verhandlungen der Kammer sind desswegen öffentlich, um dem Publikum eine klare und vollständige Einsicht in die Berathung und die Gründe der Entscheidung zu gewähren. Dadurch, dass ein so grosser Theil der Geschäfte in den nicht öffentlichen Kommissionen und durch Schriftstücke, statt durch mündliche Auseinandersetzungen erledigt wird, erschwert und verhindert man die Erreichung dieses Zweckes.

Genug die Behandlung der Geschäfte in den Kammern hat noch in vieler Beziehung das Gepräge der Bürokratie, nämlich eines geheimen und schriftlichen Verkehrs, während vielmehr Oeffentlichkeit und Mündlichkeit das ihnen eigenthümliche und sie belebende Element ist.

IV. Einige Bemerkungen über die Behandlung der Gesetz- entwürfe im englischen Parlament, insbesondere in den Ausschüssen.

Die vorstehenden Bemerkungen werden an Klarheit gewinnen, und vielleicht erst völlig verständlich werden, wenn wir mit wenigen Worten darauf hinweisen, wie die hervorgehobenen Uebelstände bei einer anderweiten Regelung des Geschäftsganges vermieden werden können.

Wir erlauben uns zu dem Ende einen flüchtigen Blick auf die in England übliche Art der Geschäftsbehandlung zu werfen, ob wir gleich sehr wohl wissen, dass die Bezugnahme auf das Ausland unsern Ansichten nicht überall zur Empfehlung dienen wird. Wem es indess aufrichtig darum zu thun ist, vorhandene Uebelstände in ihren Ursachen zu erkennen und für deren Abstellung thätig zu sein, wird sich der Hilfe, die in der Vergleichung anderweit gemachter Erfahrungen liegt, nicht berauben wollen.

Wir heben zunächst hervor, dass die Verweisung einer Bill

an einen Ausschuss mit dem Auftrage, die Bestimmungen derselben im Einzelnen zu berathen und zu verbessern (*the Commitment of the Bill*) in England überall erst erfolgt, wenn der Grundsatz, auf dem der Gesetzentwurf beruht, durch die Genehmigung seiner zweiten Lesung die Billigung des Hauses gefunden hat.

Die Darlegung der Verhältnisse, welche den Gesetzesvorschlag veranlassen und die allgemeine Erörterung des Grundsatzes, von dem aus er entworfen ist, hat daher bei Gelegenheit der ersten und zweiten Lesung bereits stattgefunden, und zwar vor dem ganzen Hause selbst, ehe man zur Prüfung seiner einzelnen Bestimmungen schreitet. Sowohl der Antragssteller — gewöhnlich die Regierung selbst — als auch die Gegner des Gesetzentwurfs bringen bei Gelegenheit der ersten und zweiten Lesung mündlich alles zur Sprache, was im Allgemeinen für oder gegen den Gesetzentwurf angeführt werden kann. Die Vorträge sind von beiden Seiten in der Regel darauf berechnet, auch die Mitglieder des Hauses, denen der Gegenstand neu ist, in denselben einzuführen, und dem Publikum ausserhalb des Parlamentes ein klares Bild über die Lage der Dinge zu geben. Bei wichtigen Gegenständen sind diese Vorträge meistens sehr ausführlich und enthalten eine so gründliche Behandlung der Sache, wie sie in unsern ministeriellen Denkschriften und Kommissionsberichten nur immer gefunden werden mag. Da die Reden sofort gedruckt werden, und von der ersten Lesung bis zur Berathung der Bill im Ausschuss einige Zeit verstreicht, hat jedes Mitglied des Hauses und auch das Publikum Zeit und Gelegenheit durch Studium der gedruckten Verhandlungen nachzuholen, was dem Ohre entgangen war.

Was ferner die Behandlung der Gesetzentwürfe in den Ausschüssen (*Committees*) anlangt, so war es früher auch in England üblich, jeden Gesetzentwurf behufs seiner Detailberathung an einen Ausschuss von wenigen Personen (*Select Committee*) zu verweisen.

Diess ist gegenwärtig indess nur noch bei den Privatbills üblich, d. h. bei solchen Gesetzentwürfen welche nicht das allgemeine Interesse des Staates, sondern das Besondere einzelner

Personen, Korporationen, Orte oder Distrikte betreffen; wie z. B. die Genehmigung des Baues einer Eisenbahn, einer Chaussee, Brücke oder eines Kanals, die Verleihung von Erfindungspatenten Jahrmarktsrechten, die Erweiterung städtischer Rechte u. s. w. Die Privatbills unterliegen überhaupt einer sehr eigenthümlichen Form der Geschäftsbehandlung, welche von der bei den öffentlichen Bills zur Anwendung kommenden wesentlich abweicht.

Wir beschränken uns darauf hervorzuheben, dass dieselben stets nur auf besonderes Nachsuchen der Personen oder Korporationen bewilligt werden, welche die Verleihung der besonderen Rechte oder sonstigen Vergünstigungen für sich in Anspruch nehmen, und dass allen dabei beteiligten Personen Gelegenheit gegeben wird, Einsprache gegen die Einräumung dieser Rechte oder Begünstigungen zu erheben. Die Verhandlungen über Privatbills gleichen daher denen eines Prozesses vor einem Gerichtshofe, welcher beide Parteien vernimmt.

Die Hauptaufgabe des Ausschusses ist hier zu prüfen, ob durch die Einräumung der erbetenen besondern Vortheile das öffentliche Wohl oder die Rechte und das Interesse anderer Personen verletzt werden würden. Zu dem Ende vernimmt derselbe sowohl die Bittsteller, als die Gegner der nachgesuchten Bill, und stellt nöthigen Falles Untersuchungen über die Lokalverhältnisse an. Es ist klar, dass zur Erfüllung dieser Aufgabe nur ein Ausschuss von wenigen Personen geeignet ist. Das Haus entscheidet dann allerdings wesentlich auf den Bericht des Ausschusses. Doch wird dieser in der treuen und umsichtigen Erfüllung seiner Pflicht von den unmittelbar beteiligten Personen selbst überwacht. Dazu leuchtet ein, dass das Urtheil über solche Gesetzentwürfe nur in den seltensten Fällen durch den Gegensatz von Parteiansichten und Interessen getrübt oder erschwert werden kann. Endlich erfolgt die Bestellung der Mitglieder des Ausschusses auf eine Weise, welche die Rücksicht auf Parteistellung gänzlich ausschliesst, — nicht durch Wahl der Majorität, sondern durch Ernennung von Seiten eines besondern Körpers ¹⁾.

1) Die Ernennung der Mitglieder der Ausschüsse für eine jede Privatbill erfolgt durch einen besondern Ausschuss von 5 Mitgliedern (*Committee*

Dass die Privathills behufs ihrer Detailberathung an einen Ausschuss von wenigen Mitgliedern gewiesen werden, ist hiernach wegen der Natur der darauf bezüglichen Geschäfte und der grossen Zahl solcher Bills unumgänglich; andererseits ist jede mögliche Vorkehrung getroffen, um das Haus in die Lage zu setzen, über die Treue und Umsicht des Ausschusses bei Erfüllung seiner Pflichten ein wohlbegründetes Urtheil zu fällen.

Die Detailberathung aller Gesetzentwürfe, welche das öffentliche Interesse zum Gegenstande haben (*Public Bills*) findet in einem Ausschusse des ganzen Hauses (*Committee of the whole House*) statt; d. h. in dem Hause selbst unter erleichternden Formen für die Verhandlungen. Sämmtliche Mitglieder des Hauses, nicht minder das Publikum, haben daher Gelegenheit alles vollständig selbst zu hören, einzusehen und zu prüfen, was zur Begründung eines Gesetzentwurfes oder zu seiner Bekämpfung vorgebracht wird. In Beziehung auf die Möglichkeit sich über den betreffenden Gegenstand zu unterrichten hat kein Mitglied des Hauses vor dem andern etwas voraus. Soweit Jemand nicht die Zeit, Neigung oder Vorkenntnisse hat, um dem Gegenstande volle Aufmerksamkeit zu widmen, ist er mit seinem Vertrauen nicht an eine Kommission gewiesen, deren Zusammensetzung ihm häufig genug nicht glücklich erscheint, sondern allein an die Männer, welche er selbst zu Führern oder Rathgebern zu wählen geneigt ist.

Abgesehen von der Berathung einer öffentlichen Bill in dem Ausschusse des ganzen Hauses werden allerdings häufig auch engere Ausschüsse (*Select Committees*) zur Vorbereitung von Gesetzentwürfen über wichtige Gegenstände ernannt. Dies geschieht sowohl um eine Untersuchung über die Wirkung bestehender Gesetze und über das Bedürfniss neu zu erlassender anzustellen, als auch um eingebrachte Gesetzentwürfe in bestimmter Beziehung zu prüfen.

Die Wirksamkeit und das Ansehn des englischen Parlaments beruhen sogar sehr wesentlich auf dem Fleiss und der Einsicht

of *Selection*) welcher den Auftrag hat, alle auf die Privathills bezüglichen Geschäfte zu regeln und zu überwachen.

dieser Ausschüsse (*Select Committees*) ¹⁾, doch ist deren Stellung, Aufgabe und Art der Thätigkeit von der unsrer Kommissionen sehr verschieden.

Ihre Hauptaufgabe ist die Untersuchung und Feststellung von Thatsachen durch Einsicht und Prüfung von Urkunden, Aktenstücken u. s. w., insbesondere aber durch Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen. Ueber den Zweck und die Grenzen der anzustellenden Untersuchung empfängt der Ausschuss vom Hause eine besondere Instruktion. Die erforschten und geprüften Thatsachen werden dem Hause vollständig mitgetheilt, und in der Regel durch den Druck allgemein zugänglich gemacht. Die Aussagen der Zeugen oder Sachverständigen werden wörtlich — als Frage und Antwort — niedergeschrieben und in den Bericht aufgenommen. In der Regel bilden sie den bei weitem überwiegenden Theil des Berichtes ²⁾.

Ausserdem enthält derselbe in Anlagen und Tabellen was aus Schriftstücken oder durch Einziehung besonderer Nachrichten über den Gegenstand Belehrendes beigebracht werden kann.

1) Wir übersetzen die Benennung *Select Committees* durch das Wort „Ausschüsse“ nicht durch den Ausdruck „Kommission“, obwohl die *Select Committees* in England ziemlich das sind, was wir Kommissionen nennen; der Grund, wesshalb wir lieber den Ausdruck „Ausschuss“ wählen, liegt darin, dass in England auch noch die Einsetzung von *Commissions* vorkommt, welches jedoch nicht Ausschüsse des Hauses, sondern von der Krone (meistens auf Antrag des Parlaments) auf eine bestimmte Zeit und zu einem gewissen Zwecke eingesetzte, mit bestimmten Vollmachten ausgestattete, Behörden sind. Wir gedenken ihrer unten noch mit wenigen Worten. Man vergleiche auch über die englischen *Committees* und *Commissioners*: Fallati, einige Mittheilungen über die Einrichtung statistischer Enquêtes in England, Frankreich und Belgien mit einer Schlussanwendung auf den deutschen Zollverein, in dieser Zeitschrift, Bd. 3. (1846) S. 725 ff.

2) Ueber die Verhältnisse der Vereine zur gegenseitigen Unterstützung (*Friendly Societies*) ist z. B. von dem dazu niedergesetzten Ausschuss im Jahre 1825 ein Folioband von 177 Seiten herausgegeben, wovon der Bericht des Komitees selbst nur 24 Seiten ausmacht. Der Bericht des Ausschusses über den Gesundheitszustand der grössern Städte (1840) macht einen Folioband von 261 Seiten aus, und besteht fast nur aus Zeugenaussagen mit einer kurzen Vorrede des Ausschusses.

Die innerhalb des Ausschusses gepflogenen Debatten über Grundsätze und Beschlüsse werden in dem Berichte nicht wiedergegeben, vielmehr in den Sitzungsprotokollen (die dem Hause vorgelegt werden) nur die Anträge und Beschlüsse mit den Namen der Stimmenden verzeichnet. In dem Berichte wird (abgesehen von den Beilagen) eine zusammenfassende Darstellung des Gegenstandes gegeben, mit den Vorschlägen über welche die Kommission sich vereinigt hat. Dieselben sind stets nur allgemein gehalten und drücken Grundsätze aus. Die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen mit ihren einzelnen Bestimmungen, also Berathungen über Form und Fassung der Entwürfe gehört in keiner Weise zu den Aufgaben des Ausschusses.

Ist es den Mitgliedern des Ausschusses nicht gelungen, sich über Vorschläge zu vereinigen, welche sich auf eine klare und überzeugende Weise aus den ermittelten Thatsachen ergeben, so begnügen sie sich mit der Mittheilung der Thatsachen allein; sie empfehlen auch wohl die Fortsetzung der Untersuchung ¹⁾).

Bei Niedersetzung eines solchen Ausschusses liegt es nicht in der Absicht des Hauses, den Gegenstand, welcher seiner Untersuchung empfohlen ist, noch in derselben Sitzungsperiode zu erledigen. Vielmehr werden die Untersuchungen durch Ausschüsse oft mehrere Jahre hintereinander vorgenommen und man lässt sich bisweilen nach ihrer Veröffentlichung noch längere Zeit zur Bewältigung des gewonnenen Materials ehe man den Versuch macht, dem erkannten Bedürfniss durch ein Gesetz abzuhelpen ²⁾).

1) Der 1847 zur Untersuchung über die Wirkung der Gesetze über Ansiedelung und Pflicht zur Armenunterstützung niedergesetzte Ausschuss begnügte sich in 8 umfangreichen Berichten nur die eingezogenen Nachrichten mitzutheilen, ohne einen Vorschlag zur Verbesserung der bestehenden Gesetze zu wagen. Der, wie schon erwähnt 1825 mit der Untersuchung über die Vereine zur gegenseitigen Unterstützung (*Friendly Societies*) beauftragte Ausschuss enthielt sich ebenfalls bestimmter Vorschläge und empfahl die Fortsetzung der Untersuchung, welche auch angeordnet wurde.

2) Die bereits erwähnten 1825 begonnenen, und 1827 fortgesetzten Untersuchungen über die Verhältnisse der Vereine zur gegenseitigen Unterstützung veranlassten zuerst im Jahre 1829 ein Gesetz, welches dann an

So gönnt man daher den Ausschüssen volle Musse zur Anstellung ihrer Untersuchungen, den übrigen Mitgliedern des Hauses für deren Prüfung und Benutzung.

Bei Gegenständen von besonderer Bedeutung und Schwierigkeit werden auf Antrag des Parlaments von der Krone Kommissionen zu ihrer Untersuchung ernannt und mit besonderer Vollmacht versehen. Die Mitglieder derselben gehören nicht immer dem Hause an und die Zeit ihrer Thätigkeit ist an die Dauer der Parlamentssitzungen nicht gebunden. Sie haben daher zur Erledigung ihres Auftrags noch mehr Musse als die Ausschüsse des Hauses, deren Auftrag und Vollmacht mit dem Schlusse der Sitzungen erlischt ¹⁾).

V. Vergleichung der englischen Ausschüsse und preussischen Kommissionen.

Es wird nur weniger Bemerkungen bedürfen, um anschaulich zu machen, welche grossen und eingenthümlichen Vortheile die

der Hand der Erfahrung fortschreitend verbessert worden ist 1832, 1840, 1846, 1850.

Ueber das Bankwesen wurden nach verschiedenen Richtungen hin in den Jahren 1832, 36, 37, 38 und 1841 umfassende Untersuchungen angestellt, welche der berühmten von Peel im Jahre 1844 eingebrachten und durchgesetzten Bill über die Regelung der Notenausgabe von Seiten der Banken zum Grunde liegen.

1) Eine solche Kommission wurde z. B. im Jahre 1837 niedergesetzt, um die Verhältnisse der unbeschäftigten oder doch nothleidenden Handwerker zu untersuchen. Sie bestand aus 4 Mitgliedern, denen ein Staatsbeamter beigeordnet wurde, und hatten Vollmacht selbst noch 5 Gehülfen bei ihrer Untersuchung anzunehmen. Die Kommission war ermächtigt, Zeugen — d. h. Personen, von denen sie Belehrung über den Gegenstand ihrer Kommission erwartete — vorzuladen und zu vernehmen, auch nöthigenfalls die Beeidigung ihrer Aussagen zu verlangen. Die Kommission erstattete ihren 6 Foliobände umfassenden Bericht erst im Jahre 1841. Der grössere Theil dieser Bände enthält die Aussagen der vernommenen Personen. Um die Lage der Handwerker zu verbessern, hat die Kommission nicht irgend einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, sondern allgemeine Vorschläge insbesondere zur Verbesserung der Handelspolitik gemacht. Die Aufhebung der Korn- und Holzzölle wurde dringend bevorwortet, und gewiss können so gründliche Untersuchungen nicht verfehlt haben den Sieg der Sache der Freiheit wesentlich zu fördern. Einen unmittelbaren Erfolg erwartete die Kommission von ihrer mühevollen Arbeit selbst nicht.

in England üblichen Ausschüsse vor unsern Kommissionen darbieten.

Will man Männer, bei denen sich bereits gewisse Ansichten auf Grund ihrer Erfahrungen und ihres Nachdenkens festgesetzt haben, belehren und sie bewegen, dieselben zu berichtigen oder gar als irrthümlich aufzugeben, so bedarf es dazu vor allen Dingen der Unterstützung der anzuführenden Gründe durch neue, gewichtige und vollkommen beglaubigte Thatsachen. Den Thatsachen opferte auch ein Peel die lange mit Nachdruck vertheidigten Ansichten in der Kornfrage auf. Den Thatsachen beugte sich selbst der eiserne Wille des greisen Wellington. Mit Recht wird daher auf die Ermittlung der Thatsachen in England das grösste Gewicht gelegt.

Die Berichte der unteren Staatsbehörden, Regierungen, Landräthe, Magistrate, Gemeinderäthe u. s. w. und die Einziehung von Nachrichten durch dieselben kann die Thätigkeit solcher Ausschüsse oder Kommissionen nicht ersetzen, so wichtig natürlich auch diese Mittel der Belehrung immer bleiben werden.

Es fehlt diesen Behörden in der Regel an der Musse um den von ihnen erforderten Berichten, die der Wichtigkeit der Sache entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dazu sind sie bei der Berichterstattung und Einziehung von Nachrichten an die Anweisungen der vorgesetzten Behörden und die von denselben vorgelegten Fragen gebunden, indess die Untersuchung oft auf ganz andere Punkte zu lenken wäre, um den Gegenstand zu erschöpfen und über die entscheidende Stelle ein klares Licht zu gewinnen.

Auch ist es ganz unvermeidlich dass die Thatsachen eine andre Bedeutung erhalten, je nach den Ansichten der Behörde, welche sich darüber ausgesprochen hat. Die Berichte von Gerichtsbehörden über das Bedürfniss örtlicher Gerichte, von Landräthen über die Nothwendigkeit einer verbesserten Polizeiverwaltung geben von Gegenden und Bezirken, die dicht an einander grenzen und in denen eine wesentliche Verschiedenheit der Verhältnisse durchaus nicht stattfindet, oft ein sehr abweichendes Bild. Unvermeidlich liegt es dann in der Willkühr des Lesers, welchen Berichten er mehr Glauben beimessen will. So steht

es in der Befugniss der Regierungen den Berichten welcher Landräthe sie das grössere Gewicht beilegen wollen und weiter wird der Oberpräsident die seinen Ansichten nicht entsprechenden Berichte der Regierungen über bestehende Verhältnisse durch Randbemerkungen oft in ein anderes Licht stellen können u. s. w.

Im Gegensatz dazu haben Thatsachen, die von einem Mittelpunkt aus nach einheitlichen Gesichtspunkten vor den Augen und unter der Controle von Mitgliedern beider Parteien gesammelt, und dabei doch aus der ersten und unmittelbarsten Quelle (nämlich aus dem Munde der betheiligten Personen selbst) geschöpft und endlich der Prüfung und Benutzung der Oeffentlichkeit unterworfen werden, ein ganz unwiderstehliches Gewicht.

Da die Hauptaufgabe der Ausschüsse in der Ermittlung von Thatsachen besteht, hat keine Partei wie bei uns ein Interesse dass die Majorität des Ausschusses ihrer Seite angehöre; vielmehr hat sich die Sitte dahin festgestellt, dass von beiden Seiten des Hauses die geeignetsten Mitglieder (von dem Antragssteller) in Vorschlag gebracht und vom Hause ernannt werden, damit kein Zweifel an der Unpartheilichkeit der Untersuchung und Richtigkeit der Thatsachen aufkommen könne.

Die bei uns vorhandenen Schwierigkeiten für den Berichterstatter ein Bild der Debatte zu geben und Ansichten darzustellen, welche den seinigen entgegenstehen, fällt in England fort, indem dort nur die Beschlüsse des Committees mitgetheilt werden, nicht aber dessen Berathungen. Eben so erledigt sich die bei uns oft aufgeworfene Frage, ob die Arbeiten der Kommissionen mit dem Schlusse der Kammern für beseitigt angesehen und daher verloren gegeben werden sollen. Die Berichte der Ausschüsse in England enthalten vorherrschend Thatsachen und allgemeine Vorschläge, die darauf gegründet sind. Die Benutzung dieser Berichte steht daher selbstredend aller Folgezeit und allen Personen in dem Hause und ausserhalb desselben, die sich mit dem Gegenstande beschäftigen, offen; ja sie kann gar nicht umgangen werden.

Die Thätigkeit unsrer Kommissionen, soweit sie darauf gerichtet ist, die Einzelbestimmungen des Gesetzes zu berathen,

seine Form zu verbessern, (und diese Aufgabe nimmt, wie oben bemerkt, den grössern Theil ihrer Zeit in Anspruch) ist unvermeidlich jedesmal verloren, wenn später vom Hause der Grundsatz nicht gebilligt, also das ganze Gesetz verworfen wird. Eben so werden die Gründe, welche sich für oder gegen eine Ansicht vorbringen lassen, in Büchern, Abhandlungen oder Aktenstücken in der Regel vollständiger und besser geordnet oder gemeinfasslicher zu finden sein, als in unsern Kommissionsberichten. Die Belehrung endlich, welche die Mitglieder der Kommission nur für ihre Person aus den Berathungen derselben, und den Mittheilungen der Regierung geschöpft haben, ist ebenfalls verloren, wenn dieselben dem wieder zusammentretenden Hause nicht mehr angehören, oder doch nicht durch mündliche Vorträge ergänzen, was in dem Berichte keinen Platz gefunden hat.

Ohne Zweifel ist der englische Geschäftsgang in vieler Beziehung langsamer als der unsrige. Wichtige Maassregeln können nicht mit der Eile wie bei uns durch beide Häuser getrieben werden, schon weil jede Bill mehrere Stadien zu durchlaufen hat, und in ihren Einzelbestimmungen in einem Ausschusse des ganzen Hauses berathen wird. Hiernach können nicht wohl so viele wichtige Maassregeln, wie es bei uns vorgekommen ist, in einer Sitzungsperiode erledigt werden. Noch mehr wird indess die Erledigung wichtiger Maassregeln dadurch verzögert, dass man ihr die Untersuchung und Berathung in einem engern Ausschusse (*Select Committee*) in der vorbeschriebenen Weise vorausgehen lässt.

Es vergehen, wie wir schon oben erwähnten, oft mehrere Sitzungsperioden seit der ersten Anregung des Gegenstandes, ehe ein Gesetzentwurf zur Erledigung desselben eingebracht wird.

Indess ist diese Langsamkeit bei der Behandlung wichtiger Angelegenheiten sicherlich vielmehr ein Vorthail als ein Nachtheil. Wir leiden jetzt schwer darunter, dass so viele wichtige Gesetze so schnell und in einer Sitzungsperiode haben erledigt werden können, um schon in der nächsten wieder in Frage gestellt zu werden. Wer erwägt, dass unter anderm die Reform unsrer Gemeindeordnung schon seit der Herstellung des

Friedens Gegenstand einer, wenn auch mehrfach unterbrochenen, so doch stets wieder aufgenommenen Berathung gewesen ist, wird sich verdeutlichen können, dass die Möglichkeit, ein Gesetz sehr schnell zu erlassen, dicht neben der Gefahr liegt, es recht lange verzögert zu sehen.

Ist ein Gegenstand öffentlich lange behandelt und gründlich untersucht worden, sind die darauf bezüglichen Thatsachen über jeden Zweifel festgestellt, und haben sich die Ansichten der mit der Sache vertrauten Männer über die Lösung der Frage im Wesentlichen vereinigt, so kann die Erledigung derselben schwerlich mehr durch eine „kleine aber mächtige“ Partei verhindert werden. Noch weniger hat man zu besorgen, dass die einmal getroffene Entscheidung nach kurzer Zeit wieder umgestossen werde. Die Stetigkeit und Kraft der englischen Gesetzgebung beruht vorzugsweise auf der Thätigkeit der Parlamentsausschüsse. In ihnen finden alle Mitglieder, welche zwar kein Rednertalent besitzen, auch nicht nach äusserer Ehre und nach Einfluss trachten, vielmehr mit dem Bewusstsein einer nützlichen Thätigkeit befriedigt sind, für ihren stillen Fleiss und ihre Kenntnisse das geeignetste und fruchtbarste Feld der Wirksamkeit.

Es verdient erwähnt zu werden, dass der Geschäftsgang des englischen Parlaments, wenn man die Resultate nicht blos eines Winters ins Auge fasst, sondern den Zusammenhang der Thätigkeit in mehreren Sitzungsperioden berücksichtigt, nicht so langsam ist, als er zunächst erscheint. Es liegen nun immer Berichte früher niedergesetzter Ausschüsse — die Früchte älteren Fleisses — vor, und gestatten eine schnelle und doch gründliche Behandlung auch schwieriger Gegenstände. Mit der Detailberathung von Gesetzen, die man im Ganzen ablehnt, wird keine Zeit verloren.

Da nicht für jedes Gesetz ein engerer Ausschuss erfordert wird — wo diess aber nöthig erscheint, ein Gesetzentwurf nicht eher eingebracht wird, als bis längere Zeit nach der Vollendung seiner Thätigkeit verstrichen ist —, treten die Sitzungen des Plenum und der engeren Ausschüsse sich weniger als bei uns in den Weg. Die Plenarsitzungen sind häufiger und dauern

ungleich länger ¹⁾. So ist die Anzahl der Bills, welche in jeder Sitzungsperiode erledigt werden, sehr beträchtlich ²⁾.

Nach der Verfassung (§. 82) haben unsere Kammern zwar auch das Recht, Kommissionen zur Untersuchung von That-sachen einzusetzen, doch ist davon bis jetzt erst einmal Gebrauch gemacht worden.

Auch diese Kommission, welche auf den Antrag des Abgeordneten Harkort schon im Frühjahr 1851 und wiederholt in der Sitzungsperiode von 18⁵¹/₅₂ angeordnet wurde, um zu untersuchen, „ob die zur Zeit bestehenden Kreditinstitute des Landes dem gesteigerten Bedürfnisse eines rascheren und umfangreicheren Geldverkehrs entsprechen“, hat sich dem Einflusse des bei den übrigen Kommissionen herrschenden Herkommens nicht entziehen können.

Bei dem Versuche, ihre Aufgabe zu lösen, hat dieselbe sich auf die Benutzung der Ansichten und Erfahrungen beschränkt, welche ihren eigenen Mitgliedern beiwohnten, so wie der Mittheilungen und Materialien, welche ihr von der Regierung mitgetheilt wurden. Die Ermittlung von neuen That-sachen nach aufgestellten Gesichtspunkten und die Vernehmung von Zeugen hat sie nicht beliebt.

Begreiflicher Weise stellte sich über die wichtigsten Fragen, z. B. ob die Königliche Bank in ihrer gegenwärtigen Einrichtung den Bedürfnissen auch des kleinen Verkehrs überall entspreche und genüge, eine Verschiedenheit der Ansicht heraus. Die von der einen Seite beigebrachten That-sachen wurden von der andern bestritten, oder in der Art erläutert, dass sie ihre Beweiskraft grossentheils verloren. Sie wurden daher zur Aufnahme in den Bericht nicht geeignet befunden.

Eine Untersuchung über das Vorhandensein eines nicht befriedigten Bedürfnisses etwa durch Vernehmung einer An-

1) In der Regel werden in der Woche 5mal Plenarsitzungen gehalten, diese pünktlich um 4 Uhr Nachmittags eröffnet und meistens bis nach Mitternacht fortgesetzt.

2) An einem Abende werden oft bis 10 Privatbills zum dritten Male verlesen. Die Menge der Gegenstände, welche auf einmal auf die Tagesordnung gebracht werden, ist häufig sehr gross.

zahl von Kaufleuten und Gewerbetreibenden u. s. w. fand nicht statt.

So wird denn schwerlich Jemand durch den Bericht der Kommission über die Zweckmässigkeit der Einrichtung der Königlichen Bank zu einer andern Ueberzeugung gelangen, als er mitgebracht hat.

In gleicher Weise ist über die Ergebnisse der Verwaltung der Privatbanken eine Untersuchung nicht angestellt, noch die Ermittlung von Thatsachen über gewisse (streitige) Fragen angeordnet. Für die Beantwortung der Fragen, ob und in wie weit z. B. den Privatbanken die Beleihung von Hypotheken oder die Annahme verzinslicher Deposita zu gestatten sei, findet man in dem Berichte keinen auf Thatsachen gegründeten Aufschluss.

Doch hat diese Kommission insofern wohlthätige Folgen gehabt, als sie die Benutzung und Veröffentlichung von Nachrichten, die von der Regierung bereits gesammelt waren, bewirkt und viele Mitglieder veranlasst hat, ihre Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiete mitzuthemen.

In dieser Beziehung war es ohne Zweifel sehr vorthailhaft, dass die Kommission für die Vollendung ihrer Arbeiten nicht wie die übrigen in der Zeit beengt war. Sonst würden wir so fleissige und lehrreiche Arbeiten, wie die über das Sparkassenwesen und die ländlichen Kreditinstitute schwerlich zu verdanken haben. Auch unsere eigene Erfahrung dient daher nur zur Bestätigung der in England gemachten, einmal dass Musse die Bedingung gründlicher Erörterungen ist, zweitens, dass, um Fragen ihrer Lösung näher zu bringen, über welche noch eine tiefgehende Verschiedenheit der Ansichten sich bemerklich macht, vor allen Dingen die Ermittlung und Veröffentlichung schlagender und gegen jeden Zweifel sicher gestellter Thatsachen erforderlich ist.

Die eigenthümlichen Vorzüge der englischen Geschäftsbehandlung, auf welche wir hier vorzüglich aufmerksam zu machen wünschen, lassen sich auf zwei Hauptgesichtspunkte zurückführen. Einmal: Die Behandlung der Geschäfte im englischen Parlament ist der eines Prozesses vor den Geschworenen zu vergleichen, während bei unserm Verfahren so vieles noch

an die Untersuchung vor einem Einzelrichter und die Entscheidung des Gerichtshofes nach dessen schriftlicher Relation erinnert.

Wie vor den Geschworenen, so werden auch vor dem Parlament alle für die Beurtheilung des Falles wichtigen That-sachen mündlich erörtert; alle Zeugen in seiner unmittelbaren Gegenwart und unter seiner Mitwirkung vernommen; alle Gründe und Gegengründe in Reden zusammengefasst, welche unmittelbar an dasselbe gerichtet sind.

Wie die Aufgabe der Geschworenen im Wesentlichen darin besteht, mit einem Ja oder Nein über den Fall zu entscheiden, während es Aufgabe der Parteien und des Richters ist, theils die Sache zum Spruche reif zu machen, theils die weiteren Folgen dieser Entscheidung zu entwickeln, so ist es auch Hauptaufgabe des Parlaments, als eines Körpers, über die Grundsätze zu entscheiden, wogegen die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe und die Vollendung ihrer Form dem Antragsteller — der Regel nach dem Ministerium — überlassen bleibt.

Gesetze, die in ihrer Form für unvollkommen erkannt werden, lehnt das Parlament lieber ab, und verschiebt deren Erledigung auf eine spätere Zeit. In ähnlicher Weise ziehen die Minister Gesetzentwürfe, welche in den Ausschüssen — gegen die allgemeine Regel — grosse Umgestaltungen erfahren, meistens zurück.

Das zweite ist: Bei Niedersetzung (engerer) Ausschüsse befolgt das englische Parlament den Grundsatz einer Theilung der Arbeit. Die Ausschüsse haben den besonderen Auftrag, Untersuchungen anzustellen, wozu das Haus selbst natürlich nicht geeignet ist. Sie arbeiten nicht für dieselbe Sitzungsperiode, in welcher sie niedergesetzt werden, sondern für eine künftige. Nicht die Redner, oder die Mitglieder, welche einen unmittelbaren Einfluss zu erlangen streben, finden hier ihre Stelle, sondern der Fleiss und die Kenntnisse von Männern, die ihre Aufmerksamkeit einem besondern Gegenstande gewidmet haben.

VI. Vorschläge zur Verbesserung des in den preussischen Kammern üblichen Verfahrens.

Damit wir diese wesentlichen Vortheile auch uns zu eigen machen mögen, beschränken wir unsere praktischen Vorschläge zunächst auf zwei. Einmal wünschen wir, dass auch bei uns eine erste und zweite Lesung der Gesetzentwürfe angeordnet werden möge; zweitens, dass die wichtigeren Angelegenheiten durch eine Kommission vorbereitet würden, deren Aufgabe nur die Untersuchung von Thatsachen und die allgemeine Bezeichnung des Weges wäre, auf dem die Behandlung des Gegenstandes in Angriff zu nehmen sei.

Die Einführung einer mehrfachen Lesung, oder verschiedener Stadien bei der Behandlung eines Gesetzentwurfes ist erforderlich, um der Wahrheit Anerkennung zu verschaffen, dass zuvor über den Grundsatz endgültig entschieden sein muss, ehe man mit irgend einem Nutzen in die Detailberathung eines Gesetzes eintreten kann.

Durch die Anordnung, dass in dem ersten Stadium eines Gesetzentwurfes nur über die Frage des Bedürfnisses und den Grundsatz des Entwurfes verhandelt und entschieden wird, ist der wichtigste Schritt geschehen, um der Einsicht und dem entsprechenden Herkommen Bahn zu brechen, dass die Kammer in der Entscheidung über Prinzipien, nicht aber in der Verbesserung der Einzelbestimmungen eines Gesetzentwurfes ihre wesentliche Aufgabe zu suchen habe.

Die Einsetzung besonderer Kommissionen zur Untersuchung der Zustände und Ermittlung von Thatsachen, bevor ein Gesetzentwurf zur Erledigung der verwickelteren Fragen eingebracht wird, kann nach dem Artikel 82 der Verfassung schon jetzt beschlossen und zur Regel erhoben werden, ohne dass es hierzu einer Abänderung der Geschäftsordnung bedarf. Es kommt nur darauf an, zur Regel zu erheben, was bisher die seltene und ungern gestattete Ausnahme war. Möchte die Staatsregierung selbst zur Herbeiführung dieser Praxis die Hand bieten und nicht ferner, wie bisher, geneigt sein, in der Niedersetzung solcher Kommissionen einen Akt des Misstrauens gegen die Regierung

und einer besorglichen Einmischung der Kammer in die Administration zu erblicken. Möchten sie hier das Beispiel Englands vor Augen haben, wo ganz vor Kurzem der nachherige Premierminister — das Haupt der Torypartei — selbst die Niedersetzung eines Ausschusses beantragte, welcher die Verhältnisse der ostindischen Compagnie zum Staate zu untersuchen, und über dessen künftige Gestaltung Vorschläge zu machen habe.

Keine Wahrheit ist durch die Ereignisse der letzten Jahre in ein helleres Licht gestellt, als die, dass, um schwierige und daher streitige Fragen in ihrer Lösung wesentlich zu fördern, es vor allen Dingen einer umfassenden, von einem Mittelpunkte ausgehenden und der Controle der Oeffentlichkeit ausgehenden Untersuchung der thatsächlichen Zustände bedarf, damit auf dieser Grundlage eine Einigung über die Prinzipien gewonnen werde.

So sehr wir uns nach einer endlichen Entscheidung über so viele wichtige Fragen der innern Politik sehnen mögen, wie z. B. über die Gemeindeordnung und Polizeiverwaltung, über Regelung des Armenwesens, des Heimathsrechts, des Wegebauwesens, der Grundsteuer u. s. w., wir werden uns doch bescheiden müssen, dass die zu befriedigenden Bedürfnisse entweder nicht klar genug erkannt oder doch nicht auf eine, jeden Widerspruch ausschliessende Weise dargelegt und nachgewiesen sind.

Der Jahrzehnte sich hinschleppende, so oft ins Stocken gerathene, und schliesslich von dem Ziele sich vielmehr entfernende als demselben sich nähernde Gang der Berathungen über die erwähnten Angelegenheiten und so viele andere vor dem Jahre 1848, muss als ein Beweis angesehen werden, dass die von der früheren Verwaltung über diese Gegenstände gewonnene Kenntniss der Verhältnisse nicht vollständig oder die Darstellung derselben nicht überzeugend genug war, um eine endgültige Entscheidung derselben zu sichern.

Die neue Form der Gesetzgebung wird ihre Berechtigung der älteren gegenüber, welche sich den ihr gestellten Aufgaben allerdings nicht mehr gewachsen zeigte, vor allen Dingen dadurch erweisen und sicherstellen müssen, dass sie ihre Entwürfe und Maassregeln auf einer breiteren Grundlage errichtet,

und dadurch den Zweifel an der Ausführung erlassener Gesetze sowie die Hoffnung ihrer baldigen Wiederaufhebung für immer ausschliesst.

Die festere Grundlage für neue Gesetzentwürfe wird am sichersten durch umfassende Untersuchungen von Parlamentsausschüssen gewonnen, denen freilich die nöthige Zeit und Vollmacht zu ihrer Anstellung eingeräumt werden muss. Der anscheinende Zeitverlust, der zunächst allerdings eintritt, wenn über so viele Fragen, welche wir bereits erledigt zu haben glaubten, oder doch sofort lösen zu können meinten, erst ausführliche Untersuchungen angestellt werden sollen, wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht mehr schwer in das Gewicht fallen können. Denn wer würde nicht ein einfaches Beharren bei den bisherigen, wenn auch höchst mangelhaften Zuständen einer durchaus verfehlten Umgestaltung derselben, oder gar einem unsicheren Experimentiren und haltungslosen Hin- und Herschwanken vorziehen.

Schliesslich sei noch die Andeutung erlaubt, dass auch der Fortschritt der Wissenschaft — der politischen Oekonomie nämlich — ebensowohl wie der Gesetzgebung auf der Anstellung so tiefer und umfassender Untersuchungen über öffentliche Zustände und Verhältnisse beruht, wie sie nur von einer besonders damit beauftragten, mit den nöthigen Vollmachten versehenen, und dabei ganz unabhängigen Behörde angestellt werden können. Die Untersuchungen eines Privatmannes, mögen sie mit noch so viel Fleiss, Umsicht und Treue angestellt sein, können einen Gegenstand des öffentlichen Lebens niemals erschöpfen. Demselben gehen die Mittel ab, Nachrichten über die betreffenden Verhältnisse in allen Theilen eines grossen Landes aus erster Quelle zu beziehen. Selbst von einzelnen Personen kann ein Privatmann selten alle ihm wünschenswerthe Auskunft erlangen, weil diese ihm weder die zu einer erschöpfenden Erörterung nöthige Zeit überall widmen werden, noch auch geneigt sein dürften, über viele sie betreffende Verhältnisse sehr detaillirte Mittheilungen zu machen, ohne dass sie in dem amtlichen Auftrage des Fragestellers zugleich eine Verpflichtung zur Ertheilung der gewünschten Auskunft und eine Garantie gegen den

Missbrauch derselben erblicken. Endlich wird ein Privatmann auch bei dem lebhaftesten Interesse für einen Gegenstand sich doch nur in den seltensten Fällen entschliessen können und die Kraft haben, einem speziellen Gegenstande so lange seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, als diess für seine glückliche Erledigung erforderlich ist, ohne in einem amtlichen Auftrage die Bürgschaft zu besitzen, dass er seine Mühe und Zeit weder einem unfruchtbaren Gegenstande gewidmet hat, noch in Sorge zu sein braucht, sie unbenutzt verloren gehen zu sehen.

Dass die jetzt gültige Geschäftsordnung grosse Mängel hat, kann so wenig auffallen, wie die Lücken und Unvollkommenheiten, welche wir an der Verfassung bemerken. Sie ist das Werk der Eile, und ein Versuch auf einem Gebiet, auf welchem es uns an eigenen Erfahrungen fast gänzlich fehlte. Es ist sehr erklärlich, dass man sich dabei mehr an die in Frankreich und Belgien üblichen Formen anschloss, als an die in England gebräuchlichen. Es ist sehr viel leichter, die ersteren kennen zu lernen; auch sind sie anscheinend bequemer und einfacher. Sie gestatten, wie wir diess angedeutet haben, eine schnellere Behandlung der Geschäfte und räumen der Wahl und dem jedesmaligen Belieben des Hauses, sonach der Herrschaft der Majorität einen viel grösseren Spielraum ein.

Diess entsprach den Neigungen und anscheinend wenigstens den Bedürfnissen unserer neuentstandenen Kammern. Dem Präsidenten eine selbstständige, von dem wechselnden Willen des Hauses unabhängige Stellung einzuräumen, eine grosse Gewalt in seine Hände zu legen, und sich der Wahl der Kommissionen theilweise zu entäussern; genug, sich selbst einen Zügel anzulegen und einen Herrn zu geben, lag nicht in dem Geschmack des Jahres 1849.

Dazu schien der schleunige Erlass einer grossen Zahl der wichtigsten Gesetze ein dringendes Bedürfniss; es kann daher nicht auffallen, dass man die Geschäftsformen danach wählte. Allein alle diese erklärenden und entschuldigenden Ursachen enthalten eben so viel Mahnungen, vielmehr auf eine andere Bahn einzulenken, als auf der bequemerem und anscheinend geraden, in der That aber vom Ziele ablenkenden zu beharren.

Bis jetzt sind diese Mahnungen unbeachtet geblieben. Zwar ist vielfach und von den einflussreichsten Männern anerkannt worden, dass die Geschäftsordnung erhebliche Mängel habe; zu ihrer Verbesserung Hand anzulegen, ist indess von beiden Seiten des Hauses wenig Eifer bezeugt. Vielen erschien die Sache überhaupt zu unerheblich, um ihr besondere Aufmerksamkeit zu widmen; andere hegten Zweifel, ob die Kammern sich auf dem verfassungsmässigen Wege überhaupt noch wieder versammeln würden, und hatten keine Neigung, auf die Verbesserung der Geschäftsform eine, wie sie glaubten, ganz fruchtlose Mühe zu verwenden. Noch andere waren nicht gesonnen, der Herrschaft der Majorität engere Schranken zu setzen, sei es, dass sie augenblicklich genossene, oder künftig sicher erwartete Vortheile nicht aus den Händen geben wollten, sei es, dass das System einer weiter gehenden Herrschaft der Majorität ihren Ansichten und Grundsätzen entsprach. Genug, wiederholter Aufforderungen dazu ungeachtet, hat die Kammer auf Revision und durchgreifende Verbesserung ihrer Geschäftsordnung bis jetzt nicht eingehen wollen, zum Beweise, dass es einem Körper nicht minder wie einer Person schwer wird, den einmal betretenen Weg als einen irrigen anzuerkennen und zu verlassen.

Möchten die vorstehenden Betrachtungen dazu beitragen, die Bedeutung des Gegenstandes in das rechte Licht zu stellen, und die Männer, welche sich eines Einflusses in den Kammern erfreuen, bestimmen, die Sache in ihre Hand zu nehmen, damit man den Kammern nicht einst mit Grund den Vorwurf machen könne, dass sie durch Unlust, am eigenen Hause zu bessern, des Rechts und der Kraft sich verlustig gemacht hätten, auf andern Gebieten der Gesetzgebung Verbesserungen zu verlangen und durchzusetzen.

II. Vermischtes.

Die Einrichtung der administrativen Statistik in Norwegen.

Noch immer ist es mit Schwierigkeiten verknüpft, zu der Kenntniss der administrativstatistischen Einrichtungen der verschiedenen Staaten zu gelangen. Nicht als ob diese Kenntniss absichtlich geheim gehalten würde; allein es ist doch gewiss eine Schwierigkeit zu nennen, wenn der einzelne Gelehrte oder Praktiker, welcher das Bedürfniss fühlt zu wissen, wie es mit der Erhebung, Zusammenstellung und Veröffentlichung der officiellen Statistik in irgend einem Lande zugeht, sich um dieses Bedürfniss zu befriedigen an die Behörden dieses Landes unmittelbar oder mittelbar wenden muss, die der Natur der Sache nach eine solche Anfrage wohl einmal einem Einzelnen beantworten und ihm die nothwendigen Schemate und Publicationen schicken aber diese Gefälligkeit um so weniger fortsetzen können, je öfter sie in Anspruch genommen wird, d. h. je mehr das Publicum Werth darauf legt dass sie fortgesetzt werde.

Diese Schwierigkeit kann vollständig nur auf einem Wege gehoben werden: durch ein allgemeines Cartel aller statistischen Centralbüreaus der verschiedenen Staaten zum gegenseitigen Austausch nicht blos aller ihrer Veröffentlichungen, sondern auch aller ihrer Schemate und Instructionen und zu regelmässiger wechselseitiger Mittheilung aller derjenigen weitem Aufklärungen über innere Verwaltungsverhältnisse, welche zum vollen Verständniss aller Tabellen für den Ausländer erforderlich sind. Ist einmal ein solches Cartel geschlossen, dann wird man sich in jedem Lande das ein statistisches Bureau besitzt, und es wird bald keines mehr geben, wo diess nicht der Fall wäre, nur an die heimische Behörde zu wenden haben, um alle wünschenswerthe Auskunft über die Statistik des Auslandes auch in formeller Beziehung zu erlangen.

Es wird meines Erachtens eine der Hauptaufgaben der Zusammenkunft der statistischen Fachmänner, welche auf den Herbst 1853 in Brüssel stattfinden soll, sein, auf das Zustandekommen eines solchen Cartels hinzuwirken.

Einstweilen bleibt um die Lücken der Kunde von den statistischen Einrichtungen mancher Länder für weitere Kreise auszufüllen nichts übrig, als dass der Oeffentlichkeit auf schriftstellerischem Wege übergeben werde, was der Einzelne so glücklich ist, nicht bloß erhalten zu haben, sondern auch zum Druck bringen zu können. Denn die Kleinheit desjenigen Publikums, welches sich über die statistischen Ergebnisse hinaus für die Art ihrer Gewinnung interessirt, setzt der Verbreitung selbst derjenigen Kenntniss welche mit Ueberwindung der Schwierigkeit der Herbeischaffung, vom Einzelnen erlangt worden ist, noch ein weiteres Hinderniss entgegen. Wo würden sich die Käufer finden für ein Werk oder eine periodische Veröffentlichung, welche sich die Aufgabe stellen, die statistischen Tabellenschemate und Instructionen aller Länder zusammenzudrucken?

Schon einigemal habe ich daher diese Zeitschrift und insbesondere die Rubrik des Vermischten benutzt, um über weniger bekannte oder besonders interessante statistische Einrichtungen in Deutschland ¹⁾, Belgien ²⁾, Italien ³⁾, Dänemark ⁴⁾, Frankreich und England ⁵⁾ mehr oder minder ausführlich Bericht zu erstatten. Indem ich heute eine Darstellung der Einrichtung der administrativen Statistik in Norwegen folgen lasse, soweit ich dazu durch die vom Hrn. Prof. Holst in Christiania vermittelte Gefälligkeit des statistischen Contors zu Christiania und seine eigene in Stand gesetzt bin, glaube ich einen Beitrag zu liefern, der selbst für die statistischen Regierungsbehörden in Deutschland grossentheils Neues enthalten wird.

Ich werfe dabei noch einmal den Blick auf die beabsichtigte Zusammenkunft von statistischen Fachmännern und namentlich von Beamten statistischer Büreaus in Brüssel. Für den Hauptzweck dieser Zusammenkunft: die Bewirkung der grösstmöglichen Gleichförmigkeit in den statistischen Hauptarbeiten der Regierungen würde es von hoher Bedeutung sein, wenn der Versammlung der gegenwärtige Stand der Einrichtungen für administrative Statistik in allen Ländern so genau als thunlich bekannt wäre. Hiezu würde es schon beitragen, wenn dem statistischen Bureau im Ministerium des Innern zu Brüssel, von allen Seiten, von welchen es noch nicht oder noch nicht vollständig geschehen ist, alsbald ähnliche Tabellenserien und Mittheilungen zugeschickt würden, wie sie mir — im Anschluss an die in Bd. VI. S. 736 dieser Zeitschrift enthaltene Fragenreihe — von Norwegen zugekommen sind. Würde auch keine Zeit sein, dieses Material während der Zusammenkunft gründlich zu studiren, so würden doch die anwesenden Statistiker, von welchen jeder wenigstens mit einem Theile desselben schon vertraut wäre, dadurch den Austausch ihrer Ansichten und Erfahrungen erleichtern und unterstützen können.

1) Band II. 1845. S. 531; — VI. 1850. S. 727.

2) Band III. 1846. S. 741; — IV. 1847. S. 381.

3) Band III. 1846. S. 207; — IV. 1847. S. 216.

4) Band IV. 1847. S. 221; vgl. VI. 1850. S. 770 u. VIII. 1852. S. 553.

5) Band III. 1846. S. 724.

Viel wirksamer jedoch würde die Kenntniss der Verschiedenheiten, um darauf die mögliche Einheit bauen zu können, dann erreicht werden, wenn aus dem Material an Vorschriften, Schematen und Veröffentlichungen welches theils schon in der Bibliothek der statistischen Centralcommission in Brüssel sich findet, theils ihr (wenn der vorstehende Vorschlag Anklang fände) noch rechtzeitig zugesendet würde, auf dem statistischen Bureau daselbst, eine vergleichende Zusammenstellung der verschiedenen Behandlungsweisen der wichtigsten Punkte, bei welchen die Erreichung der Gleichförmigkeit den meisten Werth hätte, verfasst und noch vor dem Zusammentritt der Statistiker publicirt würde. Dass eine solche Zusammenstellung gerade auf dem statistischen Bureau in Brüssel unternommen werden möchte, ist aus mehr als einem Grunde wünschenswerth. Nicht nur ist dort das Material zum grossen Theile vorhanden, sondern es ist auch das natürlichste, dass diejenige Stelle von welcher die Anregung zu der Zusammenkunft ausgegangen, für die den Berathungen förderlichen Unterlagen Sorge, endlich spricht dafür namentlich gegenüber von deutschen statistischen Büreaus oder Schriftstellern, sofern solche das nothwendige Material zu Handen hätten, der Umstand, dass eine solche Uebersicht nur wenn sie in französischer Sprache erscheint ihre volle Wirkung wird äussern können. Denn das internationale Ziel, welches die Zusammenkunft erstreben soll, setzt die Theilnahme von Männern aller civilisirten Nationen ¹⁾ voraus, die sich zumeist der französischen Sprache als Mittel der Verständigung werden bedienen müssen.

Wenden wir uns aber jetzt zu dem besondern Gegenstande, der uns vorliegt.

1. Die Stellung des statistischen Büreaus und seiner Beamten.

Das statistische Bureau in Norwegen ist unter dem Namen eines Comptoirs für das allgemeine statistische Tabellenwerk (*Contor for det almindelige statistiske Tabelvaerk*) dem k. Regierungsdepartement für das Innere zugetheilt seit dieses selbst besteht, d. h. seit dem 1. Januar 1846; bis dahin wurde das Tabellenwerk bei dem Finanzministerium verfasst.

Bei demselben sind angestellt ein Comptoir- oder Bureauchef, mit einem jährlichen Gehalt von 504 Sp. Thlr. und dem Rechte bis zur Gleichheit mit den übrigen in den Regierungsdepartements angestellten Bureauchefs an den Gehaltserhöhungen, welche den ältern derselben zustehen, Theil zu nehmen, wodurch seine Besoldung bis auf 900 Sp. Thlr. steigen kann; ausserdem 8 bis 10 Copisten, deren jeder 192 Sp. Thlr. empfängt.

1) Das der Gedanke dieser Versammlung schon über Europa hinaus Anklang gefunden, beweist die Art, wie J. C. G. Kennedy, der Vorstand des Census Office zu Washington sich darüber in seinem Berichte über die letzte amerikanische Volkszählung, der vom 1. Dec. 1851 datirt ist, ausgesprochen hat. A. Soetbeer, (Uebs. v. Mill's politischer Oekonomie II, 517) meint: noch rathsamer als ein solcher Congress dürfte vielleicht eine Conferenz von Regierungsbevollmächtigten sein, die über einen etwa von der belgischen Regierung vorzulegenden Plan zu berathen hätte.

Die Beamten aller Art im Lande, welche Berichte oder Tabellen an das Departement einzusenden haben, bekommen hiefür keine besondere Entschädigung, Reisediäten ausgenommen, wenn sie Reisen machen mussten um die begehrte Auskunft einzuholen.

II. Die Anstalten für die Bevölkerungsstatistik.

A. Die Vornahme der Volkszählung.

Eine allgemeine Volkszählung wird alle 10 Jahre veranstaltet. Die Normen für die beiden letzten Vornahmen für die Jahre 1835 und 1845 sind in den k. Entschliessungen vom 10. Aug. 1835 und 16. Juli 1845 enthalten.

Der vorgeschriebene Zeitpunkt der Aufnahme war im Jahre 1835 der erste Sonntag im Advent oder 29. Nov.; soweit sie nicht an diesem Tage vollendet werden könnte, sollte sie mit möglichster Eile an den folgenden Tagen fortgeführt werden. Für das Jahr 1845 war der erste Werktag nach dem h. Dreikönigsfeste 1846 zum Beginn der Zählung festgesetzt.

Sie wurde beidemal zur Ausführung übertragen: in den Städten den Magistraten mit Hülfe der Steuereinnehmer, auf dem Lande den Pfarrern mit Hülfe der Capellane, Untervögte (*Lensmaend*, Vorsteher eines *Thinglags*) Schulmeister und der sog. Mithelfer ¹⁾ (*Medhjælper*).

Zugleich mit der Anzahl der Bevölkerung hatten die Zählungsbeamten die Grösse der Korn- und Kartoffelerzeugnisse und des Viehstandes zu ermitteln.

Anzahl und Verhältnisse der Personen und Viehstand sollten nach dem Stande vom 29. Nov. 1835, beziehungsweise vom Schluss des Jahres 1845, ohne Rücksicht auf die bis zum Augenblick der wirklichen Zählung vorgekommenen Aenderungen aufgenommen werden.

Die Zählungslisten, einzurichten nach vom Finanz- Handels- und Zolldepartement ausgetheilten Schematen waren sogleich nach Beendigung der Zählung und für 1835 spätestens bis zum 1. Januar 1836, für 1845 spätestens bis Ende Februar 1846 von den Zählungsbeamten unmittelbar an das Ministerium einzusenden. Eine etwas längere Frist war 1835 für Nordlands und Finmarkens Aemter, 1845 nur für Tromsøestift bewilligt; sie betrug für 1835 zwei, für 1845 nur einen Monat mehr.

Mit den speciellen Zählungslisten ²⁾ zugleich, welche vom Magistrat oder Pfarrer durchzugehen, nöthigenfalls zu corrigiren waren, hatten dieselben Uebersichten einzuschicken.

1) Leider haben mich bei dieser und einigen andern Benennungen die mir zugänglichen Hilfsmittel, darunter auch *Laurents Hallager's norsk Ordsamling*, *Kjöbenhavn* 1802 und *Ivar Aasen's Ordbog over det norske Folkesprog*, *Kristiania* 1850 im Stiche gelassen.

2) Eine solche specielle Zählungsliste — ein Uraufnahmeschema — ist mir nicht zu Gesichte gekommen.

Diese enthalten — nach dem neuesten Schema für die Landgemeinden von 1845:

A. auf den innern beiden Seiten eines Bogens in gross Folio,

Col. 1. 2. Name des Hofes oder der Stelle; neue Matrikelnummer derselben.

„ 3. Anzahl der Haushaltungen.

„ 4—31. Volksmenge nach Alter und Geschlecht, und zwar: unter 1 Jahr; von vollendetem 1. bis unter 3 J.; von vollend. 3. bis unter 5 J.; von vollend. 5. bis unter 10 J.; und dann weiter in Rubriken von 10jährigen Perioden bis zum vollend. 100. Jahr und darüber; jede Rubrik mit Unterscheidung von männlich und weiblich.

„ 32. Gesamtanzahl der Bevölkerung.

„ 33—58. Volksmenge eingetheilt nach Stand und Nahrungsweig, und zwar: Beamte; Angestellte; Hofbesitzer, a. Eigenthümer; b. Zinsbauern und Pachter (*Leilaendige og Forpagtere*)¹⁾; Häusler, a. mit Grund und Boden; b. ohne solchen; Rodebauern (*Rydningsmaend*)²⁾; Ausdinger (*Foederaadsfolk*); Pensionäre; Handelsleute; Contoristen; Studirende; Werkbesitzer und Fabrikanten; Handwerker; Schiffer, a. mit Bürgerrecht; b. ohne solches; Seefahrer; Lootsen; Fischer; Fabrikarbeiter; Tagelöhner; Dienstboten, m., w.; bei den Eltern zu Hause befindliche unverheirathete Kinder, m., w.; Personen die zu keiner der angeführten Classen gehören.

„ 59. Gesamtsumme von Col. 33—58.

„ 60—66. Aussaat im verflossenen Jahre an Waizen, Roggen, Gerste, Mischkorn, Hafer, Erbsen, Kartoffeln.

„ 67—72. Viehstand am Tage, auf den die Zählung gestellt ist, und zwar: Pferde, Rindvieh, Ziegen, Schweine, Rennthiere.

„ 73. Anmerkungen.

B. Die obere Hälfte der letzten äusseren Seite des Grossfoliobogens enthält die Ehestands-, Armuths- und Gesundheitsstatistik der Bevölkerung in Beziehung auf das Alter folgendermaassen:

Col. 1. Alter. Diese Columnne ist wagrecht in 15 Abschnitte getheilt, von welchen die ersten 14 den Alterscolumnnen 4—31 der voranstehenden Tabelle entsprechen, der 15. „Zusammen“ betitelt ist, so dass also die Altersunterschiede von unter 1 J., vollend. 1. Jahr bis unter 3 J. u. s. w. für die Rubriken aller folgenden Columnnen zur Beachtung kommen.

„ 2—5. Ehestand: Verheirathete, m., w.; Wittwer, Wittwen.

„ 6—9. Arme welche von der öffentlichen Armenpflege und dazu

1) Ueber die Grundbesitzverhältnisse in Norwegen siehe G. P. Blom, das Königreich Norwegen, statistisch beschrieben. Leipzig, 1843. I. 143 ff.

2) Neubruchansiedler?

gehörigen milden Stiftungen mit Unterstützung versorgt werden und zwar: ganz, m., w.; zum Theil, m., w.

Col. 10—15. **Geistes kranke**: Rasende, oder solche welche an einer langwierigen allgemeinen Verstandesverwirrung mit Heftigkeit, Zorn und Raserei verbunden leiden, m., w.; Blödsinnige, oder solche welche an allgemeiner Schwäche oder mangelhafter Entwicklung der Verstandeskkräfte leiden, und zwar: seit der Geburt, m., w.; von späterer Zeit an, m., w.

„ 16—19. **Aussätzige** (*Spedalske*): verheirathete, m., w.: unverheirathete, m., w.

„ 20, 21. **Taubstumme**, m., w.

„ 22, 23. **Blinde**, d. h. entweder solche die nichts sehen können, oder die nur so viel sehen dass sie gehen können¹⁾, oder die keine Arbeiten auszuführen vermögen, wozu Sehen erforderlich ist, m., w.

„ 24. **Anmerkungen**.

C. Die zweite untere Hälfte dieser letzten Seite des Bogens ist zur Beantwortung von drei darauf gedruckten Fragen bestimmt, nämlich:

1) Wie viel Fläche beträgt das in den letzten 5 Jahren urbar gemachte Land?

2) Wie vielfältig kann man in einem durchschnittlich guten Jahr das Erzeugniss im Verhältniss zu umstehender Aussaat annehmen, bei Weizen, Roggen, Gerste, Mischkorn, Hafer, Erbsen, Kartoffeln.

3) Wie alt waren die Aussätzigen als die Krankheit anfang?

Zu diesem Schema werden in den Circularen, durch welche die Volkszählung für die Städte von 1835 und für das Land von 1845 ausgeschrieben wurden, folgende Erläuterungen gegeben, die soweit sie dem ersten entnommen sind, von mir mit einem * bezeichnet werden²⁾.

* Es ist nicht nöthig dass die Häuser in den Städten in der Reihenfolge ihrer Matrikelnummern aufgenommen werden, wenn nur Sorge getragen wird, dass keine Nummer ausfalle. (Da nur die bewohnten Häuser in die Liste aufgenommen werden, so kann man daraus die Zahl der Häuser überhaupt nicht ermitteln.)

Für das Land wurden den Zählungsbeamten gedruckte Matrikeln der Höfe jeder Pfarrei übersandt (die freilich 1845 nur die bis 1828 entstandenen enthielten). Alle in der Steuermatrikel besonders angeschlagenen Ansiedelungen (*Brug*) werden einzeln aufgeführt, Häuserstellen, die nicht besonders besteuert sind, werden mit dem Hof zu dem sie gehören zusammengeworfen und sind nicht namentlich anzuführen. Gewerbsanlagen oder Stellen auf Allmanden oder in Waldstrecken, die als ein Ganzes mit Steuer belegt sind, werden einzeln jede

1) ? „*eller som kun have Gangsyn*“ sagt das norwegische Original — aber das Wort *Gangsyn* findet sich weder in dänischen, noch in Hallagers und Ivar Aasens Wörterbüchern. Ein englischer Berichterstatter (im Journal of the Statist. Society of London, XV. (1852), 253) übersetzt: *had only partial vision*.

2) Ein Stadtcircular von 1845 und ein für das Land bestimmtes von 1835 sind mir nicht zugekommen.

mit ihrem Namen und mit Hinweisung auf die Matricularnummer der Allmand oder Waldung aufgenommen.

* Bestehen die Städte aus mehreren Theilen mit besondern Namen oder mehrern Kirchspielen, oder haben sie besondere zu ihrer Jurisdiction gehörige Vorstädte oder ähnliche Abtheilungen, deren Volkszahl für sich zu wissen nützlich sein kann, so soll man jeden solchen Theil, Kirchspiel, Vorstadt oder Abtheilung mit besonderer Ueberschrift und Summirung in die Listen aufnehmen.

Auf dem Lande wird jedes Kirchspiel in der Pfarrei für sich mit besonderer Uebersicht und Summirung aufgeführt. Wenn das Kirchspiel in verschiedene Bezirke (Untervogteien, *Thinglag*) gehört, so sind die in den einen und den andern dieser Bezirke gehörigen Höfe abgesondert in verschiedene Listen zu verzeichnen. Ist im Kirchspiel irgend eine Strandbewohnerstelle (*Strandsiddersted*), ein Bergwerk oder eine bedeutende Fabrik oder eine der grösseren Sägemühlen oder überhaupt ein Ort, wo mehrere Familien zusammenwohnen, so sollen diese besonders, mit Angabe der Anzahl der Wohnhäuser, unmittelbar hinter dem Hof auf dessen Grund sie liegen, angeführt werden.

Gehören zum Kirchspiel irgend welche Ladeplätze (*Ladesteder*) oder eine Vorstadt einer *Kjøbstad* (eigentliche Städte) oder eine Masse von Häusern, die als eine Vorstadt angesehen werden können, obschon sie nicht im Besitze eines besondern Handelsrechts sind, so kommen diese nicht in die Kirchspielsliste, sondern auf ein eignes Blatt mit besonderer Angabe der Wohnhäuser nach den Nummern, wo es solche gibt.

Da die ganze Volksmenge auch unter die zweite Hauptrubrik: Stand und Nahrungszweig classificirt werden soll, und da die Totalsumme dieser Hauptrubrik mit der Gesamtsumme der ersten Hauptrubrik nach Alter und Geschlecht stimmen muss, so ist Sorge zu tragen, dass Niemand doppelt gezählt wird, wie Viele auch da sein mögen, welche auf Grund verschiedener Stellungen die sie einnehmen, oder weil sie verschiedene Erwerbszweige treiben in mehreren der genannten Rubriken aufgeführt werden könnten. Alle solche Personen sind nur in derjenigen Rubrik aufzuführen, wohin sie nach ihrer Hauptstellung oder ihrem Haupterwerbszweig gerechnet werden können, wobei jedoch Beamte, Angestellte und Pensionäre die zugleich Grundbesitzer sind, immer in die Rubrik der Beamten, Angestellten und Pensionäre gestellt werden sollen.

Jedermann wird zu derjenigen Familie gerechnet, bei welcher er seinen ständigen Aufenthalt hat. Hat Jemand sein Nachtlager regelmässig an einem Orte, sein Geschäft in einem andern, wie z. B. Contoristen, Handwerker, Fabrikarbeiter, Soldaten, so wird er zu dem Hause gerechnet, wo sein Nachtlager ist. Jeder nur zeitweilig Abwesende, z. B. der zur See oder zu Lande, innerhalb oder ausserhalb des Reichs auf Reisen ist, wird zu der Familie gerechnet, von welcher er ausgereist ist und zu welcher er sich selbst zählt. Wer sich vorübergehend an einem Orte aufhält, z. B. ein

Reisender wird hier nicht mitgerechnet, sondern wenn er seine Heimath im Reiche hat, wird er in dieser gezählt. Es wird also Niemand in die Liste aufgenommen, er hätte denn in der Stadt oder dem Kirchspiel seinen festen Aufenthalt. (Folglich werden nichtnorwegische Reisende gar nicht gezählt.)

* Ueber Soldaten, die ihr Nachtlager nicht unter der Civiljurisdiction haben, sondern in den bei den Städten liegenden Festungen oder ihren Casernen liegen, ist die nöthige Auskunft bei den betreffenden Commandantschaften einzuholen; ebenso hinsichtlich der zur Zwangsarbeit auf den Festungen verurtheilten Gefangenen (*Slaver* ¹⁾).

In dem Theile des Reichs, in welchem die Bevölkerung ausser aus Normännern auch aus Quänen (Finnen) oder Lappen besteht, ist jede dieser Völkerschaften besonders zu zählen, damit man erfahre, in welchem Verhältniss die Anzahl eines jeden dieser Stämme zu der Gesamtzahl der Bevölkerung steht.

Unter die Rubrik „Beamte“ (*Embedsmaend*) gehören nur solche, welche unmittelbar vom Könige bestellt sind; unter „Angestellte“ (*Bestillingsmaend*) solche, welche entweder von einer Regierungsbehörde (*af det Offentlige*) oder von den betreffenden Communen angestellt sind, ohne zur Beamtenklasse gerechnet werden zu können, wie Lootsenälterleute, Unterzollbediente, Untervögte (*Lensmaend*), Kirchensänger, Organisten, Schullehrer, Hebammen; wogegen die eigentlichen *Ombudsmaend*, d. h. welche Functionen haben, die dem Staatsbürger zufolge einer Wahl oder der Reihe nach obliegen und nach einer gewissen Zeit aufhören, wie z. B. die Vormänner und Repräsentanten ²⁾, die Vergleichscommissäre, die Mithelfer, die Wegsteuereinnahmer u. s. f. bei dem bürgerlichen Gewerbe, das sie betreiben, oder demjenigen Berufe, dem sie sonst angehören, eingerechnet werden.

* Die vom König angestellten Lehrer, sowohl an den gelehrten als an den Bürger- und Militärschulen sind, wenn sie keine militärische Charge haben, unter den geistlichen Beamten begriffen.

* Charakterisirte Personen werden aufgeführt, wohin sie ihrem Nahrungszweig nach gehören, z. B. als Fabrikanten, Kaufleute.

* Wittwen, welche nach ihres Mannes Tode dessen Geschäft fortführen, werden mit unter denjenigen aufgeführt, welche das betreffende Gewerbe treiben.

* Personen, welche in Beziehung auf mehrere, in verschiedenen Rubriken aufgeführte Nahrungszweige, Bürgerrecht besitzen müssen, sind in jede dieser Rubriken einzutragen ³⁾.

Wenn ein Landbauer, was oft der Fall sein kann, sowohl Eigenthümer als Zinsbauer und Pächter ist, so ist er entweder als Eigenthümer oder als

1) Blom II, 16.

2) Siehe unten S. 705, Anmerkung 1.

3) Diese Bestimmung von 1835 führt zu einer Doppelzählung, wenn dabei nicht, wie in einem ähnlichen Falle 1845, nicht aber in diesem, vorgeschrieben ist, in der Rubrik der Bemerkungen angegeben wird, in wie weit ein solcher doppelter Eintrag stattgefunden hat.

Zinsbauer und Pächter aufzuführen, je nachdem der eine oder der andere Besitz der bedeutendere ist und wenn zwei oder mehrere in Gemeinschaft Land bauen ¹⁾, sind beide aufzunehmen. Uebrigens sind auch Wittwen und ledige Frauenzimmer, die einen Hof oder eine Stelle haben, unter der Rubrik der Eigenthümer oder Pächter oder Häusler aufzuführen, obwohl sie weiblichen Geschlechts sind.

Zu den Pensionären sind die Wittwen nicht zu rechnen, welche eine Pension aus der allgemeinen Wittwencasse ²⁾ geniessen.

Unter Ausdingern sind solche verstanden, welche ihr Besitzthum auf Andre übertragen haben und dafür lebenslänglich eine jährliche Entschädigung empfangen ³⁾.

Zu den „Handelsleuten“ gehören Schiffsrheder und solche, welche von der Behörde ermächtigt sind, Handel zu treiben, nicht aber Bauern, die zufolge des Gesetzes vom 8. Aug. 1842 Handel treiben, oder handelsberechtigte Bergwerks- und Grubenbesitzer.

Contoristen sind auf jeder Art von Schreibstuben beschäftigte, sei es bei Beamten, Angestellten oder Geschäftsleuten.

Fischer heissen blos diejenigen, deren hauptsächlicher Nahrungszweig die Fischerei ist, und nicht die solche nur als Nebengeschäft treiben, aber Bauern, Häusler, Seefahrer, Lootsen u. dgl. sind. Daraus folgt, dass nur die eigentlichen Fischer und nicht die zu ihrer Familie gehörigen Personen in diese Rubrik aufgenommen werden.

* Förmlich geschiedene Verheirathete werden als Wittwer und Wittwen gerechnet, die nur von Tisch und Bett geschiedenen als Verehelichte.

* Die bei Eltern, welche Armenunterstützung geniessen, zu Hause befindlichen Kinder werden in die Rubrik: „Arme, welche zum Theil von der Armenpflege unterstützt werden,“ aufgenommen.

In den auf der letzten Seite des Schemas enthaltenen Rubriken kann ein und dieselbe Person mehrfach vorkommen; — so kann z. B. ein Aussätziger, der von der Armenpflege erhalten wird, zugleich geisteskrank, taubstumm oder blind sein, und ist dann in alle diese Rubriken einzutragen.

* Sofern die Taubstummen zugleich Blödsinnige sind, werden sie auch bei diesen aufgeführt — aber die Anzahl der Fälle, in welchen diese doppelte Zählung der Taubstummen vorkommt, wird in der Rubrik der Anmerkungen angegeben.

* In denjenigen Gegenden, wo im laufenden Jahre eine schlechte Heuernte die Verminderung des Viehstandes zur Folge gehabt hat, ist der sonst gewöhnliche Viehstand mit kleineren Zahlzeichen unter dem wirklichen Bestand zu vermerken. Füllen, Kälber, Lämmer werden nicht mitgezählt.

Besonders wird den Geistlichen empfohlen, die Furcht, wo sie sich

1) Blom I, 142, 143.

2) Blom II, 19.

3) Solche kommen in Norwegen unter den verschiedensten Benennungen vor: *Föder-aadsfolk*, *Kuarkfolk*, *Vilkuarsfolk*, *Livörefolk*, *Folkemaend*.

zeige, dass das Verlangen der Angaben über Aussaat, Ernte und Viehstand nichts als eine höhere Besteuerung im Auge habe ¹⁾, mit der Auseinandersetzung zu beseitigen, wie diese Auskunft nur wegen ihrer Wichtigkeit in statistischer Hinsicht verlangt werde.

Zwei andere Circuläre vom Oct. und Nov. 1845 enthalten noch besondere Belehrung über das Verfahren bei den Finnen und Lappen und bei den Zigeunern und Landstreichern.

Was jene Völkerstämme betrifft, so war man zu der Einsicht gelangt, dass es interessant sein würde, auch über folgende Punkte Auskunft zu erhalten:

- 1) Ob die Anzahl der Lappen, Finnen und Quänen ²⁾ als zunehmend, abnehmend oder stillstehend angesehen werden kann?
- 2) ob im Falle der Zunahme die Vermehrung eine Folge von Einwanderungen aus Schweden und Russland ist, und wenn so, wann diese Einwanderung stattgefunden hat?
- 3) ob ihre eigene Muttersprache im Hause auch von denjenigen Lappen und Finnen gesprochen wird, welche sich norwegisch ausdrücken können und norwegisch gekleidet gehen, und was die Quänen (Finnen und Finnländer) angeht, ob sie alle der norwegischen Sprache kundig sind;
- 4) in Betreff der Nomaden: ob und zu welchen Zeiten sie sich auf schwedischem und russischem Gebiet aufhalten;

und was sonst etwa den Geistlichen noch wichtig und interessant vorkommen sollte.

Ueber die Zigeuner und Landstreicher eine besondere Auskunft zu verlangen, gab theils die Klage über ihre Zunahme, theils der Umstand Anlass, dass sie sonst nach dem Wortlaut der Instruction vom 30. Aug. vielleicht gar nicht gezählt worden wären, da die Zählung ja nur solche umfassen sollte, die einen festen Aufenthalt im Lande haben. Es wird daher nachträglich den Geistlichen angemuthet, bei der Volkszählung Auskunft über alle solche Leute in ihren Sprengeln einzuziehen, namentlich:

über ihre Anzahl; wie viele Männer und Weiber;

woraus jede Bande besteht;

ihr Alter;

wie lange sie herumgestreift sind;

wo sie im Allgemeinen ihren Aufenthalt haben;

um wie viel man annimmt, dass die einzelnen Banden und die Banden zusammengenommen in den letzten 10 Jahren sich vermehrt oder vermindert haben;

1) Vgl. Blom, I, 131, der wegen dieser Furcht den Angaben der Bauern über die Production misstraut, und sich lieber an die Schätzungen der Matriculirungscommission hält, die auf Messungen von Normalhöfen und auf Berechnungen nach angenommenen Proportionalzahlen beruhen.

2) Vgl. L. v. Buch Reise durch Norwegen und Lappland. Berlin 1830. II, 13 ff.

in welchem Verhältniss die Mitglieder jeder Bande zu einander, die verschiedenen Banden selbst unter einander stehen;
und was sonst noch zur Kunde ihrer gegenwärtigen physischen und moralischen Verhältnisse dienen kann ¹⁾).

B. Die Listen über die Trauungen, Geburten und Todesfälle

vom 1. Januar — 31. December eines jeden Jahres werden von allen Pfarrern an die Bischöfe nach einem gleichen Schema eingesandt, welches 2 grössere Tabellen und 2 Fragenreihen, wovon eine mit einer kleinern Tabelle begleitet ist, auf 2 Seiten eines grossen Bogens zusammenfasst.

Dasselbe hat folgende Rubriken:

Vorderseite. T a b e l l e I.

- Col. 1. Kirchspiele: Hauptkirchspiel und Annexe.
 „ 2. Getraute Paare.
 „ 3—9. Geborene: eheliche, uneheliche, Summe, je mit Unterscheidung des Geschlechtes; Gesamtzahl.
 „ 10, 11. Todtgeborne, m., w. Dieselben werden nur in dieser Rubrik aufgeführt, ohne unter den übrigen Geborenen oder Gestorbenen mitangegeben oder mit ihnen summiert zu werden.
 „ 12—42. Gestorbene, nach Alter und Geschlecht; mit den nämlichen Altersrubriken, die bei der Volkszählung üblich sind, also unter 1 J.; zwischen 1 u. 3, 3 u. 5, 5 u. 10, und dann in 10jährigen Perioden weiter bis Col. 38, 39, welche die über 100 Jahr alten mit Angabe der Zahl der Jahre, die 100 übersteigt, enthalten; 40, 41 Summe mit Unterschied des Geschlechtes; 42 Gesamtzahl. — „Gestorbene“ wird gleichbedeutend mit „Begrabene“ genommen, ausgenommen den unten in der Fragenreihe bei 10 erwähnten Fall.
 „ 43, 44. Ueberschuss der Geborenen; der Gestorbenen.
 „ 45. Anmerkungen.

F r a g e n r e i h e I.

- 1) Wie viele Ehen wurden in jedem Monat eingegangen?
- 2) Wie viele Todesfälle kamen in jedem Monat vor? Die Summen müssen mit den betreffenden Summen der Tab. I. stimmen, da auch hier Begräbnisse gemeint sind.
- 3) Von welchem Alter waren die Getrauten und wie viele Ehen wurden eingegangen zwischen
 - a) Junggesellen und Wittwen,
 - b) Wittvern und Jungfrauen,
 - c) Wittvern und Wittwen,
 - d) Junggesellen und Jungfrauen.

Zu Beantwortung dieser Fragen 1—3 dient eine combinirte kleine Tabelle mit Monatsrubriken, und mit folgenden Jahresabschnitten: unter 20 J.;

¹⁾ Die Kosten der letzten Volkszählung haben sich auf 1426 Sp. Thlr. belaufen.

zwischen 20 u. 25 J.; 25—30; 30—35; 35—40; 40—45; 45—50, über 50 J.; so wie mit Geschlechts- und Summenrubriken: in 13 Columnen mit 2 Eintragslinien für Fr. 1 u. 2, und in 19 Col. mit 4 Eintragslinien für 3, a—d, so dass die Eintragslinien je an die betreffende Frage gereiht sind.

- 4) Wie viele Paar Zwillinge, Geburten von Drillingen oder Vierlingen waren unter den Geborenen?
- 5) Wie viele uneheliche waren unter den Todtgeborenen?
- 6) Gab es Missgeburten, wie viele und welche?
- 7) Wie viele unter den Gestorbenen waren uneheliche Kinder a) unter 1 Jahr alt? b) zwischen 1 und 3 Jahren? c) zwischen 3 und 5 Jahren? d) zwischen 5 und 10 Jahren?
- 8) Wie viele Kinder sind im Laufe des Jahres als kuhpockengeimpft angemeldet worden?
- 9) Ist jemand im Wochenbett gestorben; wie viele, wie alt und von welchem Stande?
- 10) Wie viele Personen von jedem Geschlecht sind durch Unglücksfälle umgekommen und durch welche? Personen, von welchen ein solcher Tod gewiss ist, sind auch dann hier einzutragen, wenn ihr Leichnam nicht hat wieder gefunden und beerdigt werden können.
- 11) Sind Kinder von ihren Müttern getödtet worden? wie viele und von welchem Stand waren die Eltern?
- 12) Waren unter diesen Kindern uneheliche und wie viele?
- 13) Hat Jemand sich selbst das Leben genommen? wie viele, von welchem Geschlecht, auf welche Art, und zu welcher Zeit des Jahres?
- 14) Kennt man die Beweggründe zum Selbstmord? und wenn man sie kennt, welche waren es in den einzelnen Fällen?
- 15) Gab es durch Todtschlag oder Mord Umgekommene, und wie viele?

Rückseite. Tabelle II.

Von den Todten sind als Aussätzige (*Spedalske*) oder nachdem sie aussätzig gewesen, gestorben:

- Col. 1. Name des Kirchspiels; Hauptkirchspiel, Annex;
 „ 2—32. im Alter von unter 1 J., m., w.; — zwischen 1—3 J. m., w.
 u. s. w. ganz wie bei Tabelle I, Col. 12—42.

Fragenreihe II.

- 1) Von welchem Stande waren die verstorbenen Aussätzigen?
- 2) Wie lange hatte die Krankheit gedauert?
- 3) Kennt man ihren Ursprung?

III. Die Thätigkeit des statistischen Bureaus für die Erhebung und Zusammenstellung anderer statistischen Daten.

Das Comptoir für das allgemeine Tabellenwerk trägt zusammen:

A. eine Reihe von jährlichen Handels- und Schiffahrtstabellen.

- 1) Eine Tabelle über die vom Auslande eingeführten Waaren;
- 2) " " " " nach dem Auslande ausgeführten norweg. Waaren;
- 3) " " " " wieder nach dem Auslande ausgeführten nicht norweg. Waaren.

Die zu Abfassung dieser Listen nöthigen Daten werden für jeden Monat von sämtlichen Zollkammern des Landes innerhalb der ersten 14 Tage des folgenden Monats eingeschickt. Die gedruckten Schemata, deren sie sich dazu bedienen, sendet man ihnen zu. Für die Länder, aus welchen die Einfuhr kommt, oder nach welchen die Ausfuhr oder Wiederausfuhr geht, sind in denselben 12 Columnen enthalten, deren leer gelassene Köpfe je nach den Ländern, aus welchen bei jeder Zollstätte die Einfuhr oder Ausfuhr stattfindet, in einer vorgeschriebenen Ordnung der Länder mit Uebergang derjenigen, aus welchen nichts ankam, oder nach welchen nichts ausging, auszufüllen sind. Reichen die 12 Columnen nicht aus, so ist Papier anzuhäften. Ob die Ein- und Ausfuhr see- oder landwärts geschehen, wird nur ausnahmsweise unterschieden.

Zu 1. Das Schema für den Monatsbericht über die vom Auslande eingeführten Waaren umfasst 22 Querfolioseiten. Die erste Seite enthält ausser dem Titel die Instruction. In dasselbe sind einzutragen alle Waaren, welche im Laufe des Monats

a) verzollt worden sind, ohne vorher an einem Orte des Reiches in *Credit-Oplag*, d. h. im Entrepôt fictif mit Zollstundung ¹⁾ gelegen zu sein; sodann

b) welche zum *Credit-Oplag* angegeben sind, ohne vorher an einem Orte des Reiches in solchem Entrepôt gelegen zu sein;

c) welche verzollt oder zum *Credit-Oplag* angegeben sind, entweder von der Zollstätte eigenen oder von aus anderen Zollstätten dahin gebrachten *Transit-Oplags*-Waaren, d. h. solchen, die in Entrepôt réel, sei es in den Magazinen des Zollamtes oder in Privatmagazinen unter Königsschloss und Siegel gelegen haben; endlich

d) welche vom Ausland zollfrei eingehen.

Es sind also diejenigen Waaren in das Schema nicht mit aufzunehmen, welche aus einem *Credit-Oplag* verzollt werden, welche von einem *Credit-Oplag* in's andere eingehen, oder welche zum *Transit-Oplag* angegeben werden.

Die Waarengattungen sind alphabetisch in 518 benannten Rubriken in dem Formular aufgezählt und für etwa nicht benannte ist freier Platz am Schlusse gelassen ¹⁾.

Ebendasselbst ist anzugeben, wie viele von den aufgeführten Waaren durch Strandung oder Havarie oder andere Unglücksfälle eingegangen sind, mit Bezeichnung des Ortes, woher sie kommen, sofern er bekannt ist ²⁾.

1) Vgl. über das Nähere des norwegischen Zollniederlagewesens: *M'Culloch's Dictionary of Commerce* etc. in der deutschen Bearbeitung: *Handbuch für Kaufleute u. s. w.* Supplementband von L. R. Schmidt. Stuttg. u. Tübingen 1837, Art. Christiania, S. 241.

2) Die Eintragsbücher für die Einfuhr an den Zollstätten bestehen aus 42 Bogen und enthalten in klein Folio 973 benannte Waarencolumnen und 29 unbenannte.

Zu 2. Hier enthält, abgesehen von Titel und der Anweisung zum Verfahren auf demselben, das Schema bloß 94 Rubriken benannter norwegischer Waaren auf 2 Querfolioseiten und eine leere 4te Seite zum Einschreiben etwa vorkommender weiterer einheimischer Waaren.

Zu 3. Enthält nur 1 Seite, ohne den Titel mit der Anweisung, zum Ausfüllen, und darauf keine benannten Rubriken, sondern nur 54 leere Linien.

Die aus den Monatstabellen der Zollstätten zusammenzustellenden Generaltabellen über Ein- und Ausfuhr werden mittelst Schematen für jeden ein- oder ausgeführten Artikel gefertigt, in welchen Col. 1 die Namen der 39 Zollstätten vor ebensoviel Queerabschnitten und darunter eine Summirungslinie enthält, Col. 2—18 aber für die Länder bestimmt sind, in welche oder aus welchen bei jeder Zollstätte die betreffende Waare in den einzutragenden Quantitäten ein- oder ausgeführt worden ist, Col. 19 endlich die Summirungscolumne für jede Zollstätte ist.

4) Eine Tabelle über die von und nach dem Auslande ein- und ausclarirten norwegischen und nicht norwegischen Schiffe.

Die zu ihrer Abfassung erforderliche Auskunft wird durch ein Schema mit folgenden Columnenüberschriften gewonnen: 1. Nr. im Zollbuch. 2. Namen der Schiffer. 3. Name und Commerzlastengehalt der Fahrzeuge²⁾. 4. Heimath. 5. Woher einclarirt oder wohin ausclarirt. 6. Worin die Ladung bestanden hat.

In diese Rubriken sind besonders einzutragen

- (1) die eingehenden (a) norwegischen, (b) ausländischen;
- (2) die ausgehenden (a) norwegischen, (b) ausländischen Schiffe; einzeln und summiert.

Die Tabelle ist eine Monatstabelle wie die Tab. 1—3.

5) Ueber sämmtliche in den norwegisch-schwedischen Consulatbezirken im Auslande angekommene und aus denselben abgegangene norwegische Schiffe werden jährliche Listen an das Departement von allen im Ausland bestallten Consuln eingesendet. Diese Listen haben folgende Rubrikenköpfe: 1. Name und Gattung des Schiffes. 2. Name des Schiffers. 3. Zeit der Ankunft oder Abfahrt des Schiffs. 4. Anzahl. 5. Lastengehalt. 6. Mit Ladung: Inhalt der Ladung. 7. Werth der Ladung. 8. Mit Ballast: Anzahl; 9. desgl. Lastengehalt. 10. Anmerkungen. In diese Rubriken werden eingetragen:

- (1) Beim Schluss des vorangegangenen Jahrs im Hafen liegende Schiffe;
- (2) Angekommene (a) aus Norwegen, (b) aus ausländ. Plätzen;
- (3) Abgegangene (a) nach Norwegen, (b) nach ausländ. Plätzen;
- (4) Verkaufte Schiffe;
- (5) Verunglückte Schiffe;

1) Blom II, 267: Man hat kein Mittel, den genauen Belauf der Totaleinfuhr zu berechnen, da die Zölle nicht nach einem bestimmten Procent des Werthes, sondern bald nach Tonnenmaass, bald nach Gewicht, bald nach Stücken, bald nach dem Werth geregelt sind.

2) Blom II, 247. Die Commerzlast wird zu 5200 Pfund gerechnet.

(6) Beim Schluss des Jahres im Hafen liegende Schiffe; alles diess einzeln und je summirt.

Die Instruction für die Consuln vom 20. Dec. 1830, §. 7 enthält die Auflage der Einsendung dieser Tabellen. Die gegebenen Schemata geben übrigens ebenfalls im Allgemeinen den hieher gehörigen Inhalt der Instruction an, welcher aus ihnen, soweit es nöthig schien, hier aufgenommen ist.

6) Eine Tabelle über alle in Schweden angekommenen und dort abgegangenen norwegischen Schiffe, zusammengetragen nach jährlich von dem schwedischen Commerzcollegium mitgetheilten Angaben.

7) Eine Tabelle über die norwegische Handelsflotte, welche aus den von den Zollkammern an das Revisionsdepartement eingesandten Zollbüchern, so wie aus den von den Amtleuten des Reichs einkommenden Verzeichnissen über die in den Landdistricten nach Hause gehörenden Schiffe gezogen wird.

B. Eine Reihe von Tabellen über Communalangelegenheiten ¹⁾.

1) Eine Tabelle über die Ausgaben der Amtscommunen, abgefasst nach den von den Amtleuten jährlich eingesandten Berichten.

2) Erst vor 2 Jahren ist durch k. Entschliessung vom 10. Decbr. 1850 den betreffenden Beamten (*Embeds-, Bestillings- eller Ombudsmaend*) auferlegt worden über folgende Communalverhältnisse alljährlich Berichte an das Departement des Innern einzusenden.

a) Ueber das Armenwesen nach 3 Schematen: für Landdistricte; für Städte (*Kjøbstaeder og Ladesteder*); und für einzelne Etablissements (*Værker eller Brug*, wie Bergwerke, Mühlen u. dgl.), sofern diese ein eigenes Armenwesen haben.

Schema Nr. 1, für die Landarmenbezirke, ein gewöhnlicher Bogen in Folio.

(A) Anzahl der Personen, welche im Laufe des Jahres von der öffentlichen Armenflage (1) ganz; (2) zum Theil versorgt worden sind.

(B) Anzahl der Armen, welche im Laufe des Jahres (1) durch unmittelbare Verpflegung im Armenbezirk (*ved Laegd*); oder (2) durch Veraccordirung ihres Unterhalts (*Bortaccordering* ²⁾); oder (3) auf andere Weise versorgt oder unterstützt worden sind.

Anmerkung 1. Es ist besonders anzugeben, auf welche andere Art diess im dritten Falle geschehen.

Anmerkung 2. Wie gross ist im letzten Jahre die Anzahl der arbeitsfähigen erwachsenen Personen gewesen, die entweder aus zurechenbarer

¹⁾ Blom II, 13, 21 gibt Auskunft über die jetzige Einrichtung der Communen nach dem Gesetze vom 14. Januar 1837. Die Communalangelegenheiten der Gemeindebezirke (*Formandskaberne*) welche in der Regel mit den Kirchspielen zusammenfallen, besorgt eine Anzahl Vormänner (*Formaend*), in wichtigen Fällen mit einer 3fachen Anzahl Repräsentanten, unter Bestätigung des Amtmanns; der gewählte Sprecher jeder solchen Gemeinde bildet mit den Vögten des Amtes und dem Amtmann die jährliche Amtsversammlung für die Communalangelegenheiten des Amtes.

²⁾ Blom II, 17 spricht nur sehr kurz von dem Armenwesen und gibt nichts Genaues über diese *Laegdforsørgelse* und *Bortaccordering*.

Ursache, wie Unsittlichkeit, Arbeitsscheu und leichtsinniges Heirathen, oder aus Mangel an Arbeit sich die Nothdurft nicht haben erwerben wollen oder können und welchen daher die Armenpflege unmittelbar oder mittelbar Unterstützung zu Versorgung ihrer Kinder gereicht hat.

Ausserdem wird folgende — finanzielle — Auskunft verlangt:

(1) Welchen Beitrag in Geld — den Beitrag der Dienstboten eingerechnet — erhielt die öffentliche Armenpflege des Districts durch Umlage im verflossenen Rechenschaftsjahr?

(2) welchen in Korn, Mehl und andern Waaren?

(3) wie hoch kann man diesen letzten an Geld anschlagen?

(4) wie gross war die Einnahme der Armenpflege vom Verkauf und Ausschank von Branntwein?

(5) wie hoch lassen sich durchschnittlich die mit der *Laegd*-Versorgung verbundenen Leistungen auf den Kopf der im letzten Jahre so versorgten Personen in Geld berechnen?

(6) zu welchem Geldwerth kann man die *Laegd*-Versorgung im Ganzen für eben dieses Jahr ansetzen?

(7) Einzelangaben der übrigen Einnahmen der Armenpflege im Rechenschaftsjahr?

[7 b] Summe aller Einnahmen der Armenpflege.

(8) Wie viel fällt von den [sämmlichen] Beiträgen zur Armenpflege

(a) auf die Dienstboten und nach welchen Regeln ist dieser Beitrag festgesetzt?

(b) im Uebrigen auf Vermögen und Erwerb (*Formue og Naering*) und zwar: an Geld; an Naturalleistungen und ihrem Geldwerth. Summe.

(c) auf Immobilien (*paa faste Eiendomme*), an Geld; an *Laegd*-Versorgung in ihrem Geldwerth; an anderen Naturalprästationen in ihrem Geldwerth; Summe.

(9) Soweit die *Laegd*-Versorgung nicht ausschliesslich auf das unbewegliche Eigenthum gelegt ist, wird Aufklärung darüber verlangt wie man es damit hält.

Schema Nr. 2. für die Städte; von gleicher Grösse.

(A) wie bei Schema Nr. 1.

(B) Anzahl der Armen, welche (1) mit Veraccordirung ihres Unterhalts; (2) mit Arbeit im Armenarbeitsause; (3) mit zugetheilte Unterstüttung in ihrer eignen Wohnung; (4) auf andere Art versorgt oder unterstüttet werden.

Anm. Es soll näher angegeben werden, welche Weise unter (4) verstanden ist.

Ausserdem ist zu bemerken:

(1) Wie hoch beläuft sich die Umlage für das öffentliche Armenwesen der Stadt im verflossenen Rechnungsjahr?

(2) Wie gross war die Einnahme des Armenwesens vom Verkauf und Ausschank des Branntweins?

(3) Uebrige Einnahmen des Armenwesens, jede besonders.

(4) Nach welchen Grundsätzen wurde die Armensteuer (*Fattigskatten*) für das letzte Rechnungsjahr umgelegt? wobei man namentlich wissen will, ein wie grosser Theil auf das Vermögen, ein wie grosser auf Erwerb und Einkommen (*Naering og Indkomst*) gelegt; in wiefern ein grösseres Vermögen oder Einkommen mit einer verhältnissmässig höheren Steuer angelegt und im Bejahungsfalle in welcher Progression die Steuer berechnet ward?

(5) = Anm. 2 v. Schema Nr. 1.

Schema Nr. 3; für einzelne Etablissements; ein halber Bogen.

(A) = (A) von Schema Nr. 1. u. 2.

(B) Anzahl der im Laufe des Jahres (1) mit Veraccordirung ihres Unterhalts; (2) mit in der eignen Wohnung zugetheilte Unterstützung; (3) auf andere Art unterstützten oder versorgten Armen;

Anm. 1. mit näherer Angabe des andern Art der Unterstützung zu 3.

Anm. 2. = Anm. 2. von Schema Nr. 1.

Ferner will man wissen:

(1) Wie hoch beläuft sich der Zuschuss des Eigenthümers (*Vaerkseier*) in Geld?

(2) Der Armenpflege übrige Einnahme in Geld, — specificirt.

(3) Wie gross ist der Beitrag zum Armenwesen in Korn, Mehl und andern Waaren?

(4) Einen wie grossen Antheil davon steuert der Etablissementseigenthümer bei — und wie viel läuft auf andere Weise ein?

(5) Zu welchem Geldwerth kann man diese Naturalleistungen anschlagen?

b) Auszüge aus den Gemeinderechnungen der Städte, welche besondere Communen ausmachen.

Schema Nr. 4; ein halber Bogen in Folio.

(A). Einnahme.

Umgelegte Steuern: auf Immobilien; auf Erwerb und Einkommen; Antheil an der Abgabe vom Verkauf und Ausschank von Branntwein; Renten von ausstehenden Capitalien und anderes Einkommen aus Eigenthum und Activen der Stadt; übrige Einnahmen, specificirt; Summe der Einnahmen.

(B). Ausgabe.

Wächterwesen; Pflaster-, Brücken- und Strassenwesen; Strassenbeleuchtung; Wasserwerk; Brandwesen; Deliquentenwesen und Polizei; Schulwesen; die Gemeindeverwaltung angehende Ausgaben: bei welchen Rubriken allen die Besoldungen oder Belohnungen der betreffenden Beamten, soweit sie aus der Gemeindekasse fliessen mit eingerechnet werden;

Oeffentliches Eigenthum und dessen Inventar; Zinsen aus Schulden; andre Ausgaben, specificirt; Summe der Ausgaben.

Die Activen und Passiven der Gemeindekasse am Jahresschluss werden besonders aufgeführt.

Es ist ausserdem anzugeben, nach welchem Verhältniss die Gemeindesteuer auf Grund und Boden und auf Erwerb und Einkommen gelegt ist

und auf welche Bestimmungen dieses Verhältniss sich stützt. Ferner ist zu bemerken, nach welchen Grundsätzen die Steuer auf Erwerb und Einkommen im letzten Rechnungsjahr umgelegt worden, namentlich wird gewünscht, dass wenn grosses Einkommen verhältnissmässig höher besteuert worden, beige-fügt werde, in welcher Progression diess geschah.

c) Auszüge aus den Hafenkassenrechnungen der Städte, wo eine Hafenkasse sich befindet.

Schema Nr. 5; ein halber Bogen in Folio.

(A). Einnahme.

Procente der zum Eingang und der zum Ausgang verzollten Waaren; Schiffsabgaben, Schiffsbrücken- und ähnliche Gelder; Renten von ausstehenden Capitalien; andere Einnahmen, specificirt; Summe der Einnahmen.

(B). Ausgabe.

Besoldungen; Ausgaben für neue Anlagen, die das Hafenwesen betreffen; Kosten der Instandhaltung; Zinsen aus Schulden; andere Ausgaben, specificirt; Summe der Ausgaben.

Activa und Passiva der Hafenkasse beim Jahresrechnungsschluss werden besonders angegeben.

d) Auszüge aus den Schulrechnungen auf dem Lande.

Schema Nr. 6; ein halber Bogen in Folio.

(A). Einnahme.

Steuern und Abgaben: von matriculirtem Grundeigenthum, von Häusern und Insten; Geldbussen, Renten und anderes Einkommen von Eigenthum und Activen; andere Einnahmen, specificirt; Summe der Einnahmen.

(B). Ausgabe.

Gehalt der Schullehrer; desgl. des Rechnungsführers nebst andern Verwaltungskosten; Beitrag zum Schulbesuch armer Kinder; Anschaffung von Büchern und anderem Schulapparat; Pensionen; Zinsen aus Anlehen; andere Ausgaben, specificirt; Summe der Ausgaben.

Activa und Passiva der Schulkasse beim Jahresschluss werden besonders angegeben.

e) Auszug aus den Communrechnungen der Vormannschaftsbezirke (*Formandskabsdistricter*) ¹⁾ auf dem Lande.

Schema Nr. 7; ein halber Bogen in Folio.

(A). Einnahme.

Umlage nach dem Matricularanschlag; Renten und anderes Einkommen von Eigenthum und Activen; andere Einkünfte, specificirt; Summe der Einnahmen.

(B). Ausgabe.

Ausgaben für das Arrest- und übrige Justizwesen; Bezirkswächterlohn; Ausgaben die Communalverwaltung betreffend; Strassenwesen; Zinsen aus Schulden; verschiedene Ausgaben, specificirt; Summe der Ausgaben.

1) Siehe oben S. 705. Anmerkung 1. Nach dem Gesamtbericht über den ökonomischen Zustand 1840—45, vom 2. Oct. 1847. S. XXX. gab es 407 solcher Districte.

Die Activa und Passiva der Communcasse am Schlusse des Rechnungsjahrs werden besonders angegeben.

f) Auszug aus den Communrechnungen der Vogteien, wo noch eine besondere Umlage in den Vogteien stattfindet.

Schema Nr. 8; ein halber Bogen in Folio.

(A) Einnahme.

Umlage nach dem Matricularanschlag; andere Einnahmen, specificirt; Summe der Einnahmen.

(B) Ausgabe.

Specificirt; Summe der Ausgaben.

Ausserdem ist durch die nämliche k. Entschliessung allen *Sorenskrivern*¹⁾ und *Lensmaend*²⁾ ein für allemal auferlegt, darüber zu berichten, wie hoch sich der sog. Sorenskriverzoll, das Gerichtsstättengeld (*Thingsholdspenge*) und der Lehenmannszoll oder Lohn jährlich beläuft.

C. Fünfjährige Berichte über den öconomischen Zustand des Landes.

Von sämmtlichen Oberbehörden, d. h. von den Stiftsamtleuten zu Christiania und Bergen und den 17 übrigen Amtleuten des Landes werden zufolge k. Entschliessungen vom 11. Oct. 1825, 10. Sept. 1827 und 23. Decbr. 1839 jedes fünfte Jahr umfassende Berichte über den wirthschaftlichen Zustand ihrer Aemter im verflossenen Quinquennium erstattet. Alle diese Berichte sind (wenigstens für 1840—45) mit einem Auszuge aus den sie begleitenden Tabellen, und einer hinzugefügten Uebersicht über den Zustand des ganzen Reiches in den Druck gegeben worden³⁾.

Die Normen, nach welchen die Berichte abgefasst werden sollen, sind durch k. Entschliessungen vom 23. Decbr. 1819 und 6. Mai 1840 festgesetzt, welche nebst dem dazu gehörigen Vortrag des Finanzdepartements dem fünfjährigen Gesamtbericht für 1836—40 auf S. 1—16 vorangedruckt sind.

D. Vermischte Tabellen.

1) Jedes Quartal wird von jeder Vogtei und jeder Stadt ein Verzeichniss über die Marktpreise des Getraides und einiger andern Artikel eingereicht, wozu die Blankette von dem Bureau ausgesendet werden. Sie sind je in der Mitte der Monate Januar, April, Juni und October auszufüllen und sogleich ans Amt einzusenden.

Für die Städte lauten sie auf Waizen, Roggen, Gerste, Mischkorn, Erbsen, Wicken, Kartoffeln, Salz, Häringe, Dörrfisch, Eisen, Flachs, Hanf, Wolle, Theer, Kornbranntwein; für die Vogteien d. h. für das Land auf Waizen, Roggen, Gerste, Mischkorn, Hafer, Erbsen, Kartoffeln und Korn-

1) Geschworne Schreiber heissen die Unterrichter in den Landbezirken. Blom II, 14.

2) Siehe oben S. 694.

3) Näheres folgt unten S. 710.

branntwein. Sind in verschiedenen Gegenden einer Vogtei die Preise verschieden, so ist der niedrigste und der höchste Preis anzugeben.

2) Aus dem Status der Sparkassen im Reiche wie er am Schlusse des vorangegangenen Jahres sich stellte, werden jährliche Auszüge nach folgendem Schema gemacht:

Col. 1. Fonds der Sparkasse, a. an Eigenthum; b. übriger Fonds.

„ 2. Eigenthum der Einleger.

„ 3. Schulden der Sparkasse gegen andere als die Einleger.

„ 4. Zusammen (nämlich 2. u. 3.)

„ 5. Anzahl der Einleger.

„ 6. Verwaltungsaufwand im letzten Jahr.

3) Tabelle über die Anzahl der Raubthiere für deren Erlegung nach Maassgabe des Gesetzes vom 4. August 1845 Prämien ausbezahlt worden sind ¹⁾, worüber dem Departement jährlich von allen Amtleuten berichtet wird.

IV. Die administrativstatistischen Veröffentlichungen der Regierung.

I. Die Zusammenstellungen der Berichte der Amtleute über den wirthschaftlichen Zustand des Reiches, und zwar:

1) auf den Schluss des Jahres 1829.

2) für den Zeitraum von 1830—35.

3) „ „ 1836—40.

4) „ „ 1840—45.

Die letzte Publication dieser Art führt den Titel:

Beretning om Kongeriget Norges økonomiske Tilstand i Aarene 1840—45 med tilhørende Tabeller. Efter Foranstaltning af Departementet for det Indre udarbejdet og trykt i Forbindelse med de af Rigets Amtmaend afgivne specielle Beretninger. Christiania 1847. Trykt hos Chr. Schibsted.

Hoch-Quart in zwei Columnen. Titel u. Inhaltsverzeichniss; XXXI. und 286 S.; Berichtigungen.

Vorangeht ein Bericht der norwegischen Regierung an den König vom 2. Oct. 1847, welcher den allgemeinen Zustand des Landes schildert nach den Rubriken des Ackerbaus, der Viehzucht, Forstnutzung ²⁾, Fischerei, des Bergbaus, der Fabrikation und des Handwerks, der Nebennahrungszweige, (z. B. Jagd, Moossuchen, Bienenzucht, Lootserei), des inländischen und ausländischen Handels nebst der Schiffahrt, des Postwesens, endlich des ökonomischen und moralischen Zustands überhaupt, wobei namentlich das Creditwesen, die Executionen und Pfändungen, das Gemeinderechnungswe-

1) Blom I, 187.

2) *Skovdrift*; ein eigentliches Forstwesen giebt es übrigens in Norwegen nicht mehr. Blom I, 258.

sen, die Armenpflege, die Verbrechen¹⁾, die Sparkassen und Brandversicherungen, die Auswanderung nach Amerika zur Sprache kommen. S. I—XXXI.

Hierauf folgen in vollständigem Abdruck die Berichte der Amtleute über ihre Bezirke, welche die genannten Rubriken im Ganzen ebenso der Reihe nach berühren. Sie sollen nach k. Entschliessung vom 23. Dec. 1839 mit Tabellen begleitet sein, welche nur zum Theil mit abgedruckt sind, darunter namentlich diejenigen über das nördliche Amt Drontheim. S. 1—237.

Den dritten Theil bilden 21 das ganze Reich betreffende Tabellen, S. 238—286, namentlich:

Tab. 1—8. über Schuldverschreibungen, Pfandbestellungen, Veräusserungen von Grundeigenthum, Executionen und Pfändungen und dergl.;

„ 9. 10. über die Finanzen der Amtsgemeinden und der Stadtgemeinden;

„ 11. über Zolleinnahmen;

„ 12. über Versicherungen bei der allgemeinen Brandkasse²⁾;

„ 13. 14. über die in den Städten befindlichen Handwerker, Handelsleute, Schiffer u. s. w.;

„ 15. über die Fabriken im Reiche;

„ 16. über die Production der Kupfer- und Eisenwerke³⁾;

„ 17. über die Matricularanlage der Grundstücke im Reiche;

„ 18. über die im Lande befindlichen Getraidemagazine und ihren Bestand⁴⁾;

„ 19. über die Meilenlänge der für Räderfuhrwerk zugänglichen öffentlichen Strassen;

„ 20. über die Anzahl der im Lande befindlichen Krämer⁵⁾;

„ 21. über die Zahl und den Stand der Sparkassen.

II. Sogenannte statistische Tabellenreihen, über Bevölkerung, Handel und Schiffahrt, und zwar:

1) *Statistiske Tabeller for Kongeriget Norge udgivne efter det Kongelige Finants-, Handels- og Told-Departements Foranstaltning.*

Første Række, indeholdende Tabeller over Folkemaengden i Norge den 29. November 1835. Christiania 1838. Trykt hos Chr. Groendahl.

Kl. Queer-Quart, Titel, Inhalt, Druckfehler, zusammen 4 Seiten; Tabellen S. 2—66; Anmerkungen S. 67, 68.

1) Besondere Tabellen oder Publicationen über Justiz- und insbesondere Criminalstatistik sind mir nicht zugekommen, wahrscheinlich weil mit ihnen in Norwegen wie anderwärts, das statistische Bureau nichts zu thun hat. Dass Tabellen über die letztere vorhanden sind, beweisen Blom's (II, 176 ff.) Auszüge; ob sie aber regelmässig veröffentlicht werden?

2) Blom II, 18.

3) Blom I, 149 ff.

4) Blom I, 123.

5) Blom I, 270.

Inhalt: Ergebniss der Volkszählung von 1835; mit Totalsummen der Zählung von 1825; in den Anmerkungen Angabe des Verfahrens bei derselben ¹⁾.

2) *Anden Raekke indeholdende Tabeller over Udsaed og Avl samt Kraeturhold i Norge den 29. November 1835. Christiania 1839. Trykt i det Wulfsbergske Bogtrykkerie.*

Kl. Queer-Quart; Titel, Inhalt, Anmerkung, Druckfehler zusammen 4 S.; Tabellen S. 2—22.

Inhalt: Die bei Gelegenheit der erwähnten Volkszählung von 1835 eingezogene Auskunft über Aussaat, Ernte und Viehstand. Von den Zahlen, welche den Erntebetrag angeben ist die Aussaat abgezogen.

3) *Tredie Raekke, indeholdende Tabeller, vedkommende Norges Handel og Skibsfart i Aaret 1835. Christiania 1839. Trykt i det Wulfsbergske Bogtrykkerie.*

Kl. Queer-Quart; Titel, Inhalt, Anmerkungen zusammen 4 S.; 12 Tabellen S. 2—133; S. 134 Berichtigungen.

Der Inhalt bezieht sich durchaus auf das Jahr 1835.

Tab. 1. über ausgeführte norweg. Waaren und Producte: aus sämmtlichen Zollstätten. S. 2—11.

„ 2. desgl. nach den verschiedenen ausländischen Staaten. S. 12—21.

„ 3. über eingeführte ausländ. Waaren und Producte: in die norweg. Zollstätten. S. 22—65.

„ 4. desgl. nach den ausländ. Staaten. S. 66—111.

„ 5. über die zum Verbleiben in Norwegen angegebenen, aber wieder ins Ausland ausgeführten ausländ. Waaren und Producte: von den norweg. Zollstätten. S. 112—117.

„ 6. desgl. nach den ausländischen Staaten. S. 118—123.

„ 7. über die Anzahl und Trächtigkeit aller aus verschiedenen Ländern in die norweg. Häfen eingelaufenen Schiffe. S. 124, 125.

„ 8. desgl. der aus den norweg. Häfen nach verschiedenen Ländern aus gelaufenen Schiffe. S. 126, 127.

„ 9. über die Nationalität der vom Ausland in die norweg. Häfen eingelaufenen Schiffe. S. 128, 129.

„ 10. desgl. der nach dem Auslande aus den norweg. Häfen ausgelaufenen Schiffe. S. 130, 131.

„ 11. Uebersicht über die von und nach den ausländ. Staaten nach und von Norwegen aus- und eingelaufenen Schiffe. S. 132.

„ 12. Tabelle über Anzahl, Trächtigkeit und Besatzung der in Norwegen zu Hause gehörenden Schiffe mit folgenden Rubriken:

Fahrzeuge von 1½ bis 8; von 8 einschl. bis 20; von 20 einschl. bis 50; von 50 einschl. bis 100; von 100 Commerzlasten und darüber; in jeder

1) Ueber den Inhalt dieser ersten Reihe habe ich seiner Zeit näheren Bericht erstattet im Journal of the Statistical Society of London. II. (1839) p. 275—78. Vergl. auch ebendas. III, 80.

Rubrik mit Angabe der Zahl des Lastengehalts und der Besatzungszahl; Gesamtsumme der Schiffe; Gesamtsumme der Commerzlasten; Gesamtsumme der Besatzung; davon sind: vom Ausland gekaufte: Anzahl, Commerzlasten; stillliegende: Anzahl, Commerzlasten; verloren gegangene, desgl.; aufgעהauene, desgl. S. 133.

4) *Fjerde Raekke, indeholdende Tabeller over Aegteviiede, Foedte og Doede i Norge for Aarene 1801 til 1835 inclusive. Christiania 1839. Trykt hos Chr. Groendahl.*

Kl. Queer-Quart; Titel 1 S.; Tabellen S. 2—22; S. 24 Berichtigungen.

Inhalt: Trauungen, Geburten und Todesfälle von 1801—35 je in den 5 Stiftern Agershuus, Christiansand, Bergen, Drontheim, Nordland nebst Finnmarken, und im ganzen Reich; aber nur nach den in oben angeführtem Schema Tabelle I. enthaltenen Rubriken, wobei noch bis 1815 die unter 10 J., von 1816 an die unter 5 J. Gestorbenen ohne weitere Altersunterscheidung zusammen geworfen werden, auch nicht aufgenommen ist, wie viel Jahre die über 100 Jahr alt Gestorbenen zählten.

Von der Fragenreihe I. des Schemas sind nur Fr. 4, 10 (ohne Angabe der Art der Unglücksfälle und des Geschlechts der Betroffenen), 13 (auch nur die nackte Anzahl der Selbstmörder), 15 (Ermordete) berücksichtigt.

5) *Femte Raekke, indeholdende Tabeller, vedkommende Norges Handel og Skibsfart i Aaret 1838. Christiania 1840. Trykt i Wulfsbergiske Bogtrykkerie.*

Kl. Queer-Quart. Titelblatt, Inhalt, Anmerkungen und Berichtigungen 4 S. 14 Tabellen, S. 2—176.

Der Inhalt ist hinsichtlich der Tabellen 1—6 ganz gleich der dritten Reihe;

bei Tab. 7 ist bei jedem fremden Lande aus welchem Schiffe kommen, unterschieden ob sie diesem angehörten, norwegische oder von einer dritten Nation waren, und bei jeder dieser 3 Classen sind mit Ladung oder Ballast eingelaufene unter Angabe der Anzahl und des Commerzlastengehalts getrennt.

Die nämliche Ausdehnung der Rubriken findet m. m. bei Tab. 8 statt.

Tab. 9 giebt als Uebersichtstab. zu 7 u. 8 die Totalsummen der norwegischen, ausländischen und der Schiffe überhaupt die mit Ladung oder Ballast in jeder norweg. Zollstätte ein- oder von ihr ausgelaufen sind, nach Anzahl und Trächtigkeit, ohne Rücksicht auf die Länder von denen sie kamen oder nach denen sie gingen.

Tab. 10 u. 11 sind mit Hinzufügung des Unterschieds der in Ladung und in Ballast fahrenden Schiffe den früheren Tab. 9, 10 gleich.

Tab. 12 ist eine Uebersichtstabelle zu 7, 8, 10, 11.

Tab. 13 ist ganz neu: ein Zusammentrag der von dem k. schwedischen Commerzcollegium übersandten Verzeichnisse über die in den schwedischen Häfen im J. 1838 angekommenen und von dort abgegangenen norwegischen Schiffe (mit den Rubriken: überliegende vom vorigen

Jahr; angekommen: aus Norwegen, aus schwedischen Häfen, aus andern Ländern; abgegangene: nach Norwegen, nach schwedischen Häfen, nach andern Ländern; zusammen; bei des Jahres Schluss daliegende Schiffe; — Alles diess mit Angabe der Anzahl und Trächtigkeit und in den Specialrubriken der angekommenen und abgehenden Schiffe mit Unterscheidung der in Ladung und Ballast fahrenden, worauf in 2 besondern Columnen die aus Norwegen mit- und die nach Norwegen heimgebrachten Waaren, jedoch ohne Quantitätsabgabe aufgezählt werden und eine Anmerkungscolumnne den Schluss macht; — nebst den von den Consuln eingekommenen Verzeichnissen über die in demselben Jahr in ihren Bezirken angekommenen und abgegangenen Schiffe (mit den nämlichen Rubriken, nur dass je die angekommenen und abgegangenen Schiffe hinter jeder dieser Rubriken summiert sind, statt alle Schiffe zusammen hinter beiden, und dass 2 weitere Columnen eingeschoben werden über in den Consulatsbezirken gekaufte und verkaufte Schiffe, nach Anzahl und Lastengehalt.

Tab. 14 ist im Schema gleich der älteren Tab. 12, jedoch um eine Doppelcolumnne der „neugebauten“ Schiffe nach Anzahl und Trächtigkeit vermehrt.

6) *Siette Raekke*; ist vergriffen und konnte mir daher nicht gesendet werden.

Inhalt: über Norwegens Handel und Schifffahrt im Jahre 1841.

7) *Syvende Raekke, indeholdende Tabeller, vedkommende Norges Handel og Skibsfart i Aaret 1844. Christiania 1846. Trykt hos Chr. Schibsted.*

Kl. Queer-Quart; Titel und Inhalt 4 S. 14 Tab. S. 2—205; Anhang, 4 Tab. S. 208—217 ¹⁾; Berichtigung 1 S., Anm. 1 S.

Inhalt. Die nämlichen 14 Tabellen wie in der 5. Reihe; im Anhang 4 weitere über Einfuhr und Ausfuhr der wichtigsten Waarenarten (127 für die Einfuhr, 51 für die Ausfuhr), ohne Unterscheidung des Woher und Wohin, im Jahrzehend 1835—44; Nationalität und Anzahl der abgegangenen und eingelaufenen Schiffe in den Jahren 1842 u. 1843, die beiden letzteren nach dem Schema der Uebersichtstabelle Nr. 12. der dritten Reihe.

8) *Ottende Raekke, indeholdende Tabeller over Folkemaengden i Norge den 31. December 1845 samt over de i Tidsrummet 1836—1845 Aegteviiede, Födte og Döde. Christiania 1847. Trykt hos Chr. Gröndahl.*

Sehr gros Queer-Quart; Titel, Inhalt; Uebersicht über die Resultate der im Januar 1846 abgehaltenen Volkszählung (Abdruck eines Berichts der norwegischen Regierung an den König vom 10. April 1847.) S. I—XVI in 2 Columnen. 14 Tabellen, S. 2—53.

Inhalt viel reicher als bei der Publication der Zählung von 1835. Man erhält Auskunft über alle Punkte welche das oben mitgetheilte Schema enthält, hinsichtlich der Volkszahl im Allgemeinen auch die Möglichkeit be-

1) Dieser Anhang ist auch besonders gedruckt ohne Titel, mit der Paginirung 2—11.

quemer Vergleichung mit den Zählungen von 1825, u. 1835 deren Hauptergebnisse begedruckt sind; ausserdem gewährt eine besondere Tabelle (S. 42.) auch den Rückblick auf die früheren Volkszählungen vom 15. Aug. 1769, 1. Febr. 1801 u. 30. April 1815.

Zugleich enthält diese Reihe in Tab. 10 ff. (S. 45—53) eine sehr erweiterte, den Rubriken des oben gegebenen Schemas mit seinen 2 Tabellen und 2 Fragenreihen entsprechende Fortsetzung der 4. Reihe über die Bewegung der Bevölkerung, von 1836—1845. Uebrigens sind die Zusammenstellungen über den Gang der Bevölkerung, wie in der 4. Reihe nur je für die einzelnen 5 Stifter und das ganze Reich; die über den Stand nicht bloss wie in der ersten Reihe für die einzelnen Städte und Pfarreien, sondern bei den ersten mit Unterscheidung der Stadt und des zu ihr gehörigen Landes, bei den letzteren mit Unterscheidung des Hauptkirchspiels und der Annexen gegeben.

9) *Niende Raekke, indeholdende Tabeller, vedkommende Norges Handel og Skibsfart i Aaret 1847. Christiania 1849. Trykt hos Carl C. Werner & Co.*

Kl. Queer-Quart (wie Heft 1—7). Titel, Inhalt. 15 Tabellen S. 2—235; Berichtigungen.

Inhalt wie bei der 7. Reihe, nur ist die Tabelle 13 der 5. u. 7. Reihe in zwei Tabellen gespalten; indem in Tab. 13. nur die Mittheilungen des schwedischen Commerzcollegiums, in Tab. 14 alsdann die der Consuln besonders aufgeführt sind. Die 4 Tabellen des Anhangs beziehen sich auf die Jahre 1845 u. 1846; im Uebrigen entsprechen sie den Anhangstabellen der 7. Reihe.

10) *Tiende Raekke, indeholdende Tabeller, vedkommende Norges Handel og Skibsfart i Aaret 1850. Christiania 1851. Trykt hos Carl C. Werner & Co.*

Kl. Queer-Quart. Titel, Inhalt; 15 Tabellen S. 2—241; Anhang, 6 Tabellen S. 244—255.

Inhalt wie bei Reihe 7 u. 9; der Anhang betrifft die Jahre 1848 und 1849, für welche eine weitere 5. u. 6. Tabelle über die im Auslande in diesen Jahren angekommenen und von dort abgegangenen norwegischen Schiffe nach den von dem k. schwed. Commerzcollegium und den Consuln eingekommenen Verzeichnissen beigefügt ist. Letzteres sind jedoch keine so ausführlichen Tabellen für 1848 u. 1849 wie die 9. und diese 10. Reihe sie über dieselben Punkte für 1847 u. 1850 enthalten, sondern geben statt der Zahlen für die einzelnen schwedischen Plätze und alle einzelnen Consulatsbezirke nur die Summen für ganz Schweden und andere Länder, mit Hin-

1) Tabelle 8, welche die Anzahl der Trauungen zwischen Junggesellen und Wittwen, Junggesellen und Mädchen, Wittvern und Wittwen, Wittvern und Mädchen, mit Angabe ihres Alters (20—25 J. u. s. f. in 5jährigen Perioden bis 45—50 J.) aus den Jahren 1839—45 enthält, würde die Mittel darbieten um *Quetelets* hinsichtlich der Constanz der betreffenden Verhältnisse in Belgien gefundene Ergebnisse (*Bulletin de la commission centrale de Statistique*, III, 437 ff.) für ein anderes Land der Prüfung zu unterwerfen.

weglassung der Rubriken der am Anfang und Schluss des Jahres vorhandenen, der verkauften und gekauften Schiffe, so wie ohne Angabe der geladenen Waaren ¹⁾).

III. Veröffentlichungen ausser der Reihe über verschiedene Gegenstände.

1) *Tabel, der viser Antallet af Jordebrugene og deres Størrelse efter Skylden i ethvert Thinglag, Fogderi, Amt og det hele Land, uddragen af Hoved- Matriculerings-Commissionens Protokoller, hvorved Brugenes Antal gjenvises saaledes som de vare ved Sammenligningen i Aarene 1819 og 1820 ifølge Lov 17. August 1818. Udgiven efter det Kongelige Finants-, Handels-, og Told Departements Foranstaltning. Christiania. Trykt hos Chr. Grøndahl. 1840.*

Gross Folio; 17 S.

Inhalt. Für die 17 Aemter des Landes, die 44 Vogteien aus welchen sie bestehen und die Bezirke (*Thinglag*) in welche diese zerfallen, wird die Anzahl der Bauerhöfe (*Jordbruger*, Landstellen) angegeben, welche zu

a) weniger als 1 Schatzungsthaler (*Skylddaler*) angeschlagen sind und zwar mit folgenden Unterabtheilungen:

aa) unter 1 Ort: 1 Schilling; 2; 3; 4–6 excl.; 6–9; 9–12; 12–18; 18–24 Schillinge; Summe.

bb) 1 Ort incl. — 2 Ort excl.; 2–3; 3–4; 4–5 Ort excl.; Summe.

b) von 1 Thlr. incl. — 2 Thlr. excl.: v. 1 Thlr. incl. — $1\frac{1}{2}$ Thlr. excl.; $1\frac{1}{2}$ –2 Thlr.; Summe.

c) von 2 Thlr. und darüber: von 2 Thlr. incl. — 3 Thlr. excl.; 3–4; 4–5; 5–6; 6–7; 7–8; 8–9; 9–10; 10–15; 15–20; 20 und darüber.

Zum Schluss folgt die Anzahl sämmtlicher Höfe. In den begleitenden Anmerkungen werden aber alsdann noch alle mit 20 Thlr. und darüber angelegten Güter namentlich und mit dem genauen Betrage ihres Schatzungsanschlags aufgeführt ²⁾).

2) *Tabel, der viser 1) Antallet af Jordebrugene og deres Størrelse efter Skylden i ethvert Thinglag, Fogderi, Amt og det hele Land saaledes som disse vare ved Udgangen af Aaret 1838, 2) De i Tidsrummet fra 1819 og 1820 til 1838 i ethvert Fogderi skedte Tillaeg og Afdrag i Jordebrugenes Antal, 3) Fogderiernes Matriculskyld, 4) Middeltallet af Skyld pr. Brug i ethvert Fogderi i Aarene 1819 og 1820 og i Aaret 1838, Alt uddraget af de ifølge Kongelig Resolution af 29. Decbr. 1838 trykte Fortegnelser over Jordebrugene og deres Matriculskyld i Forbindelse med den*

1) Ueber norwegische Handels- und Schiffsverkehrsverhältnisse enthalten statistische Auskunft: die *Tables of Revenue*, Supplement to Part XVIII. Sect. A. (1851) p. 89–93, Mc. Gregor's Commercial Statistics II, (1844), 895 ff. und das *Journal of the Stat. Society of London*. IX. (1846), p. 22–36; ferner das Berliner Handelsarchiv v. 1848, II, 356 ff., v. 1851, I, 585, 595 ff., 630.

2) Ueber die Thätigkeit der Matriculirungscommission stehen einige Notizen bei Blom I, 131, 138, 145.

i 1840 forfattede Fortegnelse over Antallet af Jordebrugene og deres Størrelse efter Skylden saaledes som disse vare ved Sammenligning i Aaret 1819 og 1820. Udgiven efter det k. Finants-, Handels- og Told-Departements Foranstaltning. Christiania. Trykt hos Chr. Grøndahl. 1845.

Gross Folio, 18 S.

Inhalt, wie schon der Titel ergibt, in Nr. 1. zunächst ein der Tabelle von 1840 ganz entsprechendes Verzeichniss der Bauerhöfe nach Schatzungsclassen in allen Thinglags mit Uebersichtstabellen für die Vogteien und Aemter (S. 1—17); dann hinsichtlich Nr. 2—3 auf einer einzigen Seite folgende Tabelle:

Col. 1. Namen der 44 Vogteien.

„ 2. Anzahl der Bauerhöfe im J. 1819 u. 1820.

„ 3. Anzahl derselben im J. 1838.

„ 4—11. Im Zeitraum von 1818 u. 1819 bis zum Ausgang des J. 1838 haben die Höfe a) unter 1 Thlr. aa. zugenommen, bb. abgenommen.

b) von 1 Thlr. incl. bis 2 Thlr. excl. desgl. aa., bb.

c) von 2 Thlr. und darüber desgl. aa., bb.

d) im Ganzen aa. Zunahme, bb. Abnahme.

Col. 12. 13. Mittelzahl des Anschlags auf den Hof, angegeben in der Decimale 000,1: a. 1819 u. 1820; b. 1839.

„ 14. Matrikelanschlag der ganzen Vogteien in Thalern, Ort und Schillingen.

3) *Statistiske Tabeller vedkommende Underviisningsvaesenets Tilstand i Norge ved Udgangen af Aaret 1837, udgivne efter Foranstaltning af den Kongl. Norske Regjerings Departement for Kirke- og Underviisningsvaesenet. Af Christian Holt. Christiania, 1840. Trykt hos Chr. Grøndahl.*

Sehr grosses Folio, 70 S.

Inhalt ¹⁾: Einleitung in 2 Spalten, S. 1—8. Tabellen über

A. *Volksschulwesen.* S. 10—61.

I. auf dem Lande. S. 10—55.

Von jedem Kirchspiele findet sich hier Folgendes beachtet, in nicht weniger als 74 Columnen.

Col. 1—5. Allgemeine Verhältnisse des Pfarrsprengels: Namen desselben; Anzahl der Kirchspiele; Flächenraum in norwegischen Quadratmeilen ($1=2\frac{1}{4}$ geogr. Q. M.); Matricularanschlag in Thlrn. (ein Anschlagsthaler entspricht einer Taxationssumme von 400 Thalern); Volkszahl am 29. Nov. 1835.

„ 6. 7. Anzahl der schulpflichtigen Kinder (vom zurückgelegten 7. Jahr bis zur Confirmation): Knaben; Mädchen.

„ 8. Anzahl der Privatlehrer, Lehrerinnen und Institute.

¹⁾ Blom II, 74 ff. belehrt ausführlich über die Einrichtung des norwegischen Schulwesens.

- Col. 9. 10. Anzahl der Kinder, welche Privatunterricht geniessen: Knaben, Mädchen.
- „ 11. Anzahl der Knaben, welche einen sie für die gelehrten Schulen oder die Universität vorbereitenden Unterricht geniessen.
- „ 12, 13. Anzahl schulpflichtiger Kinder, welche die Schule nicht besuchen: aus Armuth; aus Muthwillen.
- „ 14. Zahl der Geldbussen (hiefür) im J. 1837.
- „ 15—29. Statistik der Schulen, welche von Schulhaltern im Umgang durch einen gewissen Bezirk besorgt werden (*Omgangsskoler*); und zwar:
- „ 15. Zahl (und Namen) dieser Bezirke.
- „ 16. Anzahl der Rotten (*Roder*, d. h. Abtheilungen von 12—30 Schulkindern, welche zusammen unterrichtet werden).
- „ 17. Anzahl der schulpflichtigen Kinder in jedem der Bezirke;
- „ 18—20. insbesondere derjenigen, welche Unterricht empfangen: im Schreiben; im Rechnen; oder weiter kommen (zur Geschichte, Erdkunde, Muttersprachlehre und Gesang).
- „ 21. Wie oft die im Schulgesetz §. 19 befohlenen Prüfungen im J. 1837 von dem Kirchspielsgeistlichen (*Sognepraesten*) in jedem Distrikt gehalten worden sind.
- „ 22. Anzahl der umgehenden Schulhalter.
- „ 23. Wie viele derselben von den Militäretats abgegeben werden.
- „ 24—27. Das Alter; die Dienstzeit; der Lohn der Schulhalter in Geld und in Emolumenten (mit Ausnahme der freien Kost, Pflege und Herberge, die sie auf dem Hofe geniessen, wo die Schule gehalten wird).
- „ 28. Wie weit sie zugleich Kirchensänger sind und wie hoch ihre jährliche Einnahme vom Küsterdienste (*Klokkeriet*), in Geld angeschlagen, sich beläuft?
- „ 29. Anzahl der Wochen, (zu 6 Tagen), während welcher sie alljährlich Schule halten.
- „ 30—51. Statistik der Schulen mit festem Sitze (*faste Skoler*) und zwar
- „ 30. Anzahl, Namen und Ort, wo sie gehalten werden.
- „ 31. Jahr ihrer Errichtung.
- „ 32. 33. Anzahl der schulpflichtigen Kinder, die zu jeder gehören, Knaben; Mädchen;
- „ 34—37. insbesondere derjenigen, welche unterrichtet werden: im Schreiben; Rechnen; Geschichte und Geographie; norwegischer Sprachlehre; Gesang.
- „ 38. Inwieweit die anbefohlenen Examina im J. 1837 abgehalten worden?
- „ 39. Ob die Schulen ein eignes oder gemiethetes Local haben?
- „ 40. Wie viele Tage in der Woche auf jedes Kind fallen, sofern das Local nicht hinreichenden Platz für alle gewährt.

- Col. 41. Ob diese Schulen eigenen Fonds haben oder öffentlicher Unterstützung bedürfen.
- „ 42. Anzahl der festen Schullehrer.
- „ 43. Wie viele von ihnen im Seminar gebildet sind.
- „ 44—46. Wie alt die festen Schullehrer sind; wie hoch ihr Lohn in Geld und in Emolumenten ist.
- „ 47. Inwieweit sie auch Kirchensänger sind, und ihre jährliche Einnahme von der Küsterei, in Geld angeschlagen.
- „ 48. 49. Anzahl der Wochen, in welchen die festen Schulen gehalten werden; und der wöchentlichen Unterrichtsstunden.
- „ 50. In wie viel Schulen die Methode des wechselseitigen Unterrichts ganz oder zum Theil eingeführt ist.
- „ 51—53. Statistik des Sonntags- und Confirmationsunterrichts; und zwar:
- „ 51. Anzahl der Sonntagsschüler, wo sich unentgeltlicher Sonntagsunterricht findet.
- „ 52. 53. Anzahl der über 19 Jahr alten Unconfirmirten (vor dem Ende des 14. Jahres soll Niemand confirmirt werden) aus Mangel an Willen zum Lernen; an Fähigkeit.
- „ 54—57. Status der Schulkassen zu Ende 1837:
Einkünfte verschiedener Art im J. 1847; Capital.
- „ 58—68. Vermischte Auskunft und zwar:
- „ 58, 59. An welchen in §. 14. des Schulgesetzes vorgeschriebenen Büchern Mangel ist (Bibel, Lesebuch, Katechismus u. s. w.) und wie viel von jeder Art jede Schule bedarf.
- „ 60—63. Ob ein Bedürfniss zu Errichtung neuer fester Schulen vorhanden, und an welchem Orte sie sich passend errichten liessen; wie viele schulpflichtige Kinder in die neue Schule gewiesen werden könnten; wie gross die Kosten derselben sein würden, sowohl die einmaligen für Grund und Boden, Schulhaus, Inventarium, als die jährlichen für Instandhaltung und Lehrerlohn.
- „ 64. 65. Wie viel weitere umgehende Schulhalter für den Pfarreisprengel nöthig erscheinen; wie hoch sich die Kosten dieser Vermehrung jährlich belaufen mögen.
- „ 66—68. Ob ein Küsterhof (*Klokkergaard*) da ist; jährlicher Betrag der Einnahmen des Kirchensängerdienstes bei der Hauptkirche, eingerechnet die Küsterseinnahmen bei den Annexen; ob der gegenwärtige Küster vor 1827 angestellt wurde und sein Alter.
- „ 69—73. Statistik der Volksbibliotheken: Jahr der Errichtung; Anzahl der Mitglieder; jährliche Ausgabe; Anzahl der Bände; ob von aussen unterstützt.

Uebersichtstabelle, welche den Fortschritt des Volksschulwesens auf dem Lande in dem Decennium 1826—1836 zeigt. S. 50—55.

Col. 1. Name der Pfarrei.

- Col. 2. Matrikelanschlag.
 „ 3. Volkszahl 1825; 1835.
 „ 4. 5. Anzahl der schulpflichtigen Kinder 1828; 1836.
 „ 6—12. Capital, Einnahmen, Zahl und Lohnbetrag der festen und der umgehenden Schulhalter.

Kleine Tabelle über der umgehenden Schulhalter Alter, Dienstzeit und Lohn. S. 55.

II. Volksschulwesen in den Städten. S. 55—59.

Die Abweichungen in den Rubriken gegenüber der Tabelle über das Landschulwesen sind nicht bedeutend. Der Unterschied von Umgangs- und festen Schulen fällt natürlich weg.

Den Volksschulen im engern Sinn (Frei- oder Armenschulen) sind entgegengesetzt: besondere Unterrichtsanstalten (Handwerksschulen, Sonntagsschulen Asyle u. s. w.) und von beiden getrennt die übrigen öffentlichen Unterrichtsanstalten der Stadt (lateinische, Real-, Bürgerschulen), von welchen blos die Zahl der Schüler angegeben wird. Eine Columnne Anmerkungen macht den Schluss.

III. Seminarien und übrige Bildungsanstalten für die Volksschullehrer. S. 60, 61.

- Col. 1. Ort, wo das Seminar sich befindet.
 „ 2. Jahr der Errichtung.
 „ 3. Vorstand.
 „ 4. Jährliches aus dem Unterstützungsfonds des Bildungswesens.
 „ 5. 6. Bestimmtes Maximum und gegenwärtige Anzahl (im J. 1837) der Zöglinge.
 „ 7. Zeit eines vollständigen Cursus.
 „ 8. Anzahl der Classen.
 „ 9—26. Unterrichtsgegenstände und Anzahl der jedem Fach in jeder Classe wöchentlich gewidmeten Stunden: Religion, Bibellesen, Biblische und Geschichte des Christenthums, Bücherlesen, Schönschreiben, Norwegische Grammatik, Rechtschreibung, Stilübungen, Rechnen, Geschichte, Geographie, Orgelspiel, Gesang, Seelenlehre, Methodenlehre (*Methodelaere*), Katechisationen und andere praktische Uebungen (schriftlich und mündlich), Gymnastik, Gartenbau.
 „ 27. Gesamtanzahl der wöchentlichen Stunden in jeder Classe.
 „ 28—35. Name, Geburts-, Prüfungs- und Anstellungsjahr der Lehrer, Gegenstände in welchen jeder unterrichtet und Zahl der Stunden, ihr Lohn in Geld, ihre übrigen Emolumente oder andere öffentliche Stellung.

In ausführlichen Anmerkungen, wie sie bei keiner andern Tabelle vorkommen, sind mannigfache Erläuterungen, besonders historischer Art, den Angaben über die einzelnen Seminarien beigelegt.

B. Bürger und Realschulen. S. 62, 63.

- Col. 1. Ortsname und Name der Schule.
 „ 2. Jahr der Errichtung.
 „ 3. 4. Anzahl der Schüler, m., w.
 „ 5. Schulgeld für den einzelnen Schüler.
 „ 6. Anzahl der Classen.
 „ 7—25. Unterrichtsgegenstände und Zahl der ihnen wöchentlich in jeder Classe gewidmeten Stunden: Religion und biblische Geschichte, Norwegisch, Lesen mit Verstandesübungen, Deutsch, Französisch, Latein, Griechisch, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Arithmetik, Geometrie, Kalligraphie, Zeichnen, Buchhaltung, Englisch, Mythologie, Gesang, Gymnastik.
 „ 26. Anzahl der wöchentlichen Stunden in jeder Classe.
 „ 27—32. Name, Examens- und Anstellungsjahr, wöchentliche Stundenanzahl, Lohn in Geld, Emolumente oder andere öffentliche Stellung jedes Lehrers.
 „ 33—38. Oeconomische Verhältnisse der Schule und zwar: Capital; Einnahmen aus verschiedenen Quellen (Col. 34—36); Ausgaben für Gehalt der Lehrer; andere Ausgaben.
 „ 39. Anmerkungen.

C. Gelehrte und Mittelschulen. S. 64—67.

50 Columnen — welche grösstentheils m. m. mit denjenigen der Tabellen über die Lehrerseminarien, die Bürger- und Realschulen übereinstimmen. Bei den Lehrfächern kommen namentlich Deutsch, Hebräisch, Antiquitäten, Neues Testament in der Ursprache hinzu. Einnahmen und Ausgaben füllen etwas mehr Rubriken, weil sie mannigfaltiger sind, insbesondere geben Col. 43—47: Capital des Stipendienfonds, Belauf der im Jahr ausgetheilten Stipendien, Anzahl der Stipendiaten; besetzte und unbesetzte Freistellen. Col. 48, 49 enthalten: Bibliothek oder andere wissenschaftliche Sammlungen, ihre Ausdehnung. Col. 50 Anmerkungen.

Endlich folgen eine Anzahl kleinerer Uebersichtstabellen:

Vertheilung der Unterrichtsstunden für die einzelnen Fächer in den gelehrten Schulen.

Der gelehrten Schulen öconomische Verhältnisse zu Ende 1847.

Derselben Schüleranzahl in den Jahren 1815—37 einschl.

Beitrag des Unterstützungsfonds für das Bildungswesen zu den gelehrten Schulen 1826—37 einschl.

Desgl. der Staatscasse zu denselben 1815—37, beide einschl.¹⁾.

(D.) Universität.

Ergebnisse des Maturitätsexamens von der Stiftung der Universität 1813—37 einschl.; d. h. Anzahl der in jedem Jahre Dimittirten und Rejicirten, sowohl der von öffentlichen gelehrten Schulen Abgehenden, als

derjenigen, welche privatim (in Privatschulen oder sonst) die vorbereitenden Studien gemacht haben, mit Unterscheidung der Zahl derjenigen, welche die 4 Hauptzeugnisse: *laudabilis prae ceteris*, *laudabilis*, *haud illaudabilis*, *non contemnendus* erhalten haben. — Summirungstabelle hiez zu für den ganzen Zeitraum 1813—37.

Zeugnisse der zum Besuch der Universität Zugelassenen in den einzelnen Fächern der Maturitätsprüfung: Norwegisch, Latein, lateinischer Stil, Griechisch, Hebräisch, Deutsch, Französisch, Religion, Geschichte, Geographie, Arithmetik, Geometrie — mit Unterscheidung der einzelnen gelehrten öffentlichen Schulen, der in Privatschulen und sonst Gebildeten von 1833—1837 einschliesslich. In dieser Tabelle sind auch Verhältnisszahlen mit 2 Decimalen gegeben, die sich sonst ausser in der Einleitung von Holst zu dieser Publication über das Unterrichtswesen für 1837 und in dessen Irrenstatistik nirgends finden.

Uebersicht über die bei der Universität Immatriculirten 1813—1837; nach dem Stande der Eltern, ob aus dem Volk oder aus den bürgerlichen Classen, oder aus der Classe der Beamten: der geistlichen, der Civil-, der Militärbeamten; Immatriculirte von fremden Universitäten, nach dem Präliminarexamen.

Anzahl derjenigen, welche die Amtsexamina bei der k. norw. Friedrichs-Universität in jedem Jahre von 1815—1837 bestanden haben, nach folgenden Rubriken: Theologisches, lat. juridisches; norw. juridisches; lat. medicinisches; norw. medicinisches; philologisches; Bergexamen; pharmaceutisches.

Anzahl der in diesem ganzen Zeitraum mit dem Zeugniß *egregie laudabilis*, *laudabilis*, *haud illaudabilis*, *non contemnendus* in den einzelnen Facultätsprüfungen bestandenen Candidaten.

4) *Statistiske Tabeller vedkommende Underviisningsvaesenets Tilstand i Norge ved Udgangen af Aaret 1840, udgivne efter Foranstaltning af den Kongl. Norske Regjerings Departement for Kirke- og Underviisningsvaesenet. Christiania 1843. Trykt hos Fred. J. Steen.*

Klein Queer-Quart, wie die Handels- und Schifffahrtstabellen; Titel, Druckfehler 2 S.; Tabellen S. 3—54.

Inhalt: umfasst nur die Volksschulen in Stadt und Land, so wie die Bürger- und Realschulen und die Seminarien für Volksschullehrer — mit Ausschluss der in der grösseren Publication für 1837 mitenthaltene Statistik der gelehrten und Mittelschulen und der Universität.

Eine grosse Abkürzung bei den Volksschulen auf dem Lande (S. 2—39) ist, dass die Angaben über die einzelnen Umgangsschuldistrikte einer Pfarrei nicht mehr gesondert, wie in der Publication für 1837, sondern gleich zusammengerechnet für die Umgangsschulen der ganzen Pfarrei gegeben werden.

Die Columnenrubriken sind fast durchweg beibehalten. Weggelassen sind: Col. 11; in Col. 15 die Namen der Umgangsschulbezirke und damit

in Col. 17 auch die Anzahl der schulpflichtigen Kinder in diesen einzelnen Bezirken; Col. 24, 25, 27: Alter, Dienstzeit, Emolumente der Umgangsschullehrer; in Col. 30 Namen und Ort der festen Schulen; Col. 31; Col. 40; Col. 44 und 46, Alter und Emolumente der festen Schullehrer; Col. 58—65; Col. 67 der jährliche Betrag der Einnahmen des Kirchensängerdienstes; in Col. 68 das Alter des Küsters; Col. 69 das Jahr der Errichtung der Volksbibliotheken.

Eine Uebersichtstabelle über die Fortschritte des Schulwesens auf dem Lande seit 1837 ist — ohne Zweifel wegen der Kürze des Zeitraums — nicht gegeben.

In der Tabelle über die Volksschulen der Städte (S. 40—43) ist am Schlusse der summarische Blick auf die übrigen Unterrichtsanstalten der Stadt und die Rubrik der Anmerkungen weggelassen; so wie diejenigen Rubriken, welche sich in der Publication für 1837 — ganz ähnlich wie bei den Volksschulen auf dem Lande — über das etwa vorhandene Bedürfniss der Einrichtung neuer Volksschulen in Städten verbreiten.

Die Tabelle über die Schullehrerseminarien (44, 45) hat alle Columnen vollständig gleich der älteren; ausser den Columnen sind ihr jedoch keine Anmerkungen mehr beigegeben.

Bei den Bürger- und Realschulen (S. 48—53) ist Alles wie früher behandelt, mit Ausnahme der weggefallenen 39. Col.: Anmerkungen.

Statt aller übrigen Tabellen der älteren Publication macht auf S. 54 der Beschluss eine summarische Zusammenstellung der Hauptzahlen über die wichtigsten das Volksschulwesen in Stadt und Land betreffenden Verhältnisse nach dem Stande zu Ende 1837 und 1840.

V. Professor Holst's statistische Arbeiten über Gesundheitsverhältnisse in Norwegen

sind zwar keine eigentlichen Regierungspublicationen, allein sie sind theils in Folge eines Regierungsauftrags sowohl veranstaltet als publicirt, theils wesentlich aus officiellen Acten geschöpft, theils ist die Stellung von Holst zu der amtlichen Statistik in Norwegen überhaupt eine so nahe, dass es sich aufdringt, ihren Veröffentlichungen die seinigen anzureihen.

Mir sind davon bekannt geworden:

- 1) *Beretning, Betaenkning og Indstilling fra en til at undersoege de Sinds-vages Kaar i Norge og gjoere Forslag til deres Forbedring i Aaret 1825 naadigst nedsat Kongelig Commission. Med en Samling af Tabeller og tvende Tafler i Steentryk. Ifølge Kongelig Resolution udgivet af Frederic Holst, M. D. Professor i Medicin ved det Kongelige Frederiks-Universitet. Christiania 1828. Trykt hos Jakob Lehmanns Enke ¹⁾.*

¹⁾ Vgl. *Gerson* u. *Julius*, Magazin der ausländ. Literatur der gesammten Heilkunde, Zeitschr. für Staatsw. 1852. 4s Heft.

Octav; XIV, 139 S.; 15 Tabellen auf 12 eingebrochenen grösseren Bogen; 2 Steindrücke mit Plänen zu Irrenheilanstalten.

Inhalt: S. 1—116 ist der Bericht einer aus 5 Mitgliedern, worunter Holst, zusammengesetzt gewesenen *Enquête-Commission*, welche zufolge Beschlusses des 4. Storthings vom 24. Juli 1824 ein Jahr später vom Departement des Schul- und Unterrichtswesens niedergesetzt worden war, um den Zustand sämtlicher Irrenhäuser im Lande zu untersuchen und Vorschläge zu den nothwendigen Reformen unter Beilegung vollständiger Pläne mit Kostenüberschlägen zu machen, auch darüber ein Gutachten zu geben, wie die Mittel dazu aufzubringen sein möchten. Der den Zustand der Irrenhäuser schildernde Theil des Berichts geht von S. 25—64. Da jedoch die Commission den weiteren Auftrag, Vorschläge zu machen, nicht erfüllen zu können einsah, ohne die Anzahl aller Irren im ganzen Lande zu kennen, weil sie nur dann angeben konnte, wo und in welcher Ausdehnung die Irrenanstalten anzulegen sein würden, so veranlasste sie eine eigene Zählung der Irren im Reiche. Sie geschah durch die Pfarrer; man hätte sie lieber durch die Aerzte machen lassen, es war aber bei der geringen Anzahl von nur 120 zur Praxis autorisirten Aerzten in ganz Norwegen nicht möglich. Das den Pfarrern mitgetheilte Schema schloss sich an Pinels und Esquirols Classificirung der Geisteskranken an und hatte folgende Hauptrubriken:

- (1) Namen der Irren;
- (2) *Maniaci* oder solche, welche an einer allgemeinen langwierigen Störung aller Verstandesthätigkeit (*Forstyrrelse i alle Forstandens Handlinger*) verbunden mit grösserer oder geringerer Heftigkeit, oder periodischer Raserei leiden.
- (3) *Melancholici* oder solche, die von fixen Ideen geplagt werden oder an einer theilweisen Sinnesverwirrung leiden, die ausschliesslich einen einzigen Gegenstand, oder eine besondere Reihe von Gegenständen betrifft, ausserhalb welcher die Vernunft mehr oder minder gesund erscheint.
- (4) *Dementes* oder solche, welche an einer allgemeinen Schwäche oder Aufhebung der intellectuellen Fähigkeiten leiden, und also dieselben ursprünglich und zwar auf gewöhnliche Weise entwickelt besessen haben.
- (5) *Idiotae* oder solche, welche an einem angeborenen grösseren oder geringeren Mangel der Entwicklung der intellectuellen Fähigkeiten leiden. NB. Taubstumme werden nicht nothwendig hierunter gerechnet.
- (6) Anmerkungen.

Jede der 4 Rubriken für die Arten der Geisteskranken — (2) bis (5) — ist wieder in folgende 5 Columnen gespalten:

(a) Wie alt? (b) wie lange krank? (c) aus welcher vermeintlichen Ursache? (d) ob sie zuvor an Epilepsie gelitten haben oder gegenwärtig daran leiden? (e) ob sie von einem Arzt behandelt worden sind, von wem und mit welchem Erfolg?

Diese 5 Fragen hatten den Zweck, der Commission zu ermöglichen, nach ihrer Beantwortung die Irren in heilbare und unheilbare abtheilen zu können, da man natürlich das Urtheil über diesen höchst schwierigen Punkt den Pfarrern nicht durch eine directe Frage nach der Heilbarkeit oder Unheilbarkeit anheimstellen durfte. Stellte es sich doch schon in Beziehung auf die Unterscheidung der oben erwähnten 4 Arten von Irren heraus, dass ungeachtet der Erläuterung, die beigelegt war, manche Pfarrer dieselben verwechselten. Diess liess sich nun zwar oft berichtigen, da nicht wenige eine kurze Angabe der bei dem Kranken bemerkten Symptome beigelegt haben, allein im Ganzen — meint die Commission — könne man zwar mit Sicherheit annehmen, dass alle in die Listen aufgenommenen Personen geistesschwach seien, nicht aber, dass alle gerade an der angegebenen Art von Krankheit leiden. Hinsichtlich der 5 Fragen in den Untercolumnen beklagt die Commission, dass bei einer grossen Anzahl Kranker dieselben nicht vollständig beantwortet worden seien. Sie selbst verfuhr bei der Ermittelung der Heilbarkeit oder Unheilbarkeit aus den empfangenen Daten so, dass sie im Allgemeinen zu den Unheilbaren rechnete; die 60 Jahre und darüber alt waren; die schon 15 Jahre lang oder darüber krank waren; deren Krankheit auf erbliche Anlage, Apoplexie, Lähmung, Typhus, einen Schlag auf den Kopf, Epilepsie zurückgeführt, oder als damit verbunden angegeben ist; die mehrere Jahre beständig von einem bekannten erfahrenen Arzte ohne Erfolg behandelt worden; endlich die Idioten.

Von 2 Pfarreien kamen keine Berichte ein, aus 48 Pfarreien, insbesondere aus 16 Städten ward berichtet, dass es daselbst keine Geisteskranken gebe, was die Commission jedoch für so unwahrscheinlich zu halten Ursache hatte, dass sie annimmt, es finden sich in diesen Pfarreien, beziehungsweise Städten in Wirklichkeit halb so viel Irre, als im Verhältniss zu ihrer Bevölkerung die Pfarreien, beziehungsweise Städte enthalten, deren Geisteskranken bekannt sind (S. 86, 87; Tab. O.).

Die Ergebnisse dieser 1825—26 vorgenommenen Zählung enthält der Bericht auf den eingebogenen Tabellen A—O, nicht für die einzelnen Pfarreien, aber nach Probsteien und Stiftern; die dazu gehörigen Erläuterungen mit beständigem Hinblick auf die Erfahrungen in andern Ländern füllen S. 66—87; die Städte besonders betrifft Tab. O, wozu die Erläuterung steht S. 111—113.

Tabelle A hat folgende Rubriken:

Probsteien.

Die 4 Arten der Geisteskrankheit und bei jeder die Untercolumnen:

Anzahl, m., w.; heilbare, m., w.; unheilbare, m., w.; Summe der heilbaren aller Art, m., w.; Totalsumme der m., und der w.;

Volksmenge, m., w., im Ganzen; Verhältniss der Geisteskranken zur Volkszahl, bei dem männl., bei dem weibl. Geschlecht; bei beiden zusammengekommen.

Den Probsteien jedes Stifts ist eine eigene Tabelle gewidmet.

— B, C. geben dieselben Verhältnisse zusammengestellt für die ganzen Stifter, und im ganzen Reiche.

— D. Die in jeder Probstei und in jedem Stift vorhandenen Irren jeder der 4 Arten nach Altersklassen 0—5, 5—10, 10—15, 15—20, 20—25, 25—30, 30—40, 40—50, 50—60, über 60; in jeder Classe mit Unterscheidung des Geschlechts. Beigefügt ist in den Schlusscolumnen die Anzahl derjenigen, von welchen keine Altersangabe vorliegt und eine Summirung nach Geschlechtern.

— E. Besondere Zusammenstellung der Summen von D. für die Stifter — mit Hinzufügung einer Gesamtsumme der Irren jeder Art in jedem Stift ohne Unterschied des Geschlechts.

— F. Dauer der Krankheit bei den Maniaci, Melancholici und Dementes. Wie D eingerichtet, nur dass die Jahresklassen der Dauer von den Altersklassen abweichen; sie sind 0—1, 1—3, 3—5, 5—10, 10—15, 15—20, 20—30, 30—40, 40—50, 50—60, über 60.

— G. Zusammenstellung der Summen von F für die ganzen Stifter; eingerichtet m. m. wie E.

— H. Ursachen jeder der 3 ersten Arten der Geisteskrankheit mit Unterschied der Geschlechter nach Probsteien und Stiftern. Bei allen 3 Arten sind die Rubriken der Ursachen gleich.

Physische: Vererbung, Wochenbett, Epilepsie, Apoplexie, Fieber, Schlag auf den Kopf, Wasser im Gehirn, Eiterung (*Byld*) im Gehirn, Erkältung, Englische Krankheit, Nervenschwäche, Hysterie, Ausschweifungen, Trunk, Onanie.

Psychische: Versäumte Erziehung, strenge Behandlung, fehlgeschlagene Hoffnung, hoffnungslose Liebe, unglückliche Ehe, Eifersucht, Kummer, Schreck, Religionsschwärmerei, Gewissensscrupel, gekränktes Ehrgefühl, übertriebenes Studiren, Jähzornigkeit (*Arrighed*).

Zum Schlusse wird die Zahl derjenigen genannt, bei welchen keine Ursache angegeben ist, und sind die Geschlechter summirt.

— J. Zusammenstellung der Summen von H. für die ganzen Stifter; m. m. wie E u. G eingerichtet.

— K. Zusammenstellung der Ursachen in folgender Weise:

Hauptrubrik 1. Ursachen, einzeln, wie oben angegeben, mit Summirungslinien am Schlusse für die physischen, die psychischen, beide zusammen.

Hauptrubrik 2—4: Maniaci, Melancholici, Dementes, Geistesranke aller 3 Arten. Diese Hauptrubriken sind gleichmässig in folgende Untercolumnen eingetheilt: m., w., von beiden Geschlechtern; Verhältniss. Die Verhältniss-

zahlen in diesen letzten Columnen geben an, auf eine wie grosse Anzahl von Irren überhaupt aus jeder Ursache einer kommt, sowohl bei jeder der 3 Arten für sich als bei allen zusammen.

— L. Epileptische und von Aerzten Behandelte jeder der 4 Arten, einzeln und zusammengekommen, mit Unterscheidung der Geschlechter in den einzelnen Probsteien und Stiftern.

— M. Zusammenstellung der Summen von L für die ganzen Stifter.]

— N. Pfarreien, für welche die Angaben mangeln oder wo keine Irre sich finden sollen, mit Angabe ihrer Volkszahl.

— O. Besondere Tabelle über die in 43 Städten nach der Angabe der Pfarrer sich findenden Irren jeder der 4 Arten, mit Unterscheidung der Geschlechter und daneben gestellte Volkszahl jeden Geschlechts.

2) *Sindsyge, Blinde, Doevstumme og Spedalske i Norge i 1835 og 1845. Christiania 1851.*

Octav, 24 S. Besonderer Abdruck zweier Abhandlungen von Holst, die 1846 und 1851 in dem *Norsk Archiv for Laegevidenskaben* erschienen sind ¹⁾.

Nach jener ersten Zählung der Geisteskranken durch die Geistlichen auf Veranlassung der besprochenen Commission im J. 1825—26 folgte die 2te 10 Jahre später nach dem Wunsche der medicinischen Facultät zu Christiania als ein Bestandtheil der allgemeinen Volkszählung vom Jahr 1835, allein das Ergebniss derselben ward nicht in die officiële Publication der Regierung über diese allgemeine Zählung aufgenommen ²⁾.

Die Zählung der Irren von 1835 ist nach den nämlichen Rubriken wie die von 1825 geschehen, aber da sie von den allgemeinen Zählungsbeamten angeführt ward, welche zum grösseren Theil im Besitze von geringerer Bildung und Urtheilskraft als die Geistlichen, nach weniger Garantie einer richtigen Auffassung des Unterschieds der aufgestellten 4 Kategorien von Irren bieten konnten, so ist sie in dieser Beziehung wohl noch unsicherer als die erste. Sie ist aber auch hinsichtlich der blossen Zahl der Irren überhaupt keineswegs vollkommen sicher, weil bei der Art, wie eine allgemeine Volkszählung veranstaltet wird, die Zählenden häufig kein Mittel haben, über die geistige Gesundheit oder Krankheit eines Individuums ins Klare zu kommen.

Gleichwohl war die Zählung nicht zu verachten und ihre Ergebnisse, nach einem von Holst entworfenen Schema auf dem statistischen Bureau zusammengetragen, wurden von demselben, obwohl erst 10 Jahre nachher, in der ersten der oben genannten Abhandlungen ³⁾ veröffentlicht und mit den Resultaten der Zählung von 1825 verglichen. Die nach jenem Schema entworfene Tabelle gibt übrigens blos die Anzahl der Irren nach den 4 Arten und zusammen, mit Unterscheidung der Geschlechter und mit danebengestellter Volkszahl nach Geschlechtern und im Ganzen, endlich die

1) Im Auszug von A. G. Oliver *Massey* im Journ. of the Stat. Society of London XV, 250—56.

2) Siehe oben S. 711.

3) Ins Deutsche übers. in der Allg. Zeitschrift für Psychiatrie, Bd. IV, 1847, S. 479—487.

Verhältnisszahl der Irren überhaupt zur Volkszahl überhaupt in 44 Städten und den 17 Landämtern.

Ebenfalls auf den Wunsch der medicinischen Facultät wurde zum erstenmale die Zählung von 1835 benützt, um auch über die Zahl der Blinden und Taubstummen im Lande Kenntniss zu erlangen. Aber auch diese Kunde wurde damals nicht officiell publicirt, sondern erst später durch Holst und zwar zunächst summarisch nach Stiftern die über die Taubstummen ¹⁾ und dann 1846 in Verbindung mit derjenigen über die Irren und die Taubstummen auch das Ergebniss jener Zählung der Blinden vom J. 1835. Bei den Blinden wurden die auf einem und die auf beiden Augen Blinden unterschieden; bei den Blinden wie bei Taubstummen wurden Stadt und Land — nicht anders als bei den Irren — und die Geschlechter gesondert.

Erst bei der Volkszählung von 1845 kam eine neue verwandte Rubrik, die Beachtung der Aussätzigen (*Spedalske*) hinzu, indem die Geisteskranken, die Blinden und Taubstummen ebenfalls wieder mitgezählt wurden.

Bei der Zählung der Irren gab man jedoch nun die Eintheilung in 4 Arten auf und ersetzte sie durch zwei dem gemeinen Sprachgebrauch näher stehende und leichter zu unterscheidende Classen der Rasenden oder Wahnsinnigen und Blödsinnigen ²⁾, indem man bei den letzteren wieder blödsinnig geborne und gewordene unterschied. Allerdings ist hiedurch eine ganz zusammenstimmende Vergleichung der Zählung von 1845 mit den früheren unmöglich gemacht, aber Holst steht doch nicht an, sie in der zweiten der hier besprochenen Abhandlungen zu versuchen, indem die frühern Maniaci den nunmehrigen Rasenden, geborne Blödsinnige den frühern Idiotae, später blödsinnig Gewordene den alten Dementes entsprechen und bei den Melancholici zwar zweifelhaft bleibe, ob sie zu den Wahnsinnigen oder blödsinnig Gewordenen zu rechnen, allein in der Regel das erste werde angenommen werden können.

Auch hinsichtlich der Blinden ist eine Aenderung eingetreten, indem die Rubrik „auf einem Auge blind“ als entbehrlich beseitigt ward; die jetzigen Rubriken ³⁾ entsprechen den „Blinden auf beiden Augen“ des frühern Schemas.

Bei Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung von 1845 sind auch diejenigen der besondern Zählung der Irren, Blinden, Taubstummen und *Spedalske* sogleich officiell mit veröffentlicht worden ⁴⁾.

- 3) *An Sygepleien i Straffeanstalterne i Norge. Ved Professor Frederik Holst, M. D. Afstrykt fra Norsk Magazin for Laegevidenskaben, II. B. 3. H. Christiania 1841. Guldberg & Dziewonkowski.*

Octav, 112 S.

1) In einem gedruckten Bericht über das Taubstummeninstitut zu Drontheim.

2) Vgl. oben S. 696. Col. 10—15.

3) Siehe oben S. 696. Col. 22, 23.

4) Siehe oben S. 714; die achte Reihe.

Man ersieht aus dieser Schrift, dass wie über den Zustand der Irrenhäuser, so auch über den der Gefängnisse eine *Enquête-Commission*, zu welcher ebenfalls Holst gehörte, Untersuchungen angestellt hat ¹⁾. Sie wurde durch k. Entschliessung vom 10. Sept. 1837 eingesetzt: um den gegenwärtigen Zustand der Strafanstalten zu untersuchen und Vorschläge, begleitet von Plänen und Ueberschlägen, zu einer Reform des Gefängniswesens zu machen. Was über die Gesundheits- und Krankenpflege in den Gefängnissen nur im Auszuge in den Bericht dieser Commission aufgenommen werden konnte, das ist hier von Prof. Holst, gestützt auf eine Reihe officieller Angaben von 13 Jahren (1828—1840) ausführlicher mitgetheilt.

Ausser den zahlreichen Specialtabellen über die einzelnen Strafanstalten finden sich in dieser Arbeit namentlich mehrere Generaltabellen von allgemeinem Interesse auf S. 92, 93 und 104—108.

Die erste derselben S. 92, 93 gibt soweit möglich für den ganzen Zeitraum oder nach 13jährigem Durchschnitt Auskunft über folgende Punkte hinsichtlich aller Gefängnisse Norwegens:

Summe der täglichen Mittelzahl der Gefangenen;

in die Krankenstube Gelegte (*Indlagte*);

Genesene;

Gestorbene;

Anzahl der Verpflegungstage;

Tägliche Mittelzahl der Kranken;

Krankheitstage auf jeden Gefangenen;

Behandlungszeit für jeden Kranken in Tagen;

Verhältniss der täglichen Mittelzahl der Kranken zu der täglichen Mittelzahl der Gefangenen; der Gestorbenen zu den in die Krankenstuben

Gelegten; der Gestorbenen zu der täglichen Mittelzahl der Gefangenen;

Arzneimittelverbrauch, in Geld berechnet für jede Anstalt; für jeden Gefangenen.

Eine zweite zeigt, in welchem Alter, nach Altersdecennien von 20—100 J., in jedem Gefängniss die Todesfälle in jenen 13 Jahren eingetreten sind (S. 104).

Der dritte gibt eine Uebersicht über die einzelnen Todesursachen (S. 106, 107), eine vierte endlich über die verhältnissmässige Häufigkeit derselben (S. 108).

Indem ich hiemit diese Darstellung schliesse, weiss ich wohl, dass sie nicht vollständig Alles umfasst, was die officiële Statistik in Norwegen geleistet hat, wie denn insbesondere die den Stortingens seitens der Regierung vorgelegten Berichte über die Verwaltung

1) Ausserdem wird gesagt, dass die „*Departementstidende*“ in den Jahrgängen 1833, 1836 u. 1839 die Berichte des Justiz- und Polizeidepartements an die Regierung über Zustand und Wirksamkeit der Strafanstalten vom 1. Juli 1824 bis 30. Juni 1828 bekannt gemacht habe.

des Landes ¹⁾ mir nicht zu Gebote gestanden haben. Doch darf ich annehmen, das Meiste wenigstens berührt und ein Bild von den administrativ-statistischen Bestrebungen in Norwegen gegeben zu haben, welches der Regierung dieses freien und glücklichen Staates zur Ehre gereicht.

1) Der dem 13. ordentl. Storting vorgelegte Bericht dieser Art wird erwähnt und in Beziehung auf Handels- und Schiffahrtsverkehr ausgezogen im Handelsarchiv, 1851, I, 595.

F.

III. Staatswissenschaftliche Bücherschau.

I. Encyclopädische Werke.

Staatslexicon in 1 Bd. Im Vereine m. Andern hrsg. durch *Herm. vom Busche*. 26—30. Lfg. [Schluss.] 8. S. 2401—2844. Stuttgart, Hallberger. (à 6 Ngr.; 18 kr. rh.)

II. Philosophisches Staatsrecht.

Kretschmar, Ed., Der Kampf des Plato um die religiösen und sittlichen Principien des Staatslebens. 8. III, 99 S. Leipzig, Teubner. ($\frac{1}{2}$ Thlr.)
Gerber, C. F., Ueber öffentliche Rechte. 8. VII, 107 S. Tübingen, Laupp. (20 Ngr.) *Gersdorfs Rep. Bd. IV*, 73. — *C. B. Nro.* 39.

III. Positives Staatsrecht.

Oesterreich.

Zaleisky, A., Handbuch der Gesetze und Verordnungen, welche für die Polizeiverwaltung im österreich. Kaiserstaate von 1740—1852 erschienen sind. 2., 3., 4. Lfg. 8. S. 97—384. Wien, Manz. (à 16 Ngr.)
Schmidt, J. F., Versuch einer krit. Beurtheilung des im J. 1849 aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei zu Wien hervorgegangenen Entwurfes eines neuen Berggesetzes für das Kaiserth. Oesterreich. 8. VIII, 192 S. Prag, Credner u. Kleinbub. ($1\frac{1}{3}$ Thlr.)
Harum, P., Die Pressordnung vom 27. Mai 1852, nebst jenen Bestimmungen des neuen allg. Strafgesetzes, welche auf Druckschriften Anwendung finden, und den sonstigen noch in Kraft bestehenden darauf bezügl. Verordnungen, insbesondere dem a. h. Patente zum Schutze des geistigen Eigenthums vom 19. Oct. 1846. Zusammengestellt u. erläutert. 8. VI, 77 S. Pesth, Geibel. ($\frac{1}{3}$ Thlr.)

Allgemeiner vollständiger Zolltarif, alphab. geordnet von *Adalb. Preisler*. 4. 112 S. Prag, André. (24 Ngr.)

Preussen.

Die Gesetzgebung des preuss. Staats seit Einführung der constitutionellen Regierungsform. Zusammengestellt von *W. Stieber*. 3. Thl.: A. Kammerseason pro 1851/52. B. Nachträge zur Kammerseason pro 1850/51. 8. VI, 97 S. Berlin, Hayn. ($\frac{1}{3}$ Thlr.; 1—3.: $1\frac{1}{3}$ Thlr.)

Die auf Grund der Verfassungsurkunde erlassenen Gesetze für den preuss. Staat. 3. Jahrg. 8. VI, 234 S. Arnberg, Ritter. ($\frac{1}{3}$ Thlr.)

Rönne, L. v., Die Verfassung u. Verwaltung des preuss. Staates. 21. u. 22. Lfg. od. 6. Thl.: etc. A. u. d. T.: Die Wege-Polizei und das Wege-Recht des preuss. Staates. 8. XVI, 671 S. Breslau, Aderholz. (3 Thlr.)

Heckert, A., Die preuss. Armengesetzgebung. Sammlung aller Gesetze, Verordnungen u. s. w. 8. IV, 459 S. Berlin, Hempel. ($1\frac{1}{3}$ Thlr.)

Rauer, K. F., Die in den preuss. Staaten bestehenden allgemeinen Polizei-Gesetze u. Verordnungen. Zusammengestellt im Auftrage des k. Min. des Innern. 8. VIII, 176 S. Berlin, Gebauer. ($\frac{2}{3}$ Thlr.)

Das Feuer-Versicherungswesen nach preuss. Rechte. Zusammenstellung der Gesetze u. Verordnungen u. s. w. Von *H. Gräff*. 2. Ausg. 8. VIII, 68 S. Breslau, Aderholz. (12 Ngr.)

Schering und Schultze, Organisation u. Geschäfts-Verwaltung der preuss. Gerichte. Sammlung der hierauf bezügl. Verordnungen u. s. w. Mit erläut. Bemerkungen unter Benutzung der Akten des Justizministeriums hrsg. 8. XII, 352 S. Berlin, C. Heymann. (1 Thlr.)

Höinghaus, R., Preussens Stempelgesetze. Mit Rücksicht auf die neuere gerichtliche Stempelgesetzgebung. 8. IV, 67 S. Berlin, C. Heymann, (12 Ngr.) — Die preussischen Stempelgesetze, oder: Was ist stempel-pflichtig? 8. 65 S. Berlin, Plahn. ($\frac{1}{3}$ Thlr.)

Die preuss. Pressgesetzgebung. Eine Zusammenstellung aller auf die Presse bezügl. Gesetze u. Verordnungen. Hrsg. von *O. Helm*. 8. 83. S. Halberstadt, Helm's Separ.-Cto. ($\frac{1}{2}$ Thlr.) — Gesetz wegen Erhebung einer Stempelsteuer von polit. und Anzeigebültern, vom 2. Juni 1852; nebst den Regulativen dazu. Kgl. preuss. Gesetz über das Postwesen, vom 5. Juni 1852. 8. 19 S. Landsberg, Volger u. Klein. ($2\frac{1}{2}$ Ngr.) — Dasselbe, mit d. Press-Gesetz vom 12. Mai 1851, nebst den Ministerial-Bestimmungen über die Bildung der Prüfungs-Commissionen für Buchhändler u. Buchdrucker, u. die Prüfung selbst, vom 10. Aug. 1851. 8. 35 S. Ebd. ($\frac{1}{6}$ Thlr.)

Gesetz über das Postwesen, vom 5. Juni 1852, nebst Reglement u. Zusammenstellung der Bestimmungen über den preuss. Posttarif, vom 31. Juli 1852. Amtl. Ausg. 8. III, 63 S. Berlin, Decker. (4 Ngr.) — Dasselbe, erläutert durch die Motive zum Regierungs-Entwurfe, die Commissionsberichte beider Kammern u. die Kammerverhandlungen. 8. 183 S. Kreuznach, Voigtländer. (27 Ngr.)

Die preuss. Gewerbe-Gesetze. 2. Abdr. 16. 88 S. Brandenburg, Müller. ($\frac{1}{6}$ Thlr.) — *Risch, Th.*, Die Verordnung vom 9. Febr. 1849, betr. die Errichtung von Gewerberäthen, Gewerbegerichten u. verschied. Abänderungen der allgem. Gewerbeordnung in Verbindung mit den darauf bezüglichen obrigkeitl. Erlassen. Mit Anm. versehen. 8. IV, 248 S. Berlin, Springer. ($\frac{1}{2}$ Thlr.)

Gemeinheits-Theilungsordnung für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Duisburg u. Rees, sowie für Neu-Vorpommern und Rügen. Vom 19. Mai 1851. Nebst Gesetz, betr. das Verfahren in den nach der Gemeinheits-Theilungsordnung zu behandelnden Theilungen u. Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinufers. Vom 19. Mai 1851. 8. 28 S. Trier, Lintz. (3 Ngr.; 11 kr. rh.)

Königl. preuss. Gesetz, die gewerbmässigen Gutszertrümmerungen betr. 8. 7 S. Nördlingen, Beck. (1 Ngr.; 3 kr. rh.)

Das Gesetz, betr. die Einführung einer Klassen- und classificirten Einkommenssteuer vom 1. Mai 1851, mit den darauf bezügl. Ministerial-Instructionen u. Rescripten zusammengestellt u. m. Noten versehen v. *H. Senstrup*. 8. 174 S. Halberstadt, Helm's Separ.-Cto. in Comm. ($\frac{2}{3}$ Thlr.)

Instruction zur gleichförmigen Einrichtung des Kassen- und Rechnungswesens bei der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Verwaltung vom 4. Nov. 1852. Nebst Erläut. u. Formularen. Amtliche Ausg. 8. III, 188 S. Berlin, Decker. ($\frac{1}{2}$ Thlr.)

Das preuss. Pensions-Reglement für Civilbeamte. Nebst allen dasselbe ergänzenden, gedruckten u. ungedruckten Rescripten u. s. w. Nach amtl. Quellen etc. Hg. von *R. Ulrich*. 8. VII, 40 S. Berlin, Hempel. ($\frac{1}{4}$ Thlr.)

Rumpf, C., Der preuss. Steuerbeamte in Bezug auf seine Dienst- u. Rechtsverhältnisse. 8. VIII, 327 S. Magdeburg, Baensch. ($\frac{3}{4}$ Thlr.)

Kletke, G. M., Regulativ über Reisekosten u. Tagegelder bei Dienstreisen u. Versetzungen für die preuss. Armee vom 28. Dec. 1848 nebst allen bisher darüber erschienenen Ergänzungen etc. 8. XV, 172 S. Berlin, Jonas. (28 Ngr.)

Bestimmungen, betreffend das Heirathen der Militärpersonen der preuss. Armee. Nach amtl. Quellen zusammengestellt. 12. 23 S. Berlin, Decker. ($\frac{2}{2}$ Ngr.)

Bayern.

Sammlung der bayerischen Verfassungs-Gesetze, eingeleitet u. hrsg. von *J. Pözl*. 8. XXXII, 383 S. München Palm. (27 Ngr.; 1 fl. 30 kr. rh.)

Die Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern u. die Verfassungsedicte in ihrem gegenwärtigen Bestand. Hrsg. von *K. Brater*. 8. XX, 256 S. Nördlingen, Beck. ($\frac{2}{3}$ Thlr.)

Das Forstgesetz für das Königreich Bayern. Zusammengestellt aus den Verhandlungen beider Kammern nebst den Vollzugsvorschriften. Hrsg. von *S. Jos. Jandebeur*. 5. u. 6. Lfg. 8. V S. u. S. 365—510 mit 11 Tab. u. Repertorium 35 S. München, Finsterlin in Comm. (à $\frac{1}{3}$ Thlr. 30 kr. rh.)

- Das Gewerbesteuer-Gesetz vom 28. Mai 1852 mit Inhaltsübersicht und alphabetisch. Sachregister.** 4. XII, 43 S. Nördlingen, Beck ($\frac{1}{4}$ Thlr.; 24 kr. rh.)
- Gesetz, die Sicherung, Fixirung u. Ablösung der auf dem Zehentrechte lastenden kirchl. Baupflicht betr.** 8. 8 S. Nördlingen, Beck. ($\frac{1}{2}$ Ngr.)
- Jandebour, S. J.,** Die Gesetze des Königr. Bayern über Benützung des Wassers, Be- u. Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodenkultur u. den Uferschutz u. Schutz gegen Ueberschwemmungen. Mit den zu den einzelnen Artikeln gehörigen Bemerkungen der kgl. Staatsregierung und der beiden Kammern u. einem Generalrepertorium. 8. IV, 227 S. München, Finsterlin in Comm. (1 Thlr.; 1 fl. 36 kr. rh.)
- Gottthelf, J.,** Die Rechtsverhältnisse der Juden in Bayern. 8. VIII, 196 S. München, Franz. (26 Ngr.; 1 fl. 30 kr. rh.)

Württemberg. Baden. Grhzhm. Hessen.

- Das Regierungsblatt für das Königr. Württemberg im Auszuge. Normalien d. 2. Ergänzungsbds. v. J. 1852.** 8. VI, 434 S. Stuttgart, Metzler ($\frac{5}{6}$ Thlr.)
- Gesetzes-Entwurf, betr. die Niederlassung und den Aufenthalt in den Gemeinden, nebst den Motiven dazu und den Verhandlungen der kgl. Centralstelle für Gewerbe und Handel.** [Aus dem „Gewerbeblatt aus Württemberg“ abgedr.] 8. 24 S. Stuttgart, Metzler. (3 Ngr.; 9 kr. rh.)
- Daniel, A.,** Das Gesetz, betr. die Abänderung einiger Bestimmungen des revidirten Bürgerrechts-Gesetzes vom 4. Dec. 1833 über die Verehelichungs- u. Uebersiedelungsbefugnisse der Staatsgenossen in Württemberg vom 5. Mai 1852. Mit Erläuterungen. 8. 52 S. Schwäb. Hall, Nitzschke. (8 Ngr.)

- Hoffinger, Ph. H. F.,** Sammlung badischer Baugesetze. Nebst einem Anh. über Baustreitigkeiten u. s. w. Mit 9 Steintaf. Neue Ausg. 8. VII, 999 S. Mannheim, Bensheimer. ($\frac{3}{4}$ Thlr.)

- Alphabetisches Repertorium über den Inhalt des Grossherzogth. hessischen Regierungsblatts v. 1819 bis Ende 1851. Nebst einer chronol. Uebersicht u. s. w.** 4. IV, 200 S. Darmstadt, Jonghaus. ($\frac{1}{2}$ Thlr.; 2 fl. 24 kr. rh.)

Sachsen. S. Weimar. S. Coburg-Gotha. Waldeck.

- Repertorium des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königr. Sachsen auf d. J. 1818—1851. Nebst Anh. über die vom 1. Jan. bis Ende Juni 1852 erschienenen Gesetze.** 2. Aufl. 4. III, 196 S. Dresden, Meinhold u. Söhne. ($\frac{1}{2}$ Thlr.)
- Gesetz und Ausführungsverordnung über Erwerbung und Verlust des Untthanenrechts im Königr. Sachsen, vom 2. Juli 1852. Nebst einigen Zusätzen und Erläuterungen zum Heimathsgesetze vom 3. Juli 1852 u. d. Heimathsgesetzes vom 26. Nov. 1834 u. 12. Oct. 1840.** 8. 50 S. Dresden, Meinhold u. Söhne. (4 Ngr.)
- Gemeindeordnung vom 22. Febr. 1850 und Heimathsgesetz vom 23. Febr. 1850 für das Grossherzogth. Sachsen-Weimar-Eisenach mit Bemerkungen u. Formularen.** 5. Aufl. 16. VIII, 140 S. Neustadt a. d. Orla, Wagner ($\frac{1}{6}$ Thlr.)

Einführungsgesetz vom 1. Juni 1852 zum Staatsgrundgesetz für die Herzogth. Coburg u. Gotha, vom 3. Mai 1852; zum Gesetz über den Civilstaatsdienst, vom 3. Mai 1852; ingl. zum Gesetz, die Organisation des Staatsministeriums betr., vom 3. Mai 1852. 4. 130 S. Coburg, Riemann. (24 Ngr.)

Verfassungs-Urkunde f. die Fürstenth. Waldeck u. Pyrmont. 4. 24 S. Mengerhausen, Arolsen, Speyer in Comm. (4 Ngr.)

Hannover. Oldenburg. Hamburg.

Hannoversche Gesetzgebung über Staats- u. Gemeinde-Verwaltung. 8. IV, 168 S. Hannover, Helwing. ($\frac{1}{2}$ Thlr.)

Nachtrag zum neuen kgl. hannoverschen Gesetze, die Entrichtung der Stempelsteuer betr., Zusatzbestimmungen vom 24. Jan. 1851. 8. 3 S. Celle, Schulze. ($\frac{1}{4}$ Ngr.)

Entwurf zu einem Gesetze über die Abschätzung der Grundstücke und Gebäude im Grossherzogth. Oldenburg, behufs einer neuen Veranlagung der Grund- u. Gebäude-Steuern. 8. 21 S. Oldenburg, Stalling. (3 Ngr.) — Beweggründe zu diesem Entwurf. 8. 37 S., ebds. ($\frac{3}{4}$ Ngr.)

Zur Stellung der freien Städte als Glieder des deutschen Bundes. Mit besond. Bezugnahme auf die freie u. Hansestadt Hamburg. [Abgedr. aus der Neuen preuss. Zeitung 1851 u. 1852.] 8. 51. S. Berlin, Schneider u. Co. in Comm. ($\frac{1}{6}$ Thlr.)

Wo ist in Hamburg die Staatshoheit? Zur Beurtheilung der am 27. April 1852 vom Ausschuss der Bundesversammlung an den hamburg. Senat erlassenen Note. Von A. 8. 26 S. Hamburg, Perthes-Besser u. Mauke. (4 Ngr.)

Dänemark und die Herzogthümer.

Das Grundgesetz des Königr. Dänemark vom 5. Juni 1849 in möglichst wortgetreuer Uebersetzung nach dem beigegebenen Original. 8. 23. S. Itzehoe. (Altona, Schlüter.) (4 Ngr.)

Ravit, J. Chr., Der Civilstaatsdienst in den Herzogth. Schleswig u. Holstein. 8. VIII, 192 S. Kiel, Schröder u. Co. ($\frac{1}{4}$ Thlr.) *G. R. IV*, 221.

Schweiz.

Alphabetisch-geordneter eidgenössischer Zolltarif, nebst dem Bundesgesetz über das Zollwesen vom 27. Aug. 1851 u. den vom Bundesrath publicirten Anwendungen vom 28. Febr. 1852. 8. 65 S. Schaffhausen, Brodtmann. (6 Ngr.)

Niederlande.

Vas Dias, M., De Nederlandse scheepvaart-wetgeving, geschiedkundig toegelicht door het verhandelde, zoo in als buiten de Kamers der Staaten-Generaal, met Bijlagen. Twee deelen. 8. Rotterdam, N. Nijgh. (12 fl.)

Bing, A. Meijer, Versameling van Wetten, betreffende de directe en indirecte Belastingen, in en uitgaande Regten en Accijzen in het Koninkrijk der Nederlanden in werking, met de daartoe betrekkelijke Konink-

lijke Besluiten etc. 4 stuk: Gemaal. 5 stuk: Bieren en Azijnen. 8. Amsterdam, T. Gunst. (70 c., 80 c.)

Van Oldenbarnevelt, H. J. A. Raedt, De wet tot uitvoering van art. 7 in hare betrekking tot het burgerlijk regt en het Staatsregt. 8. Leiden, Jac. Hazenberg (1 fl. 50 c.)

England.

Burke, P., The patent law amendment act (the 15 & 16 Vict. c. 83), and the patent law generally as affected by that statute, analyzed and explained. *Ath., Aug.*, p. 916.

Frankreich.

J. Dumesnil, De l'organisation et des attributions des conseils généraux de département et des conseils d'arrondissement. 3. éd., augm. d'un supplément contenant les lois et les instructions ministérielles actuellement en vigueur, qui ont modifié la législation antérieure. 2 vols. 8. 58 f. Paris, Dentu. (12 fr.)

Loi du 31. Mai 1851 sur la police du roulage et des messageries publiques, suivi du règlement d'administration publique du 10. Août 1852. 32 $\frac{1}{2}$ f. — Instructions ministérielles du 25. Août 1852 sur la police du roulage et des messageries publiques, publiées avec l'autorisation de M. le ministre des travaux publics. 32 $\frac{1}{2}$ f. Paris, Mme Breau, rue du Bac, 144. (je: 25 c.)

Chemins de fer de Rouen, du Havre et de Dieppe. Ordonnance portant règlement d'administration publique, sur la police, la sûreté et l'exploitation des chemins de fer. 15. Nov. 1846. 16. 2 f. Paris, impr. de Bénard. — Chemin de fer de Lyon à Avignon. [Loi, décrets, arrêtés, statuts.] 8. 6 $\frac{1}{2}$ f. Paris, impr. de Chaix.

Vgl. Politik, politische Zeitfragen in einzelnen Ländern.

IV. Völkerrecht.

Murhard, F., Nouveau recueil général de traités. Tome X. Pour 1847. 669 p. Gottingue, Dieterich. (4 Thlr.)

Principes élémentaires de droit international. 4. 2 $\frac{1}{2}$ f. Brest, impr. lith. de Saget.

Garden, le Comte de, Code diplomatique de l'Europe. Tome I, 1^{re} partie. 8. XVI, 251 p. Paris, Amyot.

Garcia de la Vega, D. de, Guide pratique des agents politiques du ministère des affaires étrangères. 8. 295 p. Bruxelles. (2 Thlr. 15 Ngr.)

Asher, C. W., Freiheit der Schifffahrt. Ein Commentar zu den Unterbrechungen der Schifffahrt auf der Elbe durch kgl. dänische Kriegsfahrzeuge. 8. 33 S. Hamburg, Perthes-Besser u. Mauke. (4 Ngr.)

Burke, P., The law of international copyright between France and England. *Ath., Aug.*, p. 916.

V. Politik.

Theorie und allgemeine Fragen.

Lewis, G. Cornwall, A treatise on the methods of observation and reasoning in politics. 2 vols. Parker. *Ath.*, Aug., p. 839.

Qu'est-ce que le peuple? Étude sur son droit de souveraineté et l'exercice de ce droit; par M. H. G. 8. 24³/₄ f. Poitiers, Oudin; Paris, Lagny frères. (5 fr.)

Hinrichs, H. F. W., Die Könige. Entwicklungsgeschichte des Königthums von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. 8. XVI, 468 S. Leipzig, Costenoble. (2¹/₅ Thlr.)

Harris, G., The true theory of representation in a state. London. *Edinb. Rev.* No. 196. p. 452.

Briefe über Staatskunst. 8. VIII, 460 S. Berlin, Hertz. (2 Thlr.)

Zwölf politische Monats-Rundschauen vom Juli 1851 bis dahin 1852. 8. 215 S. Berlin, Schneider u. Comp. in Comm. (5⁵/₆ Thlr.)

Köllner, E., Das Jahr 1848. Zur Versöhnung von Freiheit u. Autorität. Nebst Folgerungen f. Preussens Verfassungs- u. Regierungsform. 8. VI, 142 S. Giessen, Ricker. (18 Ngr.; 1 fl. rh.)

Loeff, S., Das Wesen der Linken und der demokratischen und constitutionellen Zeitungs- und Broschüren-Litteraten. 8. IV, 84 S. Berlin, Brandis (1¹/₆ Thlr.)

Die Staatskrankheit. 8. 136 S. Berlin, Schneider u. Co. (1¹/₅ Thlr.)

Würdigung des Constitutionalismus nach seiner Natur, seinen Früchten u. seiner Geschichte. Zunächst f. das Land Oldenburg. 8. 24 S. Oldenburg, Stalling. (35³/₄ Ngr.)

Marr, W., Anarchie oder Autorität? 8. IV, 132 S. Hamburg, Hoffmann u. Campe. (1¹/₂ Thlr.)

Widenmann, G., Ein Wort über die Hoffnungen auf eine neue polit. Bewegung. 8. IV, 76 S. Stuttgart, Becher. (11 Ngr.; 36 kr. rh.)

Opzoomer, C. W., De Staatskunde van Edm. Burke geschetst. 8. Leiden en Amsterdam, J. H. Gebhard & Co. (90 c.)

Jets over de staande legers in 1852. 8. Alkmaar, Joh. Roem. (40 c.)

Staat und Kirche.

Widenmann, G., Die Religion und das Recht der Welt; nebst einem Anhang über den moralischen, geistigen und politischen Charakter unserer Zeit. 8. VIII, 232 S. Nördlingen, Beck'sche Buchh. (25 Ngr.) *G. R.* IV., 11. — *C. B.* No. 38.

Stein, L., Was ist das Wesen des christlichen Staates? 8. 16 S. Francf. a. M., lit. Anstalt. (3 Sgr.; 9 kr. rh.)

Montalembert, Comte de, Des intérêts catholiques au XIX^e siècle. — 2. édition. 8. 13¹/₄ fr. Paris, Lecoffre. (3 fr.)

Buss, F. J., Die Reform der katholischen Gelehrtenbildung in Teutschland an Gymnasien u. Universitäten; ihr Hauptmittel die Gründung einer

- freien, kathol. Universität deutscher Nation. 8. VI, 528 S. Schaffhausen, Hurter. (1 Thlr. 22 Sgr.) *C. B. No.* 32.
- Norga, J. A.*, Dans les pays de libertés le clergé doit-il se mêler des affaires publiques? 8. 119 p. Nalinne. (16 Ngr.)
- Macaulay, Th. B.*, Ueber die Judenfrage. 8. 16 S. Francf. a. M., Aufarth. (2 Ngr.)
- Mittheilungen über die Madaische Angelegenheit. Nr. 1—4. 8. 51 S. Berlin, W. Schultze. (6 Ngr.)
- Rintel, K. G. N.*, Beleuchtung der Denkschrift des evangelischen Oberkirchenrathes, betr. die Vermehrung der Dotation der evang. Kirche in Preussen vom Standpunkte des Rechtes und der Parität. Mit statist. Nachweisungen. 8. VI, 1 Bl., 132 S. Regensburg, Manz. (15 Sgr.) *C. B. No.* 49.
- Socialismus und Communismus. Armenwesen.
- Cochut, A.*, Die Arbeiter-Associationen. Geschichte und Theorie der Versuche eine Reorganisation der Gewerbe, welche seit dem Februar 1848 gemacht worden sind. Ies Deutsche übertr. von A. Wagner. 8. 132 S. Tübingen. (Ulm, Gebr. Nübling.) (12 Ngr.) *Vgl. diese Zeitschrift* VII, 727 ff.
- Colonie ou république icarienne dans les états-unis d'Amérique. Son histoire etc. 16. 2 f. Paris, rue Baillet. 3. (40 c.) — Émigration icarienne. Conditions d'admission. Rapport de la gérance à l'assemblée générale. Cabet aux icariens. (Prospectus.) 16. 2 f. Paris, chez l'auteur, rue Baillet, 3. (40 c.)
- Massini, A. M.*, Des socialistes français. 12. 32 p. Bruxelles. (5 Ngr.)
- Nicolas, A.*, Du protestantisme et de toutes les hérésies dans leur rapport avec le socialisme. 8. 38³/₄ f. Paris, Vaton. (7 fr. 50 c.)
- Röttger, E. H.*, Thieu, Ti, Hoih. Geschichte der Bruderschaft des Himmels u. der Erden, der communist. Propaganda China's. 8. Berlin. (10 Ngr.)
- Beleuchtung der Schrift: Ueber die Reorganisation der städtischen Armenverwaltung. Als. Mscr. 4. 36 S. Berlin, Hertz. (1¹/₆ Thlr.)
- Blätter über schweizerische Armenziehung. Zunächst enth. die Verhandlungen der ostschweiz. Armenzieher, nebst Mittheil. über neue Stiftungen auf diesem Gebiete. 8. 173 S. St. Gallen, Huber u. Co. (2²/₃ Rthlr.)
- Lumley, W. G.*, A collection of the statutes of general use relating to the relief of the poor; with notes, abstracts, and a general index. Vol. 2. 12. 450 pp. (7 s.)
- Glen, W. C.*, The poor law statutes of the session 15 and 16 Vict.; and the act to amend and consolidate the statutes relating to the assessment and collection of county rates, 15 and 16 Vict., c. 81. 12. 70 pp. (2 s. 6 d.)
- Ward, R. A.*, A treatise on investments; being a popular exposition of the advantages etc. 2d edition, enlarged. 8. 310 pp. (10 s. 6 d.)

Greg, W. R., Investments for the working classes. 12. 122 pp. (1 s.)
 Het wettelijk Armwezen, of de verschillende gevoelens over de hoofdpunten
 eener wetgeving op het Armbestuur, voorgesteld en overwogen, in ver-
 band met het aanhangig Ontwerp van wet. 8. Zalt-Bommel, J. No-
 man en Zoon. (1 fl. 90 c.) — *Van Nierop, A. C.*, De Armenwet en
 de Diakoniën, Beoordeeling van het Ontwerp, Brochures en Petitiën.
 8. Zaandijk, J. Heijnis (40 c.) — *Nieuwenhuis, A. J.*, Het wets-
 ontwerp op het armbestuur in doel en middelen beschouwd. 8. Leiden
 en Amsterdam, J. H. Gebhard en Comp. (25 c.)

Zollverein und Zolleinigung.

Ueber das Verhältniss der heutigen Wissenschaft zu Handelsverträgen, ins-
 besondere zu Zollvereinigungen. 8. 22 S. Berlin, Schneider u. Co.
 (2½ Ngr.)

Die Wiener Zoll-Conferenzen. Abdruck der wichtigsten Verhandlungsstücke
 nebst Vorrede. 8. XV, 231 S. Wien, Braumüller. (1 Thlr.) — Die
 Zollconferenz zu Berlin, die preussische Erklärung vom 7. Juni und die
 deutsche Zolleinigung. 8. 47 S. Leipzig, Rummelmann. (1/3 Thlr.) —
 Zum Verständniss der Zollvereins-Krisis und der Stellung der zu Darm-
 stadt verbündeten Zollvereinsregierungen auf den Berliner Conferenzen,
 mit Rücksicht auf die amtl. „Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereins-
 frage.“ 8. V, 74 S. Giessen, Heinemann. (9 Ngr.; 30 kr. rh.) —
 Zur handels-politischen Frage. Aus dem „Preuss. Wochenblatt“ abgedr.
 8. IV, 73 S. Berlin, Hertz in Comm. (1/3 Thlr.) — Die Segnungen des
 Zollvereins. Eine statist. Skizze. 8. 48 S. Leipzig, Brockhaus. (6 Ngr.)
 — Die deutsche Zoll- und Handelseinigung in besond. Beziehung auf
 das Grossherzogth. Hessen und der Antrag des Abgeordneten Müller-
 Melchior vom 28. Mai. 1852. Von einem Rheinhesen. 8. 36 S. Mainz,
 Kirchheim u. Schott. (4 Ngr.; 12 kr. rh.) — *Weiss, S.*, Juristisches
 Urtheil über den positiven Rechtsbestand des deutschen Zollvereins im
 Jahr 1851—54. 8. 15 S. Wien, Wenedikt. (6 Ngr.) — Der deut-
 sche Zollverein soll zerstört werden? Stimmen aus dem Süden. Mit
 einzelnen Zusätzen vom Herausgeber. 8. 15 S. Frankf. a. M., Auf-
 farth. (2 Sgr.; 6 kr. rh.).

Die Rübenzuckerfabrikation, ihr volkswirtschaftlicher Nutzen und ihre Be-
 steuerung. 8. IV, 60 S. Halle, Pfeffer. (1/6 Thlr.)

Politische Zeitfragen in einzelnen Ländern.

Deutschland und deutsche Staaten.

Vor der zwölften Stunde. IV. Deutschland und Oesterreich. 8. 109 S.
 Frankfurt a. M., Auffarth.

Winter, A., Die Volksvertretung in Deutschlands Zukunft. 8. IV, 499 S.
 Göttingen, Dieterich. (2 Thlr.)

Ist der neue Constitutionalismus für Deutschland u. namentlich für Preussen
 passend u. heilbringend oder nicht u. s. w.? 8. 38 S. Grünberg, Weiss.
 (3 Ngr.)

Hagendorff, H., Constitution oder Monarchie? 8. 15 S. Berlin, Lindow in Comm. (2 $\frac{1}{3}$ Ngr.)

Löffler, A., Der Minister des Innern und die Revisionsfrage. Eine Replik. 8. 40 S. Berlin, Schneider u. Co. (1 $\frac{1}{6}$ Thlr.)

Die hannoverschen Provinzial-Landschaften. Ein polit. Votum. Julius 1852. 2. Abdr. 8. III, 89 S. Berlin, Dümmler. (1 $\frac{1}{2}$ Thlr.)

Dänemark und die Herzogthümer.

Hansen, jun., Chr., Die Politik und die materiellen Interessen, zunächst in Bezug auf das dänische Reich. 8. 24 S. Flensburg, Sundby. (20 Sk.)

Martin, P., En Demokrats Bemaerkninger om Bondevennernes Selskab. 8. 64 S. Kjöbenhavn, Iversen. (24 Sk.)

Et Par Ord om Communalbestyrelsen og de offentlige Blade. 8. 16 S. Kjöbenhavn, Philipsen. (16 Sk.)

Lafaurie, Schleswig - Holsteins und Dänemarks papiernes Recht. 8. VI, 37 S. Hamburg, Richter. (6 Ngr.)

Protest gegen die Theorie des dänischen Gesamt-Staats u. den Versuch zu deren Verwirklichung durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852. 8. III, 100 S. Mannheim, Bassermann. (12 Ngr.; 40 kr. rh.)

England.

Torrens, R., Tracts on finance and trade, submitted to the consideration of the electors of the united kingdom. Ns. I and II. London. *Ed. Rev. Oct. p.* 526.

Maxwell, J., Suggestions arising out of the present want of employment for labour and capital. 8. Edinburgh and London. — **J. M. Ludlow**, The master engineers and their workmen. Three lectures on the relations of capital and labour. 12. London. — **W. Mac Cömbie**, Use and abuse, or right and wrong in the relations to labour of capital, machinery and land. 12. London.

Frankreich.

Vreede, G. G., La renaissance de l'empire français et la liberté de l'Europe. 8. Utrecht, J. G. Broese. (70 c.)

Cahour, Arsène, Des études classiques et des études professionnelles. 8. 17 $\frac{1}{2}$ f. Paris, Mme veuve Poussielgue-Rusand.

Henry, L. L., De l'organisation d'établissements de crédit dans l'intérêt de l'agriculture, du commerce, de l'industrie et du travail en général. 8. 12 f. Paris, bureau de l'union nationale du crédit, rue Fontaine-Saint-Georges, 25. (2 fr. 50 c.) — **Obriot**, Le crédit agricole, assis sur ses véritables bases. 8. 3 f. Paris, chez l'auteur, rue des Mathurins-Saint-Jacques, 10. (1 fr. 50 c.) — **Le Hir, L.**, Crédit foncier. Commentaire du décret sur le crédit foncier du 28. Févr. 1852, suivi d'un appendice contenant le rapport de la commission à l'assemblée législative, les décrets sur le crédit foncier et les documents officiels. 8. 9 $\frac{3}{4}$ f. Paris, boulevard des Italiens, 27; chez Durand etc. (6 fr.)

Jouvenel, L. de, Organisation des établissements du crédit fon-

cier, conformément au décret du 28. Févr. 1852. 8. 4 f. Paris, Hilpert, rue Caumartin, 69. — Banque foncière de Paris. Société de crédit foncier. Statuts. 8. 4½ f. Batignolles, impr. d'Hennuyer.

De la reprise par l'état des assurances contre l'incendie. 4. 10 f. Paris, impr. de Dupont. — *Merson, E.*, Des assurances contre l'incendie pratiquées par l'état. 12. 4⅓ f. Paris, Guillaumin.

Jacquemart, D. A., Sylviculture française. De l'élévation de droits de douane, à l'importation des bois, réclamée de M. le président de la république par les grands propriétaires forestiers de France, ou réfutation de leur mémoire sur la situation critique de la propriété forestière. 8. 2 f. Paris, Guillaumin. (75 c.) — Réfutation de la brochure intitulée: Mémoire sur la situation critique de la propriété forestière et les moyens de l'améliorer. 1852. 4. 16 p. Saint-Germain-en-Laye, impr. de Beau.

Du Mesnil Marigny, J., Débouchés nouveaux à ouvrir dans Paris pour les marchandises de toutes espèces, au bénéfice des producteurs et des consommateurs. Projet de loi sur les ventes aux enchères. 8. 7 f. Paris, Dentu.

Parc d'Avaugour, Comte du, La France rendue florissante par la Guyane 8. 3 f. Paris, Ledoyen.

Belgien.

La constitution belge commentée et expliquée par le parti clérical, avec des notes et observations d'un libéral. 8. 52 p. Bruxelles. (8 Ngr.) — Vive la constitution! ou les libéraux et les catholiques en 1852. 8. 96 p. Bruxelles. (12 Ngr.)

Niederlande.

Wet op de Jagt en Vischerij, met het verhandelde bij de Staten-Generaal en Aanteekeningen; uitgegeven door *B. C. A. Pabst*. I. deel. 8. Utrecht, L. E. Bosch en Zoon. (4 fl. 80 c.) — Dasselbe: toegelicht uit de Handelingen der Wetgevende magt, door *S. Tac*. 8. Leiden, E. J. Brill. (2 fl.)

Verweij, S. A., Beknopt overzicht van de Gemeentewet in hare beginselen en uitvoering. Sneek, J. Campen. (2 fl. 40 c.)

Rijkens, R. G., De meeningen van Mr. G. Groen van Prinsterer, c. s., tegenover die van Mr. J. R. Thorbecke, Mr. J. P. P. Baron van Zuylen van Nijeveldt, E. W. van Dam van Isselt en anderen, over het lager Onderwijs, bescheiden getoetst in 't belang van den Staat aan de Ondervinding. 8. Groningen, R. J. Schierbeek. (90 c.)

Steijn Parvé, D. C., De toekomstige wijze van beheer en verantwoording der Geldmiddelen van Nederlandsch Indië, ingevolge Artikel 60 der Grondwet. 8. Zalt-Bommel, Joh. Noman en Zoon. (3 fl.)

De pennevruchten van een paar Indische Oudgasten, opgedragen aan den Heer J. B. J. van Doren. 8. Zalt-Bommel, Dezelfden. (40 c.) — *Lion, H. J.*, Analyse der Cijfers en Beschouwingen, voorkomende in

het Werk: De vermeerdering van Java's bevolking beschouwd als de grootste bron van rijkdom voor Nederland door Dr. *Bosch*. 8. Rotterdam, H. Nijgh. (90 c.)

Ungarn u. s. w. Türkei.

Colonisations-Plan für Ungarn, Siebenbürgen, Slavonien, Galizien u. Bukowina. 4. 31 S. Wien, Gerold. ($\frac{2}{3}$ Thlr.)

Boué, A., Sur l'établissement de bonnes routes et surtout de chemins de fer dans la Turquie d'Europe. 8. 52 p. Vienne, G. Braumüller. *Heid. Jahrb.* No. 45. p. 719.

VI. Polizeiwissenschaft.

Medicinalwesen.

Tardieu, Ambr., Dictionaire d'hygiène publique et de salubrité, ou répertoire de toutes les questions relatives à la santé publique, considérées dans leurs rapports avec les subsistances, les épidémies, les professions, les établissements et institutions d'hygiène et de salubrité, complété par le texte des lois, décrets, arrêtés, ordonnances et instructions qui s'y rattachent. T. I. (A—E) 8. 36 f. Paris, Baillière. (8 fr.)

Hornemann, E., Beretning om den ved allerh. Commissorium af 12. Marts 1851 nedsatte Sundhedscommissions Virksomhed. Med Justitsministeriets Tilladelse udg. 8. 90 S. Kjöbenhavn, Reitzel. (60 Sk.)

Edel, E., Kritische Beiträge zur Reform des Medicinalwesens im Königr. Hannover. 8. III, 50 S. Hildesheim, Gerstenberg. ($\frac{1}{4}$ Thlr.)

Reiter, M., Würdigung der grossen Vortheile der Kuhpockenimpfung für das Menschengeschlecht. 8. 52 S. Leipzig, Thomas in Com. ($\frac{1}{3}$ Thlr.)

Instruction pratique pour la construction des égouts, publiée par le conseil supérieur d'hygiène publique. 9. 14 p. avec figures dans le texte. Bruxelles.

Lähr, H., Ueber Irrsinn und Irrenanstalten. Nebst einer Uebersicht über Deutschlands Irrenwesen und Irrenanstalten, erläut. durch 1 Karte in Fol. 8. XII, 286 S. Halle, Pfeffer. (1 Thlr. 27 $\frac{1}{2}$ Ngr.)

Falret, H., De la construction et de l'organisation des établissements d'aliénés. 4. 9 $\frac{1}{2}$ f. Paris, Baillière. (2 fr. 50 c.)

Theuerungspolizei.

Briegleb, O., Das Nürnberger städtische Getraid-Magazin und dessen Wirksamkeit von der Gründung im J. 1819 bis auf die neueste Zeit, dann Plan zur Gründung neuer Magazine. 8. 34 S. Nürnberg, Riegel u. Wiessner. ($\frac{1}{6}$ Thlr.)

Schulze, F. H., Die Magazinirung. 2. Ausg. Mit Tabellen. 8. Leipzig.

Erziehungs- und Unterrichtswesen.

Lallemand, F., Éducation publique. Éducation morale. 1^{re} partie. 12. 14 f. Paris, Comon, quai Malaquais, 15. (2 fr.)

Kalisch, E. W., Ueber die Beschäftigung der schulpflichtigen Jugend in den Fabriken. 8. Berlin.

Tvende Forslag afgivne til Kirke- og Underviisningsministeriet af den, til at afgive Betaenkning om den polytechniske Laereanstalts fremtidige Stilling og om Ordningen saavel af den hoeiere mathematisk-naturvidenskabelige Underviisning i practisk Retning i det Hele som af den almindelige i technisk-industrielle Underviisning f. allerh. Resol. af 30 Mai 1851 nedsatte Commission. 8. 63 S. Gyldendal. (32 Sk.)

Sorge für Gewerbetreibende und die ärmeren Volksklassen. Wohlthätigkeitsanstalten.

Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Red.: Dr. **Glaser**. 14. Heft: Jahresbericht u. Vortrag über die helgischen Musterwerkstätten. 8. 76 S. Berlin, Trowitzsch u. Sohn in Comm. (6 Sgr.)

Hubbard, M. G., De l'organisation des sociétés de prévoyance ou de secours mutuels et des bases scientifiques sur lesquelles elles doivent être établies, avec une table de maladie et une table de mortalité, dressées sur des documents spéciaux, publié sous la direction du comité pour la propagation des sociétés de prévoyance. 8. 20¼ f. Paris, Guillaumin.

General-Versammlung der Berliner Aussteuer-, Sterbe- und Unterstützungs-Kassen-Gesellschaft am 16. Juni 1852. 8. 54 S. Berlin, Hayn. (2½ Ngr.)

Audiganne, A., Les ouvriers en famille, ou entretiens sur les droits et les devoirs de l'ouvrier dans les diverses relations de sa vie laborieuse. 2e édition, mise en rapport avec les lois nouvelles. 32. 3¾ f. Paris, Lecoffre. (1 fr.)

Société centrale d'éducation et d'assistance pour les sourds-muets en France. 2e séance générale annuelle du 29. Avril 1852. 8. 3¼ f. Paris, rue Saint-Jacques, 254.

Gautier, L., Observations sur le projet de loi concernant les enfants trouvés, abandonnés et orphelins. 8. 2¾ f. Arras, impr. de Lefranc.

Strafmittel und Strafanstalten.

Rang, F., Kann die Polizei das Strafmittel der körperlichen Züchtigung entbehren? 8. 82 S. Erlangen, Palm. (1⅓ Thlr.)

Arend, K., Die Reform der Strafgefängnisse, oder das System der offenen Zellen im Gegensatze zu dem pensylvanischen und dem auburnschen System. 8. 16 S. Cassel, J. G. Luckhardt. (3 Ngr.)

VII. Nationalöconomie.

Mill, John Stuart, Grundsätze der politischen Oeconomie. Aus dem Engl. mit Zusätzen (S. 361—510: *Literatur - Nachweis der polit. Oeconomie* [und ihrer Hilfswissenschaften] für d. J. 1840—52; S. 511—

- 698: *Statistische Nachweise*) von A. Soetbeer. 2. (letzter) Bd. 8. VIII, 737 S. Hamburg, Perthes-Besser u. Mauke. (3 Thlr.)
- Schirges, G.*, Volkswirtschaftliche Studien. 8. VIII, 183 S. Frankf. a. M., Auffarth. (1 Thlr.; 1 fl. 30 kr. rh.)
- Weiss, S.*, Die praktische deutsche Nationalöconomie in Verbindung mit ihrer Politik. 8. Leipzig.
- Lator, J.*, Money and morals. 8. 360 pp. (10 s. 6 d.) *Ec. No.* 464, p. 795.
- Principes d'économie politique appliqués à l'agriculture; par l'auteur du „traité des délits et des peines.“ Traduits de l'italien par ***. 18. 6¹/₉ f. Paris, Mme Bouchard-Huzard. (2 fr.)
- Browne, E. H.*, A few words on the gold question. *Quart. Rev. No.* 182, p. 504. — *Scheer, F.*, Letter to Thomas Baring on the gold discoveries. *Ebds.* — *Johnson, A.*, Remarks on Mr. Scheer's letter. *Ebds.*
-

VIII. Finanzwissenschaft.

- Best, C.*, Dissertation sur l'estimation des biens-fonds et le nivellement de l'impôt, accompagnée de reflexions sur l'établissement du crédit foncier. 8. 7¹/₄ f. Puy, impr. de Gaudelet.
- Hummelin, Alexis*, Rétablissement des finances en France par l'augmentation de la contribution foncière. 8. 2 f. Paris, impr. de Mme Delacombe.
- Conquet, P.*, De l'impôt sur les hoissons. Réforme pratique etc. Précédés de l'histoire chronologique de la législation et des constitutions du personnel des contributions indirectes depuis 1804. Douane et contributions indirectes. 8. 20 f. Paris, chez l'auteur, rue Chabrol, 11.
-

IX. Statistik.

Statistik von Ländern und Landestheilen.

Allgemeine Uebersichten.

- Hübner, O.*, Statistische Tafel aller Länder der Erde. 3. Aufl. 1 Bog. Fol. Leipzig, Hübner. (4 Ngr.)
- Almanac de Gotha, pour l'année 1853. 90. Année. 32. XIV. 744 S. mit 6 Portr. Gotha, J. Perthes. (1¹/₆ Thlr.) — Dasselbe deutsch.
- Oesterreich und deutsche Länder.
- Streffleur, V.*, Das Landkartenwesen in Oesterreich 8. 28 S. Wien, Gress. (8 Ngr.)
- Topographisches Lexikon von Böhmen. 8. VI, 498 S. Prag, Haase. (2 Thlr.)
- Brace, Ch. Loring*, Hungary in 1851: with an experience of the Austrian police. *Bentley, Ath., July, p.* 746,

- Schadeberg, J.**, Skizzen über den Kulturzustand des Regierungsbezirks Merseburg. 1. Abth. 8. VI, 194 S. Halle, G. Schwetschke, ($\frac{2}{3}$ Thlr.)
- Fuchs, M. G.**, Beschreibung der Stadt Elbing und ihres Gebiets in topograph., geschichtl. u. statist. Hinsicht. Schlussheft. 8. IV, 140 S. Elbing, Neumann-Hartmann. ($\frac{1}{3}$ Thlr., eplt. $6\frac{1}{3}$ Thlr.)
- Beiträge zur Kunde Pommerns. Hrsg. v. dem Verein f. pommersche Statistik. 4. Jahrg. 3. Heft. A. u. d. T.: Das Zuchthaus in Naugard. Beschr. von **Th. Schmidt**. 8. 60 S. mit 2 Steintaf. u. 1 Tab. Stettin, Saunier. ($12\frac{1}{2}$ Ngr.)
- Statistische Mittheilungen aus dem Königr. Sachsen. Hrg. vom statist. Bureau des Ministeriums des Innern. [2. Lfg.] Bevölkerung. 2. Abth.: Bewegung der Bevölkerung oder die Geburten, Sterbefälle, Trauungen u. Ehescheidungen, Zu- und Wegzüge im Königr. Sachsen in d. J. 1834—1850. 4. XII, 370 S. Dresden, Leipzig, Teubner in Comm. ($3\frac{1}{3}$ Thlr. 1. 2.: 5 Thlr. 2 Ngr.)
- Richter, E. W.**, Beschreib. des Königr. Sachsen in geographischer, statistischer u. topographischer Hinsicht. 3 Thle. 8. XII, 241 S.; 784 S., 63 S., 96 S. Freiberg, Engelhardt. (2 Thlr. 20 Ngr.) C. B. No. 48.
- Sonnenschein, K. F.**, Entgegnung auf die Reden des Hr. v. Stieglitz u. des Hr. Glass in Bezug auf unsere unlängst erschienene Schrift: „Die Vermessung, Abschätzung und Grundsteuerregulirung des Herzogth. Sachsen-Altenburg.“ 8. 20 S. Leipzig, Ph. Reclam jun. ($2\frac{1}{2}$ Ngr.)
- Hildebrand, B.**, Statistische Mittheilungen über die volkswirtschaftlichen Zustände Kurhessens. Nach amtl. Quellen. 8. VIII, 208 S. Berlin, Trautwein'sche B. ($1\frac{1}{2}$ Thlr.)
- Staats- u. Adress-Handbuch des Herzogth. Nassau f. d. J. 1852. 8. X, 248 S. Wiesbaden, Kreidel. (1 Thlr.)
- Kier, O.**, Mittheilungen über das Amt Hadersleben, ein Beitrag zur näheren Kunde Nordschleswigs. 8. VII, 68 S. Altona, Hammerich in Comm. ($\frac{1}{2}$ Thlr.)
- Grossbritannien und Irland.
- Banfield, T. C.**, The statistical companion for 1852. 12. 150 pp. (5 s.)
- Sharp, J. A.**, A new and complete gazetteer, or topographical dictionary of the british islands and narrow seas. 2 vols. 8. 130 Bog. London. (2 L. 16 s.)
- Ireland, observations on the people, the land and the law, in 1851. 3 edit. 8. 96 S. Dublin. (2 s.)
- Belgien.
- Farlier, H.**, Almanach royal officiel. Onzième année 1852. 8. 732 p. Bruxelles. (3 Thlr. 15 Ngr.)
- Liste alphabétique des communes de la Belgique, indiquant toutes les circonscriptions territoriales auxquelles ressortit chaque commune; publiée par **H. Tarlier**. 8. XII, 316 p. Bruxelles. (2 Thlr.)

Spanien.

Minutoli, I. v., Spanien und seine fortschreitende Entwickelung, mit besond. Berücksichtigung des J. 1851. Mit 4 lith. Beilagen. 8. XII, 609 S. Berlin, A. Duncker. (4 Thlr. 20 Ngr.) *C. Bl. Nro.* 48.

Norwegen. Russland.

Forester, Th., Norwegen und sein Volk. Aus dem Engl. v. *M. B. Lindau*. Mit 1 Karte u. Ansicht. 8. VIII, 319 S. Dresden, Kuntze. (1 Thlr. 10 Ngr.)

Russland nach Demidow in Vergleichung mit anderen Monarchieen Europa's. 8. VI, 122 S. Leipzig, Spamer. ($\frac{5}{6}$ Thlr.)

Tegoborski, L. de, Études sur les forces productives de la Russie. Tome 2. 8. 263 $\frac{3}{4}$ f. Paris, Renouard. (8 fr.)

Köppen, P. v., Statistische Reise ins Land der donischen Kosaken durch die Gouvernem. Tula, Orel und Woronesch im Jahre 1850. Mit Karten 8. 4 Bl., 255, 107 S. St. Petersburg (Leipzig, Voss in Comm.) 2 Thlr. 23 Ngr.) *C. B. Nro.* 39.

Americanische Staaten und Besitzungen.

Goodrich, S. G., Les états unis d'Amérique. Aperçu statistique, industriel et social. 8. Paris, Guillaumin. *Journ. des Éc. Nro.* 135, 136. p. 415.

History and Statistics of the State of Maryland according to the 7. Census of the U. St. 1850. Prepared under the direction of the Secretary of the Interior by *Jos. C. G. Kennedy*. Fol. III, 104. p. Washington.

Remarks on the proposed geographical survey of New York. *The amer. Journ. July* p. 84.

Stansbury, H., Exploration and survey of the valley of the great salt lake of Utah. 8. 486 pp. with plates. 1852. Senate Exec. Doc. Nr. 3, 1851. *The amer. Journ. Sept.* p. 291.

Griswald, C. D., The Isthmus of Panama, and what I saw there. 12. 180 S. New York, Dewitt et Davenport. (50 c.)

Mittheilungen über die Verhältnisse in den Ländern am Plata, namentlich mit Rücksicht auf die bestehenden Interessen deutschen Handels- und Colonisationswesens in Buenos-Ayres. I. 8. XVI. 218 S. u. 2 Taf. Hamburg, Hoffmann und Campe. (1 Thlr.) *C. B. Nro.* 37. — *Reden, Frh. v.*, Die Staaten im Stromgebiet des La Plata, in ihrer Bedeutung für Europa. 8. VII., 104 S. Darmstadt, Jonghaus. (15 Ngr.) — *Kerst, S. G.*, Die Länder im Stromgebiete des La Plata mit Rücksicht auf den deutschen Handel und die deutsche Auswanderung. 8. 32 S. Berlin, Schneider & Comp. (5 Ngr.)

Gade, G., Bericht über die deutschen Colonieen der drei grossen Grundbesitzer am Rio prete (Provinz Rio de Janeiro) in Brasilien, nebst einer krit. Beleuchtung und Würdigung der Schriften des Hrn. Dir. *Kerst*. 8. 56 S. Kiel, Schröder u. Comp. ($\frac{1}{4}$ Thlr.) — *Miltenberg, R. J.*, Die deutsche Kolonie Francisca in der südbrasil. Provinz Sancta Catha-

rina. Nebst einem Anhang, enth. Brasiliens Verfassung und Grundrechte u. s. w. 8. 52 S. Berlin, Schneider u. Co. in Comm. ($\frac{1}{6}$ Thlr.)

Rink, H., Om den geographiske Beskaffenhed af de danske Handelsdistricter i Nordgrønland tilligemed en Udsigt over Nordgrønlands Geognosie. 4. 64 S. u. 1 Kort. Kjöbenhavn, A. Fr. Höst. (1 Rbd.) — Derselbe, De danske Handelsdistricter i Nordgrønland, deres geographiske Beskaffenhed og produktive Erhvervskilder. I. 214 S. 8. og 1 Kort. (1 Rbd. 32 Sk.)

China. Japan.

Williams, S. Wells, Das Reich der Mitte. Aus dem Engl. übersetzt von **C. L. Collmann**. I. Bd. 2. Abth. 8. S. 293—612. Cassel, Vollmann. (1 Thlr. 15 Ngr.) **C. B. Nro.** 48.

Macfarlane, Ch., An account of Japan, geographical and historical. 8. 456 pp. with illustrations. (12 s.)

Australien.

Mackenzie, Ten years in Australia. 3. edition. 12. (15.) — **Fairfax, J.** The colonies of Australia. Advice to emigrants, etc. Effingham Wilson, royal Exchange. *Ec. Nro.* 467. p. 877. — **Sidney, S.**, The three colonies of Australia — New South Wales, Victoria, South Australia. 8. 446 pp. (6 s.) *Ec. Nro.* 473, p. 1046.

Statistik einzelner Gebiete des Staats- oder gesellschaftlichen Lebens in einem oder mehreren Ländern.

Bevölkerung und Gesundheit.

Annual reports of the Registrar General of Births, Deaths and Marriages in England. London, Longman. 8. (Nr. X. and XI., for the years 1847, 1848) (je 3 s. 6 d.)

Boudin, J. Ch. M., Statistique de la population de la France et de ses colonies, d'après les derniers recensements. (Extr. des annales d'hygiène publique et de méd. légale. 1852. T. 48.) 8. $3\frac{1}{2}$ f. Paris, Baillière.

Guyton, L. M., Topographie et statistique médicales de la ville et de la commune d'Autun. 8. $20\frac{1}{4}$ f. plus 2 plans. Autun, impr. de Dejustieu. — **Saunois, V.**, Constitution médicale et mortalité de la ville de Metz pendant l'année 1851. Rapport statistique. Extrait des travaux de la société des sciences médicales de 1851—1852. 8. 5 f. plus 15 tableaux. Metz, impr. de Verronnais.

L'Herbon de Lussats et A. Grossetet, Statistique administrative et médicale de l'asile public des aliénés de Lille, pour les années 1847, 1848, 1849, 1850 et 1851. 8. 6 f. Lille, impr. de Lefebvre Ducrocq.

Ackerbau. Viehzucht.

Smith, R. B., Italian irrigation; being a report on the agricultural canals of Piedmont and Lombardy. 2 vols. 8. 844 pp. Edinburgh. (24 s.)

Lengerke, A. v., Der Kardenbau im preuss. Staate. Eine Darstellung des gegenwärt. Umfanges dieser Cultur, u. s. w. 8. 29 S. Berlin, Wiegandt und Grieben. (6 Ngr.)

Gayot, E., La France chevaline. 2. partie. Études hippologiques. Tome 3. 8. 27¹/₄ f. Paris, Mme Bouchard-Huzard. (6 fr. 50 c.) — **With, G. C.**, Svar paa „nogle Bemærkninger i Anledning af Stutterivaesenets Ordning ved Lov.“ 8. 16 S. Kjöbenhavn, Gyldendal. (16 Sk.) — Derselbe, Rapport over det kgl. Landstutteri og Hesteavlens Tilstand i Danmark, afgiven til Indenrigsministeriet. 8. 68 S. Ebds. (32 Sk.)

Gewerbe. Handel. Münz- und Bankwesen.

Exhibition of the works of industry of all nations. Reports by the juries on the subjects in the thirty classes into which the exhibition was divided. 2 vols. 8. (L. 2. 2 s.; 1 vol. 8 L. 1. 1 s.)

Amtlicher Bericht über die Industrie-Ausstellung aller Völker zu London im J. 1851, von der Berichterstattungs-Commission der deutschen Zollvereinsregierungen. 9. 10. 18. u. 23. Lief. 8. I. Thl. S. 657—800, II. Thl. S. 337—464. u. III. Thl. S. 49—192. Berlin, Decker. (Subscr.-Pr. n. n. 1 Thlr. 3³/₄ Ngr.) Ferner: 11. 19. 20. u. 24. Lfg. 8. I. Thl. XVI S. u. S. 801—943., II. Thl. S. 465—624. u. III. Thl. S. 193—272. (Subscr.-Pr. n. n. 1 Thlr. 2¹/₂ Ngr.)

Meidinger, H., Die deutschen Ströme in ihren Verkehrs- und Handels-Verhältnissen m. statist. Uebersichten. 1. Abth.: Die Donau. 8. VII, 131 S. mit 1 Karte. Leipzig, Fr. Fleischer. (1 Thlr.) *Ec. Nro.* 478, p. 1185.

Nachweisung der im J. 1851 in den Zollvereinsstaaten erhobenen Eingangs-Abgaben nach den Tarifartikeln und nach den bei den Zollstätten jedes Vereinsstaats erhobenen Einnahmen geordnet. (Abdr. aus dem Centralblatt der Abgaben- u. s. w. Gesetzgebung in den k. preuss. Staaten. Jahrg. 1852.) 4. 7 S. Berlin, Jonas. (2¹/₂ Ngr.)

Tabellarische Uebersicht des bremischen Handels im J. 1851. zusammengestellt durch die Behörde für die Handelsstatistik. Fol. V, 194 S. Bremen, Heyse. (2²/₃ Thlr.)

Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Prag, an das k. k. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten über den Zustand der Gewerbe, des Handels und der Verkehrsmittel im J. 1851. 8. 121 S. Prag, Calve, in Comm. (15 Sgr.) *C. B. Nro.* 35.

Viebahn, G. v., Der englische Gewerbefleiß, seine geschichtliche Entwicklung, gegenwärtigen Hauptsitze und volkswirtschaftlichen Ergebnisse. 8. III., 49 S. Braunschweig, Fr. Vieweg u. Sohn. (10 Ngr.) *G. R.* III, 342.

Direction générale des douanes et des contributions indirectes. Tableau général du commerce de la France avec ses colonies et les puissances étrangères, pendant l'année 1851. 4. 66¹/₂ f. Impr. nationale. — Tableau général des mouvements de cabotage pendant l'année 1851. 4. 32 f. Ebds.

Supplément à la statistique historique, industrielle et commerciale du département de la Moselle, publiée en 1844, par *Verronnais*, imprimeur-libraire. 8. 26¹/₂ f. Metz, Verronnais; Paris, Couroier, rue Haute-feuille, 9. (5 fr.)

Burat, Amédée, Commerce des houilles en France 8. 3¼ f. Paris, Gratiot. Rapport au nom de la commission d'enquête sur la production et la consommation de la viande de boucherie par **M. A. Lanjuinais**. 8. 100 p. Paris, Guillaumin. *J. des Éc. Nro.* 137, 138. p. 197.

Bazley, Th., A lecture upon Cotton as an element of industry. Longman, Brown, and Co. *Ec. Nro.* 470. p. 963.

Deman, E. F., The flax industry: its importance and progress; also its cultivation and management. *Ath., Aug.*, p. 917.

Galerie sämtlicher europäischen und aussereuropäischen Münzen in ihrer wirklichen Grösse nebst genauer Angabe ihres Werthes nach preuss., rhein. und Conventions-Münzfuss. 1. Lfg. 8. 4 lithochrom. Taf. und 5 Bl. Text. Leipzig. Quedlinburg, Huch in Comm. (1/6 Thl.)

A directory of the joint stock and private banks in England and Wales, 1851 and 1852; comprising a statistical account of every bank. 8. 236 pp. (20 s.)

Finanzen.

Finantslov for 1852—53. 4. 54 S. Kjöbenhavn, Schultz. (44 Sk.)

Compte général des recettes et dépenses de la ville de Paris, pour l'exercice 1851, clos le 31. Mars 1852. 4. 38 f. plus des tableaux. Paris, impr. de Vinchon.

Aristocratie; Bureaucratie; Militär.

Deutsche Grafen-Häuser der Gegenwart. In heraldischer, histor. u. genealog. Beziehung (v. **E. H. Kneschke**.) 1 Bd. A—K. 8. VII, 503 S. m. eingedr. Holzschn. Leipzig, T. O. Weigel. (In engl. Einb. 5 Thlr.)

Genealogisches Taschenbuch der gräflichen Häuser auf das J. 1853. 26. Jhrg. 32. IV, 876 S. mit 1 Portr. Gotha, J. Perthes. — Desgl.: der freiherrlichen Häuser auf das J. 1853. 3. Jahrg. 32. IV, 586 S. mit 1 Portr. Ebds. (Jedes in engl. Einbd. 1½ Thlr.)

Kraus, J. B., Handbuch über den, dem k. k. Ministerium für Landescultur und Bergwesen unterstehenden Staatsbeamten-, Gewerben- und gewerbschaftlichen Beamtenstand im Kaiserthum Oestreich f. d. J. 1851. Jahrg. I. 8. X, 294 S. Wien, Sallmayer u. Co. *Heid. Jahrb. Nr.* 45. p. 720.

Neueste Anciennetäts-Liste der höheren Beamten für die Justizverwaltung im Königr. Preussen (mit Ausschluss derer im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln). 8. 72 S. Grünberg, Levysohn. (1/4 Thlr.) — Stammliste der kgl. preuss. Armee für den Zeitraum von 1840—1852. Mit 2 Abbild. 8. VIII, 143 S. Berlin, Mittler u. Sohn. (24 Ngr.) — Rang- u. Quartier-Liste der kgl. preuss. Armee für das J. 1852. Nebst den Anciennetäts-Listen der Generalität, Stabs- und Subaltern-Officiere. Red.: Die kgl. geh. Kriegs-Kanzlei. 12. 601 S. mit 1 Tab. in Fol. Berlin, Mittler u. Sohn. (1 Thlr.)

Kirche. Schule. Wohlthätigkeitsanstalten. Gefängnisse.

Hasse, H. G., Ueber die Vereinigung der geistlichen und weltlichen Obergewalt im römischen Kirchenstaate. (Verhandeligen, uitgegeven door

- Teyler's tweede genootschap enz. 27. Stuk.) 4. XX, 248 S. Haarlem, Erben F. Bohn. (2 Thlr. 3 Ngr.) *G. R. III*, 5.
- Newman, J. H.*, Vorträge über die gegenwärtige Stellung der Katholiken in England. Aus dem Engl. Mit einem Vorworte von *J. Döllinger*. 8. XX, 356 S. Regensburg, Manz. (1½ Thlr.; 2 fl. 24 kr. rh.)
- Hettinger, F.*, Die kirchlichen und socialen Zustände von Paris. 8. VIII, 408 S. Mainz, Kirchheim und Schott. (1½ Thlr.; 2 fl. rh.)
- La Cour, C. G.*, Om Landsbyskolelaerernes Kaar og Stilling. 8. 38 S. Kjöbenhavn, Ditlewsen. (20 Sk.) — Taksigelse til Forf. af „Ere alle Klager over Landsbyskolelaerernes Kaar begrundede?“ etc. 8. 1 Bog. Kjöbenhavn, A. F. Hoest. (1 Sk.)
- Cormenin*, Manuel des oeuvres et institutions de charité de Paris, publié par ordre de Msgr l'archevêque, et par les soins de la commissions des oeuvres, instituée à l'archevêché. 18. 7¼ f. Paris, Mme veuve Poussielgue-Rusand.
- Hubert-Valleroux, M. E.*, Des sourds-muets et des aveugles. Mémoire sur l'état actuel des institutions à leur usage, et sur les réformes à y apporter. 8. 4½ f. Paris, V. Masson.
- Appert, B.*, Die Gefängnisse; Spitäler, Schulen, Civil- u. Militairanstalten in Oestreich, Baiern, Preussen, Sachsen, Belgien. Nebst einer Widerlegung des Zellensystems. 3 Bd. 8. V, 225 S. Wien. (Leipzig, Hübner). (2½ Thlr.)

X. Geschichte des Staats und der Gesellschaft.

Allgemeine und besondere Geschichte einzelner Länder und Landestheile.

Uebersichten der neuesten Ereignisse.

- Annuaire des deux mondes. Histoire générale des divers états. 1851—52. 8. 62¾ f. plus 3 portr. Paris, rue Saint-Benoît, 20. (10 fr.)
- The Annual Register, or a view of the history and politics of the year 1851. 8. 892 pp. London. (18 s.)

Deutschland und deutsche Staaten.

- Klüpfel, K.*, Die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang dargestellt. 8. XIV, 577 S. Leipzig, G. Mayer. (2 Thlr.)
- Walter, F.*, Deutsche Rechtsgeschichte. 2 Lfgn. 1. Lfg.: Recht und Verfassung. 8. II, 400 S. Bonn, Marcus. (4 Thlr.)
- Vehse, E.*, Geschichte der deutschen Höfe seit der Reformation. 18 Bd. (3. Abthl.: Geschichte der Höfe des Hauses Braunschweig in Deutschland und England. 1 Thl.) 8. VII, 311 S. Hamburg, Hoffmann und Campe. (Subscr.-Pr. à 1¼ Thlr.)
- Wolff, A.*, Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im J. 1848. 21. u. 22. Lfg. 8. 2 Bd. XII S. u. S. 481—580. Berlin, Hempel. (à ¼ Thlr.)
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die allerb. Ver-

- ordnung vom 4. Nov, 1851 einberufenen Kammern. I. Kammer 2 Bde. und II. Kammer 3 Bde. 4. LXXVII, 2765 S. Berlin, Decker. (12 $\frac{2}{5}$ Thlr.)
- Denkwürdigkeiten aus Frankens und Thüringens Geschichte und Statistik.** Herausgeg. von *G. Brückner*. 1 Heft, 8. 2 Bl. 490 S., 2 lith. Tafeln. Meiningen, Brückner und Renner. (25 Sgr.) *C. B. Nro.* 32.
- Mindermann, Marie*, Eigenthümlichkeiten der Bremer Neuzeit. In Briefen. 8. 87 S. Bremen, Kühtmann u. Comp. (12 Ngr.)
- Waitz, G.*, Schleswig-Holsteins Geschichte in 3 Büchern. 2 Bd. 1. Hälfte: 2. Buch. 8. XVI, 284 S. Göttingen, Dieterich. (12 $\frac{2}{5}$ Thlr.; I. II, 1. 4 Thlr. — Derselbe. Der neueste dänische Versuch in der Geschichte des Herzogthums Schleswig. (Aus den Gött. gel. Anzeigen bes. abgedr.) 8. 25 S. Göttingen, Dieterichsche Buchh. (3 Ngr.) *G. R. III*, 286. — *Ipsen, A.*, Die alten Landtage der Herzogthümer Schleswig-Holstein von 1588—1675. Nach den handschriftlichen Lantagsakten bearbeitet. 8. 384 S. Kiel, Schröder u. Comp. (2 Thlr.) *G. R. III*, 160. *C. B. Nro.* 33. — *Wangenheim, U. v.*, Erinnerungen an Schleswig-Holstein aus den J. 1850 u. 1851. nebst 1 Plan. 8. 70 S. Hildburghausen, Kesselring. (24 Ngr.) — Schilderungen und Charakterzüge aus den Feldzügen in Schleswig 1848—50, Herausgeg. von *P. Hjort*. 8. 184 B. Kopenhagen, Reitzel. (1 Rbd. 24 Sk.) — *Nise, H. Ch.*, Namentliches Verzeichniss der Todten und Invaliden der Schleswig-Holsteinischen Armee aus den J. 1848, 1849 u. 18 $\frac{50}{51}$ nebst mehreren numerischen Uebersichten. 8. XVI, 395 S. Kiel. (Hamburg, Schubert u. Comp.) (2 Thlr.)

Oesterreich.

- Beidtel, J.*, Ueber Österreich. Zustände in den J. 1740—1792. (Aus den Sitzungsberichten der k. Akad. der Wiss. abgedr.) 8. 84 S. Wien, Braumüller. (1 $\frac{1}{2}$ Rthlr.)
- Stiles, W. H.*, Austria in 1848—49 being a history of the late political movements in Vienna, Milan, Venice, and Prague; with details of the campaigns of Lombardy and Novara; a full account of the revolution in Hungary, etc. 2 vols. 8. 844 p. London, Low. *Ath.*, *July*, p. 817.
- Szémele, B.*, Graf Ludwig Batthyány, Arthur Görgei, Ludwig Kossuth. Politische Charakterskizzen aus dem ungarischen Freiheitskriege. 8. 1. Abth.: III, 110 S. 2. Abth.: 151 S. 3. Abth.: 159 S. Hamburg, Hoffmann u. Campe. (2 Thlr.)

Schweiz. Dänemark. Niederlande.

- Schuler, M.*, Geschichte der Eidgenossen unter der französisch-helvetischen Herrschaft. I. Bd.: bis zum Krieg mit Oesterreich. Von 12. Apr. 1798 bis 1. März 1799. 8. IV, 685 S. Zürich, Schulthess. (1 Thlr. 24 Ngr.)
- Garde, K. G.*, Den dansk-norske Sömagts Historie. 4 H. (11 Bogen und 1 Karte. Schluss.) Kjöbenhavn, Schubothe. (88 Sk.)
- van Dijk, H. A.*, Bijdragen tot de geschiedenis der Nederlandsche Diplomatie. Handelingen met Frankrijk en Spanje, in de jaren 1663—72.

8. Utrecht, Kemink en Zoon. (5 fl. 80 c.) — *de Jonge, J. K. J.*, Geschiedenis van de Diplomatie, gedurende den Oostenrijkschen Successie-oorlog en het Congres van Aken (1740—1748). 8. Leiden, Jac. Hazenberg. — (2 fl.)

Frankreich.

Montmaure, J. de, Études sociales, historiques et administratives sur la France. 8. 6³/₄ f. Toulouse, impr. de Douladoure.

Capefigue, Trois siècles de l'histoire de France. Monarchie et politique des deux chambres de la maison de Bourbon. 1548—1848. 2 vols. 8. 47¹/₂ f. Paris, Amyot. (10 fr.)

Correspondance administrative sous le règne de Louis XIV. entre le cabinet du roi, les secrétaires d'état, le chancelier de France et les intendants et gouverneurs des provinces, etc. Recueillis et mis en ordre par *G. P. Depping*. Tome III. Affaires de finance, commerce, industrie. 4. 123 f. Paris, F. Didot.

Dugast Matifeux, Ch., Mémoire concernant l'état du Poitou, dressé par Charles Colbert de Croissy en l'année 1666. 8. 3¹/₂ f. Fontenay (Vendée), impr. de Robuchon.

Duband, J., Histoire de Chablis, contenant des Documents inédits sur les annales du département de l'Yonne depuis le XI. siècle jusqu'à nos jours, et d'intéressants épisodes de l'institution des communes et de la révolution française. 12. 12²/₃ f. Sens, Duchemin.

Zinkeisen, J. W., Der Jakobiner-Klub, bis zur Trennung der Feuillans von den Jakobinern im Juli 1791. 8. XII, 668 S. Berlin, Decker. (3 Thlr.) C. B. Nr. 33

Montigny-Turpin, Ch. de, Grands épisodes inédits et causes secrètes de la politique et des guerres sous le directoire exécutif, le consulat et l'empire, et récits historiques d'une mission diplomatique et militaire dans les Albanies et sur le Danube en 1807. 8. 14 f. Paris, impr. de Desoye.

Latouche, A., Pages de philosophie de l'histoire, sur la révolution de 1848. 2. partie, p. 133 à 292. 8. 10 f. Rouen, impr. de Moget-Féré.

Szarvady, Fr., Paris. Politische und unpolitische Studien und Bilder. 1848—52. I. Bd. 8. VI, 427 S. Berlin, Frz. Duncker. (2 Thlr.) G. R. III, 147.

Proudhon, P. J., La révolution sociale, démontrée par le coup d'état du 2. Déc. 12. 12 f. — Idem 4. édition. Paris, Garnier frères. (2 fr. 50 c.) — Deutsch nach der 3. Aufl. 8. IX, 233 S. Bremen, Kuhlmann u. Co. (2²/₃ Thlr.)

Table analytique, par ordre alphabétique de matières et de noms des personnes, du „Compte rendu des séances de l'assemblée nationale législative“ (28. Mai 1849— 2. Déc. 1851.) et des documents imprimés par son ordre (der Compte rendu mit seinen Annexen umfasst 17 Bde. 4.) rédigée aux archives du corps législatif. 4. 58¹/₂ f. Paris, impr. de H. Noblet.

Procès-verbaux des séances du sénat. Année 1852. Tome I., du 3. Mars au 5. Juill. (N. 1 à 17.) 8. 61 f. Paris, impr. de H. et Ch. Noblet. — **Procès-verbaux** des séances du corps législatif. Session 1852). Tome I. (du 29. Mars au 4. Juin 1852.) Tome II. (du 9. Juin au 23. Juin 1852). 8. 72¹/₂ f. Ebds.

Deschavanne-Binot, Fr., Précis historique sur les règnes des bilboquets gouvernants des factions de l'orléanisme et du socialisme, ou fait mémorables des Mirabeaux saltimbanques. 12. 13¹/₂ f. Paris, Ledoyen, palais-royal. (2 fr. 50 c.) — **Broglie, J.**, Les hauts conspirateurs politiques de 1852 dévoilés. Révélation curieuses et inédites. 8. 2 f. Paris, Garnier frères. (1 fr.)

Décrets du 22. Janvier. Biens de la maison d'Orléans. Conseil d'état. (Contentieux). Question de conflit. Plaidoirie de M. *Paul Fabre*. 8. 8 f. Paris, impr. de Noblet. — **Lombardon**, Réponse à LL. AA. RR. les duc de Nemours et prince de Joinville, relative aux deux décrets du prince Louis-Napoléon, président de la république, qui ordonne la vente de leurs biens etc., contre les lettres, protestation et consultation qui les attaquent. 8. 3³/₄ f. Paris, Martinon.

Couture, L., Du bonapartisme dans l'histoire de France, ou des conditions nouvelles de l'autorité publique. 1. partie. 18. 3 f. Paris, Michel Lévy frères. — Du rétablissement de l'empire. 8. 5 f. Paris, Garnier frères. (1 fr. 75 c.) — **Hugo, V.**, Napoleon der Kleine. Aus dem Franz. von *L. Fort*. (In 2 Heften) 1. Heft. 8. IV, u. S. 1—92. Bremen, Kühmann u. Comp. (1¹/₃ Thlr.) — Dasselbe. 8. 311 S. Hamburg, Heller. (1¹/₂ Thlr.) — **Ludwig Napoleon Bonaparte**, en biographisk Skizze af A. 8. 52 S. Kjöbenhavn, Bing. (32 Sk.) — **Voyage** de son altesse impériale le prince Louis-Napoléon dans le midi de la France, en Sept. et Oct. 1852. 18. 4 f., plus un portrait. Paris, marchands de nouveautés. (50 c.) — **Frankreich unter dem Neffen seines Onkels. Vom Verf. von: Frankreich immer das Alte unter der neuen Republik.** 8. IV, 176 S. Berlin, Hertz. (1 Thlr.)

Italien.

Quinet, E., Les révolutions d'Italie. Tome 2, 2. partie. 8. 13¹/₄ f. Paris, Chamerot. (3 fr. 50 c.) — **Vimercati, C.**, Histoire de l'Italie en 1848—49. 8. 19¹/₄ f. Paris, impr. de Poussielgue. — **Lubienski, E.**, Guerres et révolutions d'Italie, en 1848 et 1849. 8. 31 f. Paris, Lecoffre. (5 fr.)

Die römische Revolution vor dem Urtheile der Unparteiischen. Aus dem Ital. von M. W. A. 8. VII, 348 S. Augsburg, Schmid. (1 Thlr.)

Recueil des actes de N. T. S. P. le pape Pie IX. (Texte et traduction.) Tome 2, contenant les actes de Pie IX, depuis le 1. Janv. 1848 jusqu' au 18. Nov. 1848. Publié par le comité pour la défense de la liberté religieuse. 18. 9³/₉ f. Paris, Lecoffre. (2 fr. 50 c.)

Russland.

Mémoires secrets pour servir à l'histoire de la cour de Russie, sous les règnes de Pierre le Grand et de Cathérine 1. Rédigés et publiés, pour la première fois, d'après les manuscrits originaux du sieur de Villebois, par le comte Théoph. Haller. 8. 15 f. Paris, Dentu.

Ostindien.

St. John, Horace, History of the british conquests in India. Colburn and Co. Ec. Nro. 462. p. 736.

Lauts, G., Geschiedenis van de vestiging, uitbreiding, bloei en verval van de magt der Nederlanders in Indië. I. deel. 8. Groningen, W. v. Boekeren. (2 fl. 75 c.)

America.

The conquerors of the new world and their bondsmen: being a narrative of the principal events which led to negro slavery in the West Indies and America. Vol. II. London, Pickering. Ath., July, p. 743.

Schoolcraft, H. R., Information respecting the history, condition, and prospects of the indian tribes of the united states. Part 2. 4. 608 pp. Philadelphia. (5 L. 5 s.)

Frisch, P., Die Staaten von Mexico, Mittel- u. Südamerika, seit ihrer Unabhängigkeitserklärung bis zum J. 1850. Nach dem Annuaire des deux mondes, année 1850 bearb. 8. XXIV, 297 S. Lübeck, Dittmar. (1½ Thlr.)

Geschichte einzelner Gebiete und Erscheinungen des staatlichen oder gesellschaftlichen Lebens in einem oder mehreren Staaten.

Ackerbau, Industrie und Handel.

Volz, K. W., Beiträge zur Kulturgeschichte. Der Einfluss des Menschen auf die Verbreitung der Hausthiere und der Kulturpflanzen. Mit 3 lith. Taf. Abbild. 8. XIV, 523 S. Leipzig, Teubner. (3 Thlr.) C. B. Nro. 33.

Herberger, Th., Augsburg und seine frühere Industrie. 8. 72 S. Augsburg, Jaquet. (6 Ngr., 18 kr. rh.)

Scherer, H., Allgemeine Geschichte des Welthandels. 1 Thl. 8. XIII, 484 S. Leipzig, Herm. Schulze. (2⅔ Thlr.)

Wohlthätigkeitsanstalten.

Weitling, J. C. F., Geschichte des grossen Friedrichs-Hospitals und Waisenhauses zu Berlin. 1. Lfg. nebst einer Einleitung, in welcher die Geschichte der Armenpflege Berlins bis 1697 dargestellt ist. Mit 1 Abbild. in 4. 8. XLII S. u. S. 1—128. Berlin, Hertz in Comm. (½ Thlr.)

Dufau, P. A., Notice historique statistique et descriptive sur l'institution nationale des jeunes aveugles de Paris. 12. 2⅔ f. plus une vue etc. Paris, boulevard des invalides, 56. (1 fr.)

Politische und sociale Persönlichkeiten.

Droysen, J. G., Das Leben des Feldmarschalls Grafen York v. Wartenberg. 3. Bd. 8. VI, 511 S. Berlin, Veit u. Comp. (2⅔ Thlr., complt. 7⅙ Thlr.) C. B. Nro. 41. — Lebensbilder aus den letzten Jahrzehnten des deutschen Kaiserreichs. 1. Bdchen.: Franz Ludwig von Erthal,

- von 1779—1795, von *Bernhard*. 8. X, 1 Bl., 236 S. Tübingen, Laupp. (25 Sgr.) *C. B. Nro.* 43. — *Paganel, C.*, Histoire de Joseph II., empereur d'Allemagne. 2. édition. 8. 37 $\frac{1}{4}$ f. Paris, Plon. (6 fr.)
- Alison, A.*, The life of John, duke of Marlborough; with some account of his contemporaries, and of the war of succession. 2. edition. 2 vols. 8. 59 $\frac{1}{2}$ Bog. London. (1 L. 10 s.) Deutsch in Bülow's historischer Hausbibliothek Bd. 24. Mit Marl'b's Portrait. 8. XI, 384 S. Leipzig, C. B. Lorck. (1 Thlr.) *G. R. III*, 163. — *C. B. Nro.* 32. — *Macfarlane, Ch.*, Life of duke of Marlborough. 12. 330 S. London. (2 s. 6 d.) — *Lewis, Ther.*, Lives of the friends and contemporaries of Lord Chancellor Clarendon, illustrative of portraits in his gallery. 3 vols. 8. 73 Bog. London. (2 L. 2 s.) — *Hardy, Th. Duffus*, Memoirs of Henry Lord Langdale. 2 vols. 8. *Quart. Rev. Nro.* 182. p. 461. *Ath., July*, p. 717. — *Hanna, W.*, Memoirs of the life and writings of Thomas Chalmers. 4 vols. 8. Edinburgh. *Quart. Rev. Nro.* 182. p. 402. — *Macfarlane, Ch.*, A memoir of the duke of Wellington: in four books. 12. 322 pp. (2 s. 6 d.)
- Fowler, G.*, Lives of the sovereigns of Russia, from Rurick to Nicholas; including a history of that empire from its foundation to the present time. Vol. I. 8. 406 pp. (10 s. 6 d.) *Ath., July*, p. 792.
- Headly, P. C.*, The life of the empress Josephine, first wife of Napoleon. 8. 384 pp. (6 s. 6 d.) — *Romer*, Filia dolorosa: memoirs of Marie Thérèse Charlotte, duchess of Angoulême. 2 vls. Bentley. *Ath., July*, p. 723.

XI. Vermischten Inhalts.

- Chalmers, Dr.*, Posthumous works. 9 vols. 8. Edinburgh. *Quart. Rev. Nro.* 182. p. 402.
- British and foreign state papers for 1834—35. 8. (30 s.)
- Webster*, Speeches, arguments, and diplomatic papers. 6 vols. (4 L. 10 s.)

XII. Zeitschriften.

- La civilisation; organe des améliorations pacifiques; année 1852, paraissant une fois par semaine. Bruxelles. (Prix de l'abonn. annuel 4 Thlr. 15 Ngr.)
- Journal of the Statistical Society of London. Vol. XV. 2, 380 p. (10 s.)
- Jahrbuch für Volkswirthschaft und Statistik, herausgeg. von *O. Hübner*. 8. 4 Bll. 377 S. Leipzig, G. Meyer. (2 Thlr.) *C. B. Nro.* 42. *Ec. Nro.* 474, p. 1075.
- Volkswirtschaftliche Monatsschrift für den deutschen Zollverein. Herausgeg. von *Th. Toegel*. I. Jahrg. Juli bis Dec. 1852. 6 Hefte. 4. 1 Heft 40 S. Berlin, Th. Enslin. (1 $\frac{1}{2}$ Thlr.)



Berichtigungen und Zusätze.

- S. 303, Anmerkung ³) gehört zu dem Worte beschränkt in Zeile 16, anstatt zu: beschenkte in Zeile 21.
- S. 336—339. Seit dem Drucke dieser Seiten ist dem Verfasser *Campbell's Modern India*, von dem er damals nur aus dem Athenäum wusste (siehe S. 336, Anm. ²), bekannt und durch S. 327 dieses Buches die Stellung des Khusrah- zum Revenue-Survey klar geworden. Das Verhältniss ist hiernach: das letztere beschränkt sich auf die Vermessung der Grenzen der einzelnen Elementarsteuerbezirke, mögen sie nun im Besitze von Gemeinheiten oder Einzelnen sein (Mouzas, villages, estates, vgl. oben S. 391, Anm. ⁵), und in diesem Sinne ist das Wort „Besitzungen“ auf S. 334 Zeile 11 zu verstehen. Das Revenue-Survey bestimmt nur die Gesamtfläche eines solchen Bezirks; die innere Vermessung der einzelnen Grundstücke mittelst Messruhe und Kette ist dem Khusrah-Survey vorbehalten, welches also neben dem Revenue- wie neben dem Madras-System nothwendig ist. Die auf S. 336, Anm. ²) citirten Stellen aus Shakespears Memoir stimmen hiemit. Was nicht hiezu Passendes auf S. 336, 337, 339 geäußert worden, ist wegzudenken.
- S. 344. Die Anmerkungen ²) und ³) sind zu verstellen.
- S. 357 Anm. ¹). Nach Col. *Sykes* Mittheilungen vom 2. Sept. 1852 in der statist. Section der Versammlung der britischen Association zu Belfast ergab der Census von Bombay sogar nur ein Verhältniss der w. zu den m. Ew. von 3 : 5, obwohl nach der Zusammensetzung der Bevölkerung dort weder die Abneigung mancher Kasten gegen die Zählung der Weiber, noch die bei den Rajpoot-Stämmen häufige Tödtung weiblicher Kinder ein solches Missverhältniss begründen können, auch andere bekannte Umstände nicht ausreichen, es zu erklären. Vgl. *Journal of the Stat. Society of London* XV, 327, 328, wonach der ungenaue Bericht des Ath. vom Sept. 1852, p. 985 zu verbessern ist.
- S. 361, Zeile 20. Das englische Original sagt: der wenigen Staaten; da es aber nach Ausweis der † in den Tabellen (vgl. oben S. 391) nicht wenige, sondern viele sind, so würde besser: derjenigen stehen.
- S. 375. Von Bombay- und Colaba-Insel sind durch Col. *Sykes* jetzt die einzelnen Ergebnisse des vom Polizeivorstand Capt. Baynes am 1. Mai 1849 veranstalteten Census ausführlich mitgetheilt und besprochen worden. Die Summe der Bevölkerung ist die oben auf S. 375 angegebene von 566,119, nicht 569,119, wie irrig im Ath., Sept. 1812, p. 985 steht. *Journ. of the Stat. Soc. of L.* XV, 327 ff.
-

Uebersicht

vom Inhalte des I. bis V. Bandes der Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft.

Im ersten Bande.

Das rechtliche Verhältniss der taxischen Post zu den Staatseisenbahnen. Von Mohl.

Ueber den socialen Werth des Zeitpächterstandes. Von Knaus.

Die Behandlung des Eisenbahnwesens im Grh. Baden. Von Volz.

Das sittliche Moment in der Volkswirtschaft. Von Schüz.

Die Genesis der Völkergesellschaft. Ein Beitrag zur Revision der Völkerrechtswissenschaft. Drei Parallelen. Von Fallati.

Ueber den Begriff, den Inhalt und die Bedeutung des Staatsverwaltungsrechts in dessen engerem Sinne. Von Hoffmann.

Uebersicht über die neueren Leistungen der Neapolitaner und Sicilianer im Gebiete der politischen Oekonomie. Von Mohl.

Das politische Moment in der Volkswirtschaft. Von Schüz.

Die Grundmängel in der Reinertrags-Einschätzung zum Behufe der Grundsteuer-Regulierung. Von Hoffmann.

Die Garantie der Zinsen des Actien-Capitals für öffentliche Unternehmungen, namentlich für Eisenbahnbauten, durch den Staat. Von Volz.

Von den Folgen der Anhäufung der Menschen an einzelnen Punkten in wirthschaftlicher, sittlicher und politischer Hinsicht. Von Eiselen.

Die politische Gemeinde als Grundeigentümerin. Von Knaus.

Die Aufhebung der Sklaverei in den englischen und französischen Kolonien. Von Mohl.

Die Untheilbarkeit der Gebietsbestände und der Regierungsnachfolge in den fürstlichen Staaten Deutschlands. Von Reichard.

Betrachtungen in den Sälen der öffentlichen Industrie-Ausstellung in Paris im Jahre 1844. Von Volz.

Das Bedürfniss einer angemessenen Arbeitstheilung in dem Elementarbehörden-Organismus der Finanzverwaltung. Von Hoffmann.

Erörterung der Frage: ob die württembergischen Eisenbahnen vom Staate oder von Privaten zu bauen seyen? Von Werner.

Das Vereinswesen als Mittel zur Sittung der Fabrikarbeiter. Von Fallati.

Im zweiten Bande.

Der Charakter des Handels der Europäer mit den fremden Welttheilen. Von Gülich.

Die Staatsromane. Ein Beitrag zur Literaturgeschichte der Staatswissenschaften. Von Mohl.

Englische Arbeiter-Vereine für Unterricht und Vergnügen. Von Fallati.

Ueber die wissenschaftliche Bildung der Beamten in den Ministerien des Innern. Mit besonderer Anwendung auf Württemberg. Von Mohl.

Constitutionelle Erfahrungen. Ein Beitrag zur Verfassungs-Politik. Von Mohl.

Ueber das Princip der Ordnung in der Volkswirtschaft. Von Schüz.

Ueber eine Anstalt zur Bildung höherer Staatsdiener. Von Mohl.

Ueber die Berücksichtigung der Passiv-Capitalien bei der speciellen Ertragsbesteuerung. Von Hoffmann.

Ein Beitrag aus Württemberg zu der Frage vom freien Verkehr mit Grund und Boden. Von Fallati.

Die Lotterien-Anlehen des Staats und ihr Einfluss auf die Gewerbe-Oekonomie. Von Volz.

Literarhistorische Uebersicht über die Encyklopädieen der Staatswissenschaften. Von Mohl.

Die Bedeutung der Zeuge im internationalen Handel. Von Gülich.

Ein Blick auf die deutschen Staatshandbücher aus dem Gesichtspunkte der Statistik. Von Fallati.

Das Bedürfniss eigenthümlicher statistischer Grundlagen für die Wirksamkeit der innern Verwaltung, und die Mittel zu dessen Befriedigung. Von Hoffmann.

Ueber Deutschlands landwirthschaftliche Lehranstalten. Von Gülich.

Staats-Actien-Eisenbahnen zur Beseitigung von wichtigeren Privat-Eisenbahnen. Von Volz.

Die Rettungshäuser für verwahrloste Kinder. Von Mohl.

Die Erfordernisse praktischer Dienstprüfungen für die innere Staatsverwaltung. Mit besonderer Beziehung auf Württemberg. Von Hoffmann.

Die gegenwärtige Universitäts-Doctrin in Deutschland über Handelsfreiheit und Schutz-Zölle. Von Schüz.

Ueber die Bedeutsamkeit der Theilnahme deutscher Staatswirths an den wissenschaftlichen Congressen Italiens. Von Volz.

Im dritten Bande.

Uebersicht der neuern völkerrechtlichen Literatur. Von Mohl.

Die neuen landwirthschaftlichen Geräthe mit besonderer Beziehung auf das südwestliche Deutschland in ihrem Einflusse auf das Gesammtwohl beleuchtet. Von Göriz.

Aufsicht des Staats über die Postanstalt bei Abtretung derselben in Lehen oder Pacht. Von Hoffmann.

Die Section für Agronomie und Technologie auf den Versammlungen der italienischen Gelehrten. Von Fallati.

Der Begriff der Arbeit und die Principien des Arbeitslohnes in ihrem Verhältnisse zum Socialismus und Communismus. Von Stein.

Ueber die Einführung einer Capitalsteuer in Baden. Von Helferich.

Ueber Bureaukratie. Von Mohl.

Ueber Handelsfreiheit und Schutz-Zölle (zweiter Artikel). Von Schüz.

Ueber das Project eines italienischen technologischen Wörterbuches. Von Volz.

Ueber die verschiedene Auffassung des repräsentativen Systemes in England, Frankreich und Deutschland. Von Mohl.

Gedanken über Mittel und Wege zu Hebung der praktischen Statistik, mit besonderer Rücksicht auf Deutschland. Von Fallati.

Ueber Patentgesetzgebung und das Bedürfniss eines Patentgesetzes für den Zollverein. Von Ammermüller.

Erörterungen über die württembergische Staatsschuld. Von Mohl.

Ueber die Einrichtung statistischer Enquêtes in England, Frankreich und Belgien, mit einer Schlussanwendung auf den deutschen Zollverein. Von Fallati.

Im vierten Bande.

Die Domänenverwaltung in Baden nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde. Von Helferich.

Ueber das englische Steuer- und Zollwesen. Von Schüz.

Die Oeffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen. Von Hoffmann.

Ueber die der culturfähigen Bodenfläche und ihrem Anbau bevorstehenden grösseren Veränderungen. Von Göriz.

Beiträge zur Lehre vom Petitionsrechte in constitutionellen Staaten. Von Mohl.

Die Versicherung der Feldfrüchte gegen Hagelschaden, vorzüglich in Oberdeutschland. Von Helferich.

Zur Verständigung über Begriff und Wesen des Socialismus und des Communismus. Von Fallati.

Ueber Auswanderung. Von Mohl.

Feuerlandwehr statt Feuerlandsturm; Verordnungen und Instruktionen für die Feuerwehr. Zwei Artikel. Von Volz.

Der in den deutschen Provinzen der östr. Monarchie bestehende Behörden-Organismus für die Justiz und Verwaltung. Zwei Artikel. Von Reichard.

Ueber die Untersuchung bestrittener ständischer Wahlen durch die Abgeordneten-Kammern selbst. Von Mohl.

Ueber das Princip des praktischen europäischen Völkerrechts. Von Pütter.

Ueber die Reform der württembergischen Gemeindeverfassung. Von Bitzer.

Der Congress für freien Verkehr im Sept. 1847 zu Brüssel. Von Volz.

Staatswissenschaftliche u. verwandte Thätigkeit des achten italienischen Gelehrten-Congresses vom Jahr 1846. — Das Octroiwesen in Belgien. — Die Statistik auf Sicilien. — Officielle Statistik in Dänemark und den Herzogthümern. — Napoleon und die alt-württembergische Landschaft. Von Fallati.

Richard Cobden in Neapel. Von Volz.

Die Einrichtung der belgischen Volkszählung vom 15. October 1846 und der mit ihr verbundenen landwirthschaftlich- und gewerblich-statistischen Aufnahme. Von Fallati.

Belgische Regierungsmassregeln gegen Theuerung und Noth aus Anlass der Kartoffelmissernte des Jahres 1845. Von Fallati.

Ein Gesellschaftsvertrag über eine landwirthschaftliche Wasserleitung in Tirol. Von Göriz.

Nekrolog von F. C. v. Fulda. Von Hoffmann.

Im fünften Bande.

Ueber die Wahl der Mittel zur Erleichterung der Grundpflichtigkeits-Ablösungen. Von Stichling.

Ueber Verehelichungs- und Uebersiedelungsrecht; mit besonderer Rücksicht auf Württemberg. Von Schüz.

Neuere Schriften über englisches Staatsrecht. Von Mohl.

Die Ausstellung der Erzeugnisse belgischer Industrie in Brüssel im Jahr 1846. Von Volz.

Der Begriff des Freihandels und die praktische Bedeutung desselben. Von Stein.

Ueber die Einrichtung einer Landrenten-Bank. Von Stichling.

Der Congress für das Gefängniswesen zu Brüssel im September 1847. Von Volz.

Die Gewerbsindustrie der Ostdepartements von Frankreich, und ihr Verhalten zur Freihandelslehre. Von v. Reinhardt.

Ueber das Steuerwesen der Gemeinden und Bezirke. Von Mayer.

Zum Verständniss und zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen der provisorischen Reichs-Centralgewalt und den Regierungen der Einzelstaaten in Deutschland. Von Reichard.

Der erste Reformcongress für deutsche Universitäten, abgehalten in Jena im September 1848, und seine Vorbereitung in Tübingen. Von Volz.

Die wirthschaftlichen Mängel in den Zeitpachtverhältnissen der Staatsgüter, und die Mittel zu deren Abhülfe, mit besonderer Beziehung auf das südwestliche Deutschland, namentlich Württemberg. Von Hoffmann.

Die Statistik auf der Germanisten-Versammlung zu Lübeck. Von Fallati.